

# message

14,00 € – [www.message-online.com](http://www.message-online.com)



## Die neue globale Kraft

Was grenzenlose Recherchen bewegen können

Prekarisierung: Outsourcing bei Regionalzeitungen S. 30

Stringer: Über das Ende der anonymen Drecksarbeit S. 40

# Neu bei UVK



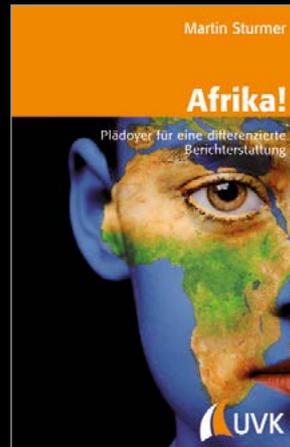
Michael Haller  
**Das Interview**  
5., überarbeitete Auflage  
ca. 09-2013, 346 Seiten  
ca. 25 s/w Abb., broschiert  
ISBN 978-3-86764-317-7  
ca. € (D) 24,99  
Praktischer Journalismus Band 6



Hermann Meyn, Jan Tonnemacher  
**Massenmedien in Deutschland**  
4., völlig überarbeitete Neuauflage  
Unter Mitarbeit von Hanni Chill  
4., völlig überarbeitete Neuauflage  
2012, 270 Seiten  
35 s/w Abb., broschiert  
ISBN 978-3-86764-213-2  
€ (D) 19,99



Matthias Künzler  
**Mediensystem Schweiz**  
2013, 374 Seiten  
100 s/w Abb., broschiert  
ISBN 978-3-86764-151-7  
€ (D) 39,00



Martin Sturmer  
**Afrika!**  
Plädoyer für eine differenzierte Berichterstattung  
2013, 192 Seiten  
35 s/w Abb., broschiert  
ISBN 978-3-86764-323-8  
€ (D) 29,00



Jeffrey Wimmer  
**Massenphänomen Computerspiele**  
Soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte  
08-2013, 204 Seiten  
30 s/w Abb., broschiert  
ISBN 978-3-86764-088-6  
€ (D) 29,99



Stefan Wachtel  
**Schreiben fürs Hören**  
Trainingstexte, Regeln und Methoden  
5., überarbeitete Auflage  
08-2013, 192 Seiten  
20 s/w Abb., broschiert  
ISBN 978-3-86764-435-8  
€ (D) 22,99  
Praktischer Journalismus Band 29

liebe hererinnen, liebe herer,



Lutz Mücke

in rasantem Tempo sind in den letzten Jahren weltweit dutzende Organisationen, Initiativen und Zentren für investigativen Journalismus entstanden. Netzwerke ambitionierter Kolleginnen und Kollegen umspannen heute den gesamten Globus. Vor allem eines eint sie – das Rollenverständnis, Journalismus habe dem Gemeinwohl zu dienen und die Mächtigen zu kontrollieren.

Die »Offshore Leaks«-Enthüllungen der vergangenen Wochen belegen eindrucksvoll, wozu diese neu entstandene globale Kraft in Kooperation mit »traditionellen Medien« in der Lage ist. In unserer Titelseite berichtet Stefan Candea, Mitbegründer des Rumänischen Zentrums für Investigativen Journalismus, wie nervenaufreibend es war, das Rechercheteam für die Region Osteuropa zu koordinieren (Seite 10). Brigitte Alfter, langjährige Mitarbeiterin der dänischen Initiative Scoop, erklärt im Interview, warum sich niemand mehr in nationalen Mustöpfen verstecken sollte (Seite 16). Und

Peter Hornung, Mitarbeiter des Reporterpools des Norddeutschen Rundfunks, dokumentiert die »reiche Ernte« an Reaktionen auf die Enthüllungen über die weltweit organisierte Steuerhinterziehung: Internationale Organisationen und Regierungen gerieten unter starken Zugzwang, und die bereits eingeläuteten Veränderungen sind ein überaus aufmunternder Beleg für die Vitalität des Journalismus (Seite 18).

Ähnlich positive Entwicklungen wünschte man sich auch in anderen Bereichen unseres Berufsfeldes: »Die Drecksarbeit« in der Auslandsberichterstattung machen oft »Stringer« oder »Fixer«. Besonders in Krisen- und Kriegsgebieten sind solche Mitarbeiter unersetzlich. Ruhm und Anerkennung stecken jedoch meist ihre ausländischen Counterparts ein. – Drew Sullivan, Mitbegründer des »Organized Crime and Corruption Reporting Projects«, plädiert für einen neuen, fairen Umgang auf Augenhöhe (Seite 40). Besonders prekär ist die Lage jener afghanischen Kollegen, die in Kabul, Kundus oder Kandahar Reportern aus aller Welt verschlossene Türen öffnen. Unter welchem Risiko sie arbeiten und was aus ihnen wird, wenn die westlichen Truppen Afghanistan verlassen – diese Fragen reflektiert Ronja von Wurmb-Seibel ab Seite 44.

Darüber hinaus schreiben auch in dieser *Message*-Ausgabe wieder viele kompetente Kolleginnen und Kollegen. Drei seien an dieser Stelle noch erwähnt: In ihrem exzellenten Beitrag »Ein Mensch voller Scham« erzählt *Zeit*-Redakteurin Heike Faller, wie ihre Kisch-Preis-Reportage »Der Getriebene« entstand (Seite 56). Mit Gewinn werden Sie sicher auch lesen, welche Erfahrungen der langjährige *Spiegel*-Reporter Christian Neef mit russischen Behörden sammelte (Seite 64). Und der ehemalige *Message*-Redakteur Martin Niggeschmidt zeigt an aktuellen Beispielen, wie der *Spiegel* im »Fall Sarrazin« an seinem eigenen Aufklärungsanspruch scheitert (Seite 68).

Bleiben Sie dem Journalismus und *Message* gewogen. Mit besten Grüßen der gesamten *Message*-Redaktion

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Mücke'. The signature is stylized and fluid.

# TITELTHEMA: DIE NEUE GLOBALE KRAFT

8 **Auftakt**  
Welche Folgen hat »Offshore Leaks«, fragt Message Journalisten aus Slowenien, der Schweiz und Irland

10 **Die Kraft der Vernetzung**  
Investigative Recherchezentren zeigen zusammen mit »traditionellen Medien«, wozu sie fähig sind  
von *Stefan Candea*

14 **Infografik**  
Ein optischer Überblick der weltumspannenden »Offshore Leaks«-Recherchen des ICIJ  
von *Ute Lederer*

16 **»International denken lernen!«**  
Brigitte Alfter im Interview über die Notwendigkeit internationaler Medienkooperationen  
von *Lutz Mücke*

18 **Die Reaktionen**  
Die Recherchen zu internationalen Steueroasen lösten eine Vielzahl politischer Reaktionen aus  
von *Peter Hornung*

22 **Umgang mit sensiblen Daten**  
Ein Vergleich von Wikileaks und dem International Consortium for Investigative Journalism  
von *Sebastian Mondial*



Quelle: taz (5. April 2013)

## SYRIEN

24 **Hilfloses Mantra aus der Ferne**  
Syrien ist ein gefährlicher Ort für Journalisten. Seriöse Berichterstattung wird immer spärlicher  
von *Malte Werner*

## JOURNALISMUS PREKÄR

30 **Profit versus Profi-Journalismus**  
Die meritorische Leistung des Journalismus ist inkompatibel zu aktuellen Geschäftsmodellen  
von *Klaus-Dieter Altmeyden*

34 **Zwischen Depression und Hoffnung**  
Eben noch festangestellt, jetzt »freigestellt« – Message sammelt Stimmen von betroffenen Journalisten zum Strukturwandel

36 **San Precario an der Weser**  
Der *Weser-Kurier* setzt bei Redakteuren auf Leiharbeit und Outsourcing  
von *Thomas Schnedler*

## STRINGER

40 **Das schmutzige kleine Geheimnis**  
Wie sich die Rolle und das Ansehen von Stringern und Fixern verändert hat  
von *Drew Sullivan*

44 **Vier aus vierhundert**  
Afghanen, die mit ausländischen Medien zusammenarbeiten, müssen um ihr Leben fürchten  
von *Ronja von Wurmb-Seibel*

48 **Ambivalente Erfahrung**  
Profitierten kosovarische Stringer von ausländischen Reportern?  
von *Kenneth Andresen*

## MEDIZINJOURNALISMUS

52 **Die Zahlentricks durchschauen**  
In den USA lernen Journalisten, wie sie Studien der Gesundheitsbranche richtig interpretieren  
von *Martina Keller*

## RECHERCHE

56 **Ein Mensch voller Scham**  
Einblicke in die Recherche für ein preisgekröntes Porträt über einen Pädophilen  
von *Heike Fallert*

60 **Vor Ort geht immer was – Die Hintermänner des NSU**  
Eine Recherche der *Zeit* brachte Licht ins Dunkel der Unterstützer des Nazi-Trios  
von *Daniel Müller*

64 **Recherchen unter Beobachtung**  
In Russland bespitzelt der Geheimdienst Journalisten. Gefährlich ist das für deren Quellen  
von *Christian Neef*

## WEITERE SCHWERPUNKTE

24



Foto: Benjamin Hillier

**Syrien:** Verwackelte, pixelige Handyvideos prägen die Berichterstattung über den komplizierten Konflikt. Unabhängige Informationen sind nur unter Lebensgefahr zu bekommen.

52

**Medizinjournalismus:** Lügen mit Statistiken – in den USA werden Journalisten speziell geschult, um frisierte Studien aus der Gesundheitsbranche zu entlarven.

56

**Preisgekrönt:** Für ihr Porträt eines Pädophilen erhielt Heike Fallner den Egon Erwin Kisch-Preis. In *Message* berichtet sie über die schwierige Recherche.



Quelle: »Kein Täter werden«

## MEDIENKRITIK

- 68 **Mangelhafte Auseinandersetzung**  
Im »Fall Sarrazin« scheitert der *Spiegel* bis heute am eigenen Aufklärungsanspruch  
von *Martin Niggeschmidt*

## FORSCHUNG

- 82 **Das Geschäft mit Nachrichten**  
Welche Rolle spielen Nachrichtenagenturen im Zeitalter der Sozialen Medien? Eine Studie hat nach Einschätzungen gefragt  
von *Yasmin Schulten-Jaspers*

## NORMEN

- 86 **Deutscher Presserat**  
Die Novellierung der Ziffer 8 des Pressekodex und deren Auswirkungen  
von *Ilka Degranges*
- 90 **Schweizer Presserat**  
Unmoralisches Angebot: Wie Politiker im Wahlkampf redaktionellen Platz kaufen konnten  
von *Max Trossmann*

## RUBRIKEN

- 6 **Feedback**
- 50 **Wolf sieht fern**  
Ein Schlag ins Gesicht  
von *Fritz Wolf*

- 81 **Vorbilder**  
*Wolfgang Vorkötter* schreibt über den »roten Oskar« *Fehrenbach* von der *Stuttgarter Zeitung*
- 92 **Aus dem Netzwerk Recherche**  
Die Idee einer Stiftung zur Förderung des Journalismus ist umstritten  
von *Steffen Grimberg*
- 94 **Die Top-Ten des Buchjournalismus**
- 96 **Buchbesprechungen**
- 100 **Highlight**  
Wie *Karl Philipp Moritz* das »Ideal einer vollkommenen Zeitung« erfand  
von *Holger Böning*
- 102 **Holger's Cartoon Corner**  
**Impressum**

## MESSAGE – PODIUM

- 71 **»Wie sich der Journalismus verändern muss«**

So das Motto des Reporter-Forums für seine Jahrestagung im Juni 2013. Vier angehende Journalisten berichten für *Message* von ihren Eindrücken.

**Titelbild-Quelle:** Shutterstock / Anton Balazh





AUSGABE 2/2013

## message 2/2013 Afrika: »Aufbruch, Erfolg und Erniedrigung«

### Respekt ist Glückssache

Mitte der 1980er Jahre war Paul Amina Stringer im ARD-Hörfunkstudio Nairobi und lieferte Manuskripte über meist belanglose, lokale Ereignisse ab. Seine Geschichten fanden sich kaum in der Berichterstattung des damaligen Korrespondenten wieder. Umso wichtiger war Amina als Kenner der politischen Szene während der Moi-Diktatur, als Informant und Kontaktmann zur Opposition im Untergrund.

Irgendwann flog die Sache auf. Der Lokalreporter mit den Auslands-Verbindungen wurde festgenommen und für mehr als ein Jahr ohne Anklage eingesperrt. Paul Amina war kein Einzelfall.

Heute, rund 25 Jahre später, herrscht Aufbruchstimmung. Erfolge sind sicht- und hörbar. Aber hat sich die Lage wirklich verbessert? In den meisten Ländern gab es politische Reformen, Mehrparteiensysteme und Wahlen, aber mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nach unseren Vorstellungen hat das nicht viel zu tun. Die Medienlandschaft ist bunt, frech und vielseitig geworden. Aber noch immer finden Razzien in Redaktionen statt, werden Journalisten bedroht, eingesperrt und umgebracht.

Und noch immer sind die afrikanischen Kolleginnen und Kollegen für uns Europäer meist Zuarbeiter, die recherchieren, Kontakte knüpfen, und übersetzen, Akkreditierungen vorbereiten, Mietwagen besorgen und Botengänge machen. Respekt ist Glückssache. *Message* beschreibt die Stellung des afrikanischen Journalismus treffend. Zu kurz kommt dabei jedoch, dass die Jobs trotzdem sehr beliebt, weil gut bezahlt und krisensicher sind. Afrikanische Medien zahlen Hungerlöhne, Journalisten brauchen mehrere Nebenjobs, sind schutzlos und selten unabhängig. Subtile Eingriffe in die Pressefreiheit gehören zum Alltag.

Was aus Paul Amina wurde? Er hat nach dem Ende der Diktatur in Kenia für eine Oppositionspartei Pressearbeit gemacht und sich mit der Abfindung der ARD ein kleines Taxi-Unternehmen aufgebaut.

*Wim Dohrenbusch ist Redakteur beim WDR.*

*In den 1980er Jahren war er als Zeitungskorrespondent in Ostafrika tätig.*

*Von 2003 bis 2009 berichtete er für den ARD Hörfunk aus Nairobi.*

## message 2/2013 Medienfreiheit in der Türkei: »Der verdammte Journalismus«

### Zwischen Hoffnung und Bangen

Zehntausende jubeln einem Redner zu, der Hasstiraden gegen Regierung und kurdische Minderheit ins Mikrofon brüllt. »Sag uns, dass wir sterben sollen, und wir sterben!«, antwortet ihm die aufgeputschte Menge.

Szenen wie aus einer anderen Epoche. Aber es ist die bittere Realität der Türkei 2013, Ende April bei einer Kundgebung des ultranationalistischen MHP-Chefs in der Küstenstadt Izmir gegen die sich anbahnende Friedenslösung mit der kurdischen PKK.

Eine Momentaufnahme, über die viele Zeitungen nur am Rande berichteten. Doch sie wirft ein Schlaglicht auf die gesellschaftliche Realität dieses Landes. In europäischen Demokratien, Ungarn neuerdings ausgenommen, würden solche Reden als Volksverhetzung gebrandmarkt.

In der Türkei fehlt die Zivilgesellschaft, die solche Verfehlungen anprangert und sanktioniert. Jedenfalls hatte man bis vor kurzem den Eindruck. Doch die gewaltige Protestwelle von Wutbürgern lässt hoffen, dass Teile der türkischen Gesellschaft mit aller Kraft und trotz gewaltsamer Drohungen ihre Stimme erheben und für ihre bürgerlichen Rechte kämpfen. Ein echter Hoffnungsschimmer am Horizont.

Die wenigen Journalisten, die sich trauen, kritisch zu schreiben, riskieren viel. Beruflich und privat. Das haben Sie in Ihrem Türkei-Dossier der letzten Ausgabe sehr anschaulich dargestellt.

Türkische Presse ist ganz überwiegend gelenkte Presse, ob Print oder audiovisuell. Die großen Wirtschaftsbesitzer, Bauunternehmer, Industrielle, Mischkonzerne, unterhalten ein Media-Outlet wahlweise als Werbefläche, Feigenblatt für soziales Engagement, Propagandainstrument oder schlicht als Renditeobjekt. Die Konzerne leben entweder von Staatsaufträgen oder brauchen die Gunst der Regierungspartei, um ungehindert zu prosperieren.

Wer als Journalist hier unnötig Dreck aufwühlt, wird gegangen. Die breite Mehrheit der Bevölkerung nimmt das nicht einmal wahr. Autoritäre Strukturen prägen die türkische Gesellschaft. Von der Familie über Schule und Militär bis hin zu Hochschule und Arbeitswelt: alles vertikal. Das war immerso – und wird nur selten in Frage gestellt. Ein schweres Umfeld für unabhängigen, kritischen

und engagierten Journalismus. Umso erfreulicher, dass es den noch gibt. Ihre Beispiele geben Hoffnung, dass gesellschaftlicher Wandel auch zwischen Bosphorus und Ararat möglich ist.

*Luc Walpot war zwei Jahre Leiter der »heute«-Redaktion, seit Anfang 2012 leitet er das ZDF-Studio in Istanbul.*

**message 2/2013**

**Podium: »Wie gehen die Medien mit Europa um?«**

**Wir sind verstrickt in Europa**

Die Krise in Europa ist auch eine Identitätskrise. Unstreitig scheint, dass wir die Zukunft Europas vor allem dann verbessern können, wenn wir gemeinsam Strukturen reformieren und Aufgaben anpacken. Aber wie soll das gehen, wenn sich der Einzelne vornehmlich als Deutscher, Franzose, Däne oder Grieche sieht? In dem Themenschwerpunkt zu Medien und Europa konstatiert *Message* zu Recht eine fehlende kommunikative Konnektivität in Europa, die, wenn es sie gäbe, natürlich identitätsstiftend wäre.

Aber es nützt nichts, zu beklagen, dass Europa in den Medien zu sehr aus der nationalstaatlichen Perspektive beleuchtet wird. Für viele entsteht erst durch den Fokus auf die eigene unmittelbare Lebenswelt ein Zugang zu Europa. Je höher der Abstraktionsgrad, je weiter weg vom persönlichen oder nationalen Bewusstsein, desto weniger Menschen sind für die Idee Europas zu gewinnen.

Johannes Rau sagte: Die Kommune ist der Ernstfall der Demokratie. Heute ließe sich ergänzen: Und der Schuldige findet sich immer in Brüssel. Das ist falsch, aber dennoch ein beliebtes Muster, weil Fürsprecher der europäischen Idee kaum wahrgenommen werden. Da haben es populistische Phrasen leider leichter. Deshalb muss es vielmehr darum gehen – und das ist dann auch die Aufgabe eines funktionierenden kritischen Journalismus – die Zusammenhänge zu verdeutlichen: Wir sind verstrickt in Europa, im besten Sinne.

Und zur Wahrheit – bleiben wir beim Fall der »Pleite-Griechen« – gehört auch: Nur wenn es den anderen gut geht, geht es uns auf Dauer auch gut. Dazu das oft zitierte Beispiel: Wenn den Menschen in den Euro-Krisen-Ländern die Kaufkraft fehlt, gibt es bei Ford in Köln – direkt vor unserer Haustür – Kurzarbeit, weil die Nachfrage nach Kleinwagen einbricht.

Guter Journalismus leistet diese kritische, unabhängige und fundierte Berichterstattung. Er zeigt die lokale und die europäische Dimension. Und schafft damit schließlich die Voraussetzung, unsere Demokratie zu festigen und zu sichern. Doch genau dieser Journalismus steckt gerade auch in der Krise. Aber das ist ein anderes Thema ...

*Dr. Marc Jan Eumann ist Staatssekretär für Europa und Medien in der Landesregierung von NRW.*

**message 2/2013**

**Onlinejournalismus: »Konkurrenten, Kritiker, Kollegen?«**

**Auf Augenhöhe**

In seinem Beitrag kommt Christoph Neuberger zu dem Schluss, dass Blogs überwiegend nicht mit professionellen Medien konkurrieren können. Doch gerade in der Medienkrise erlangen Blogs – vor allem im Lokalen – in Zukunft einen neuen Stellenwert.

Für viele Regionen gibt es keine Lokalzeitung mehr. Wie können wir da die Relevanz von Bloggern in Frage stellen? Aller Untergangsstimmung der Medien zum Trotz – die Menschen wird immer interessieren, was vor ihrer eigenen Haustür passiert. Während sich die großen Verlage aus dem lokalen Geschäft zurückziehen, ist dies die Chance für neue digitale journalistische Formate.

Die Zukunft liegt nicht in den Massenausfertigungen von Agenturmeldungen, sondern in Geschichten, die den Leser berühren, aufregen und mitreißen. Neuberger wirft Bloggern vor, unsauber zu recherchieren, unter Zeitdruck schlechtere Ergebnisse zu liefern als »richtige« Journalisten und die Massenmedien als Mittler zu benötigen. Nachrichtenblogs liefern sehr wohl eine kontinuierliche, zuverlässige, selbst recherchierte Berichterstattung, die sich aber an ein gezieltes, lokales Publikum richtet und so selbst Medium ist. Nach Neuberger bleiben große Zeitungen die Hauptquelle zuverlässiger Information. Doch lokale Nachrichtenblogs sehen hin, wo die Massenmedien nicht mehr präsent sind, und erfüllen so die wesentliche Funktion journalistischer Berichterstattung. Auf der Ebene der lokalen Berichterstattung bin ich alles zugleich: Konkurrent, Kritiker und Kollege auf Augenhöhe.

*Isabella David ist freie Journalistin und Gründerin des Hamburger Nachrichtenblogs Mittendrin ([www.hh-mittendrin.de](http://www.hh-mittendrin.de))*

*An dieser Stelle äußern sich Publizisten zu den Themen des vergangenen Heftes. Sie erreichen uns ...*

*... per Post:  
Redaktion Message  
Universität Hamburg  
Sedanstraße 19  
20146 Hamburg*

*... per Fax:  
040 42 838-9333*

*... oder per E-Mail:  
[redaktion@message-online.com](mailto:redaktion@message-online.com)*

# Viel Vertrauen geschaffen



Kaum ein Nachrichtenmedium und schon gar keine investigativ arbeitende Non-Profit-Organisation kann es sich heutzutage noch leisten, einer Geschichte um den halben Globus hinterherzujagen. Aber wir sind an einem Punkt, an dem alle größeren Geschichten eine globale Weiterung haben, selbst regionale.

Projekte wie »Offshore Leaks« helfen großen wie kleinen Medienorganisationen dabei, Grenzen zu überwinden und international zu recherchieren. Wir können mit Kollegen auf der ganzen Welt zusammenarbeiten und auf diese Weise auch ein viel größeres Publikum ansprechen.

Das hilft allen Beteiligten. Egal wie klein der heimische Medienmarkt ist, man kann durch die Kollaboration andere Märkte erschließen und anderen Medien den heimischen Markt zugänglich machen.

Es gibt also viele Vorteile, besonders für finanzschwächere Organisationen.

Aber natürlich gibt es wie überall auch Risiken. Nur: Die ablehnende Haltung vieler Kollegen gegenüber solchen Kooperationen basiert oft auf fehlender Erfahrung und der daraus resultierenden Unsicherheit. Ich sehe höchstens das Problem, dass gewaltige Projekte wie »Offshore Leaks« extrem gut koordiniert werden müssen, sonst erreichen sie nicht viel. Aber das hat diese eigentlich winzige Organisation aus Washington fantastisch gemacht.

*Lyra McKee ist eine Investigativ-Journalistin aus Belfast. 2011 gründete sie die Plattform The Muckraker.*



Ohne grenzüberschreitende Kooperationen hätten viele aufsehenerregende Rechercheprojekte in jüngster Zeit keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Ich selbst habe 2008 gemeinsam mit dem finnischen Kollegen Magnus Berglund dem Verkauf gepanzerter Fahrzeuge aus

Finnland nach Slowenien hinterherrecherchiert. Wir gaben den Anstoß für internationale Untersuchungen, die Anfang des Jahres u.a. zur Verurteilung des ehemaligen slowenischen Premierministers Janez Jansa führten. Außerdem habe ich in einer Gruppe von acht Journalisten aus sieben Ländern Waffenlieferungen auf die Schlachtfelder des ehemaligen Jugoslawien während des UN-Embargos in den 1990ern enthüllt.

Es ist schwierig für einen ausländischen Journalisten, in einem fremden Land ein dafür nötiges Netzwerk einflussreicher Informanten aufzubauen.

Die Zusammenarbeit birgt aber auch hohe Risiken. Die größte Gefahr ist vielleicht die elektronische Überwachung. Deshalb sind verschlüsselte E-Mails und andere sichere Kommunikationswege ein Muss für jede Art von grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Die Grundvoraussetzung dafür, dass eine solche Teamleistung gelingt, ist aber, dass sich alle beteiligten Journalisten gegenseitig absolut vertrauen können.

*Blaž Zgaga ist slowenisches ICIJ-Mitglied mit dem Schwerpunkt Waffenhandel.*

Welche Folgen haben internationale Kooperationen wie »Offshore Leaks« für den Journalismus? *Message* fragte Kollegen aus Irland, Slowenien und der Schweiz nach ihren Einschätzungen und praktischen Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Rechercheprojekten.



Wir arbeiten im Recherchedesk der Schweizer *SonntagsZeitung* und *LeMatin Dimanche* immer wieder mit Kollegen im Ausland – nicht nur im Fall von »Offshore Leaks«. So hatten wir während der Recherche über ägyptische Potentatengelder auf Schweizer Bankkonten Kontakt zu Journalisten in Kairo. Als es um die Beschaffung von schwedischen Kampfflugzeugen für die Schweizer Armee ging, standen wir im Kontakt mit einer Kollegin in Schweden. Von dieser Vernetzung profitieren beide Seiten: Wir verstehen in diesem Land die Sprache

nicht, haben kein Beziehungsnetz und kommen daher – im Gegensatz zu den lokalen Kollegen – nur schwer zu exklusiven Informationen. Umgekehrt erhalten sie von uns Material, zu dem sie sonst keinen Zugang hätten. Gleichzeitig stoßen wir so im Ausland immer wieder auf Themen, die auch in unserem Land relevant sind.

»Offshore Leaks« hat in Sachen internationale Zusammenarbeit viel bewirkt: Weil sich alle Journalisten innerhalb des Netzwerkes an Sperrfristen gehalten und sich gegenseitig keine

Geschichten geklaut haben, ist viel Vertrauen geschaffen worden. Wir haben gelernt, dass wir einander trauen können, dass es sich lohnt, heute großzügiger Informationen auszutauschen, als wir dies früher gemacht haben. Die Recherchen gewinnen dadurch massiv an Qualität.

*Catherine Boss und Titus Plattner arbeiten im gemeinsamen Recherchedesk der Schweizer SonntagsZeitung und LeMatin Dimanche.*



## Neue globale Kraft

Das Titelthema von *Message* diskutiert Erfolge und Folgen des Projekts »Offshore Leaks« und neue Möglichkeiten globaler Kooperationen.

- ▶ **Die Macht der Vernetzung:** Wie Journalisten weltweit an einem Rechercheprojekt arbeiten S. 10
- ▶ **Weltumspannend:** Ausgewählte »Offshore Leaks«-Enthüllungen in einer Infografik S. 14
- ▶ **International denken lernen:** Wie es Journalisten gelingt, globale Machtstrukturen aufzudecken S. 16
- ▶ **Der Domino-Effekt:** Nach »Offshore Leaks« setzen mächtige Politiker Steueroasen unter Druck S. 18
- ▶ **Zwei Netzwerke – Zwei Philosophien:** Was Wikileaks und das ICIJ unterscheidet S. 22

# Die Kraft globaler



Quelle: Shutterstock / Anton Balazh

Investigative Recherchezentren und -netzwerke sind über die ganze Welt verteilt. Ihr Recherchepotenzial ist enorm.

# Vernetzung

*Während traditionelle Medien sich häufig vom Recherchejournalismus verabschieden, gründen Journalisten weltweit dutzende investigative Netzwerke. Der Fall »Offshore Leaks« zeigt, wozu sie fähig sind.*

VON STEFAN CANDEA

**A**ls ich die Daten des »Offshore Leaks«-Projekts Anfang 2012 zum ersten Mal sah, war ich sofort begeistert. Auf einen Schlag hatte ich Zugang zu E-Mails aus mehr als einem Jahrzehnt und Informationen zu den Nutznießern von Offshore-Unternehmen. Ich überprüfte sofort alle Prominenten meines Landes und meiner Region. Danach testete ich einfach stichprobenmäßig Ideen, Theorien und Nachrichten, auf die ich gestoßen bin. Es war wie ein Spiel. Ich fühlte mich wie die Fliege an der Wand von Büros in Steueroasen. Ich wurde regelrecht süchtig danach.

## Informationen untermauern

Die Ernüchterung kam schnell. Abgesehen von ein paar Prominenten sind da hunderttausende von Namen, die einem erst einmal gar nichts sagen. Ich suchte nach einem Muster und nach relevanten Hintergründen statt nach zusammenhangloser Information vom Typ »Person A gründete Unternehmen B«. So war es etwa nicht relevant, dass der Präsident von Aserbaidschan, seine Frau und seine beiden Töchter einige Offshore-Unternehmungen besitzen. Wichtiger war es, Hintergrundinformation zu dem Direktor dieser Firmen zu recherchieren, einem Geschäftsmann, der Milliarden an Staatsgeldern von der Regierung und der präsidentalen Verwaltung bekommen hatte, um überbeuerte Großbauprojekte zu finanzieren. Solch eine Recherche ist ein quälend langsamer Prozess. Als es mir endlich gelang, nach und nach die Punkte miteinander zu verbinden – da war der Suchfaktor wieder da.

»Offshore Leaks« hat die Welt bewegt, und während ich dies hier schreibe, werden weitere Geschichten veröffentlicht. Das war nur möglich, weil sich Journalisten von überall her im Internati-

onalen Consortium für Investigativen Journalismus (ICIJ) zusammengetan und gemeinsam recherchiert haben. Viele von ihnen arbeiten außerhalb der etablierten Medien. Begonnen hat das alles vor mehr als zehn Jahren.

## Unabhängige Netzwerke entstehen

Investigative Journalisten in unterschiedlichen Ecken der Welt verließen ihre Redaktionen, um unabhängige, meist gemeinnützig arbeitende Organisationen zu gründen – manchmal ohne voneinander zu wissen. Nach und nach erwuchs daraus eine internationale Community, die sich seit 2001 bei den Global Investigative Journalism Conferences und bei regionalen Folgekonferenzen trifft. Die Mitglieder dieser Community verbessern laufend ihre Recherchefähigkeiten und werden immer professioneller. Sie haben sich über Grenzen hinweg organisiert und abseits der traditionellen Medien ein eigenes Refugium geschaffen. So bilden sie eine neue Art informeller Organisationen: vernetzte investigative Zellen. Auch das ICIJ ist ein solches Netzwerk.

2001 haben wir unser Rumänisches Zentrum für investigativen Journalismus (CRJI) gegründet. Damals kannten wir nur vier andere Projekte dieser Art, mittlerweile gibt es fast hundert solcher Zentren, immer neue sprießen auf der ganzen Welt. Auch die Global Investigative Journalism Conference erlebt gerade eine Hochphase. Am diesjährigen Treffen im Oktober werden etwa 1.000 Journalisten teilnehmen.

## Vertreibung aus den Redaktionen

Ein Grund für die Bewegung war der Mangel an Ressourcen und Visionen in den Redaktionen: Medienunternehmen werden immer gewinnorientierter.

Investigativer Journalismus hingegen ist ein riskantes Geschäft, das mitunter viel Zeit und Geld kostet. Das Risiko, wegen einer Geschichte verklagt zu werden, politischem Druck oder Drohungen ausgesetzt zu sein, ist den meisten Redaktionen aber zu groß. Anstatt Rechercheteams zu stärken und nach Wegen zu suchen, wie man gut recherchierte Geschichten und Hintergrundberichte lukrativ verkauft, haben sich viele Mainstream-Medien dafür entschieden, ihre Recherchekapazitäten abzubauen und die Anzeigenabteilung zu stärken. Gleichzeitig verschleudern viele ihre Inhalte, um sich ein Massenpublikum aufzubauen.

### **Anzeigen sind lukrativer als Recherchen**

Ein weiterer Grund für das Desinteresse an investigativem Journalismus in den etablierten Medien ist die

*All das hat unabhängige Journalisten in vielen Ländern aus den Redaktionsräumen getrieben und Platz geschaffen für Ja-Sager.*

Korruption innerhalb vieler Redaktionen. Leitende Redakteure sind entweder Teil des Establishments, organisieren Propagandakanäle für ihre Medieneigen-

tümer oder machen einfach Geld mit zwielichtigen Anzeigendeals. All das hat professionell arbeitende, unabhängige Journalisten in vielen Ländern aus den Redaktionsräumen getrieben und Platz geschaffen für Ja-Sager mit wenig bis gar keinem journalistischen Urteilsvermögen. Zwar veröffentlichen sie von Zeit zu Zeit gern Qualitätsinhalte, die ihnen kostenfrei von den unabhängigen Recherchezentren zur Verfügung gestellt werden, aber sie würden selbst keinen Cent in diese Organisationen investieren.

Enttäuschend war auch, dass etwa bei »Offshore Leaks« anfangs viele der angebotenen Geschichten abgelehnt wurden. Sie wurden erst wahrgenommen, nachdem *The Guardian* oder die BBC sie in Großbritannien veröffentlicht hatten. Auch Medien in Rumänien und Russland änderten schlagartig ihre Meinung. Daraufhin konnten wir zehn Beiträge veröffentlichen und erhielten knapp hundert Kooperationsangebote.

Heute bestimmen in vielen Ländern investigative Zentren bereits die Themenagenda mit. In Rumänien beispielsweise gründete das CRJI, aufbauend auf dem Nachrichtenblog *theblacksea.eu*, ein Online-Magazin für die Schwarzmeerregion. Dort werden wir

Watchdog-Journalismus auf Englisch präsentieren. Außerdem haben wir *Sponge* gestartet, ein Medienlabor, an dem auch Programmierer beteiligt sind.

### **Watchdog-Journalismus in Rumänien**

Als investigatives Zentrum finanziert sich das CRJI auf Basis einzelner Projekte, für die es Fördergelder erhält. Ein Teil dieses Geldes wird in eigene Berichterstattung investiert. Die Geschichten werden online veröffentlicht und verschaffen uns dann wiederum Free-Lance-Aufträge von westeuropäischen oder nordamerikanischen Medien.

So beteiligten wir uns zum Beispiel an dem »Tobacco Underground Project« des Internationalen Konsortiums mit einer Geschichte über die Zigarettenmarke Jin Ling, die in Osteuropa eigens für den Schmuggel hergestellt wird. Wir arbeiten an einem Langzeitprojekt über Gazprom, haben Recherchen zur organisierten Kriminalität entlang der neuen EU-Grenzen auf den Weg gebracht und über Menschenhändlernetzwerke in Osteuropa berichtet.

Doch zurück zu »Offshore Leaks«: Meine Beteiligung an dem Projekt begann während der internationalen Recherchekonferenz in Kiew Ende 2011. Das ICIJ fragte unser Rumänisches Center für investigativen Journalismus in Bukarest, ob es als Schnittstelle für die Recherche in Osteuropa, fungieren könne. Wir hatten lediglich ein Recherchebudget vom ICIJ zur Verfügung. Weil wir ein Büro brauchten, das aber nichts kosten durfte, machten wir meine Wohnung zur Arbeitsstätte und ich zog solange aus.

### **Viele Journalisten scheitern an der Technik**

Meine und die Aufgabe meiner Kollegen Sorin Ozon und Adrian Mogos bestand nicht nur darin, unsere eigenen Geschichten zu verfolgen. Wir koordinierten auch die Recherche von 28 Journalisten aus Moldawien, Weißrussland, Bulgarien, den Baltischen Staaten, der Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Serbien, Slowenien, Kroatien, Albanien, Kosovo, Ungarn, Polen, der Türkei sowie Belgien und Kambodscha. Einige dieser Journalisten sind Mitarbeiter investigativer Zentren, einige sind Freiberufler.

Für die Datenauswertung benutzten wir eine Software der australischen Firma Nuix. Diese hatte dem ICIJ einige Lizenzen kostenlos zur Verfügung gestellt, die wir ausschließlich für dieses Projekt verwenden durften. Mein alter Computer war mit



The Guardian vom 26.11.2012

der Datenmenge völlig überfordert und stürzte fast täglich ab. Ich war gezwungen, mir einen leistungsfähigeren Rechner zu kaufen – ein Problem, das viele beteiligte Journalisten hatten. Aber kaum ein Freiberufler hatte die Mittel, um sich teure neue Geräte zu kaufen oder neue Software zu installieren.

Daher mussten wir zu Beginn zusätzlich einen großen Teil der Recherche für unsere Kollegen in Osteuropa übernehmen. Das endete zum Glück 2012, als der journalistische Datenmanager des Projekts, unser ICIJ-Kollege Duncan Campbell, ein Online-Recherchetool einführte. Das ICIJ hat uns auch beim Lektorat, Faktencheck und der juristischen Überprüfung (nach amerikanischem Recht) der Geschichten sehr unterstützt.

**Kommunikation trotz Datenschutz**

Eine weiteres Problem bestand im sicheren Datenaustausch. Anfangs kommunizierten wir über E-Mails, die wir mit PGP verschlüsselten. Bald aber zeigte sich, dass das die Gruppenkommunikation und den Archivaufbau zu stark behinderte. Viele Journalisten hatten mit der Technik zu kämpfen. Andere befürchteten, dass sie damit unerwünschte Aufmerksamkeit von Regierungsbehörden auf sich ziehen würden.

Die Lösung kam in Form eines verschlüsselten Open-Source-Online-Forums, das Sebastian Mon-

dial, ein Kollege aus Deutschland, einrichtete. Alle am Projekt beteiligten Journalisten waren im Forum vertreten. Sie konnten selber wählen, ob sie offen mit allen anderen Journalisten kommunizieren oder persönliche Mitteilungen verschicken wollten. Wir mussten viel Vertrauen investieren und so viele Daten wie möglich mit den Kollegen austauschen.

Man sollte sich immer bewusst sein, dass einem das Netzwerk nicht gehört, sondern dass man ein Teil davon ist. Zu kommunizieren und alle daran zu erinnern, dass es sich um eine gemeinschaftliche Arbeit handelt, ist äußerst wichtig. Sonst kann es vorkommen, dass sich Beteiligte übergangen oder ausgegrenzt fühlen. Das nahm eine Menge Zeit in Anspruch, die wir für die Verfolgung unserer Themen hätten gebrauchen können. Ich wünschte mir, wir hätten einen Projektmanager gehabt, der sich darum gekümmert hätte, anstatt dass ein Journalist zwei Jobs übernehmen musste.

**Ein Blick in die Zukunft**

Mit Reportern aus aller Welt zusammenzuarbeiten, ist für mich ein großartiger Lernprozess. Wenn Journalisten in unabhängigen Einrichtungen wie dem CRJI zu ihren eigenen Bedingungen recherchieren, können sie über wichtige, bisher vernachlässigte Themen berichten. Gemeinsam entwickeln diese Zentren eine journalistische Kraft, die keine nationalen Grenzen kennt. All das geschieht in einer Zeit, in der viele Mainstream-Medien ihre Recherchekapazitäten reduzieren. Trotzdem ist es für uns noch immer notwendig, Geschichten in traditionellen Medien zu veröffentlichen, um überhaupt wahrgenommen zu werden, wie es etwa beim Norddeutschen Rundfunk und der *Süddeutschen Zeitung* in Deutschland geschehen ist.

Dennoch: Der globale Erfolg von gemeinschaftlichen Projekten wie »Offshore Leaks« lenkt die Aufmerksamkeit auf die investigativen Zentren und hilft den beteiligten Journalisten, sich eine Reputation aufzubauen. Das führt langfristig sicher zu immer mehr Themen, Vorschlägen von Informanten und Finanzierungsmöglichkeiten für die Recherchezentren. Ich denke, eine neue Kraft ist geboren. ■

Weiterführende Links:

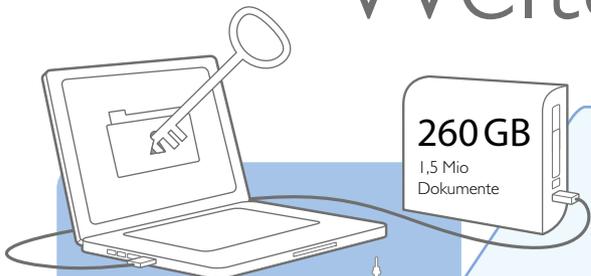
- ▶ Übersicht der global vernetzten investigativen Zentren unter <http://gijn.org/member-organizations/>
- ▶ Journalisten und Medienunternehmen, die an den Recherchen zu »Offshore Leaks« beteiligt waren unter <http://www.icij.org/offshore/about-project-secrecy-sale>

Erst als *The Guardian* »Offshore Leaks« zum Titelthema machte, interessierten sich auch osteuropäische Medien für das Thema.

*Stefan Candea ist freier Journalist und Mitbegründer des Rumänischen Zentrums für investigativen Journalismus. Übersetzung: Ingrid Lorbach*



# Weltumspannend



Auf einer anonym eingeschickten Festplatte fanden sich Daten zweier Trustverwalter mit mehr als 200.000 Einträgen zu Offshore-Firmen, die bis in die 1990er Jahre zurückreichen.

Unter der Leitung des ICIJ in Washington D.C. beteiligten sich 86 Journalisten und 36 Medienorganisationen aus 32 Ländern an der Auswertung der Daten.

Die entschlüsselte Datenmenge der mehr als 1,5 Millionen Dokumente zweier Trustverwalter entspricht ausgedruckt einem Stapel Papier von rund 600 m Höhe. Das ist fast doppelt so hoch wie der Eiffelturm in Paris.



In einem einzigen Gebäude auf den Kaimaninseln, dem fünfstöckigen Ugland House, haben sich 18.000 Firmen aus aller Welt niedergelassen – oder ihr Firmenschild draußen aufgehängt.



## Kaimaninseln

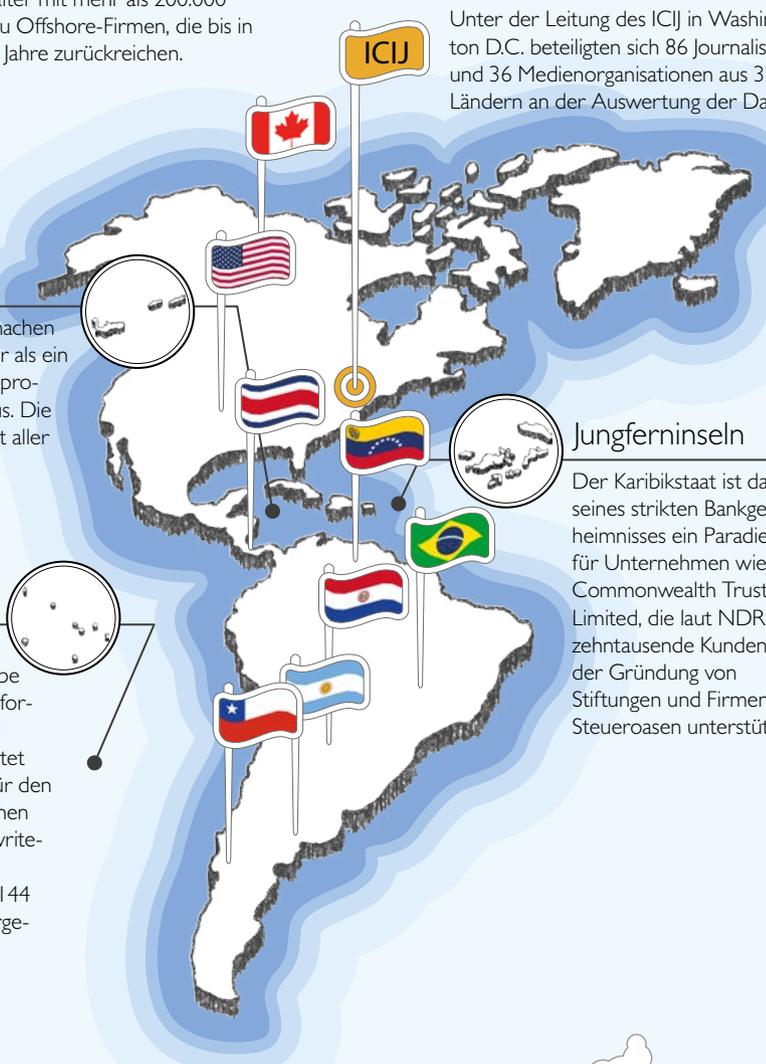
Finanzdienstleistungen machen laut *New York Times* mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts der Inselgruppe aus. Die Branche stellt 15 Prozent aller Arbeitsplätze.

## Cook Islands

Auf dem Eiland soll der verstorbene Millionenerbe Gunter Sachs nach SZ-Informationen einen Großteil seines Vermögens gehortet haben. Ähnliches gelte für den Ehemann einer kanadischen Senatorin und die Songwriterin Denise Rich, die ihr Vermögen in Höhe von 144 Millionen Dollar vorübergehend dort »parkte«.

## Jungferninseln

Der Karibikstaat ist dank seines strikten Bankgeheimnisses ein Paradies für Unternehmen wie die Commonwealth Trust Limited, die laut NDR zehntausende Kunden bei der Gründung von Stiftungen und Firmen in Steueroasen unterstützt.



Nach Zahlen des NDR kommen auf jeden der rund 31.000 Einwohner der Jungferninseln durchschnittlich 16,12 registrierte Firmen.



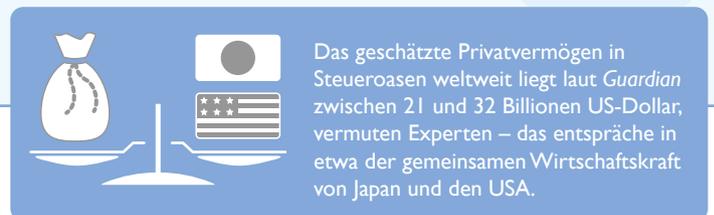
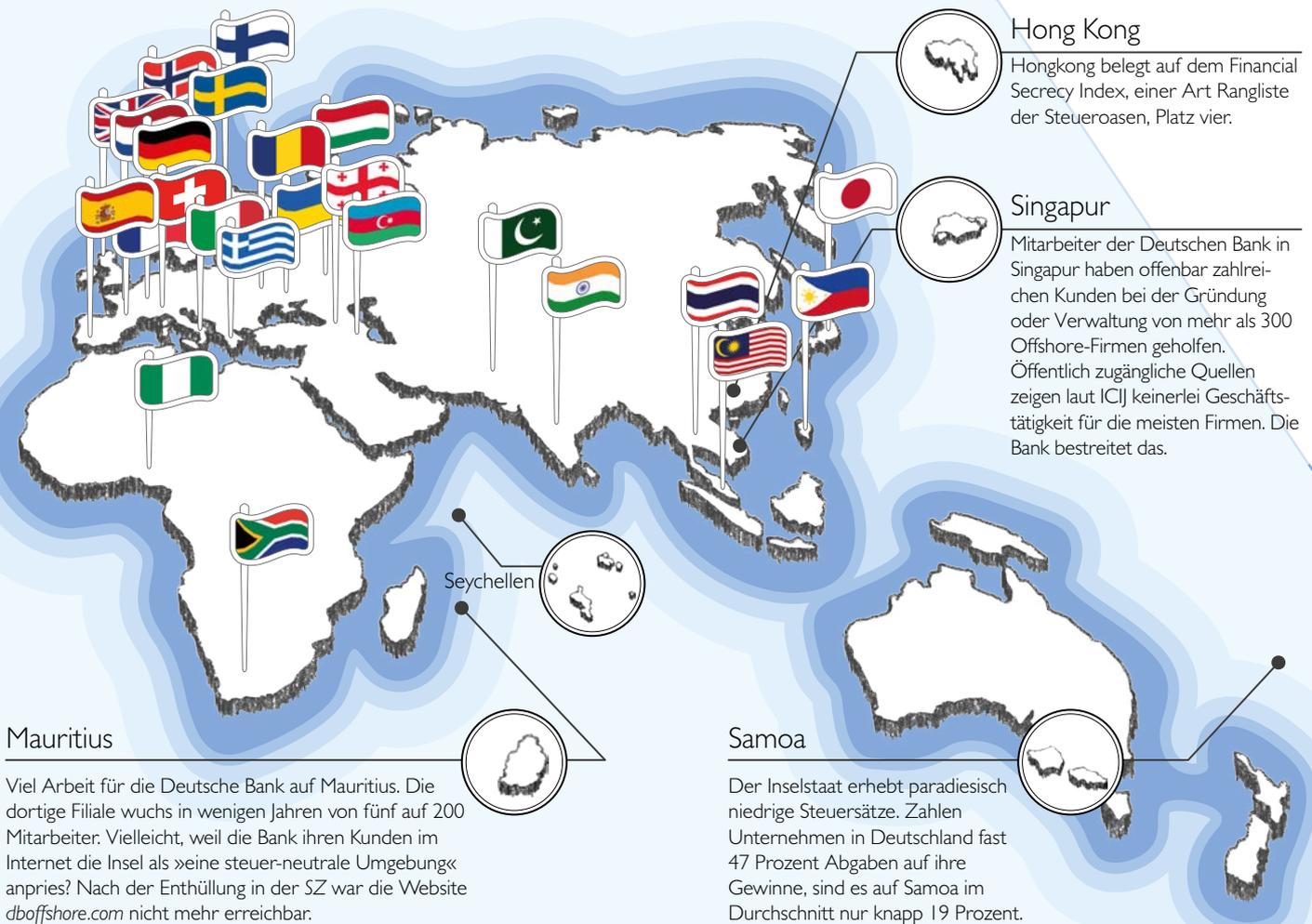
40 Prozent aller Offshore-Firmen weltweit waren laut einer Einschätzung der Weltbank aus dem Jahr 2011 auf den Jungferninseln beheimatet.



**Auswahl beteiligter Organisationen:** **Amerika:** The Washington Post (USA) // **Südamerika:** ABC Color Digital (Paraguay), Folha de S. Paulo (Brasilien) // **Europa:** BBC's Panorama (UK), The Guardian (UK), Le Monde (Frankreich), L'Espresso (Italien), Novaya Gazeta (Russland),

Quellen: NDR, Süddeutsche Zeitung, ICIJ, New York Times, Guardian, woz.ch, politifact.com, Spiegel.de  
Illustration: Ute Leclerer Text: Malte Werner

Das ICJ hat die weltweite Recherche-Kooperation hinter »Offshore Leaks« organisiert. Message zeigt das Netzwerk und beispielhaft, welche Medien an den Recherchen über die teils illegalen Geldströme beteiligt sind.



Romanian Centre for Investigative Journalism (Rumänien), Finnish Broadcasting Company YLE (Finnland) // **Vorderasien:** Hetq - Association of Investigative Journalists (Armenien), Rustavi TV (Georgien) // **Asien:** The Asahi Shimbun (Japan), The Indian Express (Indien), Pak Tribune - Pakistan News Service (Pakistan), Philippine Center for Investigative Journalism (Philippinen) // **Afrika:** M&G Centre for Investigative Journalism (amaBhungane) (Südafrika), Premium Times (Nigeria)

# »International

*Machtstrukturen organisieren sich immer globaler. Um darüber berichten zu können, müssen sich Journalisten weltweit vernetzen. Nur kooperativ können sie internationale Strukturen offenlegen.*

*Investigativer Journalismus erlebt weltweit einen enormen Aufschwung. Wie ist das in Europa?*

**Brigitte Alfter:** In den letzten zehn Jahren haben sich auch in Europa überall Initiativen für Recherchejournalismus etabliert, teils in Zentren wie etwa in Großbritannien, Slowenien, Rumänien, Lettland, Italien oder Dänemark, teils in Mitgliedsverbänden oder Stiftungen. Das ist ein Versuch, diese Art von Journalismus außerhalb der klassischen Medien zu professionalisieren, es gibt einfach neue journalistische Herausforderungen. Die Zentren sind untereinander vernetzt, dienen als Ansprechpartner und Kontaktbörsen. Das wachsende Interesse lässt sich in Europa auch gut an der DataHarvest-Konferenz ablesen, die jährlich von *Journalismfund.eu* in Brüssel organisiert wird. Da kamen 2011 35 Teilnehmer, 2012 98 und in diesem Jahr 156. Erfahrene Kollegen wie Duncan Campbell, David Leigh oder Hans Weiss tüfteln dort mit der jüngeren Generation und mit Programmierern zusammen an neuen Lösungen, Vernetzungen und Recherchewegen.

*Allein die schlechten Arbeitsbedingungen in der sogenannten »Nachrichtenindustrie« können das stärkere Interesse an investigativem Journalismus aber nicht ausgelöst haben ...*

Richtig. Abgesehen von den technischen Voraussetzungen durch das Internet internationalisieren sich Journalisten vor allem

zusehends, weil Sie ihre Aufgabe darin sehen, Macht und Machtzentren zu kritisieren und zu kontrollieren. Politische und wirtschaftliche Macht agiert heute aber nur noch bedingt auf nationalstaatlicher Ebene – sie globalisiert sich. Politische Entscheidungen und Macht werden nicht mehr vor Ort in den Hauptstädten getroffen, sondern in Brüssel oder anderswo. Entscheidungen über Arbeitsplätze in unserer Provinz werden vielleicht in einer Aufsichtsratssitzung in Übersee getroffen. Journalisten müssen diese Mächte durchleuchten, sie kritisieren und kontrollieren. Das geht aber nur, wenn wir international kooperieren. Weltweit begreifen Journalisten mittlerweile, dass die Zeiten vorbei sind, in denen ein Politik- oder Wirtschaftsredakteur irgendwo sitzt und seine Recherchen immer an der Landesgrenze enden lässt.

*Ein Beispiel?*

Bleiben wir bei der EU. Alle Mitgliedsstaaten sind in vielen Bereichen derselben Gesetzgebung unterworfen. Aber es gibt Länder, in denen die Verwaltungen eher Informationen herausgeben als anderswo. Über das dänische Informationsfreiheitsgesetz bekam ich beispielsweise Zugang zu ausführlichen Listen mit Nebenwirkungen von Medikamenten. Die werden nach EU-Gesetzen erstellt, waren aber in anderen EU-Staaten nicht zugänglich.

Zwei Kollegen in Belgien und Holland, beides anerkannte Medi-



## **Brigitte Alfter**

lehrt Journalistik an der Universität Roskilde. Von 2004 bis 2008 arbeitete sie als EU-Korrespondentin für das Magazin *Danish Daily Information*. Sie ist seit 2008 freie Journalistin in Kopenhagen. Ihr aktuelles Projekt *Journalismfund.eu* fördert investigativen Journalismus in Europa.

Foto: Thomas Tolstrup

# denken lernen!«

zinjournalisten, hatten die inhaltliche Expertise. Die fanden es unglaublich, dass Dänemark Zugang zu diesen Informationen gewährt und wollten sofort Informationen zu konkreten Präparaten haben, weil dort ernsthafter Verdacht auf schwere Nebenwirkungen bestand. Wir haben dann zusammen die Anfrage formuliert und in Dänemark stapelweise Dokumente erhalten. Die haben wir eingescannt und an die weltweit kompetentesten Experten verschickt. Daraus ist dann eine erfolgreiche Artikelserie geworden. Abgefallen ist dabei auch noch eine nette Lobbygeschichte in Brüssel. Eine angebliche Patientenorganisation, die starke Lobbyarbeit bei der EU betreibt, wird fast komplett von der Pharmaindustrie finanziert.

Leider haben wir bei dieser Kooperation einen Fehler gemacht: Wir hatten niemanden aus den großen EU-Ländern im Team. Die Geschichte lief in Holland, Belgien und Dänemark ganz groß, aber nicht in Deutschland oder Frankreich, die viel größeren Einfluss auf die EU-Politik haben.

*Das klingt, als ob Sie Politik machen wollten?*

Bestimmt nicht. Ein bundespolitisches Thema würde man in Deutschland ja auch nicht nur im Lokalen veröffentlichen, das muss natürlich in große Medien. Wir wollen die Menschen über diese Dinge informieren und aktuelle Themen auf die politische Tagesordnung setzen. Das ist die Aufgabe des Journalismus. Denn wenn die Bürger so etwas nicht wissen, können sie in der öffentlichen Debatte auch ihren Einfluss nicht geltend machen.

*Was ist die neue Qualität an diesem Herangehen?*

Wir als Journalisten müssen überhaupt erst einmal international denken lernen! Wir werden fast alle in nationale Medienmärkte hinein erzogen, meist als Alleinkämpfer sozialisiert. Hier müssen wir stark umdenken – hin zu internationalen Netzwerken, hin zu Teamarbeitern. Das muss zum Teil der Recherchemethoden werden und kann schon bei scheinbar einfachsten Themen aufschlussreiche Ergebnisse bringen.

Zum Beispiel hatten dänische Kinder im Frühling einen ganzen Monat schulfrei, weil die Lehrer

gegen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen gestreikt haben. Ganz ähnliche Situationen gibt es in mehreren EU-Ländern. Hier wäre es äußerst wertvoll, dies mit der Situation in England oder mit der Diskussion in einigen deutschen Bundesländern zu vergleichen, wo ähnliche Reformen durchgeführt werden. Um das hinzubekommen, sind internationale Kontakte sehr hilfreich.

*Ist das alles von einem Politikredakteur einer regionalen Tageszeitung nicht zu viel verlangt? Wer kann es sich schon leisten, internationale Konferenzen zu besuchen und solche Kontaktnetzwerke aufzubauen?*

Da gibt es heutzutage doch viel einfachere Wege. Jeder Nachrichtenredakteur kann weltweit Feeds zu seinen Themen auf den Webseiten wichtiger Medien einrichten. Auch so kann ich sehen, wer an ähnlichen Themen dran ist und mir eine Liste von Kontakten erarbeiten. Und selbst das Sprachproblem beim Einrichten der Feeds kann man mittlerweile mit Übersetzungsprogrammen lösen. Man muss sich auf diese neuen Arbeitsweisen nur einlassen.

*Aber auch die Zusammenarbeit in Recherche-Teams ist doch nicht immer Sonnenschein ...*

Der schwierigste Zeitpunkt ist häufig der Zeitpunkt der koordinierten Veröffentlichung. Dort scheitern Kooperationen immer mal wieder, weil sich einzelne Partner nicht an die Absprachen halten oder Fehler unterlaufen. Da spielt dann der Konkurrenzdruck des klassischen Nachrichtengeschäfts eine Rolle. Dort wird das Medium zitiert, das zuerst veröffentlicht. Auch will gelernt sein, das gesamte Recherche-Team zu zitieren.

Aber Teamwork und gemeinsame Veröffentlichungen sind ebenso Teil der neuen Methoden wie das Umdenken des einzelnen Journalisten. Wir stehen noch ganz am Anfang und werden in den kommenden Jahren daran arbeiten, das Crossborder Reporting weiter zu entwickeln. Das ist gewiss nicht immer einfach. Aber es hat Effekt – wie wir zuletzt mit der »Offshore Leaks«-Recherche zu den Steuerlosen gesehen haben. ■

*Das Interview führte Message-Mitherausgeber Lutz Mücke.*

# Der Domino-Effekt

*»Offshore Leaks« löst weltweit Reaktionen aus. Das schwelende Thema Steuerflucht bricht plötzlich auf. Mächtige Politiker und internationale Organisationen machen Druck auf Steueroasen.*

VON PETER HORNUNG

**H**erbert Stepic war sich offenbar keiner Schuld bewusst: Er trete nur zurück, erklärte der österreichische Spitzenbanker Mitte Mai, weil sein Unternehmen, die Raiffeisen Bank International, sonst »in der erwartbaren emotionalen und populistisch geführten Diskussion nachhaltigen Schaden« nehme. Kurz zuvor hatten Recherchen des österreichischen Nachrichtenmagazins *News* und der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) aufgedeckt, dass Stepic über zwei Briefkastenfirmen mit Sitz auf den British Virgin Islands (BVI) und in Hongkong Wohnungen in Singapur gekauft hatte. Diese Informationen stammten aus den Daten des vom Washingtoner International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) organisierten internationalen Rechercheprojekts »Offshore Leaks«, an dem in Deutschland neben der SZ auch der Norddeutsche Rundfunk beteiligt war.

## **Stichwortgeber der Politik**

Stepic also schwante eine »emotionale und populistisch geführte Diskussion« – und er zog die Konsequenzen, ohne dass ihm nachgewiesen worden wäre, dass er etwas Unrechtmäßiges getan hatte. Der 66-Jährige reihte sich damit in eine längere Reihe von Geschäftsleuten und Politikern weltweit ein, die durch die Publikationen im Rahmen von »Offshore Leaks« massiv unter Druck gekommen sind. In Frankreich war das Jean-Jacques Augier, Ex-Schatzmeister der Wahlkampagne von François Hollande, der sich für seine Investments auf den Cayman Islands rechtfertigen musste. Der Fall kam für den bereits durch einen ähnlichen Skandal unter Druck stehenden französischen Staatspräsidenten zur Unzeit. In Russland stand Vizepremier Igor Schuwalow am Pranger, weil seine Frau auf den BVI

wirtschaftlich Berechtigte eines sogenannten Trusts ist. Prompt versprach der Putin-Vertraute, das Geld zurück nach Russland zu holen. In Kolumbien musste Ex-Präsident Uribe die Offshore-Geschäfte seiner Söhne erklären, auf den Philippinen ermitteln die Behörden wegen eines geheimen Trusts auf den BVI gegen die älteste Tochter des früheren Machthabers Ferdinand Marcos. Das sind nur die prominenteren Fälle, doch schon diese zeigen: »Offshore Leaks« hat in vielen Ländern der Welt eine Debatte angestoßen – über Steueroasen und Offshore-Geschäfte, über Legalität und Legitimität, über Transparenz und Ethik und nicht zuletzt über Gerechtigkeit. Dem internationalen Rechercheprojekt liegt ein weltweit relevantes Thema zugrunde – was die (vor allem für die Rechercheure selbst) unglaubliche Resonanz zumindest zum Teil erklären mag.

Manchmal schien es uns, als rannten wir offene Türen ein. Die Opposition im Bundestag – SPD, Grüne und Linke – forderte eilig (und völlig erwartbar) ein härteres Vorgehen gegen Steuersünder, Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) begrüßte zunächst die Veröffentlichung, um dann – im Chor mit einigen Länderfinanzministern – die Herausgabe der Daten zu fordern, die Steuergewerkschaft verlangte nach mehr Steuerprüfern und die CDU nach einem »Steuer-FBI« – und selbst die sonst zu zurückhaltende Finanzaufsicht Bafin drohte Banken mit einem harten Vorgehen, sollten sie illegale Offshore-Geschäfte gefördert haben. Sahra Wagenknecht von der Linken sprach von einer »Maulheldendebatte«, womit sie möglicherweise gar nicht so unrecht hatte. So manche Presseerklärung schien lediglich aus der Schublade geholt und mit den aktuellen Begriffen und neuem Datum versehen worden zu sein: »Offshore Leaks« als Stichwortgeber für Politiker aller



Süddeutsche Zeitung vom 4. April 2013



Ta Nea (Griechenland) vom 5. April 2013



The Guardian vom 4. April 2013

Couleur, nicht nur in Deutschland. Die international konzertierte Veröffentlichung am 4. April 2013 war nicht nur Startschuss einer globalen Empörung, die mit den Rechercheergebnissen alleine nicht zu erklären ist – vor allem nicht mit jenen, die zunächst bekannt waren. Sie beschleunigte auch einen politischen Prozess, der bei Drucklegung dieses Heftes sicher noch nicht abgeschlossen ist.

**Das Bankgeheimnis bröckelt**

Was sich in den Folgetagen auf politischer Ebene tat, war tatsächlich eindrucksvoll. Luxemburg erklärte eilfertig, es werde künftig am automatischen EU-Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten teilnehmen. Daraufhin forderte die EU-Kommission Österreich auf, dies ebenfalls zu tun – was die als streitbar bekannte österreichische Finanzministerin Maria Fekter wiederum zu der Erklärung nötigte, sie werde »wie eine Löwin« für das Bankgeheimnis kämpfen. Das Bundesfinanzministerium hingegen sekundierte Brüssel, indem es erklärte, man begrüße »jeglichen Druck, der ausgeübt wird, damit das Thema offensiv angegangen wird.« Das Thema Steuerflucht und Bankgeheimnis fand sich jedenfalls alsbald auf der Agenda des Europäischen Rates. In einer Erklärung vom 14. Mai forderten die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union Steuerhinterziehung und Steuervermeidung national, auf EU-Ebene und weltweit zu bekämpfen und vergaßen auch nicht, die Journalistenorganisation ICIJ aufzu-

fordern, Namen und Daten aller EU-Bürger herauszugeben, die sich in dem Datenpaket befinden. EU-Ratspräsident Herman van Rompuy nannte das Vorgehen nur eine Woche später »beispiellos« und einen »echten Durchbruch«. Es gebe nun einen »starken politischen Willen«, nicht nur unter den Europäern, sondern weltweit. Eine Einschätzung, die trotz aller Euphorie realistisch war: Hatten sich doch bereits Mitte April die Finanzminister und Notenbankler der G20-Industriestaaten in Washington ebenfalls auf ein schärferes Vorgehen gegen Steueroasen geeinigt. »Offshore Leaks« hatte die anfänglich vor allem auf europäischer Seite vorhandene Skepsis gegenüber einem automatisierten Austausch von Steuerdaten schwinden lassen. Nun ist man sich einig – und US-Präsident Obama kündigte zusammen mit dem britischen Premier Cameron an, »die Geißel der Steuervermeidung« zum Topthema beim G8-Gipfel im Juni zu machen.

**Massiver Druck auf Steueroasen**

Eine mächtige Allianz, die sich da zusammengefunden hat, so mächtig, dass die Steueroasen, vor allem diejenigen, die von den Veröffentlichungen am meisten betroffen sind, wie machtlose Zwerge wirken und offenbar reihenweise einknicken: die British Virgin Islands (BVI) und die Cayman Islands in der Karibik und die Cookinseln in der Südsee, deren teilweise schon vor Jahrzehnten entwickelten Geschäftsmodelle nun endgültig international als parasitär gebrand-

»Offshore Leaks« dominierte zum Zeitpunkt der Veröffentlichung die Schlagzeilen – nicht nur in den beteiligten Zeitungen.

markt wurden. Den Regierungen der BVI, der Cayman Islands und all der anderen von Großbritannien abhängigen Gebieten schickte der britische Premier einen Brandbrief, in dem er forderte, sie sollten endlich für mehr Transparenz in ihren Handelsregistern sorgen. Cameron war zuvor im Londoner Oberhaus dezent darauf hingewiesen worden, dass seine Position beim G8-Gipfel recht schwach sein könnte,

*»Offshore Leaks« wirkte wie ein Brandbeschleuniger. Widerstände gegen Transparenz und Datenaustausch waren gebrochen.*

solange gerade britische Überseegebiete Inbegriff der Steuerhinterziehung seien. Auch Angela Merkel hatte ihren britischen Amtskollegen höflich gebeten, doch auch vor der eigenen Haustür – auf den Kanalinseln Jersey und Guernsey beispielsweise – zu kehren. Widerstand jedenfalls scheint zwecklos. Wenn der Premier der BVI erklärt, seine Polizei ermittle, weil das Datenpaket offenbar unrechtmäßig in die Hände von Journalisten gelangt sei, dann wirkt das kaum mehr als trotzig. Gleiches gilt für die Direktorin des Internationalen Finanzzentrums der BVI, die Kunden in Hongkong beruhigte, dass die »Offshore Leaks«-Daten ja nur einen Bruchteil der dort ansässigen Firmen umfassten und die Vertraulichkeit der Kundendaten deshalb weiterhin sichergestellt sei. Anfang Mai kündigte London schließlich an, dass die Überseegebiete, unter ihnen die BVI, einem umfassenden automatisierten Datenaustausch mit dem Mutterland zugestimmt hätten.

#### **Der Zeitpunkt war perfekt**

Insgesamt eine beeindruckende Bilanz. Zu verstehen ist sie allerdings nur, wenn man diesen Kampf gegen Steueroasen als jahrelangen Prozess betrachtet – und »Offshore-Leaks« als einen journalistischen Scoop, der genau zum richtigen Zeitpunkt kam, ohne dass die beteiligten Journalisten es so geplant hätten. Einblicke in das weltweite System der Steueroasen gab es in diesem Detailreichtum zuvor zwar nicht. Doch schon ein Blick auf die Namen ertappter Steueründer, Steuervermeider oder nur Kapitalflüchtlinge zeigt: Die wirklich großen Namen sind nicht dabei, prominente Fälle sind vergleichsweise rar. Allein die Masse macht's und die Tatsache, dass man der Steuerhinterziehungsindustrie nun quasi ins Hirn

schauen kann. Der einzige A-Promi, dem die von »Offshore-Leaks« angeheizte Diskussion in Deutschland wirklich zusetzte, war übrigens Uli Hoeneß. Dass sein Fall bekannt wurde, hatte aber überhaupt nichts mit dem Rechercheprojekt zu tun, sondern ist wohl eher einer Indiskretion bei der bayerischen Steuerfahndung geschuldet.

#### **Kooperation generiert Aufmerksamkeit**

Bei der OECD, jener internationalen Wirtschaftsorganisation, die schon seit vielen Jahren gegen das Steueroasenunwesen kämpft, wird man sich jedenfalls gefreut haben. Transparenz und ein effektiver Informationsaustausch in Sachen Steuer sollen für alle 120 OECD-Mitglieder verbindlich werden. Bislang gab es aber eine Gruppe von Staaten und abhängigen Gebieten, die sich beharrlich dagegen wehrten. Langsam nur kämpfte sich die OECD und ihr »Globales Forum« voran – bis es in diesem April durch die Enthüllungen unerwartet Rückenwind bekam. »Offshore Leaks« wirkte wie ein Brandbeschleuniger. Widerstände gegen Transparenz und Datenaustausch waren plötzlich gebrochen. Die Berichte Dutzender Journalisten weltweit machten ein abstraktes Problem anschaulich. Sie spielten damit jenen in die Karten, die seit jeher gegen Steueroasen vorgehen. Die Steueroase wurde mit »Offshore Leaks« endgültig in die Schmutzdecke gestellt. Es geht in der öffentlichen Debatte in vielen Staaten nun weniger darum, ob es legal ist, sein Geld zu verstecken, sondern es geht darum, ob es legitim und überhaupt gewollt ist, dass man große Summen Geldes und umfangreiche Besitztümer unkontrolliert in irgendwelchen Winkeln dieser Welt unterbringen kann.

Am meisten beeindruckt von den Auswirkungen der Veröffentlichungen waren wohl die Reporter und Rechercheure selbst. Auch vor dem Hintergrund der OECD-Bemühungen und der politischen Großwetterlage in Sachen Steuerflucht hatte wohl niemand eine solche Welle erwartet – und jedes Land für sich genommen hätte sicherlich kleinere Brötchen gebacken, hätte es nicht den konzertierten Veröffentlichungstermin gegeben, verbunden mit dem Hinweis auf die globale Recherche. Überhaupt der Begriff »globale Recherche«: Er wurde und wird sicher zu Recht gebraucht, sieht man die lange Liste der renommierten Medien, die sich am Projekt beteiligten. Gleichzeitig macht er die Sache größer als die Summe der Recherchen in den einzelnen Ländern.

Dieser Begriff – gepaart mit den eindrucksvollen Zahlen – gab »Offshore Leaks« vom ersten Tag an eine Dimension und damit Relevanz, die alles Bisherige zu dieser Thematik in den Schatten stellte. Das ICIJ hatte schon einige spannende Rechercheprojekte realisiert, so zum Handel mit Körperteilen, dem seltenen Metall Coltan oder mit Zigaretten. Keine aber hatte eine nur annähernde Resonanz gefunden.

So ist das »Erfolgsrezept« von »Offshore Leaks« die Addition mehrerer Faktoren: der Aktualität des Themas auf der politischen Agenda, des (zumeist) gleichgerichteten Interesses an der Bekämpfung der Steueroasen und an einer journalistischen Berichterstattung darüber, der hohen sozialen Relevanz (Stichwort Gerechtigkeitsdebatte) und schließlich der weltweiten Teamarbeit mutmaßlich erfahrener und hartnäckiger investigativer Journalisten.

Für den Journalismus bedeutet dies: Ein solches Projekt birgt die Chance für die beteiligten Reporter, eine weitaus größere Aufmerksamkeit für eigene Berichte zu bekommen als es der Fall wäre, wenn jeder nur in seinem eigenen Kämmerchen vor sich hin arbeiten würde. Natürlich gibt es auch Synergieeffekte daraus, dass man gegenseitig von seinen Erkenntnissen profitiert. Doch schon darauf zu verweisen, dass man international kooperiert, erhöht die Relevanz der eigenen Arbeit immens.

Andererseits steckt im Erfolg einer solchen Recherche immer auch eine Gefahr. Nämlich zunächst die, dass die »Fallhöhe« umso größer ist, je größere Wellen eine Geschichte schlägt. So können selbst kleinere Fehler und Ungenauigkeiten die ganze Berichterstattung diskreditieren. Auch für die Recherche eher irrelevante Aspekte können nach der Veröffentlichung in der öffentlichen Diskussion eine Brisanz gewinnen, die vorher nicht abzusehen war und die die Ergebnisse in anderem Licht erscheinen lassen. Im Fall »Offshore Leaks« wurde beispielsweise in Internetforen und Blogs diskutiert, ob nicht staatliche Stellen den Journalisten gezielt die Daten zugespielt hätten, damit diese quasi im Dienste einer politischen Agenda tätig würden. Was zunächst wie eine Verschwörungstheorie klang, erhielt Anfang Mai zumindest scheinbar eine gewisse Bestätigung, als bekannt wurde, dass Behörden in Großbritannien und den USA offenbar schon seit längerer Zeit im Besitz eines 400 Gigabyte-Datenpakets seien, das zum Teil aus den »Offshore Leaks«-Dateien bestehe. Auch wenn es nie mehr als Mutmaßungen waren:

Was hätte es für uns Reporter und Rechercheure bedeutet, wenn interessierte staatliche Stellen das Datenpaket lanciert hätten? Hätten wir so etwas gewusst, hätten wir es natürlich zum Thema gemacht. Hätten wir es nur geahnt, wären wir so vorgegangen, wie wir es getan haben: Wir hätten die Daten genauso auf Echtheit, Zuverlässigkeit und Aussagekraft geprüft. Dann hätten wir ebenfalls nach Geschichten gesucht, die sich mittels der Daten erzählen lassen und diese Geschichten auf ihre Relevanz für die Öffentlichkeit abgeklopft. Damit umzugehen, dass Tippgeber und Whistleblower eigene Interessen verfolgen, ist das tägliche Brot eines investigativen Reporters. Eine mögliche Instrumentalisierung aber ist nahezu bedeutungslos angesichts des Interesses der Öffentlichkeit, Kenntnis von bestimmten Dingen zu bekommen. Alles eine Frage der Abwägung also.

#### Umstrittene Veröffentlichung von Daten

Was auch für die jüngste Entwicklung in Sachen »Offshore Leaks« gilt: die Veröffentlichung eines Teils der Daten im Internet durch das ICIJ Mitte Juni. Hinter dieser Publikation stand eine Abwägung zwischen dem Datenschutz und dem Recht der Weltöffentlichkeit zu erfahren, was in Steueroasen geschieht und wer dort aktiv ist. Die Journalistenorganisation entschied sich für Transparenz: 100.000 Briefkastenfirmer und Trusts sind nun online. Jedermann kann nach Firmennamen, Adressen, Direktoren oder Anteilseignern suchen. Deren Beziehungen untereinander werden in Grafiken visualisiert. Ausdrücklich nicht veröffentlicht wurden die vielen tausend E-Mails, die Teil des Datenbestandes sind, sowie sensible Daten wie Kontonummern und Passkopien. Bei der Vorstellung der Datenbank auf dem Hamburger Journalistenkongress von »Netzwerk Recherche« erklärte ICIJ-Chef Gerard Ryle, die neu geschaffene Transparenz könne dazu dienen, Betrug, Geldwäsche und Steuerhinterziehung effektiver zu bekämpfen. Die weltweiten Rechercheteams von »Offshore Leaks« waren allerdings in die Entscheidung, die Daten zu publizieren, nicht eingebunden - was auch das Murren mancherorts erklärt. Gerade in Deutschland, bei der *Süddeutschen Zeitung* und beim NDR, war nicht jeder froh über diese Ausprägung der amerikanischen Transparenzkultur. Dennoch: Dem Gesamtprojekt hat das wohl kaum geschadet. Noch immer wird weiter recherchiert – und spätestens im Herbst soll es neue Veröffentlichungen geben. ■

*Peter Hornung arbeitet seit 2009 im Reporterpool von NDR Info, der gemeinsam mit dem Team Recherche des NDR-Fernsehens an der Auswertung der »Offshore Leaks«-Daten beteiligt war.*



# Zwei Netzwerke

*ICIJ und Wikileaks machen mit der Veröffentlichung von geheimen Daten weltweit Schlagzahlen. Ihr Ziel ist das gleiche, doch im Umgang mit den sensiblen Informationen unterscheiden sie sich deutlich.*

VON SEBASTIAN MONDIAL

Eine Steuer-CD wirkt im Zeitalter großer Datenmengen fast schon mickrig. Heute werden Journalisten ganze Festplatten zugespielt. Vollgestopft mit Daten, die hunderte CDs füllen. Diese Datenmengen sind Neuland für Aktivisten wie Journalisten: Wo früher ein geheimer Aktenordner noch in einer Nacht gelesen werden konnte, sind es heute viele hunderttausend Dateien, die selbst von personell gut ausgestatteten Recherche-teams in Redaktionen nicht in vollem Umfang gelesen oder eingeordnet werden können.

An diesem Punkt kommen Organisationen wie Wikileaks oder das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) als neue Anlaufpunkte für große Datenlecks ins Spiel: Unabhängig und nicht gewinnorientiert, können sie Großprojekte zu den

vorliegenden Informationen anschieben, die im journalistischen Alltag einer einzelnen Redaktion nicht zu stem-

men wären. Beide Organisationen fangen am gleichen Ausgangspunkt – dem Leck – an und teilen ein Ziel: Transparenz und Kontrolle der Mächtigen. Doch es gibt auch deutliche Unterschiede:

## Informationseingang

Schon der erste Schritt, die Datenübermittlung, ist für die Whistleblower heikel. Informanten sollten frühzeitig auf potenzielle Risiken hingewiesen werden – sind sie bei der ersten Kontaktaufnahme nicht vorsichtig genug beim Schutz der eigenen Identität, ist das später nicht mehr durch Aktivisten

oder Journalisten korrigierbar. Die Enttarnung von Bradley Manning, dem Übermittler von US-Depeschen, macht deutlich, wie wichtig eine umfangreiche Betreuung der Quellen ist, und welches Risiko diese eingehen. In seinem Fall droht eine lebenslange Haftstrafe.

Wikileaks setzte auf ein System, bei dem die Informationen über einen anonymen Briefkasten eingereicht werden konnten. Doch die digitale Dropbox ist seit 2010 nicht mehr öffentlich erreichbar. Der ehemalige Wikileaks-Aktivist James Ball, der mittlerweile als Journalist beim *Guardian* arbeitet, stellte im April dieses Jahres fest, dass der Link zur Website *sunshinepress.org* nicht funktioniert.

Das ICIJ setzt bislang auf auf Hinweise von Mitgliedern und Einsendungen per E-Mail oder Post. Noch gibt es keine anonyme Dropbox. Sie soll aber in Kürze eingerichtet werden und eine risikoarme Datenübermittlung, die nur von einer Handvoll Journalisten gelesen und ausgewertet werden kann, ermöglichen. Die Journalisten und die anonyme Quelle können darüber auch in Kontakt bleiben und den Austausch weiterer Informationen besprechen.

Die »Offshore Leaks«-Daten kamen übrigens nicht direkt zum ICIJ, sondern zu dessen Chef, Gerard Ryle, als er noch in Australien als Reporter arbeitete. Die Quelle kontaktierte ihn wegen seiner vorausgegangenen Recherchen zu Offshore-Kriminalität.

## Verschiedene Organisationsmodelle

Der Name Julian Assange und Wikileaks sind für die Öffentlichkeit nahezu untrennbar verbunden. Doch durch seinen derzeitigen Aufenthalt in der Botschaft Ecuadors in London ist sein Aktionsradius stark eingeschränkt. Es gibt zahlreiche

*Die Enttarnung von Bradley Manning macht deutlich, welches Risiko Whistleblower eingehen. Ihm droht eine lebenslange Haftstrafe.*

# — zwei Philosophien

Aktivisten, die überwiegend ohne Bezahlung für Wikileaks arbeiten. Sie werden nicht öffentlich gelistet und über ihre Qualifikation sowie ihren Antrieb gibt es keine Informationen. Aus bisher realisierten Projekten wie den »Afghan War Diaries« und den US-Depeschen lässt sich sagen, dass Wikileaks ohne die Hilfe von international renommierten Partnermedien Schwierigkeiten bei der Publikation der sensiblen Dokumente gehabt hätte. Die investigativen Journalisten von Medien wie *The Guardian* oder *Der Spiegel* halfen bei der Verifikation und journalistischen Aufbereitung der Inhalte. Im Spannungsfeld zwischen Transparenz und dem Schutz der Betroffenen, traten die Medien für einen vorsichtigen Umgang mit Namen und Daten ein, Wikileaks bzw. Assange drängte auf mehr Offenheit und Exposition.

## Kontrolle über Publikation

Wikileaks forderte im Laufe der Zusammenarbeit mit den Medien immer mehr Kontrolle über die Art und den Zeitpunkt der Publikation der Inhalte ein. Zudem war ein finanzielles Engagement der Partnermedien gewünscht, denn mit der steigenden Bekanntheit brauchte Wikileaks auch Geld für den Ausbau der Infrastruktur. Stellenweise kam es zu Zerwürfnissen zwischen Medien bzw. Journalisten und Wikileaks: Beispielhaft ist der Konflikt zwischen Assange und David Leigh von *The Guardian*. Assange hatte Leigh das Passwort zu dem Datei-Archiv der US-Depeschen auf dem Wikileaks-Server genannt und angeblich behauptet, es sei nur für wenige Stunden gültig – was nicht zutraf. Leigh veröffentlichte das Passwort später in einem Buch. Als Folge gelangten frei zugängliche Depeschen unredigiert an die Öffentlichkeit, in denen Informanten und gefährdete Personen nicht gelöscht waren.

Das ICIJ hat derzeit etwa 160 Mitglieder, neue sollen hinzukommen. Alle Mitglieder sind Journalisten, die meisten waren in mindestens einem ICIJ-Projekt involviert oder wurden von der Organisation eingeladen. Für große Projekte holt sich das ICIJ Hilfe bei fachkundigen Experten, die selbst oft keine ICIJ-Mitglieder sind, um vor der Publikation

Daten aufzuschlüsseln, anzureichern, einzuordnen und abzusichern. Die Arbeit der Fachleute wird über Spendenbeiträge finanziert. Bei festangestellten Journalisten externer Medien wird die Arbeit durch exklusive Veröffentlichungen in dem jeweiligen Medium belohnt. Zuletzt war das im Projekt »Offshore Leaks« beim Norddeutschen Rundfunk und der *Süddeutschen Zeitung* der Fall. Das ICIJ finanziert sich nur über Spenden und ist finanziell mit den Centers for Public Integrity verbunden. Mitglieder des ICIJ zahlen nichts für ihre Mitgliedschaft, auch bei Medienpartnerschaften wie »Offshore Leaks« haben die Medienpartner nichts an das ICIJ gezahlt.

## Veröffentlichung

Wikileaks hat über die eigene Website *wikileaks.org* sowohl unangetastetes Rohmaterial als auch redaktionell überarbeitete Dokumente veröffentlicht. Außerdem erscheinen auf *wikileaks.org* eigene Artikel und Mitteilungen der Organisation. Die beteiligten Medien mussten sich bei Veröffentlichungen in der Vergangenheit untereinander und dazu noch mit Assange abstimmen.

Das ICIJ publiziert auf der eigenen Website Artikel, die in den Partnermedien erschienen sind. Diese werden kombiniert mit eigenen Zusammenfassungen und Übersichten, die das ICIJ im Gegenzug den Partnern zur Verfügung stellt. In der Zusammenarbeit mit den Medien verlangt das ICIJ bei »Offshore Leaks« keine Kompensation oder Mitspracherecht bei der Publikation in Bezug auf den Inhalt. Die zeitliche Koordination dagegen war essentiell, das ICIJ ließ sich schriftlich zusichern, dass alle Medien erst nach einer Sperrfrist global publizierten.

## Fazit

Bei dem noch laufenden Projekt »Offshore Leaks« kann man nur vorsichtig einschätzen, ob das ICIJ sich erfolgreich von Wikileaks abhebt. Derzeit ist die Quelle noch anonym. Es wurden bislang auch keine Probleme durch Recherchen oder die Online-Publikationen von Datenausügen im Juni bekannt, die im ICIJ selbst heftig umstritten war. ■

*Sebastian Mondial ist freier Datenjournalist, der für Recherchen im Zusammenhang mit »Offshore Leaks« von ICIJ, NDR und SZ bezahlt wurde. Er ist kein ICIJ-Mitglied und finanziell von der Organisation unabhängig.*



Foto: Britta Pedersen

# Hilflozes Mantra



Blick hinter die Kriegskulisse: Ein Kämpfer der Rebellen­gruppe Katiba Ayad al-Fahry trauert um einen toten Kameraden, der Ende Februar 2013 bei einem Gefecht in der Ortschaft ar-Rebish starb.

# aus der Ferne

*Zweifelhafte Internetvideos prägen die Berichterstattung aus Syrien. Gesicherte Informationen liefern nur unabhängige Journalisten, doch für sie wird es vor Ort immer gefährlicher. Ein kaum lösbares Dilemma.*

VON MALTE WERNER

Seit dem Beginn des Aufstandes gegen das Regime von Baschar Al-Assad prägen verwackelte Internetvideos die tägliche Berichterstattung über den Konflikt in Syrien. Die Aufnahmen stammen meist von Aktivisten auf Seiten der Aufständischen, die den bewaffneten Kampf der Freien Syrischen Armee (FSA) auf medialer Ebene unterstützen. Ihre Waffen sind keine Kalaschnikows, sondern Videokameras oder Smartphones, ihr Schlachtfeld ist das Internet und die Front verläuft quer durch die internationale Medienlandschaft.

Anders als die Kämpfe um die Vorherrschaft über Städte, Viertel oder einzelne Straßenzüge haben die Gegner Assads die Propagandaschlacht bereits für sich entschieden. Als aus den Aufständen 2011 ein Bürgerkrieg entbrannte, konnte der Rest der Welt das Geschehen fast ausschließlich anhand ihres Bildmaterials verfolgen. Unabhängige Journalisten blieben ausgesperrt. Der Reporter Wolfgang Bauer schreibt in einer Reportage aus der Frühphase des Konflikts: »Die Welt kann Syrien seither nur noch unscharf sehen, verwackelt und grob gepixelt.«

## **Unabhängig, kritisch, unerwünscht**

Mittlerweile gelangen mehr und mehr Journalisten ins Land, meist illegal. Sie liefern dringend benötigte, unabhängige Informationen aus dem Krisengebiet. Denn die Aufnahmen der Aktivisten, die vorschnell oft als Bürgerjournalisten bezeichnet werden, zeigen eine sehr einseitige Perspektive auf den Krieg. Es sind grausame, nur schwer zu ertragende Filmschnipsel, die den erbarmungslos geführten Häuserkampf in den Widerstandshochburgen dokumentieren. Was sie nicht liefern, ist ein Blick hinter die zerschossenen Fassaden auf die Trümmer von Städten wie

Homs oder Aleppo und den schwierigen Alltag der alleingelassenen Bevölkerung.

Dass die syrische Opposition mittlerweile den Nimbus der gerechten Freiheitskämpfer verloren hat, liegt nicht zuletzt an der kritischen Begleitung der Aufstände durch unabhängige Journalisten. Sie berichten über Folter und Hinrichtungen in den Reihen jener Gruppierungen, die sich zur FSA zusammengeschlossen haben oder mit dieser sympathisieren, sowie über die Radikalisierung ihrer Kämpfer. Bauer, der seit Anfang 2011 viermal in Syrien war, relativiert daher auch seine Aussage aus der Frühphase des Aufstandes: »Dass man Syrien nur noch über YouTube kennt, stimmt nicht mehr. Wir haben heute – zumindest was den Norden Syriens angeht – ein wesentlich klareres Bild.«

Dass es kaum Berichte aus dem übrigen Land gibt, liegt daran, dass das syrische Informationsministerium nur selten Einreise Genehmigungen an ausländische Journalisten erteilt. Nachfragen dazu bei den Behörden bleiben unbeantwortet. Die anfangs noch erfolgversprechenden Tricks, ein Visum als Student oder Arzt zu beantragen, laufen mittlerweile ins Leere. Der Fotograf und Filmemacher Marcel Mettelsiefen bekam zu Beginn der Unruhen ein Studentervisum und sammelte im Land heimlich und zunächst nur mit Handy und Camcorder ausgestattet Material über Assads Anhänger und seine Gegner. Seine Berichte, für die er in diesem Jahr mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjourna-

*Anders als die Kämpfe haben die Gegner Assads die Propagandaschlacht bereits für sich entschieden.*

lismus ausgezeichnet wurde, veröffentlichte er anonym. Sein Glück. Denn als ans Licht kam, dass er heimlich als Journalist im Land arbeitete, konnte ihn das Regime nicht mit diesen Berichten in Verbindung bringen. Er wurde schlicht ausgewiesen. Es hätte ihn sonst womöglich härter getroffen.

Bauer gelangte 2011 noch als Tourist ins Land und schrieb für die *Zeit* eine Reportage über den von Angst und Unsicherheit geprägten Alltag einer Familie in Homs – einer Stadt, die im Laufe des Aufstandes zum Schlachtfeld wurde. Danach reiste er nur noch

*Wer ohne Visum syrischen Boden betritt, macht sich nach Ansicht des Regimes der »Kolluzenschaft mit Terroristen« schuldig*

illegal ein. Dass er künftig noch einmal offiziell ins Land darf, glaubt er nicht. »Die Behörden sind viel aufmerksamer bei

der Prüfung der Antragsteller geworden«, sagt er. Wer einmal mit den Rebellen unterwegs war und über sie berichtet hat, sei für das Regime »verbrannt«.

Wer ohne Einreisevisum über die türkische Landesgrenze syrischen Boden betritt, macht sich nach Ansicht des Assad-Regimes der »Kolluzenschaft mit Terroristen« schuldig. Die Behörden drohen mit strafrechtlicher Verfolgung. Mettelsiefen ließ sich davon bisher nicht abschrecken, 16 Mal war er seit Beginn der Aufstände bereits in Syrien. Doch ihm kommen langsam Zweifel. »Es ist schlichtweg zu gefährlich, weil die Gefahr jetzt auch von Seiten der Rebellen gestiegen ist«, sagt der 34-Jährige.

### **Glück im Unglück**

Unterwegs im Krisengebiet beobachten Journalisten nicht nur den Kriegsalltag, sie erleben ihn am eigenen Leib. Zuletzt rückte die latente Gefahr in den Fokus der Öffentlichkeit, als Jörg Armbruster, der langjährige Kairo-Korrespondent der ARD, in Aleppo durch Schüsse eines Scharfschützen schwer verletzt wurde. Eine Bedrohung, mit der die Bevölkerung Tag für Tag leben muss. Armbruster hatte Glück im Unglück. Ein Müllsack voll mit Verbandszeug, den sein Team im Auto transportierte, um ihn an Ärzte in einem der wenigen Lazarette der Stadt zu übergeben, rettete sein Leben. Andere hatten weniger Glück. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen starben in Syrien seit Beginn des Aufstandes im März 2011 mindestens 23 Journalisten (und 59 sogenannte

Bürgerjournalisten). Das Committee to Protect Journalists zählt 38 getötete Journalisten.

Die Gefahr in den umkämpften Gebieten für Leib und Leben ist allgegenwärtig. Um sich dennoch so gut es geht zu schützen, hat jeder Reporter seine eigene Strategie. Krisentrainings daheim oder schussichere Westen sind das eine. Viele meiden darüber hinaus wenn möglich die Front, auch wenn das in Zeiten asymmetrischer Kriegsführung zunehmend schwierig wird – erst recht in einer umkämpften Stadt wie Aleppo, in der die Kontrolle von Straßenzügen und Häuserblocks zwischen Aufständischen und regimetreuen Soldaten oder Milizen hin- und herwechselt. Dann müssen sich die Journalisten auf ihr Gespür verlassen. »Wo Kinder Fußball spielen, fühle ich mich wohl«, lautet Bauers einfache Devise. Im Gegenzug heißt das, dort wo die Straßen leerer werden, wird es gefährlich.

### **Drohungen gegen ausländische Journalisten**

Doch nicht nur Kugeln und Bomben werden in Syrien zu einer Gefahr für Journalisten. Die Bedrohung hat viele Gesichter. Während Assad seit Jahren zu den »Feinden der Pressefreiheit« zählt, findet sich auf der Liste von Reporter ohne Grenzen mittlerweile auch die Al-Nusra-Front, die gegen Assad kämpft. Die extremistische Rebellengruppe mit Verbindungen zur irakischen Al-Qaida, die selbst innerhalb der FSA umstritten ist, greift den Angaben zufolge systematisch Mitarbeiter syrischer Staatsmedien an, entführt Journalisten und bedroht ausländische Korrespondenten, die kritisch über die Aufständischen berichten.

Hinzu kommt ein Netz aus Agenten der verschiedenen Geheimdienste, das nicht nur für die Journalisten, sondern auch ihre Helfer und die Protagonisten ihrer Geschichten gefährlich werden kann. »Man kann sich nie 100-prozentig sicher sein«, weiß Bauer. Die Gefahr von Entführungen hat extrem zugenommen. Mettelsiefen beschreibt den regelrecht zum Geschäft gewordenen Menschenhandel als »lukrative Einnahmequelle«. Ein kuwaitischer Geschäftsmann setzte sogar ein »Kopfgeld« in Höhe von rund 100.000 Euro für die Ergreifung und Auslieferung von Reportern der arabischen Sender Al Jazeera und Al Arabiya an das Assad-Regime aus.

Auch westliche Medienvertreter sind betroffen, darunter auch Deutsche. Zuletzt wurde Anfang Mai

der illegal eingereiste freie Journalist Armin Wertz von Sicherheitskräften des Regimes verhaftet. Zuvor war im März ein Reporter der rechtslastigen »Jungen Freiheit« erst nach zweieinhalb Monaten Haft freigekommen. Nicht immer nehmen solche Geschichten ein gutes Ende.

Gefährlich ist es vor allem für freie Journalisten, die nicht die Sicherheit einer Redaktion im Rücken spüren – im Fall Armbruster war dieses Netz lebensrettend. Viele Freie tragen das Risiko alleine, auch wenn Redaktionen von ihrem individuellen Einsatz profitieren. Vor allem die international tätigen Nachrichtenagenturen gehen nach Einschätzung vieler erfahrener Krisenreporter unverantwortlich mit freien Journalisten um. Redaktionen erteilten vorab kaum Aufträge, stellten aber in Aussicht, sich das Material aus dem Krieg anzuschauen und gegebenenfalls zu veröffentlichen. Vor allem für junge Journalisten, die durch einen Kriseneinsatz auf ihren Durchbruch hoffen, sei dies schon Anreiz genug. »Und wenn etwas passiert, ziehen sich die Redaktionen aus der Affäre«, kritisiert Mettelsiefen. Der ehemalige ARD-Sonderkorrespondent Christoph Maria Fröhder warnt davor, Angebote junger, unerfahrener Kollegen anzunehmen. Redaktionen machten sich im Ernstfall mitschuldig.

#### »Härtester Einsatz, den es gibt«

Bei der *dpa* reagiert man nach eigener Darstellung zurückhaltend auf die Angebote freier Journalisten für Material aus dem Krisengebiet. Die Agentur teilt auf Anfrage mit, weder Texte noch Informationen von freien Journalisten entgegenzunehmen, die der Agentur nicht bekannt seien und deren Zuverlässigkeit die Agentur nicht einschätzen könne. Ankäufe von Fotos aus Syrien gab es den Angaben zufolge nur aus dem Kreise freier Mitarbeiter, die ohnehin für die Agentur aktiv sind. Nur in Einzelfällen würden Aufträge an Mitarbeiter, die nicht ständig für die *dpa* arbeiten, erteilt – nach einer intensiven Prüfung und auf der Grundlage klarer Absprachen.

Letzteres ist für den freien Reporter Wolfgang Bauer die Grundvoraussetzung für eine Zusammenarbeit: »Ich appelliere an alle Redaktionen, sich die Leute vorher genau anzuschauen.« Er weiß um die physischen und psychischen Belastungen solcher Recherchen. »Das ist einer der härtesten Einsätze, die es gibt.« Nicht allen Reportern mit dem Ziel Syrien scheint dies von vornherein klar zu sein.

Wie gefährlich eine solche Reise werden kann, zeigt der Fall James Foley. Die ARD suchte einen Kameramann im Land und Bauer empfahl den US-Amerikaner. Doch zwei Tage bevor er sich an der türkischen Grenze mit einem *Weltspiegel*-Reporter treffen sollte, verschwand Foley. Das war im November 2012. Mittlerweile sucht seine Familie über das Internet nach Hinweisen zu seinem Verbleib ([www.freejamesfoley.org](http://www.freejamesfoley.org)). »Nach langen Monaten gibt es nun Indizien, dass er sich in den Händen der Regierung befindet«, sagt Bauer.

*Zwei Tage bevor sich der Kameramann an der türkischen Grenze mit einem Reporter treffen sollte, verschwand er.*

#### Schwierige Suche nach der Wahrheit

Angesichts dieser Gefahrenlage ist es allzu verständlich, dass eine andauernde Entsendung von Berichterstatern in das Land nahezu unmöglich ist. Redaktionen bedienen sich daher nach wie vor bei Bildern aus dem Netz, deren Herkunft sie nicht zweifelsfrei klären können. Nach Ansicht von Christoph Maria Fröhder, der die Region kennt und mehrere Interviews mit dem früheren Staatschef Hafiz al-Assad führte, liefern diese Videos keinerlei Informationsgewinn. Im Gegenteil. Er hält die Gefahr von gezielter Desinformation für unvermeidbar hoch. »Trümmer sehen aus wie Trümmer, ob in Damaskus oder Aleppo«, sagt er.

Das sehen viele Redaktionen anders. Akribisch überprüft das von der ARD nach dem Vorbild des »BBC Hub« eingerichtete »Content Center« solche Videos anhand verschiedener Faktoren auf ihre Plausibilität – vom sicheren Schreibtisch in Deutschland aus. Die Arbeit ähnele einem Indizienprozess, betont der Chef der Abteilung, Michael Wegener, immer wieder. Mit Hilfe von Google Earth werden die gefilmten Straßenzüge abgeglichen, lokale Wetterdaten werden herangezogen und mehrere Videos zum gleichen Ereignis miteinander verglichen. Außerdem wird versucht, Kontakt zum Urheber des Videos aufzunehmen. Mal gelingt das, mal nicht.

Die Verifikation von User Generated Content hat sich zu einer eigenen journalistischen Disziplin entwickelt. Viele Redaktionen sind jedoch von der Fülle an Material überfordert und können die auf-



Foto: Benjamin Hiller

Deir Ezzor ist eine Geisterstadt. Von den einst mehr als 200.000 Einwohnern sind weniger als zehn Prozent verblieben. Das Ausmaß des Krieges wird auf YouTube nicht ersichtlich.

wendige Überprüfung selbst nicht leisten. Storyful, ein Unternehmen aus Irland, das sich selbst als erste Nachrichtenagentur des Social Media Zeitalters bezeichnet, übernimmt diese Arbeit für namhafte Medienorganisationen wie die *New York Times* und *Reuters*. Doch oft bleiben Zweifel, weshalb in den Nachrichten Sätze wie »Überprüfen können wir die Informationen nicht« fast schon zum Alltag gehören. Redaktionen müssen abwägen, ob die Bedeutung des Materials eine Verwendung rechtfertigt – auch wenn ein Restrisiko bleibt. Ein kaum lösbares Dilemma.

### Fragwürdiger Umgang

Dank einer nie dagewesenen Quellenvielfalt auf Videoplattformen wie YouTube und in sozialen Netzwerken wird die Öffentlichkeit Zeuge des Krieges. Viele der Videos sind authentisch und zeigen Ausschnitte vom täglichen Überlebenskampf in den zerbombten Städten. Die, die es nicht sind oder andere Ereignisse zeigen als angegeben, machen den Umgang mit dem vielgepriesenen neuen Medium so schwierig. Zwar gab es Unsicherheit in der Berichterstattung schon immer. Die Skrupel in den Redaktionen, solches Material in großem Umfang zu nutzen und die Berichterstattung stellenweise gänzlich darauf zu stützen, scheinen aber abgenommen zu haben.

Christoph Maria Fröhder ist ein Krisenreporter alter Schule. »Entweder du bist vor Ort und berichtest, oder du lässt es«, lautet sein Mantra. Der Umgang mit YouTube-Videos in den Nachrich-

ten irritiert sein Verständnis von Qualitätsjournalismus. Die Kritik ist so abwegig nicht. Man stelle sich einmal vor, die fast schon wie ein hilfloses Mantra heruntergebeteten Warnhinweise zur nicht belegbaren Authentizität bezöge sich nicht auf Bildinformationen, sondern auf Fakten im Nachrichtentext. Würden es solche Informationen in eine seriöse Nachrichtensendung wie die *Tagesschau* schaffen? Wohl kaum. »Warum sende ich dann die Videos?«, fragt Fröhder. Seiner Meinung nach sollten häufiger Standbilder der umstrittenen Filme gezeigt werden. Und nicht nur er hält das weithin praktizierte Vorgehen für journalistisch nicht sauber. Marcel Mettelsiefen sagt: »Man muss alles in Frage stellen.« Er glaube nur noch Bildern, die er selbst gedreht hat. Die journalistische Verantwortung mit einer Standardfloskel wegzuschieben, hält er für »sehr fragwürdig«.

Die ARD verteidigt ihr Vorgehen. »Sicher gibt es keine letzte Gewissheit«, sagt Ute Brucker, Auslandschefin des SWR, der innerhalb der ARD für den arabischen Raum zuständig ist. »Dennoch bemühen wir uns soweit es geht um eine Verifikation und verzichten auch auf Sequenzen, die wir nicht zuordnen können.« Brucker gibt außerdem zu bedenken, dass die ARD das umstrittene Material nicht einfach unkommentiert hochlädt. »Unsere Sendungen wählen sorgfältig aus und – das ist das Entscheidende – ordnen ein. Wir glauben, dass wir das können, da die allermeisten unserer Mitarbeiter langjährige Erfahrung mit dem Berichtsgebiet haben.«

Wolfgang Bauer führt einen weiteren Kritikpunkt an der gegenwärtigen Syrienberichterstattung an. Die Mehrheit der Tickermeldungen internationaler Agenturen zu Syrien, die die Auslandsberichterstattung hierzulande prägen, basierten auf Informationen aus Aktivistenkreisen oder der oppositionsnahen, selbsternannten Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Die staatliche Agentur *SANA* ist in puncto Glaubwürdigkeit als »Gegengewicht« leider keine große Hilfe.

### Aleppo brennt doch nicht!

Und so wundert es nicht, wenn das kolportierte Bild der Lage im Land mitunter nicht mit der Realität übereinstimmt. Als Medienberichte im August 2012 den Eindruck erweckten, die Entscheidungsschlacht um Aleppo habe begonnen und in der ganzen Stadt werde gekämpft, rückte der Journalist Tomas Avenarius das Bild öffentlich zurecht. »Ich habe Aleppo

anders erlebt, als es in den meisten Medienberichten dargestellt worden ist. Es ist nicht so, dass die ganze Stadt brennt oder die ganze Stadt ein einziges Schlachtfeld wäre«, sagte der Journalist, der unter anderem für die *Süddeutsche Zeitung* in der Millionenstadt recherchiert hatte, in einem Interview mit den *Tagesthemen* (2. August 2012). Zwar werde in einzelnen Stadtteilen sehr heftig gekämpft, es gebe aber auch andere Teile der Stadt, »wo die Leute im Restaurant sitzen«.

Auch Wolfgang Bauer war mehrfach in Aleppo und gewann vor Ort ganz unterschiedliche Eindrücke. »Es kommt darauf an, zu welchem Zeitpunkt man dort gewesen ist«, sagt er. »Aber jedes Mal, wenn ich rein bin, habe ich ganz fundamentale Dinge neu erfahren.« Etwa wie massiv die Stadt im August bombardiert wurde – »wie pausenlos da reingedonnert wurde«. Überraschend war für ihn auch, wie viele Menschen, wie viel Leben und Alltag bereits im Dezember zurückgekehrt war in die Stadt, die immer noch alle zwei Tage von Kampfflugzeugen angegriffen wurde. Auch von verfeindeten Gruppen innerhalb der FSA habe er erst nach und nach erfahren.

### Freie Presse als Fremdwort

Es ist nicht zuletzt eine Frage des Zeitpunkts, des Standortes und der Perspektive, wie und was Journalisten aus einem so verworrenen Konflikt berichten können. Ihr Fokus ist wie ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt, die Gesamtlage selbst für Redaktionen mit allen zur Verfügung stehenden Quellen nur schwer einschätzbar. »Es ist ein unglaublich komplexer, unübersichtlicher, sich ständig verändernder Konflikt«, beschreibt Mettelsiefen die Problematik. Sein Kollege Bauer tritt dafür ein, offen damit umzugehen. »Wir alle stochern nur im Nebel und sehen nicht besonders weit in diesem Nebel, selbst wenn wir vor Ort sind.«

Das liegt auch daran, dass bisher fast ausschließlich aus von Rebellen kontrollierten Gebieten berichtet werden kann. Die Berichte der BBC aus dem leerbombten und von Assads Armee zurückeroberten Kussair sind bisher eine Ausnahme. Wer mit den Rebellen unterwegs ist, ist voll auf sie angewiesen und muss sich damit abfinden, dass das eigene Verständnis von freier Presse nicht von jedem geteilt wird. Zensur findet längst nicht mehr nur durch das Regime statt.

Inmitten der großen Propagandaschlacht müssen die Journalisten immer wieder den Kern der Wahrheit suchen. Hat Assad Chemiewaffen eingesetzt? Die Vereinten Nationen sind uneins, inzwischen halten die USA es für bestätigt. Reporter der französischen Tageszeitung *Le Monde* berichten, einen solchen Angriff miterlebt zu haben. US-Präsident Obama sieht die von ihm gesetzte »rote Linie« überschritten. Und doch bleiben Zweifel. »Das kann man als wissenschaftlicher Laie draußen im Geschehen ganz schlecht klären«, sagt Bauer. Was Vor-Ort-Recherchen leisten können, zeigen die Berichte des *Spiegel*-Reporters Christoph Reuter. Er schaffte es, in verschiedenen Medien wie der *FAZ* geäußerte Zweifel auszuräumen, dass Regierungstruppen für das Massaker von Hula am 25. Mai 2012 verantwortlich waren. Damals waren nach UN-Angaben mehr als hundert Zivilisten getötet worden, darunter viele Kinder.

Internetvideos können journalistische Inaugenscheinnahme nicht ersetzen, nur ergänzen. »Gerade in Krisen ist es notwendig, dass wir in diese Länder fahren, weil man sonst wirklich nicht weiß, was los ist«, sagt Bauer. Eine Einschätzung die auch Fröhder generell teilt. Doch Syrien ist ein Sonderfall. »Ich bezweifle, ob wir wirklich mehr Journalisten vor Ort brauchen. Die Konfrontation zwischen den ausländischen Medien und dem Assad-Regime ist so groß, dass das Risiko viel höher ist als in anderen Konflikten.« Redaktionen stehen also vor einem ethischen Problem, das SWR-Auslandschefin Ute Brucker so beschreibt: »Wie weit kann es eine Redaktion verantworten, Mitarbeiter in explizit lebensgefährliche Regionen zu entsenden, auch wenn dies Mitarbeiter aus freien Stücken tun wollen?« Eine Antwort auf diese Frage liefert Brucker nicht. Vielleicht weil in diesem komplexen Konflikt eine einfache Antwort nicht zu finden ist. Für den mittlerweile genesenen Jörg Armbruster gibt es nur eine Option: »So viel berichten wie möglich, so wahrhaftig berichten wie möglich, vor Ort gehen, sich informieren – trotz der Gefahren. Vielmehr können wir gar nicht machen.« ■

*»Wir alle stochern nur im Nebel und sehen nicht besonders weit in diesem Nebel, selbst wenn wir vor Ort sind.«*

*Malte Werner ist Message-Redakteur und promoviert über die Nachrichtenberichterstattung aus Syrien.*

# Profit versus

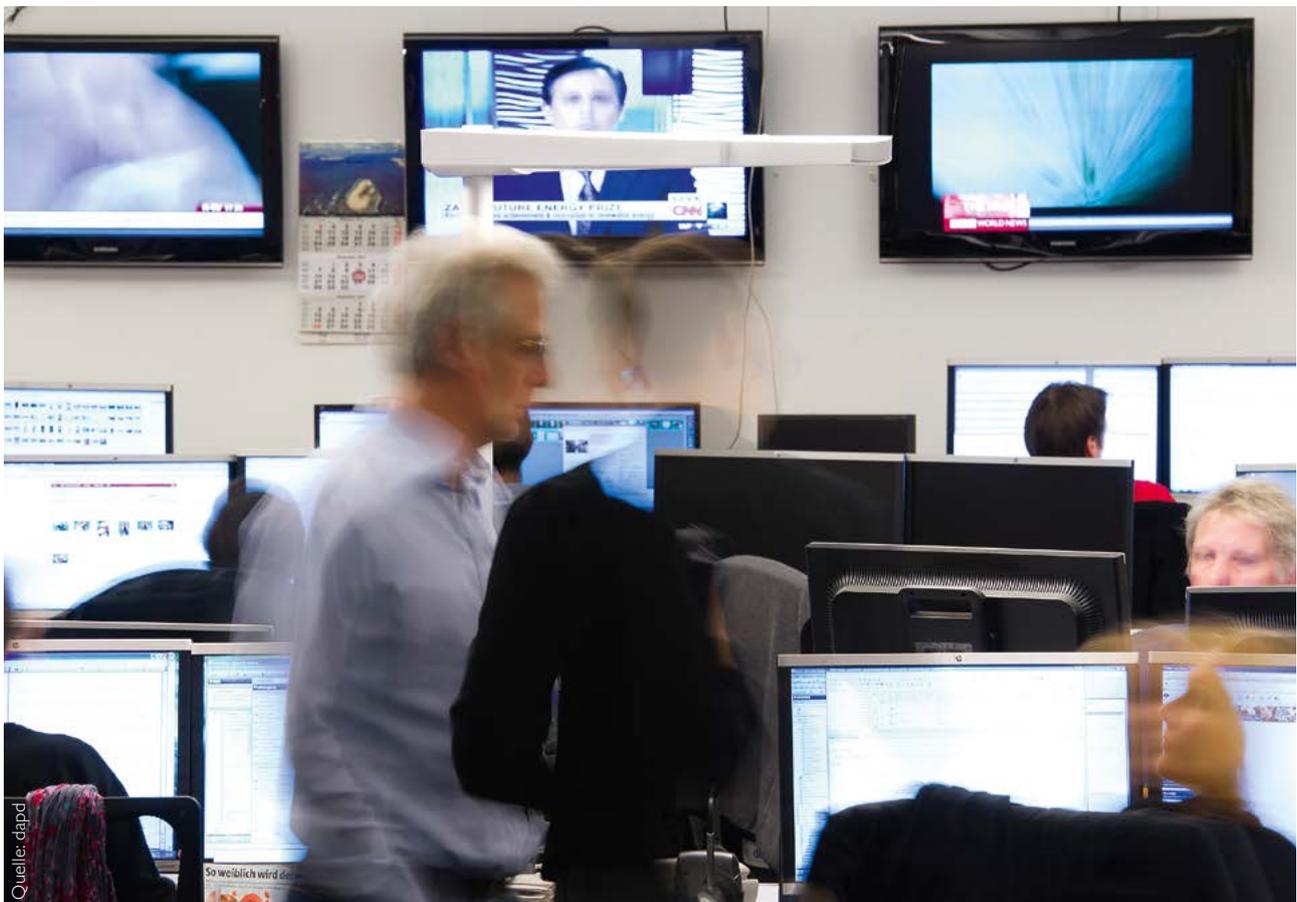
*Seit langem wird der Journalismus ökonomisch und technologisch in die Mangel genommen. Seine meritorischen Leistungen sind inkompatibel zu aktuellen Geschäftsmodellen. Eine Lösung ist nicht in Sicht.*

VON KLAUS-DIETER ALTMPEPEN

Emsige Redakteure am ehemaligen *dapd*-Newsdesk in Berlin – tempi passati. Das Geschäftsmodell »Nachrichtengentur« – gefährdet wie kein zweites.

**E**s spricht einiges dafür, dass der Diskurs über die Krise des Journalismus deutlich größer ist als die Krise selbst. Doch ist es überhaupt eine Krise des Journalismus? Ist es nicht eher eine Krise der Medien, denn sie sind es doch, die über kriselnde Einnahmen stöhnen? Jedenfalls gehört die Finanzierung des

Journalismus zu einem der drängenden Probleme des Mediensystems. Das andere Problem sind die Arbeitsbedingungen eines Journalismus, der nicht nur ökonomisch, sondern auch technologisch in die Mangel genommen wird. Die Stichworte dazu lauten online, mobil und crossmedial. Beides zusammen, Ökonomie und Technologie, verändert



# Profi-Journalismus

die Arbeitsbedingungen eines Journalismus, der längst durchdigitalisiert ist.

Dieser digitale Journalismus existiert vor allem in Bildern. Sie zeigen arbeitende Menschen in großen Büros oder große Büros mit viel Technik. Das jedenfalls ist der Eindruck aus vielen Artikeln und Vorträgen zum digitalen, vor allem crossmedialen Journalismus, der zumindest fotografisch gut dokumentiert ist. Weniger gut dokumentiert ist, welche Folgen sich aus einem digitalen Journalismus in kommerzialisierten Zeiten ergeben, in der der technische Digitalisierungspush und der ökonomische Rationalisierungspull aufeinandertreffen.

Und wieder einmal hyperventiliert die Umwelt des Journalismus. Krisen und Innovationen, seit Schumpeter in einen untrennbaren Zusammenhang gebracht, bieten ausreichend Stoff für Geschichten und ihre Erzähler – auf Medienseiten, auf Konferenzen und in sozialen Netzwerken. In den USA sprießen die Media Labs und an der City University in New York sogar ein Studiengang »Entrepreneurial Journalism«, quasi Journalismus & Co. KG. Dabei hat der Journalismus ökonomisch wie technologisch schon früher stürmische Zeiten überstanden, die zumeist und gern als Revolutionen bezeichnet wurden, sich aber als schleichende evolutionäre Prozesse erwiesen.

Doch genau darin liegt die größere Bedrohung für die Zukunft des Journalismus. Journalistinnen und Journalisten wird redaktionelles Marketing ebenso zugemutet wie betriebswirtschaftliches Denken. Nun deklarieren, ja deklassieren die neoliberalen Marktanhänger Journalismus zum Geschäftsmodell. Das soll in einem entfesselten Kapitalismus Geld bringen, ohne zu fragen, ob denn der Journalismus überhaupt als Geschäftsmodell taugt.

## Der Journalismus ist kein Geschäftsmodell

Geld hat sich mit Journalismus allein noch nie verdienen lassen. Denn Journalismus als Geschäftsmodell ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, die darüber hinwegtäuschen, dass Aufgaben, Leistungen und Funktionen des Journalismus nicht nach dem

Mechanismus von Bezahlen oder Nicht-Bezahlen funktionieren. Das wäre ja eine Voraussetzung dafür, den Journalismus als Geschäftsmodell anzusehen.

Zwar ist unstrittig, dass der Journalismus geldabhängig ist. Das »bezieht« er von den Medien. Denn die sind für die

Finanzierung zuständig, weil sie diejenigen Organisationen sind, welche die Distribution von Inhalten betreiben.

Und genau dieses Jahrhunderte alte Geschäftsmodell, Geld für Werbung, die gesendet oder gedruckt wird, gerät in Schiefelage – durch die neuen Distributionsformen. Nicht der »Wert« des Journalismus wird über einen Preis ermittelt, sondern der Wert der Distribution.

Der Journalismus ist demgegenüber schon immer als ein meritorisches Gut bekannt, das gesellschaftlich höchst wünschenswert ist, aber über den Markt nur unzureichend angeboten wird, weil ihm die erforderlichen Merkmale ökonomischer Art fehlen.

Zweifellos schafft der Journalismus einen Nutzen, der jedoch nicht im ökonomischen Kreislauf erbracht wird, sondern der sich durch seine gesellschaftliche Erwünschtheit ergibt. Der Journalismus erstellt Unikate der Berichterstattung, die erst durch die massenhafte Distribution zu einer Massenware werden. Die Finanzierung überlässt er den Medienbetrieben. Sie erzielen Erlöse, von denen sie dem Journalismus

*Nicht der Journalismus steckt in der Krise, sondern die, die ihn finanzieren. Im Fokus sollten daher die Medienunternehmen liegen.*

## Medien-Krise

- ▶ »Gute Arbeit hat ihren Preis«: Momentaufnahmen zur prekären Lage im Journalismus S. 34
- ▶ »San Precario an der Weser«: Wie aus Redakteuren Leiharbeiter werden S. 36

einen Teil für die Deckung seiner Kosten zur Verfügung stellen.

### Die Abhängigkeiten des Journalismus

Dieser Mechanismus konstituiert die Abhängigkeit des Journalismus von Medienbetrieben, mit den bekannten und viel beklagten Folgen. Bei sinkenden Erlösen fällt der Kostendeckungsbeitrag kleiner aus, sodass dem Journalismus die Ressourcen ausgehen. Zuerst sind es die kalkulatorischen Kosten, die gesenkt werden, das Budget fürs Telefon oder für den Fuhrpark; dann folgen die Personalkosten, zuerst das Zeilengeld, dann die Personalreduzierung, bei der die Produktivität mit weniger Redakteuren aufrecht erhalten werden soll.

Doch das sind nur die Ereignisse, die öffentlich werden. Die dahinter stehenden Strategien, euphemistisch als Neu- oder Restrukturierung bezeichnet, wirken längerfristig. Sie umfassen die Zusammenlegung von Redaktionen, die Optimierung der Ver-

kaufssteuerung und Marktbe-  
arbeitung, den Fremdbezug  
als Alternative  
zur Eigenpro-  
duktion und  
insgesamt die

Neuausrichtung der Gesamtorganisation. Grundlage der Strategien ist die Prüfung der Wirtschaftlichkeit: Sind die Kosten der Lokalredaktion angemessen zur Anzahl der Seiten? Wird die kritische Umsatzgröße für die Ausgabe unterschritten? Wie verhält sich der Umsatz je Auflage im Benchmark mit den Konkurrenten?

Dabei ist höchst fraglich, ob überhaupt in jedem Medienunternehmen die Notwendigkeiten zur Rationalisierung bestehen. Frank Lobigs von der TU Dortmund hat in einem Projekt nach den Bedingungen des Qualitätsjournalismus gefragt und erstaunliche Daten zu Tage gefördert. Mit Renditen von 15 bis 20 Prozent, so Lobigs, »können vielleicht nicht die Journalisten vom Journalismus reich werden, aber die Verleger durchaus immer noch«.

Es ist dann doch erstaunlich, dass die Medienunternehmen so wenig in ihre Produkte investieren, sondern sie als eine »Cash Cow« ansehen, die mit allen bekannten Rationalisierungsmaßnahmen gemolken werden kann. Der Ausstieg aus Tarif-

bindungen ist der Anfang, dem die Lokalredaktion als Profitcenter folgt, dessen Bestand nur dann gesichert ist, wenn die Zahlen das zulassen. All die Restrukturierungsmechanismen sind nicht von vornherein als negativ anzusehen. Sie könnten sogar zu Qualitätsverbesserungen genutzt werden. Aber allein dadurch, dass diese Formen immer dann eingesetzt werden, wenn Krisenzeiten bestehen, und weil sie immer nur für Einsparungen genutzt werden, gehen diese mit einer Entwertung einher.

Als Auswege werden vornehmlich neue Formen der Finanzierung genannt. Ausprobiert werden diese eher selten. Immerhin beginnt die *Süddeutsche Zeitung* damit, ihre Leser zu Vorschlägen zu ermuntern, zu denen recherchiert werden soll. Das ist ein Modell der Kundenbindung, welches nicht den üblichen Finanzierungsvorschlägen des Journalismus folgt, die da lauten: öffentlich-rechtliche Unterstützung, die Förderung durch Stiftungen, Micropayment und Crowdfunding.

### Neue Geschäftsmodelle reiner Trugschluss

Doch diese Vorschläge ändern nichts an der Grundkonstellation. Der Journalismus benötigt Ressourcen, um seine Leistungen zu erbringen. Da er eine Finanzierung selbst nicht auf die Beine bringt, ist er permanent auf Finanziers angewiesen. Dies bedeutet in jedem Fall Abhängigkeit. Das Gerede von sogenannten neuen Geschäftsmodellen erweist sich als Trugschluss. Aus der Zwickmühle der Abhängigkeit von Geldgebern retten auch die Vorschläge nicht. Auch der Schwarm an »Kleinanlegern«, der einzelne thematische Recherchen monetär unterstützt und auch die Stiftung, die Journalismus finanziert, bauen Abhängigkeiten auf – und sei es auch nur, weil sie selbst wiederum geldabhängig sind und die Finanzierung des Journalismus daher wieder davon abhängig ist, welche Beträge zur Verfügung gestellt werden.

Das jüngste Beispiel für neue Abhängigkeiten ist bei der Novellierung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Dort sollen 1,6 Millionen Euro aus den Rundfunkgebühren für die Stiftung »Vielfalt und Partizipation« zur Förderung von Medienkompetenz aufgebracht werden. Vorrangig sind dies Maßnahmen wie die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden, die mit der lokalen und regionalen Berichterstattung befasst sind, die Finanzierung einer Stiftungs-

*Für Medienunternehmen sind ihre Produkte ein Art »Cash Cow«, die mit Rationalisierungsmaßnahmen gemolken werden kann.*

professur für Lokaljournalismus und die »Erteilung« von Recherchestipendien. Warum eigentlich, so fragt sich der Gebührenzahler, müssen Grundlagen des journalistischen Berufs, mit dem Medienunternehmen offensichtlich viel Geld verdienen, aus öffentlichen Geldern finanziert werden, deren Verteilung politisch höchst kritikwürdigen Gremien obliegt?

Die Lösung für die Finanzprobleme des Journalismus, für die Rationalisierung seiner Arbeit, liegt weder in den neuen Vorschlägen, noch darin, den Journalismus kurzerhand zum Geschäftsmodell zu erklären und unternehmerischen Journalismus zu kreieren. Der Sinn liegt nicht darin, Rendite zu schaffen und Profit zu erbringen. Wertschöpfung bedeutet für den Journalismus, einen gesamtgesellschaftlichen Wert zu liefern. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Gänzlich unbesorgt können wir nicht darauf vertrauen, dass die gewohnte Konstruktion des Journalismus erhalten bleibt. Der Journalismus, als Institution, unterliegt gewissen Spielregeln, die sich ändern können. Latenten Forderungen nach Rationalisierung, Kostenreduzierung, Konkurrenzdenken und Quotenerfolg folgen handfeste Eingriffe. Chefredakteure werden gleichzeitig zu Geschäftsführern ernannt, die sich im Zweifel für die Wirtschaftlichkeit entscheiden werden, wenn Lokalredaktionen als Profitcenter etabliert wurden.

### **Wandel von Inhalt und Identität**

Das ständige Schleifen des Journalismus durch die Verringerung notwendiger Ressourcen wirkt sich schleichend auf das Wissen und die Einstellungen von Journalisten aus. Es verändert die Arbeitsinhalte, weil die journalistischen Auswahlentscheidungen unter ökonomisch geformten Bedingungen getroffen werden und weil, wie Klaus Meier von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt schreibt, crossmediale Redaktionen die technischen Möglichkeiten zur Wettbewerbsverbesserung nutzen. Es kommt vermehrt zu neuen sozialen Praktiken des Journalismus. Die beruflichen Arbeitsmuster von Medienschaffenden, die in Newsrooms an Newsdesks sitzen, dürften sich ebenso verändern wie deren Identität. Wenn nicht mehr die Mediengattung der Bezugspunkt der beruflichen Identität ist, dann entstehen neue Identitätsmuster.

So dürften die Möglichkeiten der Digitalisierung eine erhebliche Relevanz entfalten, vor allem weil

sie im Verbund der Technologien ein veränderndes Potenzial haben. Erst seit die verschiedenen Techniken vollständig digitalisiert sind, ist die Kette von Beschaffung, Bearbeitung, Übermittlung und Empfang der Medienangebote geschlossen.

Die traditionellen Grenzen zwischen den Mediengattungen verschwinden. Es sind die digitalen Technologien, die das Potential zur Konvergenz bereitstellen. Zugleich drängen neue Mitspieler in den Markt, wie etwa Google und Facebook, denen unreflektiert und unhinterfragt der Status von Medienunternehmen zugestanden wird. So entsteht aus dem maschinellen Charakter der Digitalisierung und den Handlungslogiken der Ökonomie ein neues Mediensystem mit strukturell und sozial weitreichenden Folgen.

### **Konvergenz gleicht Rationalisierung**

Im Zusammenspiel von technologischem Push und ökonomischem Pull lässt sich, auch wenn empirische Daten fehlen, zunehmend eine systemische Rationalisierung erkennen, die alle Abteilungen erfasst. Dabei ist es unerheblich, ob eine vollständige Integration verschiedener Distributionsplattformen in einen Newsroom erfolgt, ob nur der Workflow zentral gesteuert wird oder ob eigenständige Plattformen koordiniert werden: Die Umstrukturierungsprozesse verändern die Kommunikation über und die Kombination von Inhalten, die Organisation der Betriebsabläufe und die Steuerung der unterschiedlichen Funktionsbereiche. Die technischen Systeme integrieren zuvor redaktionsexterne Tätigkeiten problemlos in die redaktionelle Arbeit.

Der technisch-ökonomische Wandel führt neben den neuen Anforderungen auch zu neuen Formen der Arbeitsbeziehungen. Outplacement und Outsourcing, Profitcenter und Leiharbeit sowie eine Zunahme von frei tätigen Medienschaffenden zeigen das Aufbrechen der traditionellen Arbeitnehmerfunktion an, dessen Folgen nicht absehbar sind.

Mit derartigen Restrukturierungen nehmen die Medienunternehmen ein sinkendes Qualitätsniveau billigend in Kauf – das ist wirklich eine Krise. ■

*Outplacement und Outsourcing, Profitcenter und Leiharbeit – allesamt Schlagworte eines Paradigmenwechsels.*

*Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen lehrt an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Journalismusforschung und Medienökonomie.*



# »Gute Arbeit hat

*Eben noch festangestellt, jetzt »freigestellt« – Deutschlands Redakteure spüren die Rücksichtslosigkeit des Strukturwandels. Die Freien wissen schon länger, was »Geiz ist geil« für ihre Honorare bedeutet.*

»Als freier Journalist in einer Lokalredaktion fällt es mir immer schwerer, »gut drauf zu sein! Mittlerweile stehe ich kurz vor der Pleite, mein Konto ist überzogen und ich kann meine Rechnungen nicht mehr bezahlen. Das heißt, in Kürze werde ich nicht mehr mit dem Handy telefonieren können, und wenn der Tank meines Autos leer ist, auch nicht mehr zu Terminen fahren. Dabei arbeite ich in der Regel sieben Tage in der Woche. Als Ratschlag aus der Redaktion bekam ich den Tipp, Lotto zu spielen ... «

*George Niess, Diskussionsbeitrag auf der DJV-Facebook-Seite (19. Juni 2013)*

»Wir haben einen schleichenden Niedergang erlebt. Dieser Kloß, der sich wie eine Wolke um einen gelegt hat – über Jahre, jetzt ist der Stecker gezogen.

Es ging mir ziemlich lange ziemlich mies. Jetzt merke ich, es muss ja nicht unbedingt so weitergehen – du kannst auch andere Sachen machen. G+J war so nett, uns in eine Transfergesellschaft zu schicken, wo wir ausprobieren konnten, was man sonst so machen kann. Ich kann ganz viel andere Sachen machen: Ich kann Journalist, Redakteur, ich kann Textchef und ich kann auch schreiben – so. Das heißt, ich kann in keine andere Branche. Das Positive an der gegenwärtigen Situation ist, dass ich vieles ausprobieren kann.«

*Michael Prellberg, ehemaliger Redakteur der Financial Times Deutschland (FTD), auf der NR-Jahrestagung 2013*

»Längst haben die Prekären viel mehr gemein mit den auf Stunde bezahlten Supermarkt-Regal-Einräumern, den per Zeitarbeit verliehenen Security-Bären und den Sieben-Tage-die-Woche-Wurstbudenverkäufern, über die sie mitfühlende Reportagen schreiben, aufrüttelnde Sozialstudien erstellen oder deprimierende Reality-Dokus drehen, als mit den Agenturchefs, Etat-Bewilligern oder Ressortleitern, von denen sie sich Aufträge erhoffen und ein bisschen Honorar.«

*Katja Kullmann, Echtleben. Warum es heute so kompliziert ist, eine Haltung zu haben. (Frankfurt /M.)*

»Ich habe gemerkt, wie viel Wut in mir steckt. Ich empfinde weniger Trauer als Wut. Das, was da abgelaufen ist, finde ich erschreckend – für uns als Journalisten. Wir haben keinen Rückhalt bekommen von der Chefredaktion. Wir durften nicht darüber berichten. Wir sind rausgegangen und haben Testimonials eingeholt – von Bürgern, Politikern und Firmen. Der Beitrag wurde gecancel. Für mich ist die *Westfälische Rundschau* zu einer Zombie-Zeitung geworden. Ich hätte mir mehr Solidarität und Rückgrat unter den Kollegen – und überhaupt mehr Kritisches, mehr Aufschrei gewünscht. Denn was bedeutet das für eine Stadt wie Dortmund, die über eine halbe Million Einwohner und nun lediglich eine Zeitung hat, die berichtet und darüber bestimmt, worüber und wie berichtet wird – ohnehin eine unternehmerfreundliche Zeitung!? Medienvielfalt ist vorbei.«

*Antje Mosebach, ehemalige freie Lokalredakteurin der Westfälischen Rundschau, auf der NR-Jahrestagung 2013*

# ihren Preis«

»Die Redaktionsarbeit fiel von dem einen auf den anderen Tag weg. Fast 120 Leute haben keinen Job mehr. Dann hieß es, mit dem Verlag zu verhandeln. Die Schließung der Redaktion war klammheimlich vorbereitet worden und kam über Nacht. Am 1. Februar waren die Leute draußen, wir kamen nicht mehr in die Redaktionen rein, Schlösser wurden ausgetauscht. Weil das knall auf hart kam, war auch keine Vorbereitungszeit vorhanden – wie gehen wir mit den Menschen um, was bieten wir für die Zukunft an? Transferagentur ist hier ein Stichwort, das sind Maßnahmen, die man während der Kündigungsfristen macht, die sollen Menschen helfen, neue Perspektiven zu finden. Als Betriebsratsvorsitzender weigere ich mich, zu sorgen, was meine eigene Zukunft angeht, weil ich erst einmal andere Aufgaben habe und meine Energie brauche – für das Erstreiten einer Transferagentur. Dieser Kampf musste erst mal angetreten werden. In so einer Situation denkst du nicht an deine eigene, sondern du kämpfst zu Ende und dann machst du dir Gedanken um deine eigene Zukunft.«

*Uwe Tonscheidt, ehemaliger Lokalredakteur der Westfälischen Rundschau, auf der NR-Jahrestagung 2013*

»Wer unsere Rechte beschneidet und uns nicht fair bezahlt, riskiert nicht nur eine ausgelaugte Generation an jungen, neuen JournalistInnen, sondern auch einen dauerhaften, handfesten Konflikt. Mit Ihrer Lohnpolitik schaffen Sie sich äußerst unzufriedene JournalistInnen. Es ist an der Zeit, nicht nur die weltpolitischen Geschehnisse kritisch zu betrachten und einzuordnen, sondern auch Kritik an den Arbeitsbedingungen der Branche zu üben. Gute Arbeit hat ihren Preis. Nur eines wird Ihnen und auch unserem Land teurer kommen: Das Kranksparen des Journalismus!«

*Die Redaktion des paroli Magazins aus Österreich in einem Offenen Brief*

»Erst einmal empfand ich es gar nicht so dramatisch. Das Grämen um das Produkt war größer als die Existenzangst selbst. Dann im Januar kam die dapd um die Ecke. Neuer Investor, alles super – große Worte; 28 Tage später war dann der Traum aus. Erst dann habe ich angefangen zu zweifeln. Bringt Journalismus denn noch irgendetwas? Häufigerweise machen die Redaktionen zu, es gibt kein Geld, die Honorare sind schlecht – wieso nicht einfach PR machen? Für mich sind es gute Zeiten, weil ich gerade dabei bin, viele neue journalistische Dinge für mich auszuprobieren. Ich stelle Neues auf die Beine, und das finde ich gut.«

*Oliver Alegiani, freier Journalist, ehemaliger FTD- und dapd-Redakteur, auf der NR-Jahrestagung 2013*

# San Precario an der

*Für Journalisten in Europa gehören Unsicherheit und Verzicht zum Alltag. Was das heißt, zeigt ein Beispiel aus Bremen. Dort setzt der Weser-Kurier bei Redakteuren auf Leiharbeit und Outsourcing.*

VON THOMAS SCHNEDLER

**D**er Satz ist kurz, aber von Gewicht. »Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet«, so heißt es in Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Es ist ein Satz, der nach dem Willen des Europäischen Parlaments nicht nur auf dem Papier stehen soll. Deshalb hat das Parlament am 21. Mai 2013 eine Entschließung verabschiedet, welche die größten Bedrohungen der Medienfreiheit und der Unabhängigkeit von Journalisten in Europa benennt.

Dazu zählen nach Ansicht des Parlaments nicht nur Einschüchterungen von investigativen Journalisten, Einmischungen von Verlegern in die inhaltliche Arbeit oder die Überwachung von Redaktionen, sondern vor allem auch die Arbeitsbedingungen der Journalisten.

In dieser Deutlichkeit ist dies ein Novum:

»Das Europäische Parlament weist mit Nachdruck darauf hin, dass eine steigende Zahl von Journalisten unter prekären Bedingungen beschäftigt wird und es

*Prekäre Arbeitsbedingungen bedrohen die Medienfreiheit und die Unabhängigkeit von Journalisten in Europa.*

ihnen an den sozialen Sicherheiten mangelt, die auf dem normalen Arbeitsmarkt üblich sind«, schreiben die

Abgeordneten in dem Initiativbericht des Innenausschusses. Unter Journalisten in Europa herrsche ein »Klima großer Unsicherheit«.

Was das bedeutet, wissen freie Journalisten ebenso wie Redakteure, sei es in Italien, Frankreich oder Deutschland. Wenn sie sich zu Wort melden, ähneln sich ihre Analysen: Arbeit- und Auftragge-

ber verlangen höchste Flexibilität, bieten aber nur wenig. Die italienische Journalistin Alessia Cerantola beschrieb beispielsweise in einem Report, dass viele freie Journalisten in Italien pro Tag weniger als die Tagelöhner auf den Obst- und Gemüsefeldern im Süden des Landes verdienen. Cerantola wurde für diesen Bericht im Dezember des vergangenen Jahres mit dem Press Freedom Award von Reporter ohne Grenzen in Österreich ausgezeichnet.

Die französische Nachwuchsjournalistin Lucile David, die für das öffentlich-rechtliche Programm von Radio France arbeitet, schilderte einer Reporterin vom Deutschlandfunk, wie sie jederzeit von heute auf morgen zu Redakteursvertretungen im ganzen Land abbestellt werden könne.

Auch Michael Achenstein blieb von der Prekariisierung des journalistischen Berufsstandes nicht verschont: Nach seinem Volontariat bei dem in Bremen erscheinenden *Weser-Kurier* arbeitete er als Redakteur der Tageszeitung. Seinen ersten Arbeitsvertrag bekam er allerdings nicht etwa vom Verlag, sondern von einem Tochterunternehmen der Bremer Tageszeitungen AG. Dieses Unternehmen beschäftigte ihn als Leiharbeiter zu schlechteren Konditionen und verlieh ihn an den *Weser-Kurier*.

## **Gleiche Arbeit, weniger Geld**

Cerantola, David und Achenstein sind drei Journalisten, die erklären können, was es konkret heißt, unter prekären Bedingungen zu arbeiten. Sie können belegen, warum es richtig ist, dass das Europäische Parlament in seiner Entschließung mit dem etwas steifen Titel »EU-Charta: Normensetzung für die Freiheit der Medien in der EU« davon spricht, die Situation der Journalisten biete »Anlass zur Besorgnis«. Besonders gut zeigen lässt sich dies am Bremer

# Weser

Beispiel. Der *Weser-Kurier* ist in der Hansestadt eine Institution, für Journalisten ist der Verlag einer der wichtigsten Arbeitgeber. Vielleicht sprechen deshalb viele Mitarbeiter lediglich dann mit Journalisten, wenn sie anonym bleiben dürfen. Zu groß ist wohl die Sorge, man könne gegen Verschwiegenheitsklauseln im Arbeitsvertrag verstoßen oder die Karriere aufs Spiel setzen.

Auch Michael Achenstein möchte nicht mit seinem echten Namen genannt werden. Reden will er im Interview mit *Message* aber trotzdem, ebenso wie ein ehemaliger Kollege, weil sie es wichtig finden, dass die Lage der Journalisten öffentlich diskutiert wird. Beide sind nach ihrem Volontariat mit großen Ambitionen gestartet, mittlerweile aber desillusioniert. »Ich habe genau die gleiche Arbeit wie meine Kollegen gemacht, die noch nach Tarif bezahlt werden, aber weniger Geld bekommen«, sagt Achenstein.

Sein Arbeitsvertrag als Redakteur wurde auf ein Jahr befristet, die Hälfte als »Probezeit« ausgewiesen, obwohl er bereits beim *Weser-Kurier* volontiert hatte. In der Probezeit verdiente Achenstein 2.400 Euro brutto, danach 300 Euro mehr. Der Gehaltstarifvertrag für Tageszeitungsredakteure sieht im ersten Berufsjahr hingegen mehr als 3.000 Euro vor – und die seltsame Dreiecksstruktur der Leiharbeit kennt er gar nicht.

## Wie aus Redakteuren Leiharbeiter werden

Der *Weser-Kurier* steht damit aber nicht allein: Bei rund 20 Tageszeitungen in Deutschland wurden bereits »Leihredakteure« eingesetzt, wie sie der Deutsche Journalisten-Verband nennt. Für die Gründung einer hauseigenen Leiharbeitstochter haben die Verlage Vorbilder bei Automobilkonzernen, in der Hafenvirtschaft oder bei großen Krankenhäusern.

Achensteins Arbeitgeber war die NW Personaldienstleistungsgesellschaft (NWP) mit Sitz in Ahrensburg, an der laut Handelsregister neben dem Bremer Verlag auch die Wilhelmshavener Brune-Mettcker Druck- und Verlagsgesellschaft (*Wilhelmshavener Zeitung*), die Nordwest-Medien GmbH & Co. KG in Oldenburg (*Nordwest-Zeitung*) und das Druckzen-

trum Nordsee beteiligt sind. In den Arbeitsvertrag des Redakteurs schrieb NWP: »Die Firma ist berechtigt, den Arbeitnehmer jederzeit von seinem Einsatzort abzurufen und anderweitig einzusetzen.«

Die Ungewissheit wurde damit Teil des Vertrags. Ein solcher Passus sei rechtlich zulässig, sagt der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen. Wichtig dabei sei jedoch, »dass der Redakteur in dieser Zeit weiter als Redakteur bezahlt wird, auch wenn er vorübergehend beispielsweise in einer Fabrik eingesetzt wird.«

Der Journalist als Malocher, Seiten im Akkord – auch in so mancher Redaktion scheint das heute Realität zu sein. Warum die Bremer Tageszeitungen AG Leihredakteure einsetzt, wollte *Message* vom Vorstand des Unternehmens erfahren. Die Manager lehnten es aber ab, die Fragen zu beantworten.

Aus anderen Quellen ergibt sich das Bild eines Verlags, der durch den Wandel des Tageszeitungsmarktes und schrumpfende Anzeigenerlöse seit mehreren Jahren unter Druck steht. Auch für 2013 rechnet die Bremer Tageszeitungen AG mit sinkenden Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft, wie es im Prognosebericht im letzten veröffentlichten Jahresabschluss des Unternehmens heißt.

Die verkaufte Auflage des *Weser-Kuriers* sank zudem in den vergangenen zehn Jahren laut IVW um etwa 14 Prozent und liegt jetzt noch bei rund 162.300 Exemplaren. Im Verlag herrscht große Unruhe, seit der Vorstand die Belegschaft vor einigen Wochen über rund 55 betriebsbedingte Kündigungen bei Grafikern und Service-Mitarbeitern informierte und kurz darauf der Vorstandsvorsitzende nach einem Rechtsstreit der Eigentümerfamilien des Verlags gehen musste.

Ruth Gerbracht, die Vorsitzende des Betriebsrats der Bremer Tageszeitungen AG, ist deshalb derzeit nur schwer zu erreichen. Sie verhandelt mit den

*Der Journalist als Malocher, Seiten im Akkord – in manch einer Redaktion scheint das heute Realität zu sein.*

verbliebenen Vorstandsmitgliedern über die Zukunft der betroffenen Mitarbeiter. Auch wenn bei dieser Sparrunde die Journalisten im Pressehaus geschont wurden, wachsen die Sorgen in den Redaktionen.

Gerbracht beobachtet deshalb genau den Einsatz von Leiharbeitern beim *Weser-Kurier*. Nach dem ersten Jahr als Leihredakteur folge eine weitere Befristung um ein Jahr, sagt sie. »Wenn die Redakteure dann noch nicht weg sind, bekommen sie einen unbefristeten Vertrag als Leiharbeiter. Das ist keine Perspektive für gut ausgebildete Journalisten.«

In der Tat: Viele verlassen den *Weser-Kurier*, sobald sie ein besseres Angebot haben, gehen zu anderen Zeitungen oder wechseln in die PR. »Durch die Fluktuation in den Redaktionen leidet zwangsläufig auch die Qualität der Berichterstattung«, klagt Gerbracht. Denn es brauche eine ganze Weile,

bis der nächste Redakteur eingearbeitet sei und sich seine Kontakte aufgebaut habe.

Auch Michael Achenstein ist auf dem Absprung. Das Angebot, nach einem Jahr als Redakteur wiederum einen auf ein Jahr befristeten Vertrag zu bekommen, empfand er als Unverschämtheit. Es war die Kombination aus Befristung und Leiharbeit, die ihn aufbrachte. Sein Kollege, der auch über NWP als Redakteur beschäftigt war, sagt: »Mir wurde der Spaß genommen, auch durch die Art und Weise, wie beim *Weser-Kurier* Journalismus gemacht wurde.« Er berichtet, wie er Aufmacher aus dem Boden stampfen musste, wie er bis spät am Abend Seiten füllte, wie zu wenig Zeit für die Recherche blieb.

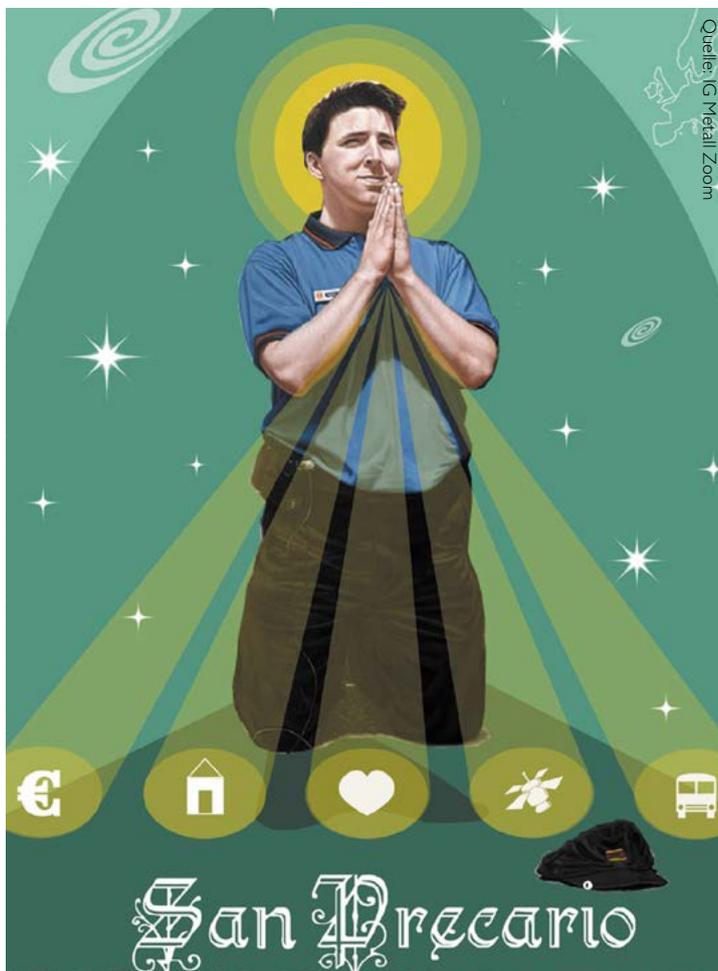
Die jetzigen Volontäre warnt Achenstein davor, sich auf Verträge als Leihredakteur einzulassen. »Ich sage: Schaut Euch auch nach Alternativen um.«

### Ausstieg aus der Tarifbindung

Die Bremer Verlagsmanager haben sich aber noch mehr ausgedacht, um die Kosten zu senken: Sie lagern Aufgaben aus. Ein großer Teil der für den Verlag so wichtigen Anzeigen-Akquise wurde beispielsweise ausgegliedert, ebenso der telefonische Kundenservice, die Abonnementverwaltung und der Betrieb von Geschäftsstellen.

Die Kürzel der neuen Firmen – wie etwa MVS, MVB, PDN – sind Chiffren für den Ausstieg aus der Tarifbindung. »Bei diesem Umbau der Bremer Tageszeitungen AG geht es darum, Geld zu sparen, die Tarifverträge zu umgehen und die Betriebsräte auszubooten«, sagt der Bremer Arbeitsrechtler Jürgen Maly. Er vertritt die Interessen des Betriebsrats der MVB vor Gericht.

Die Maßnahmen treffen auch die Redaktionen des *Weser-Kuriers*: Zum 1. Mai 2013 lagerte der Verlag zwei weitere Außenredaktionen – in Achim und in Verden – aus. Die bisherigen Lokalredakteure wurden in andere Redaktionen versetzt, der Pressedienst Nord (PDN) stellte zwei neue



Er soll der Schutzpatron der prekär Beschäftigten sein: San Precario, eine Fantasiefigur, die zum Label einer Protestbewegung in vielen Ländern Europas geworden ist.

Teams auf. Seitdem sind fünf von acht Redaktionen des *Weser-Kuriers* im Bremer Umland outgesourct.

Für die Mitarbeiter heißt das Verzicht. Nach Angaben des Betriebsrates und des Deutschen Journalisten-Verbands verdienen die PDN-Redakteure etwa ein Drittel weniger als die noch nach dem Tarif für Tageszeitungsredakteure bezahlten Mitarbeiter im Pressehaus. Dazu kommen: eine 40-Stunden-Woche, keine Sonntagszuschläge, keine gestaffelten Gehaltssteigerungen. »Ich halte das niedrige Gehalt und die schlechteren Arbeitsbedingungen für mangelnde Wertschätzung der journalistischen Arbeit«, sagt Ruth Gerbracht.

Die Vorsitzende des DJV-Landesverbands, Regine Suling, kritisiert, der Verlag durchkreuze mit Leiharbeit und Outsourcing die Lebens- und Familienplanung vieler junger Journalisten. »Entweder sehen sie gleich von einer Familiengründung ab, oder sie verlassen Bremen, wie es derzeit in einigen Fällen geschehen ist«, sagt Suling.

Peter Bauer, der PDN-Redaktionsleiter, will zu dieser Kritik nichts sagen. Auch Jan Leßmann, der nicht nur Vorstand der Bremer Tageszeitungen AG, sondern auch kaufmännischer Leiter beim Pressedienst Nord ist, lehnt eine Beantwortung der Anfrage ab.

### »Eisernes Schweigen«

Was bleibt übrig vom publizistischen Kern einer Tageszeitung, die unter diesen Bedingungen hergestellt wird? Welche Folgen hat das für die Qualität der Berichterstattung? Das sind Fragen, die man gerne gestellt hätte. Aber alle Anrufe und E-Mails laufen ins Leere.

Wer den Verlag schon seit langem beobachtet, der kennt das. »Die Informationspolitik der Unternehmensführung beschränkt sich bisher generell auf eisernes Schweigen, in der eigenen Berichterstattung kommen die Konflikte nicht vor«, sagt Antje Grotheer, medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft. Sie befürchtet, dass sich aus der unsicheren Beschäftigung von Journalisten Abhängigkeiten ergeben könnten. »Gerade wenn ein Unternehmen wie die Bremer Tageszeitungen AG quasi eine regionale Monopolstellung innehat, ist dies dann eine Gefahr für das demokratische Zusammenleben in einer Gesellschaft«, warnt die Politikerin.

### »San Precario« soll helfen

Zurück nach Straßburg, wo das Europäische Parlament im Mai über die Bedeutung unabhängiger Medien für die Demokratie debattierte. In ihrer Resolution fassen die Abgeordneten in 44 Punkten ihre Forderungen und Hinweise zusammen, mehrere davon betreffen die Arbeitsbedingungen von Journalisten.

Die Parlamentarier wollen vor allem mehr erfahren über die Auswirkungen der Prekarisierung auf die Journalisten in Europa. Von der Europäischen Kommission verlangen sie daher eine Studie, die diesen Fragen nachgeht. Anknüpfen könnte eine solche Untersuchung an die Ergebnisse einer von der EU-Kommission eingesetzte Expertengruppe, die im Januar 2013 präsentiert wurden.

Die Sachverständigen der »High Level Group on Media Freedom and Pluralism« monierten in ihrem Abschlussbericht, es gebe in Europa zum Teil entwürdigende Arbeitsbedingungen im Journalismus. Die von den Parlamentariern nun angemahnte Studie könnte nicht nur die soziale und wirtschaftliche Lage der Journalisten in den Blick nehmen, sondern auch den Umgang mit Ungewissheit und Verzicht.

In Frankreich haben sich beispielsweise Hörfunkjournalisten, die wie Lucile David für Radio France arbeiten, als »Les journalistes précaires de Radio France« zusammengeschlossen, um gemeinsam für ihre Ziele einzutreten.

Und in Italien protestieren freie Journalisten unter dem Motto »Ich arbeite nicht für weniger als fünfzig Euro« für eine Honorar-Untergrenze, wie Alesia Cerantola schreibt. Die Italiener setzen dabei auf die Fürsprache eines ganz besonderen Patrons – sie hoffen auf den Schutzheiligen aller prekär Beschäftigten, den Demonstranten erfunden haben.

»San Precario« heißt er. Er soll helfen, wenn die irdischen Interessenvertreter nichts mehr ausrichten können. ■

Link:

► High Level Group on Media Freedom and Pluralism (2013): A free and pluralistic media to sustain European democracy. <http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/high-level-group-media-freedom-and-pluralism>

*Sparen, auslagern, ausbooten und zergliedern – das ist das übliche Geschäftsmodell vieler Verlagsmanager.*

*Thomas Schnedler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur an der Universität Hamburg.*



# Das schmutzige



Foto: lutz Mücke

Ob im Irak oder in Afghanistan, ob während der Balkan-Kriege oder wie hier auf dem Bild in Somalia – besonders in Krisen- und Kriegsgebieten sind lokale Mitarbeiter unersetzlich. Der somalische Stringer Ahmed Jimale (5.v.r.) arbeitete mehr als zehn Jahre in Somalia für die ARD und war einer der Garanten für hintergründige und sichere Berichterstattung.

# kleine Geheimnis

*Ein guter Stringer kann für Reporter im Ausland überlebenswichtig sein. Entsprechend wertschätzen müsste man sie. Doch einheimische Helfer waren lange Zeit nur für die Drecksarbeit zuständig. Das ändert sich.*

VON DREW SULLIVAN

**A**ls der Krieg 1992 in Bosnien und Herzegowina eskalierte, arbeitete Aida Cerkez als Übersetzerin für die bosnische Armee und kümmerte sich um die ausländischen Journalisten, die über den Krieg berichteten. Sie hatte sich freiwillig als Soldatin gemeldet, aber die frischgebackene Mutter wurde für Pressearbeit verpflichtet, da sie etwas Englisch sprach.

Eines Tages bot ein Auslandskorrespondent von *Associated Press* Cerkez einen Vollzeitjob bei der Nachrichtenagentur an. Seit Monaten sicherte ihr die Lebensmittelhilfe der Vereinten Nationen das Überleben, da konnte sie das Angebot für 25 Euro am Tag nicht ausschlagen. »Das war ein Vermögen«, sagt Cerkez rückblickend.

Offiziell ein Fixer, begann Cerkez zunächst Interviews für die Horden von ankommenden Journalisten zu arrangieren. Sie wurde eine wichtige Quelle für Hintergrundinformationen, erklärte Bosnien, seine Kulturen, seine Geschichte sowie die komplexen Wurzeln des Konflikts. Im Gegenzug lernte sie den Journalismus von erfahrenen Kollegen kennen und war ganz allmählich auf dem Weg, selbst Journalistin zu werden.

## Es hat sich gelohnt

»Der Flughafen war gewöhnlich geschlossen, sodass die Reporter nicht einfliegen konnten und ich damit die Einzige vor Ort war. Gezwungenermaßen machte ich die Berichterstattung. Über ein Satellitentelefon beschrieb ich die Geschehnisse. So fing ich an«, erzählt Cerkez über die Anfänge. *AP* investierte in Cerkez. Ende 1993 trug sie faktisch die Verantwortung vor Ort. Am Ende des Krieges wurde sie offiziell zur Büroleiterin gemacht. Jetzt, 20 Jahre später, ist sie eine international respektierte Journalistin. Cerkez

hatte Glück. *AP* glaubte daran, dass es sich lohnte, ortsansässige Reporter anzuheuern und zu schulen.

Das ist nicht immer so. Fixer und Stringer, angeheuert, um bei der Logistik behilflich zu sein und für Nachrichtenorganisationen zu berichten, waren über eine lange Zeit das schmutzige kleine Geheimnis der internationalen Medienarbeit. Oft sind sie Zuarbeiter, erledigen entnervende Faktenprüfung und Dokumentensuche, die die »Big Deal Storys« ermöglichen, für die ihre internationalen Kollegen dann den Ruhm und das Geld einheimen.

Doch bedeutende Veränderungen in der Nachrichtenindustrie haben die Art und Weise, wie man bei guten Nachrichtenorganisationen über ausländische Journalisten denkt, verändert. Zu diesen Veränderungen zählen das Aufkommen des gemeinnützigen (stiftungsfinanzierten) Journalismus, Stellenabbau, Gefahr und Sicherheit sowie Computer-Technologie. Darüber hinaus streben die Nachrichtenmedien heute eher strategische Beziehungen mit Kollegen im Ausland an, statt Auslandskorrespondenten zu schicken, vor allem, wenn Ausführlichkeit und Professionalität für eine komplexe Story gefragt sind. Das ist wahrscheinlich billiger und ergibt eine authentischere Berichterstattung.

## Stringer

- ▶ »Vier aus vierhundert«: Afghanische Journalisten, die für westliche Medien arbeiten, leben gefährlich S. 44
- ▶ »Ambivalente Erfahrung«: Wie sich einheimische Journalisten durch den Kosovo-Krieg professionalisierten S. 48

Immer schon haben Journalisten, die ins Ausland geschickt wurden, Einheimische eingestellt, um sich von ihnen fahren und die örtlichen Sprachen und Gebräuche übersetzen und erklären zu lassen sowie um Leute ausfindig zu machen und Informationen und Essen zu beschaffen. Günstigenfalls handelt es sich um respektierte einheimische Journalisten, die mit ihren internationalen Kollegen kooperieren und namentlich genannt und bezahlt werden. Meist sind es jedoch Studenten, Übersetzer und andere, angeheuert, um niedere, aber entscheidende Arbeiten für die internationalen Medienhäuser oder Freelancer zu erledigen.

### Die Ehre kriegen andere

Cerkez sagt, das größte Problem war, dass man die Arbeit ihrer Kollegen verwendete, aber den Ruhm selbst einheimste. »Viele Leute veröffentlichten Storys unter ihrem eigenen Namen, obwohl Einheimische sie ausgegraben, die Leute interviewt und die Berichterstattung gemacht hatten«, so Cerkez.

Jackie Spinner, eine junge Journalistin, die die *Washington Post* auf dem Höhepunkt des Krieges zu ihrer Büroleiterin in Bagdad gemacht hatte, be-

*Cerkez sagt, das größte Problem war, dass Journalisten die Arbeit ihrer Kollegen verwendeten, aber den Ruhm selbst einheimsten.*

schreibt in ihrem Buch über diese Zeit, wie die einheimischen Helfer Leute aufspürten und interviewten, die

aufzusuchen für die Amerikaner zu gefährlich gewesen wäre. Sie schlug nur die Storys vor, half die Fragen zu formulieren – und bekam die ganze Anerkennung der Chefs zu Hause.

Manchmal lagen die Dinge noch schlechter.

Branko Cecen, heute der Direktor am Center for Investigative Reporting in Belgrad, arbeitete während des Krieges als Fixer im angrenzenden Bosnien. Er erinnert sich an einen dänischen Journalisten. »Er brachte keine einzige Geschichte zustande, und man erwartete eine pro Tag von ihm. Ich schaltete mich also ein und schrieb, um seinen Arsch zu retten, praktisch seine gesamten Beiträge. Zunächst war er ganz dankbar, aber allmählich begann er, mich zu kritisieren und meine Geschichten infrage zu stellen. Was ihn allerdings nicht davon abhielt, sie in die Redaktion zu schicken und das Lob seiner Redakteure zu ernten«, sagt Cecen.

Ein Krieg ermutigt junge Journalisten, ungewöhnliche Risiken einzugehen, besonders wenn sie für ausländische Medien arbeiten. Stringer bezahlen dafür einen hohen Preis. Dieser Trend hat sich beschleunigt, denn die Etatkürzungen bedeuten, dass mehr Berichterstattung von einheimischen Reportern übernommen wird. Im kriegszerrissenen Syrien sind laut einer Statistik des Committee to protect Journalists 87 Prozent der seit Ausbruch der Feindseligkeiten getöteten Reporter Einheimische und 40 Prozent Freelancer. Diese Zahl ist höher als die anderer Kriegsgebiete jüngerer Zeit wie Afghanistan und Irak, wo etwa zwei Drittel der Reporter Einheimische waren und 20 Prozent Freelancer.

Fixer, die gezwungen sind, in Kriegsgebieten zu leben, die nicht fliehen oder eine Pause einlegen können, nehmen ein hohes Risiko auf sich, wenn sie für Journalisten arbeiten. 2006 wurde Jill Carroll vom *Christian Science Monitor* im Irak gekidnappt und zehn Tage festgehalten, um ein Lösegeld zu erzwingen – ihr 32 Jahre alter Übersetzer wurde sofort getötet, als sie in den Hinterhalt gerieten.

2007 waren der Stringer Ajmal Naqshbandi und der Fahrer Sayed Agha mit dem italienischen Journalisten Daniele Mastrogiacomo in der Helmand-Provinz unterwegs, um Taliban-Führer zu interviewen, als sie gefangen genommen wurden. Während Mastrogiacomo im Austausch für fünf Taliban-Kämpfer freigelassen wurde, wurde das Angebot für die beiden afghanischen Helfer abgelehnt; sie wurden geköpft.

### Betrunken in der Hotelbar

Eine allgemeinbekannte Geschichte vom Krieg in Afghanistan erzählt von einem britischen Journalisten, der betrunken in einem dortigen Hotel saß, während man Einheimische anheuerte, um die Kriegsberichterstattung zu tätigen. Wenn die Berichte reinkamen, redigierte er sie und versah sie mit seinem Namen. So etwas kommt vor, aber die Anerkennung, Bezahlung und der Umgang hängen im Wesentlichen von der Professionalität (und dem Ego) des Korrespondenten ab, und viele der einheimischen Journalisten waren gut bezahlt und anerkannt.

In wenigstens einem berühmten Fall, verewigt in dem Buch und Film »The Killing Fields«, stellte der Fixer den Starjournalisten in den Schatten, allerdings zu einem hohen Preis. Sydney Schanberg von der *New York Times* und der Fotojournalist Dith Pran aus Kambodscha wurden während der Arbeit

über den 1975 von den Roten Khmer verübten Genozid außergewöhnlich gute Freunde. Schanberg durfte das Land mit anderen Ausländern verlassen, aber Pran verbrachte vier Jahre unter Qualen im Gefängnis, bevor Schanberg ihn freibekam.

In den Glanzzeiten der internationalen Korrespondenten wurden viele Fixer angeheuert, um die Auslandskorrespondenz zu unterstützen – und nicht nur die Kriegsberichterstattung. Diese Tage sind vergangen. Amerikanische und britische Zeitungen unterhielten einst hunderte von Büros rund um den Globus, doch inzwischen haben laut der *American Journalism Review* 18 Medienhäuser Büros geschlossen. Medien werden von Nachrichtenagenturen aufgemotzt. Studien legen nahe, dass es – abgesehen von Berichten über Kriege und Konflikte – immer weniger Auslandsnachrichten in den USA und westeuropäischen Ländern gibt. Zusammen mit den Auslandskorrespondenten sterben auch die Stringer aus.

### Die neuen Stringer

Stattdessen werden die Stringer durch ortsansässige Journalisten- und gemeinnützige Organisationen, Webseiten und eine größere Akzeptanz von nicht-inländischen Medien ersetzt. BBC, NBC, Al Jazeera und andere arbeiten verstärkt mit lokalen Organisationen zusammen.

Das ist nirgends offensichtlicher als in der Welt des gemeinnützigen (stiftungsfinanzierten) Journalismus. Einem kürzlich veröffentlichten Bericht des in Washington ansässigen Centers for Independent Media Assistance zufolge stieg die Anzahl der gemeinnützigen Medien von ein paar wenigen in den 1980ern auf heute mehr als 300. Die meisten sind in den letzten fünf Jahren entstanden. Mindestens die Hälfte des Wachstums entfällt auf junge Demokratien.

Das Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP), Arab Reporters for Investigative Journalism und jede Menge andere gemeinnützige investigative Zentren in der ganzen Welt haben mit westlichen Medien zusammengearbeitet, um aus schwer zugänglichen Gegenden berichten zu können. OCCRP hat schon mit der BBC, dem *Guardian*, *Time Magazine*, der *Chicago Tribune*, dem *Spiegel*, der ARD und anderen zusammengearbeitet, Berichte geliefert, übersetzt und geholfen, die örtlichen Gegebenheiten zu verstehen. Die Mehrzahl der OCCRP-Reporter sind keine Studenten, sondern gehören zu den besten lokalen investigativen Journalisten. Sie

arbeiten gleichberechtigt mit ihren ausländischen Kollegen und viele haben namhafte internationale Preise gewonnen. Dennoch ist es nicht ungewöhnlich, dass Auslandsreporter weiterhin einheimische Journalisten als Stringer anheuern. Das führt zu vielen Problemen.

### »Von Konkurrenz kann nicht die Rede sein«

Es ist kein Geheimnis, dass viele Auslandsberichte wenig fundiert sind. »Wenn man im Ausland gelebt hat, stellt man fest, dass eine Menge von dem, was zu Hause über den Ort geschrieben wird, wo du wohnst, ziemlich schlecht ist. Du weißt einfach, dass ein Korrespondent für ein paar Tage herkam, mit jedem

in der Botschaft sprach und wieder nach Hause fuhr. Diese Storys sind oberflächlich«, meint Rosemary Armao, eine erfahrene Journalistin, die als Redakteurin beim Center for Investigative Reporting in Bosnien gearbeitet hat. Viele Stringer, die für diesen Artikel interviewt wurden, stimmten zu. »Manchmal sind die Journalisten nicht allzu gut vorbereitet für ihre Story,« sagt Merma Hrnjic, eine CIN-Reporterin, die als Stringer gearbeitet hat. »Mir ist klar, dass unser Land sehr kompliziert und schwer zu verstehen ist, aber es gibt ein paar Grundkenntnisse, die man sich aneignen muss, bevor man sich entscheidet, über Bosnien zu schreiben.«

Lokale Journalisten werden immer besser darin sein, Akten aufzutreiben, Quellen zum Reden zu bringen und die Feinheiten einer Kultur zu verstehen. »Früher konnte man einem einheimischen Journalisten nicht immer trauen, wenn man seinen Background und seine politische Einstellung nicht kannte. Es war sicherer, zur Botschaft zu gehen und sich einen Kontakt vorschlagen zu lassen. Doch heute gibt es gute Organisationen mit Erfolgsbilanzen, und die Standards haben sich geändert. Es ergibt keinen Sinn, einen Auslandskorrespondenten loszuschicken, um zu tun, was die Einheimischen vor Ort schon machen«, meint Armao.

»Von Konkurrenz kann nicht die Rede sein. Wenn ein starker Lokaler da ist, der die Aufgabe versteht, hast du als ausländischer Journalist sowieso keine Chance gleichzuziehen«, meint Cerkez. ■

*»Es ergibt keinen Sinn, einen Korrespondenten loszuschicken, um zu tun, was die Einheimischen vor Ort schon machen.«*

*Drew Sullivan ist Mitbegründer des »Organized Crime and Corruption Reporting Project« mit 16 Recherche-Zentren. Er arbeitet als Berater für Medien in aufstrebenden Demokratien. Übersetzung: Rebecca Pohle*



# Vier aus vierhundert

*Afghanen, die mit ausländischen Journalisten kooperieren, müssen um ihr Leben fürchten. Wenn die internationale Aufmerksamkeit nach dem Truppenabzug schwindet, könnte die Gefahr für sie noch wachsen.*

VON RONJA VON WURMB-SEIBEL

**E**r war gerade auf dem Weg zum Mittagessen, als eine fremde Stimme ihn daran erinnerte, dass der Job, den er so gerne macht, der seine Familie ernährt und von dem er hofft, dass er sein Land verändert wird – dass dieser Job ihm alles nehmen könnte. Alles, das ist: sein Leben. Und die Erinnerung: Ein Anruf.

»Ich brauch die Adresse deines Büros«, sagte ein Mann, ohne seinen Namen zu nennen.

»Wozu?«, entgegnete Humayoon Babur.

»Frag nicht! Sag sie mir! Ich will dich treffen.«

»Wir können am Telefon reden.«

»Ich weiß, dass du für Ausländer arbeitest«, sagte der Mann. Und nach einer paar Sekunden: »Ich will dich treffen.«

»Das war seine Drohung«, sagt Humayoon Babur, als wir einen Tag später bei Skype sprechen. »Er will mich treffen. Und umbringen.«

Humayoon Babur (29) ist Journalist. Er berichtet für die afghanische Mediengruppe Killid aus dem gesamten Norden Afghanistans, reist oft in die Provin-

zen, schreibt Artikel, sendet Radiobeiträge. Ständig, sagt er, werde er bedroht. Babur wohnt in Kundus, einer Stadt

im Norden Afghanistans. Hier leben etwa 125.000 Menschen. Verglichen mit Kabul ist Kundus gefährlich, verglichen mit südlichen Provinzen wie Kandahar ist es ruhig.

Als ich im Mai in Kundus recherchiere, arbeitet Babur drei Tage als Übersetzer für mich. Ich falle auf in der Stadt – trotz eng ans Gesicht gelegtem

Kopftuch und der braunen Salwar Kameez, einer weiten Stoffhose und einem knielangen Kleid. Denn anders als in Kabul sehe ich auf den Straßen nur eine handvoll Frauen, die keine Burka tragen. Noch dazu überrage ich die meisten Afghaninnen um knapp zwei Köpfe. Dass ich aus dem Westen komme, sieht jeder. Sofort. Für mich birgt das die Gefahr, entführt zu werden, im schlimmsten Fall ermordet.

Für Babur, der mich bei allen Terminen begleitet, birgt es die Gefahr, von Aufständischen als vermeintlicher Spion »enttarnt« zu werden. Auch er könnte entführt oder ermordet werden. Es ist eine Gefahr, die bleibt.

## **Drohungen von allen Seiten**

Der Anruf vor dem Mittagessen sei der zehnte oder elfte in diesem Jahr gewesen, sagt Babur. »So genau zähle ich das nicht.« Ihm drohen nicht nur Taliban. Da ist der Polizeikommandeur, der eine Frau vergewaltigt hatte und – nachdem Babur darüber berichtet hat – verhaftet wurde. Da sind die »non-responsible gunmen«, wie Babur diejenigen nennt, die er weder der Regierung noch den verschiedenen Gruppen politisch motivierter Aufständischer zuordnet, eine Art Mafia; Babur beschrieb in einem Artikel, wie sie Schutzgelder von Bauern eintrieben. Da ist der Mann, der Babur bereitwillig ein Interview gab, es sich am nächsten Tag anders überlegte, und ihm mit Mord drohte, sollte er die Veröffentlichung nicht in letzter Minute verhindern.

Ich kann nicht überprüfen, ob Babur tatsächlich bedroht wird – ich erlebe ja keinen der Anrufe. Aber jeder einheimische Journalist, mit dem ich spreche, berichtet Ähnliches. Manche erzählen draufgängerische Geschichten und zeigen mir dutzende Videos von Anschlägen und Schießereien,

*Die Zusammenarbeit mit Ausländern birgt für Babur die Gefahr, als vermeintlicher Spion enttarnt oder getötet zu werden.*



Foto: Ronja von Mumbach-Seibel

Der afghanische Journalist Humayoon Babur arbeitet oft für ausländische Medien und erhält deswegen Morddrohungen – nicht nur von den Taliban.

andere wirken wie stille Beobachter. Alle sagen, sie bekämen Morddrohungen.

»Weißt du, ich kenne vielleicht 400 Leute in der Stadt«, sagt Babur, als wir ein paar Stunden, nachdem ich in Kundus angekommen bin, in meinem Hotelzimmer sitzen. »Aber ich vertraue nur vier.«

»Was meinst du mit vertrauen?«, frage ich und zähle vor meinem inneren Auge ab, wen ich in Deutschland anrufen würde, wenn es mir schlecht geht, wenn etwas wirklich Schlimmes passiert ist. »Naja, jemandem sagen, wo ich gerade bin, wen ich jetzt treffe und sowas.«

### Netz aus Halbwahrheiten und Ausreden

In den nächsten Tagen merke ich, dass dieses Misstrauen zu einem kompliziert gestricktem Netz aus Halbwahrheiten und Ausreden führt. Die Notlüge ist Dauerzustand, nicht nur wenn die Polizei ins Hotel kommt, um zu fragen, worüber man denn so schreiben will. Auf die Fragen »wie lange bleibst du hier?«, »worüber berichtest du?« und »wen hast du bisher getroffen?« wird grundsätzlich nicht wahrheitsgemäß geantwortet. Dafür schärft Babur mir eine Liste einflussreicher Leute ein, die ich beiläufig als »sehr gute Freunde« erwähnen soll, allerdings ausschließlich im Gespräch mit Polizisten und Regierungsmitgliedern. Eines Abends ruft ein Mann, den

ich nicht kenne, auf meinem afghanischen Handy an und fordert wütend ein Interview, in einer Stunde. Babur erfindet einen Termin. Der Mann will das Interview am nächsten Tag. Babur erfindet einen weiteren Termin – obwohl ich dann ohnehin schon wieder in Kabul sein werde. Nur soll auch das keiner wissen, nicht dass auf dem Weg zum Flughafen noch etwas passiert.

Zu allen Gesprächsterminen fahren wir mit dem Auto, ich laufe keinen einzigen Meter durch die Stadt – aus Sicherheitsgründen. Das geschäftige Treiben auf den Straßen sehe ich nur hinter Scheiben. In einem neueren Viertel der Stadt wirbt ein südkoreanischer Handyhersteller mit einem riesigen Banner: »Life's good.«

Zwischen Lkw-Fahrern, die ihre Waren verladen, Händlern und Tagelöhnern schiebt ein Junge eine pinke Kühltruhe auf vier Rädern vor sich her. An deren Seite klemmt eine graue Flüstertüte, aus der von Zeit zu Zeit die Melodie von »Happy Birthday« dudelt. So kündigt der Junge seine Ware an: Eis am Stiel. Es ist Frühling.

Frühling in Afghanistan – das heißt auch: Es wird wieder gefährlicher. Wenn der Schnee von den Bergen schmilzt und die Wege freilegt, über die Aufständische aus Dörfern in die Städte gelangen, beginnt die sogenannte Fighting Season. In diesem

Jahr kündigte der Taliban-Pressesprecher ihren Start Ende April mit einer E-Mail an. Seither mehren sich Anschläge und Hinrichtungen.

Ali Asghar Yaghobi war gerade im Auto unterwegs, als zwei maskierte Männer auf einem Motorrad vorbeifuhren und auf ihn schossen. Er war Radioreporter in Herat, der drittgrößten Stadt des Landes. Die Kugeln trafen ihn in der Brust, er überlebte. Einen Monat später berichtete der NDR über Yaghobi – weil er als Producer für die ARD arbeitete.

Mohammad Muhsin Hashimi verschwand Anfang Mai. 19 Tage später fand die Polizei die Leiche des Mannes. 200 Meter von dessen Haus entfernt,

*Ali Asghar Yaghobi war gerade im Auto unterwegs, als zwei maskierte Männer auf einem Motorrad vorbeifuhren und auf ihn schossen.*

übersät mit Stichwunden. Der 30-Jährige arbeitete für ein Lokalradio in der nördlichen Provinz Kapisa. In der

Woche zuvor wurde Mohammad Nasim Toorak von Unbekannten erschossen. Er arbeitete als Fotoreporter. Der Mai war blutig. Vertraut man den Statistiken verschiedener Hilfsorganisationen, gab es seit Jahren keinen Monat, in dem so viele Medienschaffende starben.

### **Zensur ist nicht erlaubt, zumindest offiziell**

In Herat protestierten Journalisten gegen die zunehmende Gewalt und gegen ihre tatenlose Regierung. Einige von ihnen verschlossen dabei ihre Münder mit schwarzem Klebeband. So wollten sie ausdrücken, was viele fürchten: Mehr Anschläge könnten zu Selbstzensur führen. Journalisten könnten aufhören, über heikle Themen zu berichten, und in abgelegene Provinzen zu fahren. Und sie könnten vorsichtig werden bei Interviews.

Laut Gesetz haben Journalisten in Afghanistan wenig zu befürchten. Artikel 34 der Verfassung garantiert der Presse Freiheit und ein 2005 veröffentlichtes Mediengesetz sichert den Bürgern ihr Recht, sich zu informieren.

Offiziell ist Zensur nicht erlaubt, aber natürlich ist es in einem Land, in dem Korruption, Gewaltandrohung und von außen schwer durchschaubare Machtmechanismen Alltag sind, möglich, Inhalte zu verbieten.

Ende April beispielsweise verkündete Präsident Hamid Karzai, die Ausstrahlung unislamischer TV-

Sendungen sei künftig verboten. Mit einer Beschränkung der Rede- oder Medienfreiheit habe das nichts zu tun. Reporter ohne Grenzen stufte Afghanistan in diesem Jahr in Sachen Pressefreiheit auf Rang 128 von 179, weit vor Marokko, Russland oder der Türkei.

Seit dem Sturz der Taliban im Jahr 2001 hat sich die Medienlandschaft in Afghanistan rapide vergrößert. In Kabul gibt es einen Hügel, den man von fast allen Orten der Stadt sieht. Eigentlich heißt er »Asmayee«, aber alle nennen ihn nur den »TV Mountain« – so viele Sendemasten stehen dort. Mehr als 200 Zeitungen und Magazine gibt es, knapp 150 Radiosender und mehr als 40 TV-Programme. Einige gehören der Regierung, die meisten sind privat finanziert. Neutral sind sie nicht. Politische Stiftungen investieren genauso wie ehemalige Warlords, Geschäftsleute aus dem Ausland, NGOs und Geberländer wie Deutschland und die USA.

### **Mahnung an den Westen**

Mehr als 50 Länder unterstützen Afghanistan mit Hilfgeldern. Allein in Kabul leben etwa 700 Entwicklungshelfer aus Deutschland. Und über 100.000 NATO-Soldaten leisten ihren Einsatz. Im krassen Missverhältnis dazu steht, wie viele internationale Journalisten in Kabul arbeiten.

»Was mir in diesen Tagen am meisten Sorgen bereitet, dass mit jedem Monat weniger Leute diesen Job machen«, schreibt Heidi Vogt. Seit 2008 war sie Afghanistan-Korrespondentin für AP, dieses Jahr räumte sie ihren Posten. Ihr letzter Text aus Kabul handelt vom »Abzug der Presse«. »Je weniger Leute vor Ort sind, desto schwerer lässt sich die Rhetorik von Politik und Militär widerlegen«, mahnt Vogt darin. Nur weil Afghanistan seltener auf den Titelseiten lande, heiße das nicht, dass dort alle Probleme bewältigt seien. »Sehr wahrscheinlich werden die Dinge noch lange nicht in Ordnung sein«, schreibt sie. »Die Afghanen werden diese Realität leben müssen. Und ich kann nur hoffen, dass die Amerikaner davon hören werden.« Vogt richtet ihren Appell an US-Medien, im Blick auf die Zeit nach 2014, wenn der Großteil der NATO-Truppen das Land verlassen haben wird.

Für Deutschland gilt ihr Mahnruf schon jetzt. Keine Redaktion in Deutschland hält einen festen Korrespondenten in Afghanistan. Trotzdem erscheinen jeden Monat bundesweit durchschnittlich 500 Artikel darüber. Sie werden geschrieben von Jour-

nalisten in Deutschland. Oder von solchen, die für kurze Zeit ins Land reisen. Viele von ihnen sind mit der Bundeswehr unterwegs, sie sehen Feldlager, Polizeiausbilder, Regierungsmitglieder. Mit den Menschen auf der Straße sprechen sie kaum. Manche Redaktion engagieren deshalb Leute wie Humayoon Babur oder Ali Yaghoobi, der in seinem Auto angeschossen wurde und nun einen anderen Job sucht.

»Drohungen gegenüber einheimischen Kollegen können schnell eskalieren«, warnt der Journalist und Asien-Experte Bob Dietz in seinem Report für das »Committee to Protect Journalists«. Er fordert Medienhäuser dazu auf, ihren politischen Einfluss zu nutzen, um schnell verfügbare Visa für die afghanischen Kollegen zu verlangen. »Und in Zeiten sinkender Budgets sollten sie Fonds bilden, um ihrer Verantwortung gegenüber den einheimischen Mitarbeitern gerecht werden zu können.«

#### **Jobs bei ausländischen Medien sind lukrativ**

Humayoon Babur bekommt für seinen Job bei Kilid jeden Monat umgerechnet knapp tausend Euro. Er sagt, das reiche nicht, um seine Familie zu versorgen: die beiden jüngeren Brüder, die studieren, seine zwei Schwestern, die noch nicht verheiratet sind, und die Mutter, die in die USA ausgewandert ist, wo sie keinen Job hat. Recherchiert Babur für Al Jazeera, BBC oder *USA Today* verdient er bis zu 500 Euro mehr. In Monaten, in denen er solche Jobs nicht bekommt, leiht er sich Geld von Freunden.

»Warum arbeitest du überhaupt noch als Journalist?«, frage ich ihn an meinem zweiten Abend in Kundus. »Wo du die Morddrohungen und alles bekommst?«

»Ich will den Leuten hier helfen. Wenn ich über schmutzige Dinge berichte, werden die Verantwortlichen verhaftet. Was soll ich denn sonst tun?«

Ich schweige.

»Außerdem glaube ich, wenn Gott will, dass ich tot bin, dann sterbe ich sowieso.«

»Wie ist es andersrum? Wenn er will, dass du am Leben bleibst – wird er dich schützen?«

»Oh, das ist eine schwierige Frage... aber ja, ich glaube, wenn er nicht will, dass ich sterbe, dann sterbe ich auch nicht.«

Kurz bevor ich am nächsten Morgen ins Flugzeug steige, das mich zurück nach Kabul bringt, bezahle ich Humayoon Babur mit einem Paken Dollarscheine für seine Arbeit. Alles andere kann ich ihm nicht vergelten.

Drei Wochen später, zurück in Deutschland, als wir telefonieren, frage ich ihn wieder: »Wirst du weitermachen mit deinem Job?« Es ist eine Woche, nachdem er nachts auf der Straße von Bewaffneten überfallen worden ist. Und ein Tag, nachdem der Anruf kam. »Weißt du, jeder Mensch will überleben. Und am Ende sind Journalisten auch nur Menschen.«

Falls es nach 2014 schlimmer werden sollte, sagt er, dann werde er versuchen, wegzukommen. Schlimmer, das kann vieles heißen: dass die Aufständischen mächtiger werden, dass die Gewalt zunimmt, dass ein Bürgerkrieg ausbricht. Leute, die für den Westen gearbeitet haben, so fürchten viele, wären dann die ersten, an denen Regierungsgegner sich rächen würden.

Jeden Tag ruft Baburs Mutter an und sagt, dass sie sich Sorgen macht. Sie möchte, dass ihr Sohn in die USA zieht.

Doch der glaubt nicht daran, dass er ein Visum bekommen wird. Und außerdem: noch will er ja bleiben.

»Ich bin hier aufgewachsen, ich liebe mein Volk und ich mag es, mit den Leuten zu reden und dann über ihre Probleme zu berichten.«

#### **»Ich helfe der Regierung doch«**

Mit den Anrufen der Aufständischen scheint er sich halbwegs abgefunden zu haben. Aber Drohungen von Kommandeuren und Politikern? Das kann er nicht begreifen. Auch nicht, dass seine Regierung kaum etwas unternimmt, um Journalisten wie ihn zu schützen.

»Ich helfe der Regierung doch – selbst wenn ich über ihre Fehler berichte«, sagt er. »Wenn die Probleme der Leute nicht behoben werden, dann werden die immer noch enttäuscht von der Regierung. Und irgendwann unterstützen sie die Aufständischen. Weißt du, in Ländern wie meinem, da gibt es eine Lücke zwischen dem Volk und der Regierung.« Er macht eine Pause. Dann sagt er: »Wir Journalisten, wir könnten die schließen.«

Er wolle wirklich weiter arbeiten, wiederholt er nachdrücklich. Er wolle nicht aufhören. »Aber weißt du, wenn ich tot bin, das bringt ja nichts. Dann kann ich meinen Job auch nicht mehr machen.« ■

*Leute, die für den Westen arbeiten, so fürchten viele, wären die ersten, an denen sich die Regierungsgegner rächen würden.*

*Ronja von Wurmb-Seibel arbeitet als freie Journalistin in Hamburg und ist regelmäßig in Kabul. Zuletzt berichtete sie als Redakteurin im Politischen Ressort der Zeit über Afghanistan.*



# Ambivalente Erfahrung

*Im Kosovo hat die Zusammenarbeit von Auslandsberichterstatern und einheimischen Stringern zur Professionalisierung des Journalismus beigetragen. Trotzdem können lokale Medien nur bedingt profitieren.*

VON KENNETH ANDRESEN

**W**ie viele einheimische Stringer musste Veton Rugova während des Kosovo-Kriegs in eine Doppelrolle schlüpfen. Offiziell arbeitete die Albanerin für den italienischen Fernsehsender RAI und übersetzte für die ausländischen Korrespondenten. Diese Funktion ermöglichte es ihr, in Begleitung des Fernseherteams serbische Checkpoints zu passieren – für albanische Journalisten im Bürgerkrieg eigentlich undenkbar. Auf diese Weise gelangte sie an schwer zugängliche Kriegsschauplätze und konnte dort – heimlich – Informationen über den Frontverlauf oder das Ausmaß von Angriffen sammeln, um diese später an lokale Medien weiterzugeben. »Wenn man gesagt hätte, man ist Journalist und mit einem internationalen Korrespondenten unterwegs, hätte das für beide gefährlich werden können«, sagt Rugova rückblickend. »Aus Sicherheitsgründen haben wir uns deshalb nur als Übersetzer zu erkennen gegeben.«

Das Beispiel der Journalistin Rugova zeigt die beidseitige Abhängigkeit zwischen Auslandsberichterstatern und ihren einheimischen Helfern.

Denn egal ob langfristig stationierter Korrespondent oder »Parachute-Journalists«, der nur vorübergehend an einem Brennpunkt eingesetzt und danach wieder abgezogen wird, Stringer sind die Schnittstelle zwischen den Ereignissen in der Region und den Berichten in die Heimat. Ausländische Medienvertreter profitieren in vielerlei Hinsicht von ihren lokalen Mitarbeitern, die ihnen als Fahrer und Übersetzer zur Verfügung stehen sowie Kontakte zu Einheimischen herstellen. Auch die journalistischen Produkte gewinnen in der Regel durch lokale Mitarbeiter an Substanz, weil diese den Korrespondenten mit der eigenen Kenntnis von Land und Leuten kulturelle Besonderheiten erklären, ihr Informantennetzwerk anzapfen und vielleicht sogar die politische Gesamtlage historisch einschätzen können.

## Was bringen Kooperationen?

Doch wie sieht es andersherum aus? Welchen Nutzen ziehen die Stringer aus der Zusammenarbeit? Diesem Forschungsfeld ist bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Eine norwegische Studie über Stringer, die im Kosovo-Krieg zwischen 1997 und 1999 für ausländische Medien gearbeitet haben und auch danach noch journalistisch tätig waren, kommt zu einem ambivalenten Ergebnis: Zwar fördert die Zusammenarbeit mit erfahrenen Korrespondenten langfristig die berufliche Weiterentwicklung der einheimischen Journalisten und führt so zu einer Professionalisierung des Journalismus im Land. Die einheimische Medienlandschaft kann von dieser Entwicklung aber nur bedingt profitieren.

Der Hintergrund: Anfang der 1990er Jahre wurden Kosovo-Albaner durch die serbische Regierung systematisch aus einflussreichen Positionen entfernt. Besonders hart traf dieses Vorgehen die Presseland-

## WISSENSCHAFTLICHE METHODE

**D**en empirischen Daten dieser 2012 vorgestellten Studie liegt ein qualitativer Forschungsansatz zu Grunde. Zwischen September 2005 und Mai 2006 fanden in vier kosovarischen Redaktionen ca. drei Wochen dauernde Redaktionsbeobachtungen statt, die durch halbstrukturierte Leitfrageninterviews mit 51 Journalisten ergänzt wurden. Zusätzlich flossen weitere Beobachtungen und Interviews vom Februar 2008 ein, als mehrere hundert Auslandskorrespondenten und -reporter über die Unabhängigkeit des Kosovo berichteten.



schaft: Rund 1.500 Journalisten verloren damals ihren Job. Als 1997 die Scharmützel zwischen der albanischen UÇK und serbischen Truppen zunahmen, wanderte der Fokus der internationalen Medien auf den Kosovo. Ihre Reporter trafen vor Ort auf jene Journalisten, die Anfang des Jahrzehnts entlassen worden waren und sich nun als Stringer anboten.

Dabei lernten sie den professionellen Journalismus westlicher Prägung kennen, kombinierten ihre Tätigkeit als Stringer mit eigener Berichterstattung und ermöglichten es so lokalen Medien, aus schwer zugänglichen Regionen im Kriegsgebiet zu berichten. Ein in der Studie befragter Redakteur der einflussreichen albanischen Tageszeitung *Koha Ditore* sagt über diese Zeit: »Sie [die Korrespondenten] schliefen in unseren Büros und wir versteckten uns hinter ihnen, um in brisante Regionen gelangen. Wir hängten uns an sie dran, sodass unsere Journalisten auch mit einer Geschichte nach Hause kommen konnten.«

### Korrespondenten als Mentoren

Viele Journalisten in kosovarischen Medien lernten ihr professionelles Handwerk, indem sie Auslandsreporter bei der Arbeit beobachteten und nachahmten. Für sie nahmen die internationalen Korrespondenten die Rolle von Mentoren ein. Veton Rugova erledigte für ihre RAI-Kollegen viele der täglich anfallenden Arbeiten und erlebte die Zusammenarbeit als Learning-by-Doing-Prozess: »Ich habe in vielen Teams geholfen und dabei alle wichtigen Arbeitsschritte kennengelernt.« Nach Ansicht der befragten Stringer haben sie im Krieg mehr über modernen Journalismus gelernt als in gesonderten Schulungen, mit denen die internationale Gemeinschaft nach dem Krieg eine unabhängige Presse im Kosovo aufbauen wollte.

In der Zeit vor dem Krieg konnte von einer unabhängigen Presse überhaupt keine Rede sein. Der stellvertretende Chefredakteur von *Koha Ditore*, Agron Bajrami, erinnert sich an den Wandel im Krieg: »Der Journalismus wurde zuvor kontrolliert und alle Journalisten unterstanden dem Einfluss von Parteien oder Autoritäten. Es war das erste Mal, dass wir etwas eigenständig machten und auf niemanden hören mussten, wie wir es zu machen haben.«

Nach dem Krieg änderte sich die Situation für Journalisten im Kosovo dramatisch. Neben der Wiederbelebung der von den Serben geschlossenen Presse entstanden zahlreiche neue Medienorganisationen. Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Journalisten war groß. Hinzu kamen aber auch zahlreiche internationale Organisationen (EU, UN, NGOs), die nach dem Krieg ins Land kamen und deutlich höhere Gehälter zahlen konnten als lokale Medien. Als Übersetzer oder Berater für diese Organisationen tätig zu sein, war deutlich lukrativer als der Journalismus. Ein riesiges Problem für die einheimischen Medien: Sie mussten mit ansehen, wie ihre bestens ausgebildeten Mitarbeiter und deren Know-how die Redaktionen verließen. »Wir hatten einfach nicht das Geld, um unsere Leute zu halten«, sagt Bajrami frustriert. ■

#### Weiterführende Literatur:

- ▶ Paterson, C., K. Andresen and H. Hoxha. (2012). The manufacture of an international news event: the day Kosovo was born. *Journalism* 13(1): 103-120.
- ▶ Palmer, J. and V. Fontan (2007), Our Ears and our eyes: Journalists and fixers in Iraq. *Journalism* 8(1): 5-24.
- ▶ Murell, C. (2010). Baghdad bureau: an exploration of the interconnected world of fixers and correspondents at the BBC and CNN. *Media, War & Conflict* 3(2): 125-137.
- ▶ Bishara, A. (2006). Local hands, international news: Palestinian journalists and the international media. *Ethnography* 7(1) (March 1): 19-46.

Viele ehemalige Stringer nahmen nach dem Krieg gut dotierte Jobs bei internationalen Organisationen an. Ihr im Krieg erworbenes Wissen über modernen Journalismus ging den kosovarischen Redaktionen meist verloren.

*Der norwegische Forscher Kenneth Andresen ist Dozent für Journalismus an der University of Agder. Übersetzung: Malte Werner*





FRITZ WOLF IST FREIER  
JOURNALIST IN DÜSSELDORF.

Vice wird von einigen bereits als das neue CNN für junge Zuschauer angesehen. Auch in Deutschland werden Vice-Reportagen auf ZDF-Kultur und Spiegel-TV gezeigt. Es sind Geschichten, die provozieren – und wenig zum Nachdenken einladen.

# Ein Schlag

Der Reporter fragt: »Was ist ein guter Sniper?« Der Scharfschütze setzt das Gewehr ab und erklärt, es brauche ein gutes Auge, ruhigen Herzschlag und Vertrauen in Allah. Szene aus einem zerstörten Haus in Aleppo/Syrien. Der Reporter befindet sich im gleichen Raum und er kann gar nicht genug kriegen von den Bildern dieses sorgfältigen Tötens. Er ist neugierig und fragt nach. Wann haben Sie zum ersten Mal einen Menschen erschossen? Wie viele Menschen haben Sie schon erschossen? Die Männer erzählen gerne und alle Antworten enden bei Allah. Für den Zuschauer allerdings stellt diese Sequenz noch eine andere Frage: Was ist ein guter Reporter?

Die Szene stammt aus einem Video des amerikanischen Medienkonzerns Vice, den manche schon als das neue CNN für junge Zuschauer sehen. Gestartet 1995 in Montreal als schräges Print-Szenemagazin *Voice*, gehören heute ein Magazin mit 1,2 Millionen Auflage, ein Modelabel und eine Werbeagentur dazu. Das kleine o ist dem Unternehmen unterwegs abhanden gekommen. Der Wandel von der »Stimme« zu *Vice*, dem »Laster«, signalisiert auch etwas vom Image des Provokateurs. Mit Videos im Netz hat *Vice* einige journalistische Scoops gelandet und inzwischen einen eigenen Kanal auf Youtube mit 300 Millionen Zugriffen. Die Firma expandiert weiter und plant einen 24-Stunden-Nachrichtenkanal. Wo andere Auslandsbüros schließen, eröffnet *Vice* ständig neue, inzwischen sind es 35 Büros in 18 Ländern. Die großen US-Medienkonzerne rennen den Machern die Tür ein, weil die etwas zu schaffen scheinen, wovon andere nur träumen. Sie verdienen Geld im Internet und sie erreichen offensichtlich jenes junge Publikum, das die traditionellen Medien meidet.

Was also ist dran an *Vice*? Die Versprechen sind großartig. Recherche bis es wehtut, heißt eine Devise. Subjektiv, emotional und hautnah eine andere. Provokative Themen versprechen die Trailer, kontroverse Haltungen und eine eigene Meinung. So vielfältig wie die Versprechen, so bunt die Themen. *Vice*-Reporter sind auf den Krisenschauplätzen unterwegs: mittendrin auf dem Taksim-Platz, die Reporterin natürlich mit schicker Gasmaske. Mit libyschen Rebellen auf dem Weg in die umkämpfte Stadt

# ins Gesicht

Misrata. In Liberia unterwegs mit einem ehemaligen Warlord, der zum Christentum konvertierte. Sie suchen sonderbare Orte auf, fahren in einer surrealen Reise durch Nordkorea oder zu einem Renn-Taubenwettbewerb in China. Sie befassen sich mit gesellschaftlich relevanten Themen, fragen nach der Waffe aus dem 3D-Drucker und nach Killerdrohnen. Andere Reportagen befassen sich mit Lifestylethemen, gern schrill, schräg und laut.

Natürlich ist nicht alles anders bei *Vice* und auch nicht besser. Im aufgeregten Geschnatter verbirgt sich manche konventionelle Reportage, reden sich »talking heads« um Kopf und Kragen. Gute Auslandsreportagen aus eigenem Augenschein sendet das deutsche Fernsehen auch, wie etwa die Filme von Ashwid Rahman aus Somalia oder Afghanistan (allerdings in der Regel erst spät nachts).

Dennoch stellt *Vice* die Branche vor eine Frage: Ist dieses zugleich coole und heroische Reportertum die Zukunft des Journalismus? Lassen sich junge Zuschauer die Welt nur über Abenteuer-Entertainment erzählen? Liegt das Geheimnis des Erfolgs in dieser Mischung aus Politik und Lifestyle, aus ungehemmter Emotionalität und drastischer Sprache?

Heißt politische Reportage künftig, in den Gaza-Streifen zu gehen und dort nach einem Burger-Laden zu suchen – und den Nahen Osten aus dieser Perspektive zu beschreiben. Oder, wie geschehen, sich einen Drink ausgerechnet in einer überschwemmten Kneipe in Venedig zu genehmigen. Das, fand die *New York Times*, hatte alle Elemente einer *Vice*-Story: eine Kollision von Tragödie, Hedonismus und globaler Umweltsorge.

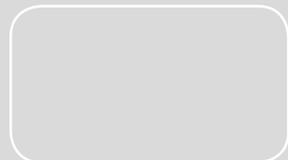
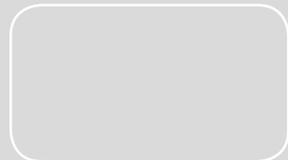
»Die Welt geht unter und wir nehmen einen Drink«, kommentierte Smith die surreale Party. Smith definiert die Kriterien für eine typische *Vice*-Geschichte so: »Sie muss einfach sein, einen Haken haben und sie muss ein Schlag ins Gesicht sein«. Ein anderer *Vice*-Mitarbeiter orientiert sich am Verhalten junger Zuschauer: »Werde ich meinem Kumpel in der Bar davon erzählen? Ja? Cool!«

In diesem Konzept der Distanzlosigkeit und der direkten Ansprache steckt auch eine Schwäche: Nur selten reflektieren die Reporter ihren Job. In einer Reportage über den rechten Motorradklub »Schwarze Schar« in Wismar will die Reporterin, einfach so, den Alltag der tätowierten Herren filmen. Sie lässt sich von ihnen durchs Haus führen, alle haben hörbar viel Kreide gefressen, äußern sich über Kriminalität und neonazistische Mitglieder nur sehr vage und hinterlassen einen netten Eindruck. Selten eine Reporterin so überfordert gesehen. Auch der Reporter mit seiner Neugier für Sniper kommt mit seiner Kamera nicht hinaus über den Blick auf die Ausschuslöcher in den Wänden.

Vor einigen Jahren strahlte Arte das dokumentarische Magazin *Brut* aus. Eine Szene mit Scharfschützen spielte im Balkankrieg in Sarajewo. Ein französischer Kamerareporter saß an einer Hausecke, außerhalb des Schussfelds der Sniper. Es handelte sich um einen zentralen Platz der Stadt, viele Einwohner mussten ihn queren, manche rannten hakenschlagend darüber.

Der Kameramann bedachte seine Lage: »In solchen Situationen fühlt man sich nie wohl in seiner Haut. Trotzdem filmte ich eine halbe Stunde lang die Leute, die die Straße überquerten. Plötzlich wurde mir klar, dass ich eigentlich eine Art Schießbudenszene abfilmte. Da ziehen Gipsröhren vorbei und ein verrückter Schütze versucht sie abzuknallen. Seltsamerweise machte mir das Ganze allmählich sogar Spaß. Wir Kameraleute bezeichnen uns selbst oft als »shooter«, von »to shoot«. Genau das war es. Ich shootete also und sagte mir bald: »Gleich erwischt's einen«. Oder ein Typ kriegt eine Kugel in den Kopf und explodiert vor dir, einen Meter entfernt. Dann hast Du vielleicht Superbilder, die um die Welt gehen – und ich begann zu zögern. Ich legte die Kamera ab und beschloss aufzuhören. Ich wollte nicht zum Zeugen werden, auch wenn das normalerweise meine Arbeit ist.«

Mit einer Philosophie à la Smith, die den Schlag ins Gesicht in den Mittelpunkt stellt, wird man auf solche Gedanken wohl nicht kommen. ■



# Die Zahlentricks

*Medicine in the Media – ein US-amerikanischer Kurs zeigt, was Medizinjournlisten in Fortbildungen über Statistik und Studiendesign lernen können. Unsere Autorin hat ihn besucht.*

VON MARTINA KELLER

**E**s war ein gelungener Coup der Firma GlaxoSmithKline – und ein Flop für Medizinjournlisten. 2003 startete Glaxo eine groß-angelegte Pressekampagne, um den Markt für ein neues Medikament zu bereiten. Der Wirkstoff Ropinirol, bis dahin mit mäßigem Erfolg gegen die Parkinson-Krankheit eingesetzt, sollte auch als Mittel gegen das sogenannte Restless-Legs-Syndrom vermarktet werden, eine schwer zu diagnostizierende neurologische Störung, die seinerzeit noch nicht sehr bekannt war.

GlaxoSmithKline startete die Kampagne, noch bevor Ropinirol auch nur zur Behandlung von Restless Legs zugelassen war. Das Unternehmen finanzierte eine

*Die von GlaxoSmithKline verbreiteten Zahlen zur Häufigkeit wurden selbst von angesehenen Blättern kritiklos übernommen.*

Umfrage, die das Syndrom als unterschätzte Krankheit publik machen sollte und gab die Ergebnisse

der Umfrage per Pressemitteilung an die Medien weiter: »Restless Legs rauben Amerika in der Nacht den Schlaf.«

## **Auf die Kampagne hereingefallen**

Wie sich später herausstellte, waren die Schätzungen der firmenfinanzierten Umfrage stark übertrieben – so wurden Menschen einbezogen, die gar nicht an Restless Legs litten, sondern an Wadenkrämpfen oder Nervenschäden. Doch die Medien fielen auf die Kampagne rein. Zwischen November 2003 und November 2005 publizierten englischsprachige Zeitungen 187 Artikel, in denen das Restless-Legs-Syndrom erwähnt wurde, davon machten 33 es explizit zum Thema.

Die Teilnehmer des Medicine-in-the-Media-Kurses 2012 bekamen diese Geschichte eines journalistischen Desasters zur Einstimmung erzählt. 50 erfahrene Medizinjournlisten, ausgewählt aus einem Pool von 250 Bewerbern, waren nach Potomac in Maryland gekommen, um eine viertägige Weiterbildung zu absolvieren. Der Kurs, der 2001 zum ersten Mal stattfand, wird vom staatlichen Office of Disease Prevention bei den National Institutes of Health organisiert und kostete im vergangenen Jahr mit rund 200.000 Dollar. Medizinjournlisten sollen hier Handwerkszeug vermittelt bekommen, um Forschungsergebnisse kritisch zu hinterfragen und angemessen zu bewerten.

## **Zahlen kritiklos übernommen**

Wie wichtig Zahlen in dem Zusammenhang sind, bekamen sie am Beispiel der Restless-Legs-Kampagne eindringlich vorgeführt. Gleich drei renommierte überregionale Tageszeitungen in den USA hatten über das Syndrom berichtet – die *New York Times*, das *Wallstreet Journal* und die *Washington Post*. Die von GlaxoSmithKline verbreiteten Zahlen zur Häufigkeit wurden selbst von diesen angesehenen Blättern kritiklos übernommen. Kein einziger Artikel erwähnte, dass die Störung womöglich überdiagnostiziert war. Fast die Hälfte der 15 Blätter, die über den Nutzen von Ropinirol berichteten, brachten nur Anekdoten. Gut ein Drittel beschrieb die Wirkung des Medikaments in Wunder-Kategorien. Nur sieben Prozent lieferten Zahlen.

Die Medizinprofessoren Lisa Schwartz und Steven Woloshin hatten die Kampagne und ihren Erfolg in den Medien analysiert. Beide sind langjährige Dozenten des Medicine-in-the-Media-Kurses. Das Curriculum trägt ihre Handschrift: Die beiden

# durchschauen

Direktoren des Zentrums für Medizin und Medien am Dartmouth College in New Hampshire sind nicht nur ausgewiesene Experten für medizinische Statistik und Studiendesign. Sie wissen auch, wie die Medien funktionieren – eine seltene Doppelqualifikation. Schwartz und Woloshin schreiben gelegentlich in der *New York Times* und hatten lange Zeit eine Wissenschaftskolumne in der *Washington Post*. Mehrfach haben sie darüber publiziert, wie medizinische Themen in den Medien behandelt werden.

Für Gerd Antes, Direktor des Deutschen Cochrane Instituts in Freiburg, zählt der Medicine-in-the-Media-Kurs zum Besten, was es an Weiterbildung für Medizinjournalisten gibt. Antes war 2011 als Dozent und Beobachter in den USA dabei und würde den Kurs gerne nach Deutschland holen.

Vergleichbare Angebote gibt es hierzulande derzeit nicht. Die Wissenschafts-Pressekonferenz, der Verband der hauptberuflich tätigen Wissenschaftsjournalisten, bietet kürzere Seminare sowie Diskussionen oder Vorträge an. Von 2002 bis 2007 organisierten die Projektleiter des Qualifizierungsprogramms Wissenschaftsjournalismus jeweils gut fünftägige Seminarreihen. Thematisch ging es allerdings nicht nur um Medizin, sondern auch um andere gesellschaftlich wichtige Themen wie gentechnisch veränderte Nahrung oder den Klimawandel. Finanziert wurde dieses Angebot von der Bertelsmann Stiftung, der Volkswagenstiftung und dem Chemiekonzern BASF.

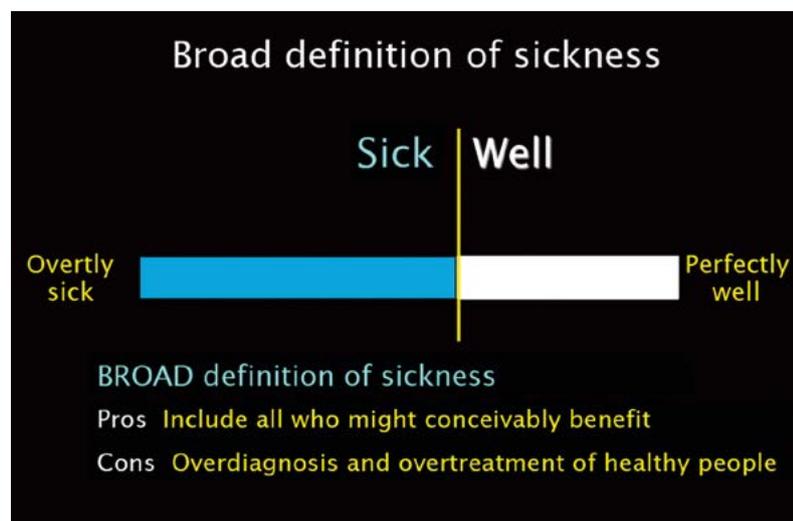
Von 2008 bis 2011 ermöglichten zwei neue Geldgeber, die Robert Bosch Stiftung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, eine Neuauflage des Programms. Die Initiative Wissenschaftsjournalismus war als Drittmittelprojekt am Lehrstuhl Wis-

senschaftsjournalismus der Technischen Universität Dortmund angesiedelt.

## »Das Schlimmste verhindern«

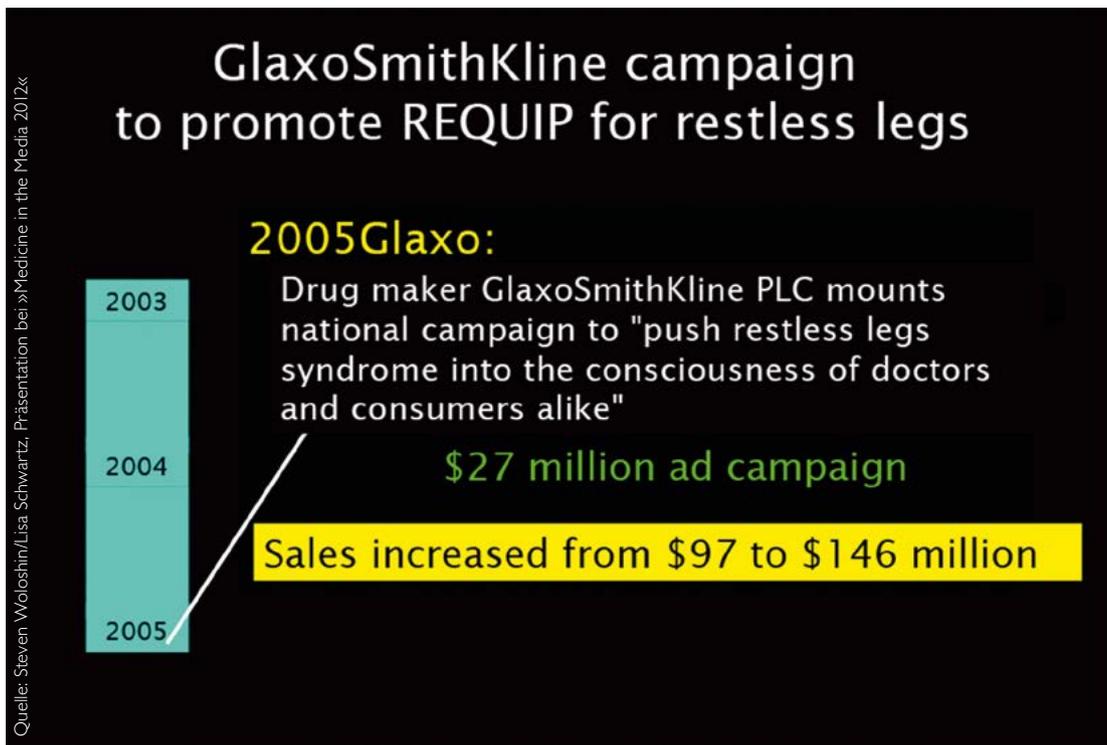
Holger Wormer, der in Dortmund Wissenschaftsjournalismus lehrt, glaubt, dass kürzere Qualifikationsmaßnahmen inzwischen größere Chancen haben: »Die Leute winken zunehmend ab und sagen, fünf Tage lässt mich meine Redaktion sowieso nicht gehen.« Ein Ausweg seien womöglich kürzere

Wer ist krank? Wer ist gesund? Das ist eine Frage der Definition, hieß es im Kurs.



Quelle: Steven Woloshin/Lisa Schwartz, Präsentation bei »Medicine in the Media 2012«

Mit einer millionenschweren Anzeigenkampagne in den USA wollte GlaxoSmithKline sein Medikament mit dem Wirkstoff Ropinirol bekannt machen.



Inhouse-Seminare und Workshops, die von Presseakademien oder auf Konferenzen wie der Wissenswerte und der Netzwerk-Recherche-Jahrestagung angeboten werden. Die Angebote richten sich weniger an spezialisierte Journalisten als an Kollegen, die unter anderem auch mal über medizinische Themen berichten müssen. »Mit einem eintägigen Seminar kann man schon das Schlimmste verhindern«, sagt Wormer.

Auch das Projekt [medien-doktor.de](http://medien-doktor.de), das seit 2010 an Wormers Lehrstuhl angesiedelt ist, will für mehr Qualität im Medizinjournalismus sorgen. Ein Team von Gutachtern bewertet Artikel zu medizinischen Themen in Publikumsmedien nach einem festgelegten Kriterienkatalog. »Man muss erst mal ein Bewusstsein dafür schaffen, dass doch nicht alles in Ordnung ist«, sagt Wormer.

Auf dem Gebiet gibt es auch in den USA noch einiges zu tun, wie die Erfahrungen der Webseite [HealthNewsReview.org](http://HealthNewsReview.org) zeigen. Das 2006 gegründete Projekt, Vorbild des deutschen [medien-doktor](http://medien-doktor.de), wird von Gary Schwitzer herausgegeben, einem Medizinjournalisten mit drei Jahrzehnten Erfahrung in Presse, Radio und Fernsehen. Schwitzer war 2012 ebenfalls Dozent im Medicine-in-the-Media-Kurs und gab Ein-

blick in die Arbeit des [HealthNewsReview](http://HealthNewsReview.org). Im Verlauf von sechs Jahren wurden 1.800 Artikel bewertet, die erhebliche Mängel auch im amerikanischen Medizinjournalismus offenbarten. 70 Prozent der Texte versäumten es, in angemessener Weise die Kosten einer Behandlung zu diskutieren, den möglichen Nutzen oder die Risiken zu quantifizieren und die Qualität der Beweislage zu bewerten – alles Kriterien, die für gute Medizinberichterstattung wichtig sind.

Wie es anders gehen kann, erklärten Schwartz und Woloshin, die Experten aus New Hampshire, in mehreren Modulen zu medizinischer Statistik und zum Design wissenschaftlicher Studien. Es ging los mit ganz einfachen Definitionen und Rechenaufgaben: Was ist ein absolutes Risiko? Antwort: Die Anzahl eines Ereignisses geteilt durch die Anzahl der möglichen Ereignisse. Was ist ein relatives Risiko? Antwort: Wenn man zwei absolute Risiken zueinander ins Verhältnis setzt. Warum der Unterschied wichtig ist, demonstrierten Schwartz und Woloshin am Beispiel einer Pharmawerbung für ein Osteoporosemittel: »Evista verringert das Risiko eines Wirbelsbruchs innerhalb eines Jahres um 68 Prozent gegenüber Placebo«, lautete der Anzeigentext. Das klingt nach einer enormen Wirksamkeit.

### Das Studiendesign hinterfragen

Tatsächlich hatte die Firma aber mit relativen Zahlen operiert, die leicht zur Überschätzung eines Effekts führen. In absoluten Zahlen hört sich der Therapieerfolg weit weniger beeindruckend an: »Wenn 1.000 Frauen ein Jahr lang anstelle eines Placebos Evista nehmen, erleiden sechs Frauen weniger einen Wirbelbruch.« Oder, auf wieder andere Weise ausgedrückt: »178 Frauen müssen Evista ein Jahr lang einnehmen, um einen Wirbelbruch zu verhindern.« Ebenso wichtig wie Zahlen sind die richtigen Fragen an das Design von Studien. Das zeigt das Beispiel einer groß angelegten Beobachtungsstudie, über die 1998 die Harvard School of Public Health per Pressemitteilung informierte: 1980 hatten 80.000 Frauen in Ernährungstagebüchern angegeben, welche Mengen Folsäure und Vitamin B6 sie zu sich nahmen. Das Schicksal dieser Frauen verfolgten die Forscher 14 Jahre lang. Ergebnis: Die Frauen mit der höchsten Aufnahme an Folsäure und Vitamin B6 konnten gegenüber denen mit der niedrigsten Aufnahme ihr Risiko für Herzerkrankungen halbieren. *New York Times* und *Washington Post* war die Nachricht eine Schlagzeile wert.

Doch die beiden Probandinnengruppen unterschieden sich nicht nur in ihren Ernährungsgewohnheiten. Wer viel Folsäure und Vitamin B6 zu sich nahm, rauchte auch weniger und trieb mehr Sport. Rechnete man den Einfluss beider Faktoren heraus, fiel das Ergebnis weniger deutlich aus. Das nährte den Verdacht, dass weitere, nicht untersuchte Faktoren die Resultate verzerrt haben könnten. Womöglich war gar nicht der erhöhte Vitaminkonsum dafür verantwortlich, dass einige der Frauen ein geringeres Risiko für Herzerkrankungen hatten.

### Der wahre Kern kurioser Meldungen

Woloshin und Schwartz lieferten den Epilog zu dieser Geschichte: In den Folgejahren brachten Wissenschaftler vier Untersuchungen auf den Weg, die »echte Experimente« waren und deshalb verzerrende Faktoren ausschlossen. Es handelte sich um sogenannte randomisierte kontrollierte Studien, den Goldstandard in der medizinischen Forschung. Dabei werden Patienten nach dem Zufallsprinzip auf zwei Gruppen mit unterschiedlichen Behandlungsstrategien verteilt. Jeweils eine Gruppe von Patienten nahm vermehrt Folsäure und Vitamin B6 zu sich, während die Kontrollgruppe dies nicht tat. Keine der

vier Studien konnte den Einfluss von erhöhtem Vitaminkonsum auf die Häufigkeit von Herzattacken, Schlaganfällen oder Sterblichkeit belegen.

Für die Abschluss-Sitzung hatten die Referenten kuriose Medienberichte über medizinische Forschung gesammelt und sie neu geschrieben – reduziert auf den wahren Kern der Untersuchungen. Vermutlich wären deutsche Frauenzeitschriften für so eine Rubrik ebenso ergiebig wie die amerikanischen Blätter. Die Zeitschrift *Woman's Day* erwies sich im Oktober 2010 als Fundgrube: »Deine Freundinnen können im Kampf gegen Brustkrebs so wirkungsvoll sein wie Anti-Krebs-Medikamente«, lautete damals die Überschrift zu einer Kurzmeldung. Im Text hieß es weiter: »Triffst du dich oft mit deinen Freundinnen? Hier ein wichtiger Grund, die Einladung deiner Kollegin zur Lesegruppe nicht auszuschlagen.« Soziale Aktivitäten würden das Risiko verringern, an Brustkrebs zu erkranken. In einer neuen Studie hätten Wissenschaftler der Universität Chicago gezeigt, dass einsame Frauen ein höheres Brustkrebsrisiko hätten. Die Forscher hätten die Theorie, dass Stress und Ängstlichkeit das Risiko für Brustkrebs erhöhten.

Mit der Wirklichkeit hatte dieser Bericht so wenig zu tun wie ein Science-Fiction-Roman von Douglas Adams mit der europäischen Raumfahrt. Dem Bericht lag eine Studie an genetisch veränderten Laborratten zugrunde, von denen ein Teil in lebenslanger Isolation gehalten wurde, der andere Teil in Gruppen zu fünf.

Schwartz und Woloshin schrieben die Meldung neu und gaben ihr den Titel: »Eine Nachricht, die nur mutierten Ratten etwas nützt (vielleicht)«. Weiter hieß es: »Diese Studie über genveränderte Ratten, die gezwungen werden, in lebenslanger Isolation zu leben, hat keine Aussagekraft für das Krebsrisiko von Menschen und nicht mal von gewöhnlichen Ratten. Lass dich durch diese Studie über Stress nicht stressen. Und lass dir nicht einreden, dass du dein soziales Verhalten ändern musst. Das Ausmaß sozialer Isolation in dieser Rattenstudie war weitaus extremer als irgendein menschliches Wesen es jemals erleben wird.« ■

*Mit der Wirklichkeit hatte der Bericht so wenig zu tun wie ein Science-Fiction-Roman mit der europäischen Raumfahrt.*

*Martina Keller arbeitet als freie Wissenschaftsjournalistin in Hamburg, u.a. für Zeit, Geo und die Hörfunksender der ARD. Sie ist Gutachterin bei medien-doktor.de und war Teilnehmerin des »Medicine in the Media Course 2012«.*



# Ein Mensch



Quelle: Präventionsnetzwerk »Kein Täter werden«

Plakat des Präventionsnetzwerks »Kein Täter werden«, das Menschen, die wie »Jonas« eine pädophile Neigung haben, Hilfe anbietet.

# voller Scham

»Jonas« ist pädophil. Seit seiner Jugend kämpft er dagegen an. Erst vor kurzem sagte er es seiner Familie. Eine Journalistin war dabei und erzählt die Geschichte eines Menschen, der innerlich zerrissen ist.

VON HEIKE FALLER

**M**eine Reportage »Der Getriebene« begann mit einer dramaturgischen Idee: Ich wollte eine Geschichte erzählen, in der ein Mensch einen schweren Konflikt meistert. In Amerika heißt dieses Genre »narrative journalism«, eine Form, die im Grunde funktioniert wie ein klassisches Drama oder ein Hollywood-Film: Ein Mensch steht vor einem Konflikt, versucht, diesen zu lösen, verändert sich dabei, und die Veränderung wird schließlich Teil der Lösung. Ich liebe diese Geschichten als Leserin, einfach weil sie so spannend erzählt sind, dass man sie kaum weglegen kann. Ich wollte das selbst ausprobieren – auch weil man in Zeiten, in denen die meisten Leser mediales Multitasking betreiben, beim Lesen E-Mails checken oder beim Fernsehen im Internet surfen, seine Leser wirklich packen muss. Ich suchte also einen Menschen mit einem starken Konflikt.

## Ein ganz neue Erzählweise

Als ich – nicht zum ersten Mal – von der Pädophilen-Therapie der Charité las, dachte ich, dass ich dort so jemanden finden würde: einen Menschen mit einem großen Problem, der in einem überschaubaren Zeitraum eine Entwicklung durchmacht. Das Thema Pädophilie war dabei im Grunde nur ein Beispiel für einen besonders schweren Konflikt: Alle Menschen haben Probleme, die sie versuchen zu bewältigen. Pädophil zu sein und es nicht ausleben zu wollen, ist dabei nur ein besonders schweres menschliches Dilemma: Wie umgehen mit einer Sexualität, die man sich nicht ausgesucht hat, mit der man aber, wenn man sie ausleben würde, anderen Menschen schweren Schaden zufügen würde?

Um mich auf das Thema vorzubereiten, las ich einen Stapel Archivmaterial über das Charité-Projekt

sowie über Pädophilie im Allgemeinen. Dann schlug ich das Thema meinen Chefs beim *Zeitmagazin* vor. Obwohl es schon viele Geschichten über das Charité-Projekt gegeben hatte, auch in unserer eigenen Zeitung, fanden sie, dass es mit dieser Erzählweise funktionieren könnte.

## Der Wunsch nach Anonymität

Ich schrieb eine E-Mail an den Pressesprecher des Projekts, Jens Wagner, in der ich versuchte, deutlich zu machen, dass ich keinen voyeuristischen Blick auf eine Abart menschlicher Sexualität werfen wollte, sondern Prozesse beschreiben, die alle Menschen kennen.

Wagner war sofort interessiert und versprach, geeignete Kandidaten zu fragen. »Jonas« war der erste, der mir vorgestellt wurde. Meinen unmittelbaren Eindruck beschrieb ich so:

*»Der Mann, der an diesem Tag im September 2011 in das Büro im Institut für Sexualmedizin kommt, sieht aus wie ein Mensch auf dem Weg zur Urteilsverkündung. Zwei Mitarbeiter begleiten ihn. Er hält den Kopf gesenkt, seine Augen fliehen in alle Richtungen. Seine Bewegungen sind eckig, sein Händedruck ist nass. Er scheint vor allem aus Scham zu bestehen.*

*»Sie können mich Jonas nennen«, sagt er, seinen echten Vornamen will er nicht preisgeben, zu groß ist die Angst, dass andere von seiner Neigung erfahren. Der Mann, der an diesem Nachmittag an einem*

*Der Mann, der in das Institut für Sexualmedizin kommt, sieht aus wie ein Mensch auf dem Weg zur Urteilsverkündung.*

*Konferenzstisch Platz nimmt, um von seinem inneren Kampf zu berichten, scheint zu glauben, dass er nichts anderes als Ablehnung, wenn nicht gar Hass zu erwarten hat.«*

### **Mehr Offenheit als üblich**

Vor unserem Treffen hatte ich erfahren, dass Jonas noch nie ein Kind missbraucht hat. Er war in Therapie, um zu lernen, keine »Kinderpornografie« (eigentlich müsste es heißen: Gewaltdarstellung an Kindern) mehr zu nutzen, und das half mir, ihm gegenüber offener zu sein. Auch hatte ich bereits vom Pressesprecher erfahren, dass die Bilder sogar gratis kursieren, und auch Jonas hatte mir das bestätigt. Er hat also immerhin nicht mit irgendwelchen Zahlungen dazu beigetragen, die Nachfrage und damit auch das Angebot zu erhöhen.

Ich sagte Jonas offen, was mich an dem Thema interessiert, nämlich die Entscheidung zwischen Impulsen und Verantwortung. Und dass ich seine Entscheidung respektabel finde. Normalerweise zeigt man einem Interviewpartner nicht so deutlich, was man von ihm hält, aber ebenso schämt sich das Gegenüber vor einem auch nicht in Grund und Boden. Jonas entspannte sich ein wenig und Therapeut Till Amelung und der Pressesprecher Jens Wagner, die ihn begleitet hatten, ließen uns bald allein.

### **Große Furcht vor Ablehnung**

Jonas erzählte mir, dass er sich demnächst vor seiner Familie outen wollte, und damit war mir klar, dass er

*»Ich kenne meine Schwester lang und gut«, sagt er. »Die Gefahr ist halt, dass es unsere Beziehung komplett zerstört.«*

ein passender Protagonist sein würde: Die Geschichte steuerte auf einen Wendepunkt zu, an dem Jonas ent-

weder alles verlieren würde (den guten Kontakt zu seiner Schwester und seinen Eltern) oder eine Menge gewinnen: wirkliche Nähe zu seiner Familie.

*»Er weiß von manchen aus dem Projekt, die es Angehörigen gesagt und damit gute Erfahrungen gemacht haben. Er sagt: »Ich kenne meine Schwester jetzt seit 28 Jahren; ich habe das Problem, seit ich 12 oder 13 bin. Das heißt, ich habe sie mein halbes*

*Leben lang anlügen müssen. Notlügen. Und ich wollte es ihr schon immer sagen, weil ich es so einschätze, dass sie es verstehen könnte.« Er schiebt ein kariertes Blatt Papier über den Tisch. Darauf stehen die Dinge, die er ihr bald sagen will. Sie wisse ja, steht da, dass er jede Woche nach Berlin fahre, um sich »behandeln« zu lassen. Er sei allerdings nicht, wie er bisher behauptet habe, wegen seiner Depressionen in Therapie. »Es geht darum, dass ich mich nicht zu erwachsenen Frauen und auch nicht zu erwachsenen Männern hingezogen fühle, sondern zu Kindern, genauer gesagt zu Jungen«, steht auf dem Blatt. »Ich habe pädophile Neigungen.«*

*Außerdem steht da, dass er noch nie jemandem etwas getan habe, dass seine sexuelle Präferenz ausschließlich und nicht zu ändern sei und dass er an der Charité lerne, damit umzugehen. Und dass er hoffe, dass sie den Kontakt zu ihm nicht abbreche. »Ich kenne meine Schwester lang und gut, sagt er. »Die Gefahr ist halt, dass es unsere Beziehung komplett zerstört.«*

### **Kontrolle gegen Vertrauen**

Wir trafen uns vor dem Outing etwa zwei bis vier Mal und telefonierten einige Male. Relativ früh habe ich ihm zugesichert, dass er die Teile der Geschichte vorgelesen bekommen würde, die aus seiner Perspektive erzählt sind. Er würde Mitspracherecht haben, wenn ich etwas falsch verstanden hätte und auch, wenn er durch ein Detail die Gefahr sähe, erkannt zu werden. Die wissenschaftlichen Passagen bzw. mein Blick auf ihn und meine Interpretation seiner Person waren natürlich meine Sache, und das wusste er auch.

Diese Zusicherung von Kontrolle war wichtig, damit Jonas sich mir öffnete. Ich durfte sein Therapietagebuch sehen, ich sah seine Schwester kurz nach dem Outing, ich erfuhr bald seinen echten Namen, Beruf und Wohnort – alles Dinge, die wichtig sind, um seine Geschichte wirklich zu verstehen. Im Gegenzug sicherte ich ihm zu, dass meine Geschichte seine Anonymität nicht zerstören würde.

### **Es gibt keine Garantie für Wahrheit**

Woher wusste ich, dass Jonas die Wahrheit sagte, wenn er etwa behauptete, nach einigen Monaten in Therapie keine Kinderpornografie mehr zu nutzen? Dafür gibt es keine Garantie, außer dass sein The-

rapeut mir sagte, dass er es für unwahrscheinlich halte, dass Jonas etwas verschwieg. Auch Jonas selbst konnte mir plausibel machen, dass das bisschen Wahrheit, das er in seiner Therapiegruppe gefunden hatte, so kostbar für ihn war, dass er es nicht durch eine Lüge, indem er etwa einen Rückfall in die Kinderpornografie verschwieg, aufs Spiel setzen würde.

Um die Opferperspektive nachfühlen zu können, las ich während meiner Recherche das Buch »Wie laut soll ich denn noch schreien? Die Odenwaldschule und der sexuelle Missbrauch«. Andreas Huckele beschreibt darin, wie er als Junge vom Rektor der Odenwaldschule über Jahre missbraucht wurde.

Damit ich verstand, wie pädophile Männer denken, die ihre Neigung nicht therapieren lassen wollen, habe ich in Textforen zu dem Thema recherchiert. Mit Sexualforschern sprach ich außerdem darüber, wie sie zur Veränderbarkeit von Sexualpräferenzen stehen und wie sich die Pädophilen-Therapie im Laufe der Zeit entwickelt hat. Auch Teile des Manuals, nach dem die Therapie abläuft, durfte ich einsehen.

### **Albern: die distanzierte Reporterpose**

Ich denke, es ist richtig, sich auch mit der Täterseite zu beschäftigen: Allein durch die Existenz des Therapieprojekts wird ja schon deutlich, welche Seite behandlungsbedürftig ist, nämlich die der Pädophilen. Auch Jonas selbst hatte nie Zweifel daran gehabt, dass es falsch wäre, seine Neigungen auszuleben. In der Therapie musste er nun lernen, diese einerseits zu kontrollieren – und trotzdem ein gutes Selbstwertgefühl zu entwickeln. Und zu einem guten Selbstwertgefühl verhelfen auch andere Menschen, die einen mögen und akzeptieren, mit allem, was man ist.

Auch ich wurde zwangsläufig zu einem dieser Menschen: Ich war die erste Person in Jonas' Leben, die wusste, was mit ihm los ist und die weder Mitpatientin noch Therapeutin war. Manchmal fragte er mich, ob ich ihn wirklich nicht verachtete, und jedesmal sagte ich ihm, dass dies nicht der Fall war. Das ist mehr persönliche Meinung, als man normalerweise bei Recherchen an den Tag legt, aber in diesem Fall wäre es mir albern vorgekommen, mit meinem Block in der Hand in einer distanzierten Reporterpose zu verharren. Ich hätte es jemandem gegenüber, der mir so viel Privates erzählt, auch sehr unfreundlich gefunden. Abgesehen davon, dass ich sonst kaum so viel erfahren hätte.

Während der gemeinsamen Zugfahrt zu seiner Schwester war Jonas extrem ängstlich. Auch da habe ich nicht mit unbewegter Miene dabei gesessen und seine Ängste protokolliert, sondern ihm Mut zugesprochen.

*»Jonas' Hände zittern. Im ICE-Restaurant bestellt er Tee. Er kann nichts essen. Er rennt zweimal aufs Klo. Er läuft, als bewege er sich unter Wasser. Er beugt sich flüsternd über den Tisch und wägt immer wieder die möglichen Ausgänge ab: ›Sie ist meine große Schwester. Wir haben ein enges Verhältnis. Sie hat mich eigentlich immer in Schutz genommen. Sie ist total tolerant.«*

*›Ich glaube, die lässt jeden so leben, wie er will, solange er niemandem schadet. Sie kennt ja auch viele, die homosexuell sind. Sie redet zum Beispiel auch ganz selten schlecht von jemandem.«*

*Jonas' Hände zittern. Er kann nichts essen. Er rennt zweimal aufs Klo. Er läuft, als bewege er sich unter Wasser.*

Natürlich entsteht auf diese Weise eine Nähe. Ich mochte mein Gegenüber und litt mit ihm. Andererseits wusste ich, dass ich am Ende in aller Freiheit darüber würde schreiben können müssen – auch über unsympathische, schwierige Seiten des Protagonisten.

### **Reaktion auf die Nominierung**

Zum Schreiben brauchte ich vielleicht ein paar Tage. Nachdem ich Jonas die im Vorfeld vereinbarten Passagen am Telefon vorgelesen hatte, war er einverstanden – außer mit einigen Kleinigkeiten, die ich dann geändert habe, wie zum Beispiel falsche Zeitangaben. Sogar das hässliche Sternchen (Alter und Wohnort geändert) konnten wir vermeiden: Er wollte noch nicht einmal, dass wir Details veränderten, um seine Identität zu verschleiern.

Von der Nannen-Nominierung habe ich Jonas per E-Mail erzählt. Darüber, und über den Preis, war er sehr glücklich, weil es für ihn eine Bestätigung war, dass auch andere Menschen bereit waren, meine Sicht auf ihn zu teilen.

Und ich hatte den Beweis, dass der Satz nicht stimmte, den mir vor Jahren mal ein Kollege gesagt hatte: dass man, um einen Kisch-Preis zu gewinnen, bereit sein müsse, über Leichen zu gehen. ■

*Heike Faller ist Redakteurin des Zeitmagazins. Für ihre Reportage »Der Getriebene« erhielt sie 2013 den Egon Erwin Kisch-Preis.*



# »Vor Ort geht

*Wer waren die Hintermänner des NSU? Was sind das für Menschen und was treibt sie an? Diese Fragen waren der Anfang einer Recherche der Zeit, die Licht ins Dunkel brachte.*

VON DANIEL MÜLLER

**E**s ist ein Donnerstag im April 2012, als ich den Namen Maik Eminger zum ersten Mal höre. Seit Stunden sitze ich vor der Haustür eines Nazis aus dem Spreewald und warte darauf, dass er rauskommt. Die Scheibenwischer meines Autos bewegen sich von links nach rechts, immer wieder von links nach rechts, es regnet unaufhörlich. Ich bin wegen Marcel Forstmeier hier.

Er gilt als Kopf der »Spreelichter«, einer rechten Bewegung, die mit technisch hochwertigen, schnell geschnittenen Videos und Flashmob-Aktionen junge Leute für braunes Gedankengut begeistern will.

Mein Telefon klingelt, ein Experte für Neo-Nationalsozialismus in Brandenburg, den ich seit Tagen zu erreichen versuche. Er erzählt mir, dass Forstmeier früher engen Kontakt zu Maik Eminger pflegte, dem

Zwillingsbruder von André Eminger. Dem schreiben die Ermittler zu diesem Zeitpunkt noch die Produktion der Bekennervideos des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) zu, schon damals gilt er als einer der wichtigsten Helfer. Die Information elektrisiert mich. Zwillingsbrüder, beide Nazis, beide womöglich mit Verbindungen zum NSU, was für eine Geschichte!

## »Eine deutsche Familie«

Im Frühsommer 2012 spreche ich zum ersten Mal mit Christian Fuchs über das Thema. Er ist kurz davor, sein großartiges Buch »Die Zelle – Rechter Terror in Deutschland« fertigzustellen, das er gemeinsam mit John Goetz schreibt. Der Fokus des Buchs liegt auf dem Trio Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, doch natürlich stellt sich auch Fuchs die Frage: Wer war da noch? Wer hat dem NSU geholfen? Was sind das für Menschen, was treibt sie an?



Die Gesichter des NSU sind inzwischen bekannt. Doch wer waren die Unterstützer und was treibt sie an?

# immer was«

Wir beschließen, die Sache gemeinsam anzugehen, haben aber beide noch einige andere Projekte, die drängen. Doch die Geschichte der Gebrüder Eminger, der wir den Arbeitstitel »Eine deutsche Familie« geben, lässt uns nicht mehr los. Über die folgenden Monate sammeln wir kleckerweise Informationen, führen Hintergrundgespräche mit Mitarbeitern von Sicherheitsbehörden, Antifa-Recherchegruppen, Politikern.

Allmählich zeichnet sich ab, dass dies nicht nur eine Geschichte über den NSU sein kann. Sondern es vielmehr eine Geschichte werden muss über ein in Deutschland offenbar existentes nationalistisches Milieu, das die Verbrechen des NSU goutiert hat – und ein System aus Helfern, das diese gedeckt und begünstigt hat.

## Tausende Seiten geheimer Ermittlungsakten

Wir wollen verstehen, wie die Emingers wurden, was sie sind: beinharte Nazis, die prototypisch stehen für dieses Milieu – und doch für zwei völlig unterschiedliche Ausprägungen der rechten Szene. Zwei Brüder, vereint in ihrer Gesinnung, doch völlig getrennt in der Art und Weise, sie auszuleben. Hier André, der Rechtsrock-Fan, der sich seinen Judenhass mit den Worten »Die Jew Die« auf den Bauch tätowieren ließ. Dort Maik, politischer als sein Bruder, zurückhaltender im Auftreten. Mit seiner Frau und den fünf Kindern versucht er, ein Leben zu führen, wie Hitler es sich idealtypisch für die deutsche Familie vorstellte: mit germanischen Bräuchen, traditionellem Liedgut, Hakenkreuz im Wohnzimmer. Einen seiner Söhne nennt Maik mit drittem Namen Adolf.

Den geplanten Prozessauftritt gegen Beate Zschäpe und (unter anderen) auch André Eminger im April 2013 nehmen wir zum Anlass, in die Tiefenrecherche einzusteigen. Viel Material hatte Fuchs während seiner Recherchen für das Buch schon zusammengetragen, so etwa Tausende Seiten geheimer Ermittlungsakten, die von verschiedenen Seiten stammen. In ihnen finden wir viele Details, vor allem über André, seine Vorlieben und Interessen. Wir finden auch die Information, dass er neben dem judenverachtenden Schriftzug auf dem Bauch weitere

Nazi-Tattoos am Leibe trägt: ein Horst-Wessel-Porträt auf der Brust, drei sich überlappende Hakenkreuze am Bein und einen Wehrmachts-Landser am Arm.

## Die Archive der Anti-Faschisten

In Archiven antifaschistischer Aktivisten suchen wir nach Erwähnungen der Emingers in der einschlägigen Szene-Literatur und vor allem in rechten Fan-zines. So stoßen wir auf »The Aryan Law & Order«, ein Magazin, das die Brüder Anfang des Jahrtausends zweimal herausgaben – als Sprachorgan ihrer 2000 gegründeten Nazi-Kameradschaft »Weiße Bruderschaft Erzgebirge« (WBE).

Die Emingers, so erfahren wir unter anderem aus Telefonaten mit Sozialarbeitern aus ihrem Heimatort Johanngeorgenstadt, scharen damals rund 20 Mitglieder um sich. Die Gruppe träumt von einer »weißen Revolution«, sie hängt der »14 Words«-Losung des US-Neonazis David Eden Lane an: »Wir müssen das Leben unserer Rasse und eine Zukunft für unsere weißen Kinder sichern.«

Die Brüder diktieren die Regeln der Bruderschaft, die sich »sehr nach rassistischen Maßstäben richten«, wie sie in einem Interview mit einem anderen Szene-Heft sagen, das wir in einem Archiv finden. Keine Drogen, kein Alkohol, strenger Gehorsam, Einheitskleidung – weiße T-Shirts, ein schwarzes Armband mit dem WBE-Schriftzug, schwarze Stiefel. Es ist ihre Uniform. Auf den Fotos wirken sie, als wären sie jeden Moment bereit, in den Krieg zu ziehen. Ihre Augen haben sie sicherheitshalber mit schwarzen Balken versehen. Sie wollen stark wirken – und wirken doch so kümmerlich schwach.

## Treffen mit Weggefährten

Als wir in unsere Recherche so richtig eintauchen, ist André aus der Untersuchungshaft, in der er mehrere Monate lang saß, entlassen worden. Er lebt wie-

*Familie à la Hitler: Germanische Bräuche, traditionelles Liedgut, Hakenkreuz im Wohnzimmer, Sohn mit drittem Namen Adolf.*

der in Sachsen. Sein Bruder Maik ging früh aus der Heimat weg, zog nach Niedersachsen, seit einigen Jahren wohnt er in Brandenburg. Wir kontaktieren die wichtigen Behörden in allen drei Ländern, spre-

»Müssen Sie denn hier jetzt auch noch recherchieren?«  
So als wollten wir den Ort dadurch zerstören.

chen mit mobilen Beratungsteams in den Regionen. Da wir über Maik Eminger deutlich weniger wissen als über

seinen Bruder, fahre ich mehrmals nach Potsdam, treffe Menschen, die ihn aus seiner aktiven Zeit als Stützpunktleiter der »Jungen Nationaldemokraten« kennen, der radikalen Jugendorganisation der NPD. Mehrere Quellen berichten mir von Schulungsveranstaltungen für Nachwuchs-Nazis und Lesezirkeln, die Eminger organisiert. Ähnlich wie der »Spreelichter«-Kopf Marcel Forstmeier, vor dessen Haustür ich im strömenden Regen saß, als die Idee zu dieser Geschichte geboren wurde, lässt er bei seinen Gefolgsleuten keine Schwächen zu. Wer nicht mitzieht, wer die Referate über »Art«, »Rasse« oder »Volksgemeinschaft« nicht gut vorbereitet, fliegt raus.

Der Bruder des Angeklagten André Eminger, Maik Eminger, war bisher an jedem Prozessstag als Zuschauer vor Ort. Dank Recherchen wie dieser blieb er nicht unerkannt.

### Hakenkreuzplätzchen zu Weihnachten

Wir erfahren, dass Maik an der Produktion mehrerer Flugblätter beteiligt ist, von einigen bekommen wir Kopien. Auf einem fordert er: »Zukunft statt BRD – Dieses System bringt uns den Volkstod«. Über die

Abgeordnetensitze im Bundestag ist auf dem Flugblatt der raumgroße Umriss eines Leichnams gemalt, wie man ihn aus dem »Tatort« kennt. Die Verteilung eines Flugblatts bringt ihm 2006 eine Strafanzeige ein, er wird zu einer Geldstrafe verurteilt.

Ob seiner Rigorosität und Konsequenz gilt er jungen Nazis in Brandenburg als Vorbildfigur. Und auch, weil er die Idee, dass ein »richtiger Deutscher« nur auf seiner eigenen Scholle glücklich leben kann, in die Tat umgesetzt hat. Mit seiner Frau Sylvia, die zu Weihnachten gern mal Hakenkreuzplätzchen backt und sich neben der Erziehung ihrer Kinder in der hochkonspirativen, völkisch-traditionellen »Gemeinschaft deutscher Frauen« (GDF) engagiert, hat er sich einen Vierseitenhof in einem kleinen Dorf im Süden Brandenburgs gekauft. Mehrere Quellen berichten uns von Germanenfesten und Sonnenwendfeiern, die regelmäßig auf dem heruntergekommenen Anwesen der Emingers stattfinden.

Wir wollen uns selbst ein Bild machen, wollen sehen, wie sie leben, wollen uns in ihrer Nachbarschaft umhören. Wochen bevor wir uns auf den Weg machen, schreiben wir noch alle engen Verwandten und nahen Bekannten der Brüder sowie die beiden selbst an, per Hand auf dem Briefpapier der *Zeit*. Ein Brief, diese Erfahrung haben wir beide gemacht, macht immer mehr Eindruck als ein Spruch auf dem Anrufbeantworter oder eine Mail, die man schnell wieder löschen kann. Doch diesmal ist die Mühe umsonst, wir bekommen so gut wie gar keine Rückmeldung. Von der Familie hatten wir sie auch nicht unbedingt erwartet, aber selbst ehemalige Gegner, linke Aktivisten aus Johanngeorgenstadt etwa, wollen nicht mit uns reden. Einer knallt bei Nachfrage am Telefon, ob er unseren Brief erhalten habe, den Hörer auf.

### Infos, die man nicht am Telefon erhält

Zunächst fahren wir nach Brandenburg, in das Dorf, in dem Maik Eminger lebt. Von den Anwohnern erfahren wir einiges über den Alltag der Emingers, in der Schule der älteren Kinder erzählen uns Lehrer, dass die Emingers liebevolle Eltern seien. Der ehemalige Ortsvorsteher berichtet uns von einem hilfsbereiten Mann, der sich nicht scheut, im Dorf bei Gemeinschaftsarbeiten mit anzupacken, ansonsten aber mit seiner Familie lieber ungestört bleiben will.



Quelle: Theo Schneider

Es sind Informationen, die wir per Telefon niemals bekommen hätten.

Am nächsten Tag fahren wir nach Zwickau, aus den Akten und von Informanten haben wir Adressen von Freunden und Bekannten André Emingers, von ehemaligen Arbeitgebern und der Kleingartenkolonie, in der er mit seiner Frau und den beiden Söhnen viele Wochenenden verbrachte. Wir bekommen vor Ort neue Kontakte genannt, neue Anlaufstellen, neue potenzielle Quellen. So langsam entsteht ein konkreteres Bild seiner Person, das am dritten Tag unserer Recherchereise abgerundet werden soll: in Johannegeorgenstadt.

### Verbrannte Erde erschwert die Recherche

Dort laufen wir erst einmal gegen eine Mauer. Jeder, wirklich jeder, mit dem wir sprechen wollen, schlägt uns die Tür vor der Nase zu. Eine ehemalige Lehrerin der Zwillinge sagt den für mich bis heute unglaublichen Satz: »Müssen Sie denn hier jetzt auch noch recherchieren?« Als wollten wir den Ort dadurch zerstören. Zugegeben: über Johannegeorgenstadt wurde seit dem Auffliegen des NSU wenig Gutes geschrieben. Die Eminger-Brüder sind nicht die einzigen NSU-Helfer, die aus dem ehemaligen Bergarbeiterstädtchen im Erzgebirge stammen. Auch Mandy S., deren Identität Beate Zschäpe über Jahre hinweg als Tarnung nutzte, sowie Matthias D., der als Strohmännchen auf Vermittlung von André Eminger die konspirativen Wohnungen des Trios in Zwickau anmietete, sind hier aufgewachsen.

Einige Medienleute haben verbrannte Erde zurückgelassen. Wir hören von einem Fernsehteam, das eigenhändig Hakenkreuze an eine Garagenwand sprühte, um die Verdorbenheit des Ortes zu illustrieren – echte Nazischmierereien hatten sie nicht gefunden. Es kostet uns viel Überzeugungskraft, den Menschen deutlich zu machen, dass wir kein Interesse daran haben, den Bewohnern eine Kollektivschuld an den NSU-Verbrechen anzudichten. Und dass es uns doch erst recht so vorkommen muss, als habe sich ein ganzer Ort darauf verständigt, dass es dort nie Nazis gegeben hat, wenn jeder bei dem Thema abwinkt.

### Mehr als aus dem Büro heraus

Mit ein wenig Reporterglück finden wir schließlich zunächst den ehemaligen Rektor der beiden und später ihren Klassenlehrer sowie Bekannte der Familie, die uns etwas über die Familiengeschichte und die

Radikalisierung der Zwillinge erzählen können. Es zeigt sich einmal mehr, was natürlich nichts weiter als eine Binse des Recherche-Handwerks ist: Vor Ort geht immer was. Und immer mehr, als man jemals aus dem Büro heraus erreichen würde.

In den Akten finden wir schließlich die Bestätigung für das Gefühl, das uns während der Recherche gekommen war: André Eminger war der wichtigste Unterstützer von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe.

Zu sehen ist das vor allem an einer Episode aus dem Winter 2006. Zu diesem Zeitpunkt hat das Trio bereits elf

Banken überfallen und eine beispiellose Blutspur in ganz Deutschland hinterlassen. Neun Menschen sind tot, sie wurden kaltblütig hingerichtet.

### Licht bringen in den Schatten von Zschäpe

In unserem Dossier schildern wir die Episode so: »An diesem Dezembermorgen klingelt es an der Wohnungstür, hinter der sich das Trio versteckt hält. Ein Mann in Uniform steht im Hausflur und will die Mieterin sprechen. Zschäpe stammelt, dass sie nur zu Besuch sei und jetzt keine Zeit habe. Der Polizist bittet sie zur Aussage auf die Polizeidirektion, es gehe um einen Einbruch bei einem Nachbarn. Vier Wochen später steht Zschäpe in Begleitung von André Eminger vor dem Tresen des Beamten. Zschäpe weist sich mit dem Ausweis von Susann Eminger aus. Nach einer Dreiviertelstunde darf das vermeintliche Ehepaar Eminger wieder gehen, der Polizist hat ihre Lügen geglaubt. Näher dran an den Terroristen war die Polizei in all den Jahren nie. Ohne die Unterstützung von André Eminger wäre der NSU damals wohl aufgefliegen.«

Für uns ist es enorm wichtig, mit diesem Stück jene ins Licht zu zerren, die hinter dem übergroßen Schatten Beate Zschäpes kaum zu sehen waren. Und wir sind froh, dass durch unsere Reportage vielen Lesern und Kollegen Maik Eminger überhaupt erst bekannt geworden ist. So konnte er in München nicht unerkannt als Besucher in den Gerichtssaal kommen. Sein Erscheinen am ersten Verhandlungstag als einer von zwei Nazis war eines der großen Themen zum NSU-Prozessaufakt. ■

*Fernsehteams, die eigenhändig Hakenkreuze an Garagenwände sprühen, um die Verdorbenheit des Ortes zu illustrieren.*

*Daniel Müller war Redakteur für Reportagen bei der Welt-Gruppe/Berliner Morgenpost. Seit 2012 ist er Pauschalist im Investigativ-Ressort der Zeit.*



# Recherchen unter

*Korrespondenten in Russland haben kaum etwas zu befürchten. Ihre Informanten schon. Um sie zu schützen, müssen Journalisten im Verborgenen recherchieren. Denn die Geheimdienste sehen fast alles.*

VON CHRISTIAN NEEF

**W**enn ich in Moskau lande, bin ich auf Kampf eingestellt, sobald ich mich der russischen Grenzkontrolle nähere. Darauf, dass es besonders lange dauert, wenn der Grenzer mein Journalistenvisum sieht. Oder dass er irgendwelche lauernden Fragen stellt, womöglich wissen will, warum, wieso, wohin und mit wem... Und dann sitzt da plötzlich ein Mann in Uniform, würdigt mich kaum eines Blickes und knallt nach knapp einer Minute seinen Stempel in meinen Pass. Der Nächste bitte.

Ich bin seit 30 Jahren ununterbrochen in Moskau akkreditiert und habe so oft an dieser Stelle Schwierigkeiten erlebt, dass ich den neuen Geist in Russland wohl noch immer nicht richtig zu würdigen weiß: Dass ausländische Journalisten nichts Besonderes und nichts Gefährliches mehr sind. Oder täuscht die neue Weltoffenheit, die jetzt beim Eintritt nach Russland zu spüren ist? Die Antwort ist, wie immer im Falle Russlands, nicht ganz einfach.

## **Kontrolle im Wandel der Zeit**

Als ich 1983 als Korrespondent nach Moskau ging, wohnte ich abgeschirmt in einem Ausländerblock, an dessen Eingang saß ein Milizionär. Russische Besucher hatten sich auszuweisen, weswegen sie erst gar nicht erschienen. Viele sowjetische Städte, vor allem jene mit Rüstungsindustrie, waren für uns gesperrt und Reisen ins Land nur in Gruppen möglich, die das Außenministerium zusammenstellte. Privat kamen wir mit dem Auto nicht weiter als 40 Kilometer über die Stadtgrenze hinaus. Spätestens am nächsten Milizposten wurden wir gestoppt. Opposition, kritische Meinungen, Widerstand – all das gab es nur in homöopathischen Dosen. Dann kamen Gorbatschows Perestroika, das Ende der Sowjetuni-

on und die 90er Jahre mit dem ungestümen Boris Jelzin an der Spitze. Nun schien plötzlich alles möglich: Wir reisten nach Kaliningrad und in das bislang geschlossene Wladiwostok, wo die Pazifikflotte lag. Informanten besuchten uns zuhauf, und wir berichteten direkt aus dem Tschetschenien-Krieg – von der Seite der Rebellen. Westliche Journalisten waren in Moskau und der Provinz plötzlich hochangesehen. Wir waren für viele Russen so etwas wie das Schar-



Quelle: Patrick Robert / Der Spiegel

Christian Neef (rechts) im Interview mit dem geflüchteten Medwedew-Berater Sergej Gurijew (Mitte) in Paris.

# ständiger Beobachtung

nier zur großen weiten Welt. Und wie ist es heute, unter Putin?

Westliche Journalisten sind nichts Besonderes mehr. Putin hält uns genauso für Auftragsschreiber, wie er sie aus dem eigenen Lande kennt und pflegt. Aber die Geheimdienste haben uns trotzdem genau im Blick. Vor einigen Monaten bat ich unseren Korrespondenten in Moskau per Mail, ein schriftliches Interview mit dem inhaftierten Oligarchen Michail Chodorkowski zu arrangieren. Kurz darauf meldete sich telefonisch ein Mann aus dem Umfeld des russischen Geheimdienstes FSB in unserem Moskauer Büro und fragte fast beiläufig nach: »Ich höre, Sie machen mit Chodorkowski ein Interview?«

Im Russland Wladimir Putins kann ich als Journalist relativ frei reisen. Ich habe derzeit keine Repressionen zu befürchten, meine Recherchen werden

meist auch nicht offen behindert. Leichter geworden ist meine Arbeit deswegen aber nicht, im Gegenteil. Verglichen mit der Zeit des Aufbruchs nach dem Ende der Sowjetunion ist es wieder schwieriger, an verlässliche Informationen zu kommen.

## Überwachung durch den FSB

Ich bin mir bewusst, dass der FSB den E-Mail-Verkehr verfolgt und nach Belieben Telefongespräche mithört. Und dass er aktiv einschreiten kann, wenn ich in sicherheitsrelevanten Bereichen recherchiere. Der Nordkaukasus ist solch ein Gebiet, jene Unruhe-Region, in der islamistische Rebellen nach wie vor Front gegen Moskau machen. Sobald Journalisten Kontakt mit den Untergrundkämpfern suchen, heftet sich der Geheimdienst garantiert an ihre Fersen. Als der *Spiegel* vor einiger Zeit im besonders heiß umkämpften Dagestan Islamisten aufsuchte, nahm der FSB den Moskauer Korrespondenten und den mitgereisten russischen Fotografen fest. Beide wurden getrennt und mehrere Stunden lang verhört. Dann präsentierte man ihnen ein Protokoll über das »Gespräch«. Der *Spiegel*-Kollege weigerte sich, das Papier zu unterschreiben, was ohne Konsequenzen blieb. Der russische Kollege aber unterschrieb. Er wusste, dass der FSB andernfalls genügend Möglichkeiten hätte, ihm die Arbeit künftig zu erschweren, etwa indem er verhindert, dass der Kollege eine neue Akkreditierung bekommt oder die Steuerpolizei zu ihm schickt.

## Recherchehindernis russische Bürokratie

Meist aber sind die Behinderungen subtiler. Und nicht immer lässt sich unterscheiden, ob sie gezielt organisiert werden oder nur ein Ausfluss der russischen Bürokratie sind. Eine Akkreditierung vom Moskauer Außenministerium zu erhalten, war früher nicht sonderlich schwierig. Man benötigt sie, um zum Beispiel die Staatsduma aufzusuchen, das russische Unterhaus, oder andernorts zu offiziellen Veranstaltungen vorgelassen zu werden. Bei Pressekonferenzen mit Wladimir Putin oder Premier Dmitrij Medwedew sowieso. Journalisten, die wie ich nicht ständig in Moskau leben, bekommen den Ausweis aber nur



noch auf eine Zeit von drei Monaten beschränkt. Ich muss Anträge und Briefe schreiben, Passkopien und Fotos einreichen. Wenn ich dann die Akkreditierungskarte in den Händen halte, ist es oft schon an der Zeit, die nächste zu beantragen – der bürokratische Aufwand ist enorm. Genauso ernst nehmen müssen wir Journalisten den russischen Migrationsdienst, der einen genauen Nachweis unserer Aufenthalte verlangt.

*Der Kremlchef hat entschieden, Kritik zu kriminalisieren. Seit dem legt sich ein bleierner Schleier des Schweigens über das Land.*

Eine vergessene Anmeldung etwa in Jekaterinburg oder Nowosibirsk kann eine Rüge nach sich

ziehen und teuer werden. In Rostow bestand man jüngst darauf, dass ich mich dort eigens für einen Tag bei der Polizei anmeldete, obwohl eine solche Anmeldung eigentlich erst im Verlauf von sieben Tagen erforderlich ist.

#### **Informanten stehen unter Druck**

Gespräche mit Politikern oder Genehmigungen für bestimmte Recherchen zu bekommen – auch das erfordert in Russland einen langen Atem. Das Verteidigungsministerium ist dafür ein gutes Beispiel. Ich wollte im vorigen Jahr in dessen Archiv längst freigegebene Akten über den Stalin-Sohn Jakow einsehen, der 1943 als Kriegsgefangener im deutschen KZ Sachsenhausen ums Leben gekommen war. Es wurde für mich zum Hürdenlauf: Mal wechselte der zuständige Beamte im Pressedienst des Verteidigungsministeriums, mal war der entscheidende Vorgesetzte nicht da, mal fehlte die Zustimmung irgendeines Gremiums. Monat für Monat ging ins Land, ohne dass ich die Aussicht auf ein klares Ja oder Nein bekam – bis die Militärbehörde mich plötzlich doch für einen begrenzten Zeitraum ins Archiv ließ.

Das Hauptproblem journalistischer Arbeit im Russland des Wladimir Putin ist aber ein anderes. Seit sich der Kremlchef entschieden hat, Kritiker seiner Politik nicht etwa zu umwerben, sondern Kritik an seinem Kurs zu kriminalisieren – die Straßenproteste, Pussy Riot, der Duma-Ausschluss oppositioneller Kräfte und die Gerichtsverfahren gegen sie sind Beispiele dafür –, legt sich erneut ein bleierner Schleier des Schweigens über das Land. Gesprächspartner sind vorsichtig geworden. Jene, die früher

offen redeten, wollen heute ihre Namen nicht mehr gedruckt sehen. Und jene, die uns früher anonym Auskunft gaben, die sagen heute gar nichts mehr.

#### **Regierung schottet sich ab**

Man kann die Opposition treffen, das ist nicht schwer. Informationen aus dem Regierungslager zu bekommen, ist dagegen fast unmöglich. Die Medien in Russland galten noch nie als vierte Macht. Politiker müssen demnach kaum Enthüllungen fürchten. Die Allmacht Putins und die völlig fehlende Transparenz haben die Akteure auf der politischen Bühne geprägt. Dass ein Minister wie in Berlin einen Journalisten anruft, ist undenkbar. Man wird einen Politiker auch nicht selbst erreichen. Jeder, der sich halbwegs für ein politisches Schwergewicht hält, hat einen Pressedienst vorgeschaltet, der eher als Presseverhinderungsdienst wirkt. Mit ihm kommunizieren wir meist auf dem herkömmlichen Postweg: »Schreiben Sie erst mal einen Brief«, so lautet die Antwort auf die meisten unserer Anfragen. Die Nummern der Mobiltelefone von Politikern zu bekommen, ist fast aussichtslos.

Wir haben zum Jahrestag des Amtsantritts Putins im Mai ein halbes Dutzend Politiker aus dem Kremllager angeschrieben und um Gespräche gebeten. Wir wollten den Kurswechsel des Präsidenten aus dem innersten Zirkel heraus beschreiben. Nicht ein einziger Politiker willigte in ein solches Treffen ein. Kommt es doch zu einem Interview, möchten die Kandidaten die Fragen vorab in Händen haben. So war es bei Gesprächen mit dem Verteidigungsminister, Anatoli Serdjukow, oder dem jetzigen Chef der Präsidialadministration, Sergei Iwanow. Der *Spiegel* lehnt dies grundsätzlich ab. Hintergrundgespräche »Unter drei«, bei denen Informationen vertraulich behandelt werden, gibt es nicht.

#### **Zeitungen als Kreml-Sprachrohre**

Dafür ist in Moskau Desinformation groß in Mode: Der Kreml streut Falschaussagen in den eigenen Zeitungen, meist um politische Gegner unmöglich zu machen oder auszuschalten oder um den Boden für heikle Entscheidungen zu bereiten. Ausländische Korrespondenten sollten niemals etwas ungeprüft aus russischen Zeitungen abschreiben. Vor allem Boulevard-Zeitungen wie etwa die *Komsomolskaja Prawda*, sind häufig kremlnah, ihre Nachrichten oft unseriös und gezielt platziert. Umso wichtiger

ist es, einigermaßen verlässliche Informanten in Moskau zu finden. Das ist mühsam und geht nur über Kontakte bei russischen Kollegen. Recherche in Russland ist Puzzlearbeit. Und wenn ich einen Informanten habe, muss ich ihn vor den Augen und Ohren des Geheimdienstes schützen – Treffen nicht am Telefon, sondern über Zweit- oder Drittpersonen organisieren. Um herauszufinden, wie vertrauenswürdig solche Informanten sind, hilft eigentlich nur eins: viel Erfahrung. Gesprächspartner im Lager der Kreml-Gegner zu finden, ist leicht. Aber auch sie haben oft ein Interesse an der Verbreitung bestimmter Informationen – und die decken sich nicht immer mit der Wirklichkeit.

Schwierig war es zum Beispiel, als unser Moskauer Kollege eine der Aktivistinnen der Pussy-Riot-Band suchte, als diese bereits untergetaucht waren. Telefonanrufe verboten sich von selbst, Treffen hat er über Mittelsmänner und auch nur kurzfristig ausgemacht, damit sich niemand an seine Fersen heftete. Ebenso schwierig war es für uns, Ende Mai mit dem aus Moskau nach Frankreich geflüchteten ehemaligen Regierungsberater Sergej Gurijew Kontakt aufzunehmen, den der Kreml für einen der intellektuellen Köpfe hinter der Oppositionsbewegung hält. Da klar war, dass seine Telefonverbindungen wie auch die elektronische Post überwacht werden, mussten wir über Bekannte von ihm eine Verbindung herstellen – und trafen uns noch am Tag seiner Zusage sofort mit ihm in Paris.

### Juristisches Vorgehen gegen Journalisten

Artikel über Russland in ausländischen Medien werden inzwischen auch in Moskau wahrgenommen. Daher sollte man nicht zu großzügig zitieren oder Sachverhalte ungeprüft aufschreiben, beziehungsweise Zitate rechtzeitig autorisieren lassen. Der frühere Moskauer Oberbürgermeister etwa hat gegen uns prozessiert, weil wir seine Verwicklung in dunkle Baugeschäfte nicht ausreichend nachweisen konnten. Der *Spiegel* ließ sich auf Moskau als Gerichtsort ein, um die Existenz unseres dortigen Büros nicht zu gefährden. Wir verloren den Prozess durch alle Instanzen. Die Gutachten unabhängiger Fachleute, die wir vorlegten, wurden meist nicht einmal zur Kenntnis genommen. Im Ergebnis mussten wir eine Strafe zahlen und ein Dementi in unserem Magazin abdrucken. Auch Oligarchen ziehen heute schnell gegen Journalisten vor Gericht – die

Chancen, einen solchen Prozess zu gewinnen, stehen schlecht.

In anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion sind Journalisten bereits die Staatsfeinde Nummer eins. Nach Turkmenistan kommt kaum noch ein westlicher Journalist hinein, auch Usbekistan hat seine Tore zugesperrt. Journalisten bekommen keine Visa mehr, weil »sie schlecht über unser Land berichten«, wie

*Der Moskauer Oberbürgermeister prozessierte. Der Spiegel hatte über seine Verwicklung in dunkle Baugeschäfte geschrieben.*

ein usbekischer Botschaftsmitarbeiter mir jüngst sagte. Auch Weißrussland verweigert uns inzwischen meist die Einreise, unter anderem, weil wir uns beim letzten Gespräch mit Staatschef Alexander Lukaschenko nicht an die Auflage hielten, die von Minsk gewünschten Fotos abzdrukken. Eine Einreise per Touristenvisum nach Usbekistan oder Weißrussland ist mitunter möglich, doch nicht in jedem Fall zu empfehlen – Zugang zu offiziellen Gesprächspartnern bekommt man auf diesem Wege nicht.

### Schlupflöcher der Bürokratie ausnutzen

In Kasachstan geht es dagegen vergleichsweise offen zu. Als im Herbst letzten Jahres der kasachische Soldat Wladislaw Tschelach vor Gericht stand, weil er auf einem Grenzposten 15 Kameraden umgebracht haben soll, reiste ich quer durchs Land auf der Suche nach Zeugen. Am Ende fuhr ich nach Taldykorgan, jenen kleinen Ort im Osten des Landes, in dem der Prozess stattfand. Mich vorher akkreditieren zu lassen, schaffte ich schon aus Zeitgründen nicht. Die Gerichtsbehörden waren unschlüssig, ob sie den überraschend aufgetauchten Ausländer zulassen sollten. Immerhin hatte ich mir auf meiner Reise beim Journalistenverband ein Empfehlungsschreiben besorgt, das in diesem Moment äußerst hilfreich war. Die Nachfrage des Gerichts beim Außenministerium in der fernen Hauptstadt Astana blieb lange ohne Antwort – lange genug, um vor Ort genügend Informationen zu sammeln.

Was ich damit sagen will: Bei allen Schwierigkeiten, denen sich Journalisten in Russland und dem Rest der Ex-Sowjetunion gegenüber sehen – Hartnäckigkeit und Glück gehören auch dort zu jeder Recherche dazu. ■

*Christian Neef ist langjähriger Russland-Korrespondent des Nachrichtenmagazins Spiegel.*



# Das gutgläubige

*Im »Fall Sarrazin« scheitert der Spiegel bis heute am eigenen Aufklärungsanspruch: Statt selbst zu recherchieren, verbreiten die Redakteure lediglich, was Prominente ihnen in den Block diktieren.*

VON MARTIN NIGGESCHMIDT

**W**ar Hitler hochbegabt? Macht Schule dumm? Diese und andere Fragen zum Thema Intelligenz versuchte ein *Spiegel*-Redakteur kürzlich zu klären, indem er den Begabungsforscher Detlef Rost um Auskunft bat. (*Spiegel Online*, 6.5.2013) Neun solcher Mythen wurden locker abgearbeitet, bis es zum Ende hin plötzlich ernst wurde: Mythos Nummer zehn lautete nämlich: »Bei Fragen der Intelligenz gibt es keine Tabus.«

Detlef Rost schien sofort zu wissen, worauf das Stichwort »Tabu« abzielte. »Ob es Unterschiede zwischen Ethnien gibt, ist ein weithin erforschtes Feld«, so Rost. »Aber ich werde hier nicht einmal fremde Ergebnisse wiedergeben, geschweige denn meine Meinung sagen. Sonst müsste ich fürchten, dass ich in der Vorlesung mit Eiern beworfen werde.«

Detlef Rost ist eine der wichtigsten deutschen Quellen von Thilo Sarrazins Bestseller »Deutschland schafft sich ab«, und Rost sprang dem ehema-

ligen Berliner Finanzsenator in der öffentlichen Debatte des Jahres 2010 zur Seite. Die »Sarrazin-Methode«, sich

*Die »Sarrazin-Methode«, sich als Opfer von Tugendterror und Zensur darzustellen, beherrscht auch Detlef Rost.*

als Opfer von Tugendterror und Zensur darzustellen, beherrscht offenbar auch er. Doch ist die Forschungslage tatsächlich so eindeutig, wie Rost suggeriert?

## **Idee von der »Erbdummheit«**

Dass es Menschengruppen und Ethnien gibt, die bei IQ-Tests besser abschneiden als andere, bestreitet niemand. Ob es sich dabei wirklich um Intelli-

genzunterschiede handelt, ist allerdings durchaus umstritten. Selbst prominente Intelligenzforscher wie der Neuseeländer James Flynn vertreten die Ansicht, dass IQ-Tests nicht die Intelligenz messen, sondern eher schwach mit ihr korrelieren. Offenbar hat zudem jede Kultur, jedes Milieu und jede Generation ganz eigene Vorstellungen davon, was Intelligenz ist.

Die im Zuge der Sarrazin-Debatte populär gewordene Idee von der »Erbdummheit« bestimmter Bevölkerungsgruppen lässt sich mit den Mitteln der Intelligenzforschung schon gar nicht untermauern. Die den Erblichkeitsschätzungen der Intelligenzforschung zugrunde liegende Methode ist nämlich lediglich geeignet, Aussagen zur Erblichkeit individueller Unterschiede innerhalb einer Gruppe zu treffen. Über die Erblichkeit von Unterschieden zwischen Gruppen sagt der Erblichkeitskoeffizient nichts aus. (Siehe dazu beispielsweise Elsbeth Stern: »Warum Haut- und Haarfarbe nichts mit genetisch bedingten Intelligenzunterschieden zu tun haben« sowie Andreas Heinz: »Intelligenz versus Integration«. Beide Aufsätze in: Andreas Heinz / Ulrike Kluge: »Einwanderung – Bedrohung oder Zukunft?« Frankfurt 2012)

## **Nebulöse Andeutungen**

Ein schlichter Hinweis auf die begrenzte Aussagekraft der Intelligenzforschung hätte einem Artikel, der den Anspruch erhebt, »Intelligenzmythen« zu enttarnen, gut angestanden. Doch statt aufzuklären, präsentierte der *Spiegel*-Redakteur seinen Lesern nebulöse Andeutungen über »Forschungsergebnisse«, die zu brisant sind, um darüber sprechen zu können.

Dabei ist der Streit über »race and intelligence« schon ziemlich alt – und wird von den Ameri-

# Leitmedium

kanern in schonungsloser Offenheit und Härte geführt. Im Jahr 1994 erschien in den USA ein Buch, das ähnliche Thesen vertrat wie Sarrazins »Deutschland schafft sich ab«. Die US-Autoren Charles Murray und Richard J. Herrnstein warnten in ihrem Bestseller »The Bell Curve« vor einer Verdummung der Gesellschaft durch die überdurchschnittliche Vermehrung von Unterschichten und Afro-Amerikanern. Auch in den USA schlugen die Wellen der Empörung hoch. Doch anders als die deutschen Medien im Fall Sarrazin sahen es die US-Journalisten als ihre Aufgabe an, die Quellen des Buches zu überprüfen.

Charles Lane wies in einem Artikel für die *New York Review of Books* nach, dass sich die Argumentation des US-Bestsellers zu weiten Teilen auf die Publikationen eines (pseudo-)wissenschaftlichen Netzwerks stützt, das vom Pioneer Fund finanziert wurde, einer 1937 vom Nazi-Anhänger Wickliffe Draper zum Zwecke der »Rassenverbesserung« gegründeten Stiftung. Die vom Pioneer Fund geförderten Wissenschaftler betreiben fast ausschließlich rassistisch-eugenische Studien, in denen die Überlegenheit des gebildeten weißen Bürgertums nachgewiesen werden soll.

Die Aufdeckung dieser Quellenlage verhinderte, dass sich die Botschaft von »The Bell Curve« als durch objektive wissenschaftliche Erkenntnisse untermauerter Tabubruch verkaufen ließ. Wer das Buch öffentlich verteidigte, wusste, in welcher dubiosen Gesellschaft er sich begab.

## Muslimen statt Afro-Amerikaner

Für »Deutschland schafft sich ab« tauschte Thilo Sarrazin lediglich die Afro-Amerikaner gegen »muslimische Migranten« aus – folgte ansonsten aber getreulich der Argumentation von »The Bell Curve« und zog auch dasselbe Netzwerk rassistischer Pioneer-Fund-Forscher als Quellen heran. Die Verbindung zu »The Bell Curve« wurde in den Medien des Öfteren erwähnt. Doch eine Recherche zum Hintergrund des Buches und damit auch zu den nachweisbaren Bezügen ins rechtsextreme Milieu fand nicht statt.

Das Versagen der deutschen Medien im Fall Sarrazin lässt sich exemplarisch am Leitmedium *Spiegel* zeigen. Das Nachrichtenmagazin druckte (zeitgleich mit der *Bild-Zeitung*) vorab Auszüge aus »Deutschland schafft sich ab«. Das sei keine leichte Entscheidung gewesen, erläuterte der damalige *Spiegel*-Chefredakteur Mathias Müller von Blumenron im Interview mit der *Taz* (27.8.2010). »Wir haben darüber intensiv in der Redaktion debattiert. Auch ich habe lange mit mir gerungen.« Aber: Die Debatte müsse geführt werden – und der *Spiegel* werde dazu beitragen.

*Das Versagen der deutschen Medien im Fall Sarrazin lässt sich exemplarisch am Leitmedium Spiegel zeigen.*

## Verblüffend geringer Rechercheerz

Tatsächlich wurde ein kenntnisreicher Artikel des Wissenschaftsjournalisten Jörg Blech zur »Mär von der vererbten Dummheit« nachgeschoben, doch ansonsten zeichnete sich die *Spiegel*-Berichterstattung über Sarrazins Thesen durch verblüffend geringen Rechercheerz aus.

Der *Spiegel*, der für andere Themen ganze Recherche-Teams abstellt, brachte weder ausreichend Zeit noch Kompetenz auf, um Sarrazins Quellen nachzuspüren und den ideengeschichtlichen Bezügen seiner Argumentation auf den Grund zu gehen. Die Diskussion darüber, ob Sarrazin tatsächlich rassistisch und eugenisch argumentiert, hätte sich durch die Abklärung der Quellenlage vermutlich schnell erledigt.

Auch historische Recherchen wären aufschlussreich gewesen. Sarrazins zentrales Argument, moderne Gesellschaften würden immer dümmer, weil die Minderintelligenten überdurchschnittlich viele Kinder bekämen, lässt sich mit sozialwissenschaftlichen Methoden überprüfen. Erstmals formuliert wurde sie nämlich bereits im Jahr 1869 von Francis Galton, auf den Sarrazin sich ausdrücklich bezieht. Was ist seither geschehen? In allen westlichen Gesellschaften stieg das Qualifikations- und Bildungs-

niveau der Bevölkerung stark an. Sarrazin hat also eine historisch überkommene Zukunftsprognose wiederbelebt, die sich längst als unzutreffend erwiesen hat. Wenn man wie Sarrazin der Ansicht

*Das Unvermögen oder der Unwille, auf eigene Faust zu recherchieren, zog sich wie ein roter Faden durch die Spiegel-Berichterstattung*

ist, dass IQ-Tests die Intelligenz messen, sollte man mit dem alten Ver-

dum m u n g s - Dreisatz erst recht vorsich-

tig sein: Bei IQ-Tests hat bisher jede Generation besser abgeschnitten als die Generation zuvor (»Flynn-Effekt«).

Dass die Journalisten diese historische Dimension ausgeblendet und Sarrazins Dreisatz als neue, provokante These aufgeblasen haben, gehört zu den Absurditäten des Medientheaters um den Bestseller »Deutschland schafft sich ab«.

**»Er weiß, wovon er redet«**

Das Unvermögen oder der Unwille, auf eigene Faust zu recherchieren, zog sich wie ein roter Faden durch die *Spiegel*-Berichterstattung über die von Sarrazin aufgebrachten Themen. »Der Begabungsforscher Detlef Rost ist ein Mann, der es wissen muss«, heißt es demütig in dem bereits erwähnten Artikel über die zehn Mythen der Intelligenz. »Er weiß, wovon er redet.«

Auch vor dem mittlerweile 81-jährigen Historiker Hans-Ulrich Wehler haben die *Spiegel*-Redakteure offenbar gehörigen Respekt. Er habe Sarrazin in der öffentlichen Debatte verteidigt, weil dessen Buch »Deutschland schafft sich ab« viele gesellschaftliche Fehlentwicklungen richtig beschrieben habe, berichtet Wehler in einem *Spiegel*-Interview vom 9. Februar 2013. Denn: »Im Gegensatz zu vielen Spaniern, Griechen oder Italienern, die als Gastarbeiter kamen und ihre Kinder bald auf weiterführende Schulen schickten, sind die Türken erstaunlich resistent geblieben gegen jede Form von Aufstiegsdenken oder Weiterbildungsangeboten.«

Diese Aussage gehört zu den populären Überzeugungen, die sich als Nachwirkung der Sarrazin-Debatte im öffentlichen Bewusstsein festgesetzt haben. Vom *Spiegel* gegenrecherchiert wurde sie nicht. Nun hätte der Interviewer zumindest mal

nachfragen können, auf welche Belege sich diese Behauptung stützt. Er tat es nicht.

Da sich in Wehlers Büchern nichts Substantielles zum Thema findet und er auf diesbezügliche E-Mail-Anfragen nicht reagiert, wird man davon ausgehen können, dass es solche Belege nicht gibt. Was der *Spiegel* da weiterverbreitete, waren Ressentiments.

**Thema längst aufgearbeitet**

Ein junger Wissenschaftler der Berliner Humboldt-Universität hatte das Thema im Zusammenhang mit der Sarrazin-Debatte längst aufgearbeitet: Personen mit italienischem und türkischem Migrationshintergrund weisen demnach in Deutschland eine ganz ähnliche Bildungsstruktur auf. (Coskun Canan: »Über Bildung, Einwanderung und Religionszugehörigkeit«. In: Michael Haller / Martin Niggeschmidt: »Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz«, Wiesbaden 2012)

Es kommt beim Bildungserfolg offenbar nicht auf Religionszugehörigkeit, sondern auf sozio-strukturelle Faktoren an. Iranische Flüchtlinge beispielsweise sind mit hohen Qualifikationen eingewandert – und geben ihre bildungsrelevanten Ressourcen an die nachfolgenden Generationen weiter. Die Kinder klassischer Arbeitsmigranten hingegen haben in der Schule mit Startnachteilen zu kämpfen – egal ob es sich um türkisch- oder um italienischstämmige Deutsche handelt oder um mexikanische Einwanderer in den USA.

Was auch immer die Gründe sein mögen: Im Zusammenhang mit den Thesen von »Deutschland schafft sich ab« beschränkte sich der *Spiegel* überwiegend darauf, Prominenten und Experten ein Megaphon hinzuhalten. Durch den Vorabdruck von Auszügen aus »Deutschland schafft sich ab« hat das Nachrichtenmagazin nach Kräften dazu beigetragen, Sarrazins Thesen zu popularisieren. Kein anderes Sachbuch erhielt in Deutschland jemals eine so große mediale Aufmerksamkeit, keines verkaufte sich so gut, keines war derart wirkungsmächtig. Doch diese Verantwortung hat den *Spiegel* bislang keineswegs zu außergewöhnlichen Rechercheleistungen angestachelt. Im Gegenteil: Was die Causa Sarrazin betrifft, grenzt die Haltung des einstigen deutschen »Sturmgeschützes der Demokratie« beinahe an Arbeitsverweigerung. Das ist eines Nachrichtenmagazins mit diesem Aufklärungsanspruch nicht würdig. ■

Martin Niggeschmidt ist Mitherausgeber des Buches »Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz – Von Galton zu Sarrazin: Die Denkfehler und Denkmuster der Eugenik«.



3-2013

# PODIUM **message**



## »Wie sich der Journalismus verändern muss«

So lautete das Motto des Reporter-Forums für seine Jahrestagung im Juni 2013.

Was können Journalisten gegen die Medienkrise unternehmen? Vier junge Reporter besuchten im Auftrag von *Message* die Tagung. Sie haben viel gehört. Und manches mitgenommen. Hier nun ihre Impressionen, Erwägungen und Vorschläge.

- ▶ Der gute alte Journalismus geht nicht unter, sagt Mathis Vogel. S. 72
- ▶ Der Journalismus sollte sich endlich aus seiner Schockstarre befreien, meint Philipp Löwe S. 75
- ▶ Schreibt, aber bitte authentisch und treffend, so der Zwischenruf von Lisa Rokahr S. 77
- ▶ Weg mit den alten Schablonen, fordert Cristopher Beschnitt. S. 78

# Bist Du noch Journalist?

Medienkonzerne werden weiter wachsen und die Kleinen werden es schwerer haben. Aber dies ist nicht das Ende des Journalismus, sondern eher Grund für einen Neustart. Überlegungen zum Thema Qualität und Paid Content von Mathis Vogel.

Und dann schwebte es wieder mitten im Raum, das große Wort Zukunft. Wo die Gegenwart unerträglich zu sein scheint, klammert sich der Mensch an die Verheißungen eines besseren Morgen. Auch deshalb reden Journalisten dieser Tage gerne über die Zukunft, vor allem über die Zukunft ihrer eigenen Branche. Wenig überraschend war deshalb auch der Leitsatz des »Reporter-Workshops '13«, der ähnlich wie die Frage lautete, die derzeit niemand beantworten kann: »Wie sich der Journalismus verändern muss«. Absichtlich formulierten die Veranstalter den Satz nicht als Frage, schließlich war der Anspruch, Lösungen zu liefern. Lösungen gegen den Anzeigenrückgang, die Kündigungs- und Abwicklungswellen, gegen die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Ideen also gegen die »Zeitungskrise«, die eigentlich doch wohl bereits auf den Namen »Journalismuskrise« hören müsste – doch die Nostalgie okkupt die Sprache mühe-los. Insbesondere, wenn Journalisten von dem Journalismus sprechen und damit papierraschelndes Wohlgefühl, Arbeitsbereich und Lebensinhalt in einem Atemzug meinen.

Der Journalismus – was war das nochmal genau? Sollte nicht erst einmal unterschieden werden zwischen Produkten, Abläufen, teilnehmenden Personen und Funktionen? Und wie, um beim Leitsatz

des Reporter-Workshops zu bleiben, zu dem Anfang Mai 300 Teilnehmer und 35 Dozenten im Verlagshaus des *Spiegel* diskutierten, muss sich denn all das nun ändern? Für mich lieferte der Herausgeber der Wochenzeitung *Der Freitag*, Jakob Augstein, einen ersten hilfreichen Hinweis: »Am Journalismus muss sich gar nichts ändern.« Er sei Herrschaftskritik seit 150 Jahren, die, so hofft Augstein, ihre Relevanz auch in Zukunft nicht verlieren werde. Innerhalb der offen daliegenden Ungewissheit empfand ich diesen Satz als erfrischend. Zugegeben, es ist kein neuer Gedanke, den Augstein da formuliert. Angesichts der weit verbreiteten apokalyptischen Prophezeiungen vom Niedergang des Journalismus kann man jedoch nicht häufig genug betonen, dass Journalismus in einer Demokratie unverzichtbar ist.

Dennoch eines ist trotz aller Verheißungen, die der erwartete interaktive Pluralismus des Internets versprach, eben nicht eingetreten: Dass Blogs oder Kommentarfunktionen aus jedem Bürger einen Journalisten machen. Im Gegenteil ist es so, dass mehr unterinformierte Teilnehmer mit ihren Beiträgen Diskussionen sprengen können und unerträglich viel Lebenstextgesabbel die Leitungen flutet – viele sind heute durch soziale Netzwerke Autoren ihrer eigenen Lebensgeschichte, schreiben permanent

mit. Aber nicht jeder ist deshalb auch ein Journalist. Zumindest die Funktion des Journalismus bleibt uns weiterhin erhalten – erst einmal durchatmen, liebe Kollegen!

---

**»Am Journalismus muss sich gar nichts ändern«**

---

Und wo es gerade um Sie geht: Wer sind Sie eigentlich und was tun Sie den lieben langen Tag? Im April waren rund 5.000 Journalisten arbeitslos gemeldet – 11,9 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor. Ein Missverhältnis angesichts der Arbeitsbelastung in den Redaktionen und den noch immer stattlichen Renditen vieler Medienunternehmen. Hinzu kommt, dass das Mantra, immer neue digitale Verbreitungskanäle erschließen zu müssen, doch eigentlich zu merklich mehr Journalisten in den Online-Redaktionen hätte führen müssen.

Da das Gegenteil der Fall ist, stellt sich mir die Frage, wer eigentlich die journalistischen Produkte erstellt, die wir täglich konsumieren, beziehungsweise, was die Journalisten machen, die dies nicht mehr tun. Gestatten Sie mir hierzu einen kurzen Ausflug. Es geht dabei um den Wahnsinn, den das bedingungslose Arbeiten gegen den drohenden Unter-

gang hervorruft. Die Szene trug sich im Herbst 2012 in den Räumen einer großen norddeutschen Regionalzeitung zu: Ähnlich den Arbeitsplätzen in einer Großnahe hier stehen die Computer aufgereiht auf Tischen, die in Reihen angeordnet sind. Hier sitzen Praktikanten und Volontäre neben einigen wenigen Redakteuren und tippen immerzu.

**S**ie wurden aus ihren angestammten Ressorts abgezogen, weil es gilt, ein Online-Service-Produkt zu entwickeln, das zwar mit Journalismus nichts zu tun hat, aber als Lockmittel für Werbepartner funktionieren soll. Das Dauerklackern der Tastaturen wird von einem lauten Knacken unterbrochen. Es war die Tür. Ein Lokalreporter kommt herein, tippt, was zu tippen ist, und geht danach zu einer Kollegin, die das Ganze koordinieren soll. Dafür hat man sie aus ihrem Ressort abgezogen, hierher in den Maschinenraum des Verlags.

Der Lokalreporter schaut über seine Brille, die ihm auf der Nasenspitze klemmt: »Hab' die Texte fertig, könnt ihr da nochmal drüber?« Die Kollegin nickt freundlich, obwohl sie eigentlich anderes tun müsste. Arbeitszeit ist teuer. Dann setzt der Lokalmann erneut an, spricht zu der Kollegin, die er in dem weitläufigen, durch zahlreiche Entlassungen leer gefegten Großraumbüro offensichtlich noch nie zuvor zu Gesicht bekommen hatte: »Du bist doch Journalistin, oder?«

Die Frage des Lokalreporters ist heute noch mehr berechtigt. Denn in vielen Redaktionen sollte erst einmal geklärt werden, wer dort überhaupt noch als Journalist arbeitet. Vor allem die Online-Redaktionen der klassischen Medienmarken, die das journalistische Geschehen im Internet weitgehend bestimmen, werden von immer mehr Menschen bevölkert, die Inhalte in Formulare einfügen. Von jungen Kollegen hört man

immer wieder Geschichten von ihnen angebotenen Kurzzeit-Pauschalverträgen, deren Tätigkeitsbeschreibung sie in die Nähe besserer Befüllautomaten rückt. So ersetzt der früher von den schreibenden Kollegen abfällig als »Datenknecht« bezeichnete Content-Manager immer häufiger den Redakteur. Ob er sich daneben selbst als Journalist versteht, ist für den Befund, dass immer weniger Redaktionsmitglieder immer weniger Zeit für journalistische Kernaufgaben, also für die Recherche, die abwägende Analyse und das Erarbeiten von Argumenten haben, unerheblich.

Es geht also nicht darum, was sich in Zukunft ändern muss, sondern darum, was sich bereits in drastischer Weise

verändert hat. Da ist es wenig hilfreich, wenn Kollegen, wie der *Spiegel*-Resortleiter Gesellschaft, Cordt Schnibben dazu aufrufen, neben den journalistischen Kernaufgaben auch Management- und Marketingstrategien mitzudenken. Zwar ist es von Vorteil, wenn man sein Produkt und dessen Marktbedingungen kennt, um es erfolgreich zu verkaufen. Und dies ist wohl auch der eigentliche Kern von Schnibbens Überlegung. Doch führt die Vermischung dieser Tätigkeiten letztlich dazu, dass immer weniger Zeit für die Herstellung hochwertiger Inhalte bleibt. Es ist eine bedenkliche Entwicklung in einem immer noch stark ausdifferenzierten Medienmarkt, der im Bereich der Tagespresse sicherlich einige

## DIE NEUE MUT-MELODIE

**H**ört auf mit dem Selbstmitleid – schaut, was ihr falsch macht, lernt und werdet besser! So tönte die Erkennungsmelodie, die das Reporter-Forum für seinen Workshop 2013 (am 13. Mai im Spiegel-Haus) intonierte. 35 Referenten, fast ausnahmslos berufserfahrene Journalisten, erzählten den rund 300 Zuhörern, »dass der Medienwandel zu besseren Zeitungen, klügeren Texten, interessanteren Magazinen führen« werde (Tagungsrückschau unter: <http://www.reporter-forum.de/>).

Können Journalisten den Journalisten ihre Funktion, ihre Geltung in der nachmodernen Gesellschaft vermitteln? Wissen Sie, wie in der Zivilgesellschaft öffentliche Diskurse in Gang zu halten sind? Wollen sie dialogisch denken und die Perspektive ihres Publikums verstehen? Kennen sie die handwerklichen Konsequenzen, wenn crossmedial in konvergenzen Räumen thematisiert werden soll? Möchten sie das selbstgefällige »ich weiß schon wie« tatsächlich aufgeben zugunsten ehrlicher Lernbereitschaft?

Als beobachtender Medienwissenschaftler hat man es vergleichsweise leicht, Defizite aufzulisten und Forderungen daraus abzuleiten – im Unterschied zum Reporter X, der Resortleiterin Y oder dem Freischreiber Z, die dazu neigen, ihre persönlichen Erfahrungen auf die ganze Gattung zu projizieren. Das Reporter-Forum kümmert sich in erster Linie um den Erzähljournalismus, und das ist auch gut so. Nur, daraus abzuleiten, dass einfach mehr und besser erzählt werden müsse (stellvertretend Timm Klotzek: »Wir müssen die Leute wieder begeistern!«), das ist ungefähr so wirksam wie ein Sandsäckchen gegen den Hochwasser-Dammbruch. Auch die aus dem Frust geborene Idee, nun selbst das Verlagsgeschäft mit zu besorgen (Cordt Schnibben), dürfte die Medienkrise eher verschärfen denn mildern. Einige gaben eine harte Diagnose (Nikolaus Forster: »Wir machen schlechtes Handwerk und haben eine zynische Haltung«), ließen aber offen, wo und wie die Therapie einzusetzen hätte.

Trotzdem: Es war diese neue Mutmach-Melodie, die dem reich vertretenen Nachwuchs in den Ohren klingelte. Auch deshalb haben wir vier junge Journalisten eingeladen, aufzuschreiben, welche Folgerungen sie aus der Debatte des Reporter-Forums ziehen.

der besten journalistischen Produkte der Welt hervorbringt.

Der Aufruf einiger Referenten des Reporter-Workshops, man müsse deshalb mehr Mut, mehr Innovation, mehr Kreativität zeigen, treibt gerade die jungen Kollegen mit einem gewissen Wagemut zurück an den Schreibtisch; er hat deshalb für einzelne eine aufrüttelnde Funktion. Okay. Als Heilsbringer für die Branche ist der stumpf herausgebrüllte Imperativ des »Mehr« jedoch nicht geeignet. Im Gegenteil. Es muss und wird in Zukunft von allem weniger geben – weniger Journalisten und weniger Medienmarken vor allem, denn es wird auch weniger trennscharf abzugrenzende Teilöffentlichkeiten geben.

Wer Angst vor der Zukunft des Journalismus haben möchte, darf dies zum Anlass nehmen, sich zu fürchten, bitte sehr! Dabei ist es doch nur logisch, dass der riesenhafte Apparat des deutschen Journalismus in seiner Breite nicht aufrecht zu erhalten sein wird, wenn sich der Informationsmarkt globalisiert und in vielen Bereichen sogar noch mit digitalen Gratisangeboten lockt.

Man sollte deshalb das »Bild Plus«-Projekt des Axel-Springer-Verlags genau beobachten. Für exklusive digitale Inhalte sollen die *Bild*-Kunden zukünftig zahlen. Der Verlag hat für das Projekt das erstaunliche Motto »500 Reporter, 24 Stunden, 7 Tage« ausgegeben. Dabei kann ich mir zwei Dinge nicht vorstellen: Erstens, dass tatsächlich 500 Mitarbeitern ein Reportergehalt gezahlt wird. Und zweitens, dass mit Boulevardjournalismus so viele Nutzer erreicht werden, dass das Modell

finanziell tragfähig wird. Schließlich beruhte der kommerzielle Erfolg der *Bild-Zeitung* seit Jahrzehnten vor allem auf der relativ kostengünstigen Aussicht auf Anschlusskommunikation – für zuletzt 70 Cent konnte man eine leicht zu rezipierende Agenda der aktuellen Themen kaufen und dadurch am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Eine »Bezahl-schranke« macht das Angebot jetzt zwangsläufig exklusiver. Man benötigt ein entsprechendes Endgerät, Anwenderwissen und den Willen, für ein Flatrate-Angebot (Monatstarif) zu zahlen.

## Es muss und wird in Zukunft von allem weniger geben

Dennoch hoffe ich, dass das Projekt am Ende vor allem eines zeigt: dass die andauernde Beschleunigung des Nachrichtenausstoßes im digitalen Geschäft ein Fehler war und Geld nur mit Inhalten verdient werden kann, die über die Nachricht hinausgehen und deshalb Begehrlichkeiten erzeugen. Es würde die Rückbesinnung vom Modell der digitalen Redakteurs-Wollmilchsau auf den in der Haupttätigkeit recherchierenden Journalisten bedeuten und damit auf einer Linie mit den Aussagen von *Taz*-Chefredakteurin Ines Pohl oder *Tagesanzeiger*-Journalist Constantin Seibt liegen. Sie forderten beim Reporter-Work-

shop den Fokus auf journalistische Kernkompetenzen und einen identifikationsstiftenden, begeisternden Inhalt zu legen. Die *Taz* geht hier mit ihrer Wochenendausgabe voran und erlaubt sich, so Ines Pohl, eine »andere Definition von Aktualität«, abseits der Agenturen; mit langen Stücken, die Themen setzen sollen. Dass man aus der Masse der reinen Nachrichtenangebote mit Zeitgeist und Haltung herausstechen und damit erfolgreich sein kann, zeigt das Wochenmagazin *Die Zeit* – sogar auf Papier. Im ersten Quartal 2013 vermeldete es wieder eine neue Rekordauflage.

Im digitalen Geschäft werden wahrscheinlich nicht alle Medienmarken einen ähnlichen Erfolg erzielen können, solange es vergleichbare Gratisangebote gibt. Deshalb ist es so wichtig, dass ein großes Unternehmen auf der Suche nach einem praktikablen digitalen Bezahlmodell vorangeht und Erfolge erzielt. Ein Scheitern Springers würde indes zeigen, dass vermehrt nach Wegen zur Querfinanzierung gesucht werden müsste, die Jakob Augstein mit dem derzeit noch skurril anmutenden Bild des »Spiegel-Hundefutters« zusammenfasste. Die Idee dahinter: Starke Marken können auch andere Produkte als Journalismus verkaufen.

Es ist Zeichen einer Identitätssuche, wenn Rollenbilder, wie im oben beschriebenen Beispiel des Lokaljournalisten, verschwimmen. Und wenn es angeblich ökonomisch geboten ist, Aufgabenfelder von Journalisten so stark auszuweiten, dass sie selbst kaum noch wissen, was sie eigentlich tun. Ich hoffe für uns alle, liebe Kollegen, dass wir uns bei einem der kommenden Reporter-Workshops nicht in größter Wirrnis mit Videokamera, Fotokamera, Tablet-Computer, Tonaufnahmegerät, Block und Taschenrechner in der Hand begegnen, sondern vielleicht mit einem freien Kopf, weniger Zukunftsängsten und einem Stift für Notizen zur Gegenwart des Journalismus. ■



**Mathis Vogel,** 28, lebt und arbeitet in Hamburg als Freier Journalist für diverse Medien, darunter *Bild* und *Stern*. Er ist Absolvent der Axel Springer Akademie.

# Kämpft!

Der Journalismus befindet sich in einer Schockstarre. Dabei verfügen die klassischen Medien über höchste Kompetenzen auch im Informationsbereich. Doch wenn sich die Journalisten nicht bald bewegen, werden sie überrollt. Philipp Löwe plädiert für mehr Selbstvertrauen.

**E**s heißt: Journalismus ist nichts mehr wert. Weder im Netz noch am Kiosk. Online wird nicht gezahlt und Offline immer weniger gekauft. Darum geht in deutschen Redaktionen die Angst um. Die Angst um den Arbeitsplatz, vor der Ablehnung des Publikums, vor der ungewissen Zukunft – die Angst vor dem eigenen Bedeutungsverlust. Wer Angst hat, dem bleiben zwei Reaktionen: Er kann flüchten. Zum Beispiel ins ferne Silicon Valley. In der Hoffnung, die vermeintlichen Wunderknaben der digitalen Welt liefern einem die Wunderwaffe gegen die aktuellen Gefahren. Oder er kann angreifen, sich seiner Stärken bewusst werden, allen Mut zusammen nehmen und in die Offensive gehen. Die Klassenfahrt der Springer-Topleute war keine schlechte Idee: Die Zukunft des Journalismus ist Online. Und schon Kai Diekmanns erstaunliche optische Wandlung war es in meinen Augen wert. Allein die Tüftler im sonnigen Kalifornien wissen selbst nicht, wie die derzeitigen Finanzierungsprobleme zu lösen sind – ansonsten stünde vielen US-Verlagen das Wasser nicht bis zum Hals. Ganz abgesehen davon, dass die Sorgen der Deutschen dort niemanden sonderlich interessiert haben dürften – höchstens das vorhandene Risikokapital.

Angriff also. Doch was sind die Stärken, auf die wir Journalisten uns besinnen können? Da wären zunächst

von Journalisten zu großem Renommee aufgebaute Marken, die noch immer viel Vertrauen genießen. Marken, die geholfen haben, Leserschaften über den Medienbruch hinweg zu halten und oft sogar zu erweitern. *Spiegel Online*, *Bild.de*, *Süddeutsche.de*, *Focus.de* und in Grenzen auch *FAZ.net*: Das Netz wird, wenn es um journalistische Inhalte geht, weitestgehend von »alten Medien« dominiert. Der Leser will nicht alles, was technisch möglich ist.

Doch im Netz will jeder alles machen. Zu jedem noch so unbedeutenden Promi-Event, zu jeder neuen PR-inszenierten iPhone-Vorstellung wird ein Feuerwerk abgebrannt: Liveticker, Berichte, Videos und Audio-Slideshows. Natürlich alles umsonst, weil niemand dafür zahlt. Warum auch, es gibt ja an jeder Ecke das Gleiche.

Das Publikum will wissen, was ist, warum das so ist und was es bedeutet. Nicht mehr und nicht weniger. Die Fakten kann jeder haben. Doch nicht jeder kann sie deuten und so einen Mehrwert generieren. Die Redaktion, die sich Zeit lässt, kann zeigen, dass die Welt nicht ganz so schnell und kompliziert ist, wie sie scheint.

Ein weiterer Vorteil im Kampf um Aufmerksamkeit sind Netzwerke. Eben weil die »klassischen« Medien Erfahrung darin haben, die Öffentlichkeit zu unterrichten, haben sie Quellen, von denen andere nur träumen können: Ein

Informant geht eben zum *Spiegel*, zur *Süddeutschen* oder zu einer Fernsehmagazin-Redaktion, weil er weiß, dass seine Enthüllungen dort sicher sind – und größtmögliche Reichweite bekommen.

---

## Der Leser will nicht alles, was technisch möglich ist

---

Es gibt allerdings kein Vorrecht auf brisante Informationen. Der Ruf, Stimme der Schwachen und Kontrollinstanz der Mächtigen zu sein, muss ständig neu erarbeitet werden. Diese zugegeben nicht leichte Herausforderung erfüllt der Journalismus derzeit immer seltener. Viel zu oft beschränkt sich die Berichterstattung auf eine möglichst zeitnahe, oberflächliche Abbildung beliebiger Ereignisse.

Im Netz gilt: Sei der Schnellste oder sei der Beste. Doch warum wollen eigentlich alle immer der Schnellste sein? Exklusivität ist flüchtig und am Ende weiß keiner mehr, wem der Dank gebührt. Wer jedoch der Beste ist, der hat mehr zu bieten. Wer den Mut hat, auch mal abzuwarten, kann mehr als nur reagieren. Der kann beobachten – und wenn der Rauch sich verzogen hat, einen Volltreffer landen.

Das Problem ist neben der fatalen Kostenlospolitik, dass nur auf Tempo

getrimmte Marken austauschbar sind. So schafft man keine Alleinstellungsmerkmale, die es wert wären, dafür zu bezahlen.

Qualität können aber Redaktionen nicht bieten, die immer kleiner werden und immer häufiger den Journalismus nur simulieren. Das Ziel sollte nicht lauten: mehr Ertrag mit weniger Aufwand, sondern: relevante Themen, präzise Recherche, gute Dramaturgie, packendes Deutsch.

Das gibt es nur von ausgeruhten, motivierten Journalisten. Für Geld, das viele Verlage nicht ausgeben wollen und manche wohl auch nicht mehr haben. Das Problem ist jedoch, dass hier Ursache und Wirkung verwechselt werden: Erst verschwindet die Qualität. Und dann erst das Produkt.

Mit der Qualität aber ist es oft nicht weit her, wenn Interviews über die Autorisierung weichgespült oder Reporter losgeschickt werden mit vorweggenommenen Ergebnissen. Thesen, die sich der Redakteur am Schreibtisch ausgedacht hat, schränken unnötig ein und verhindern Fragen, die sich vielleicht erst am Ort stellen.

Die Pressefreiheit ist eine Freiheit wie jede andere. Man muss sie sich nehmen, erkämpfen und verteidigen – notfalls auch gegen die eigene Redaktion. Ich weiß, das braucht derzeit Mut und erfordert eine dicke Haut. Beides ist rar. Lieber wird geschaut, womit

die Konkurrenz aufmacht, und das wird dann nachgemacht. Alle haben Angst, was zu verpassen. So hat jeder alles und alle dasselbe.

Warum nicht eigene Schwerpunkte setzen? Es wäre vermessen zu glauben, die Leser würden nur die eigene Publikation lesen. Und warum nicht mal etwas wagen? Zum Beispiel eine Personalrotation: Das Feuilleton schreibt den Wirtschaftsteil und die Wirtschaft kümmert sich um den Sport, während der Politikchef sich in der Kultur versucht und die Leute vom Sport die Politik machen.

Doch statt für Experimente wird das Geld für ein Mini-Investigativ-Ressort ausgegeben. Das ist im Grunde eine tolle Sache und soll Qualität suggerieren. Die Außenwirkung ist aber auch: Die anderen Ressorts recherchieren nicht so, wie es die

Leser erwarten dürfen – weil sie es nicht können oder weil ihnen die Zeit fehlt.

Was fehlt, sind Produktmanager. Auch wenn jetzt viele Journalisten »buh!« rufen: Vielleicht könnten hier Produktmanager helfen – Redaktionsmitglieder, die nur das Online-Angebot weiterentwickeln. Sie könnten die Schnittstelle zwischen Geschäftsführung und Redaktion sein, die bisher der Chefredakteur aushalten musste. Der dann endlich wieder für mehr Profil sorgen könnte.

Ein Profil, das den Lesern und Usern eine Erklärung dafür liefert, warum sie eben genau jenes Produkt konsumieren – und nicht das

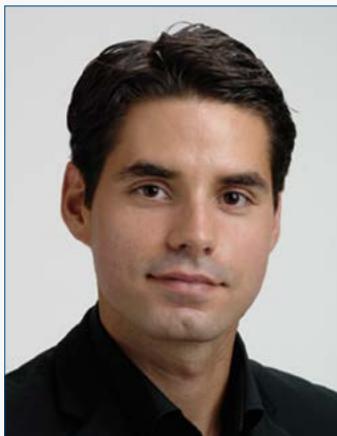
der Konkurrenz. So ein Profil entsteht nur, wenn Grundsatzentscheidungen getroffen werden: Wer wollen wir sein? Wer ist unsere Zielgruppe? Worin sind wir besser als die Mitbewerber?

Die Antwort auf all diese Fragen bedeutet aber auch eine Beschränkung – und darin liegt der Schlüssel zum Erfolg: Sei der Schnellste oder der Beste. Verzettelung führt zu einem publizistischen Angebot, dem sowohl Wettbewerbsvorteile als auch Differenzierungsmöglichkeiten fehlen; es landet in der Mittelmäßigkeit.

Das bedeutendste Kaufargument und die Grundlage jeder Marke allerdings ist Qualität. Darunter verstehe ich: Originalität, Haltung, Verständlichkeit und Aufklärung – und für ihre Themen brennende Mitarbeiter. Dafür müssen der Gewinndruck gesenkt und Erlöse in die Redaktion reinvestiert werden. Das erfordert Bescheidenheit und die Erkenntnis, dass rein werbefinanzierter Journalismus niemals exzellenter Journalismus sein kann.

Insofern finde ich es nur konsequent, dass der Axel Springer Verlag erneut auf Paid Content setzt und den Mut hat, seinem Journalismus ein Preisschild anzuheften. Dass allerdings ausgerechnet teure Fußballrechte das Angebot vermarkten sollen, lässt dann doch wieder ein wenig am Selbstvertrauen zweifeln. 20 Millionen Euro soll die Lizenz gekostet haben. Dafür hätte man 119 erfahrene Redakteure für vier Jahre bezahlen können – nach DJV-Tarifvertrag wohl gemerkt. Kaum auszudenken, wie viele Scoops die hätten recherchieren können.

Nichtsdestotrotz, ich halte Springers Weg für richtig und viele werden ihn ebenfalls beschreiten. Wenn aber die Produkte nicht besser werden, wird auch ein Schulterschluss der Medienhäuser nichts bringen. Denn nur einen Klick entfernt warten schon die Öffentlich-Rechtlichen, die bekannten Online-Publika in nichts nachstehen, die teilweise sogar besser



**Philipp Löwe,** 31, beendet derzeit sein Studium der Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg. Davor hat er Medienmanagement studiert, war Volontär beim *Offenburger Stadtanzeiger* und Trainee bei Hubert Burda Media. Er ist Stipendiat im *Vocer Innovation Medialab* und twittert hin und wieder für *Spiegel Online*.

sind – eben weil sie nicht jedem Trend hinterherrennen (müssen).

Noch aber bleibt (fast) alles beim Alten. Nicht weil die Verantwortlichen

sich keine Gedanken machen. Sie stehen so unter Druck, die richtige Entscheidung fällen zu müssen, dass sie die Entscheidung endlos aufschieben und dann

doch alles unverändert lassen, weil sie Angst haben, das Falsche zu tun. Doch Angst wird nicht helfen; es geht um Flucht oder Angriff. Was soll es sein? ■

# Schluss mit Rezepten

Zukunft des Journalismus? Hängt davon ab, ob wir mutig, innovativ und solide sind. Ein Zwischenruf von Lisa Rokahr

Ich hatte es immer gehofft, das Reporterforum hat es bekräftigt: Mobile Endgeräte und neue Distributionswege sind nicht die einzige Veränderung im Journalismus. Transformation findet auch innen statt, muss stattfinden. Wir Journalisten können besser sein, mutiger, unsere Sprache neu erfinden. Wir müssen neue Worte finden für das, was längst erzählt wurde. Dafür müssen wir ungewohnte Perspektiven einnehmen. Alex Rühle (SZ) erzählte, wie viel man erleben kann, wenn man eigentlich gar nichts erlebt. In einer Nacht im menschenleeren Stadion. Für eine Reportage geht er auch mal unkonventionelle Wege. Wie im vergangenen Jahr, als er gegen Moritz von Uslar die Strecke von München nach Berlin wanderte.

Der Erzähljournalismus ist gleichermaßen Heimat der unbemerkten Winzigkeiten und Bezwingen der Komple-

xität. Seine Grenzen reichen von Rühles »Wird schon gehen« bis zu der Afghanistan-Historie »Ein Leben in Kabul«. Der Narrativ beherrscht es, hier einen Gedanken zur Reise werden zu lassen und dort vielschichtige Konflikte anhand eines einzigen Lebens zu erläutern. Die Quellen der sprachlichen Gestaltungskraft sind authentische Beobachtung und treffender Ausdruck. Sprache schafft Bilder, erzeugt Emotionen und fördert Verstehen.



**Lisa Rokahr,**

25, wechselte nach Studium und Journalistenschule zu Zeitspiegel Reportagen. Früher war sie jahrelang tagesaktuell unterwegs, heute schreibt sie unter anderem für *stern*, *Brigitte* und die *sonntaz*.

Diese Gestaltungskraft der Sprache gilt es auszuschöpfen. Ich finde wichtig, dass es nicht allein auf den Inhalt ankommt, sondern auch auf die Form. Weg vom linearen Erzählen, rät der eine, der andere fragt: Ist die Ich-Perspektive eigentlich immer noch verpönt? Gut, dass es beim Reporterforum für die richtige Darstellungsform keine Lösung gab, sondern

eine Diskussion. Mut zur Formspielerei war das Ergebnis.

Dem Mainstream entfliehen, sich abgrenzen von der Routine alteingesessener Redaktionen, die dem Muster folgen: Anfeuern, dann das Portal (»immer mehr Menschen«), dann die Rückblende, und so weiter. Warum nicht mal anders? Denn natürlich möchten die Leser etwas Neues! Aber vielleicht möchten sie nicht nur eine neue App, die passende Slideshow oder eine Animation zum Artikel. Vielleicht möchten sie eine neue Art von Artikel. Und vielleicht muss man dafür gar nicht in die Zukunft blicken, sondern auf alte Ideale: die Leser überraschen wollen, provozieren, zum Weinen bringen.

Denn noch immer ist nichts exotischer als unsere Umwelt, nichts sensationeller als die Zeit, in der man lebt.

Kein Selbstmitleid mehr. Ich erhoffe mir mehr Mut von Schreibern, Chefredakteuren und Verlegern. Mut, Wege einzuschlagen, von denen wir heute noch nicht wissen, ob sie sich rechnen.

Als Freie weiß ich selbst, wie schwierig es ist, mit Schreiben Geld zu verdienen. Aber es kann nicht sein, dass man den Erfolg des Journalismus nur an roten oder schwarzen Zahlen misst. Messbar ist er daran, wen er erreicht – und was er erreicht. ■

# Die neuen Möglichkeiten

Von den Drehbuchschreibern lernen: In Zukunft sollten Journalisten viel mehr und viel besser erzählen können. Auf Papier, per Video und, vor allem, durch multimediales Storytelling – so Christopher Beschnitt.

Plötzlich bleibt das Bild stehen. Das Video geht nicht weiter. Es hakt. Ist kaputt. Denke ich. Aber nur kurz. Denn nach zwei, drei Sekunden sind meine Gedanken nur noch bei dem, was ich vor mir auf der Leinwand sehe: bei einer auf dem Boden kauern Frau, einer Inderin. Ihr Gesicht scheint erstarrt zu sein, mit weit aufgerissenen Augen stiert sie ins Leere. Sie hat ihre Beine eng an den Körper gezogen und den linken Daumen auf ihre Unterlippe gelegt. Das bunte Gewand der Frau, ihr greller Schmuck können nicht darüber hinwegtäuschen: Diese Frau ist traurig. Tief erschüttert, ohne Hoffnung. Weil sich ihr Mann das Leben genommen hat.

Dass und warum er das getan hat, erfahre ich jetzt, als das Video auf einmal wieder weitergeht: weil er als Baumwoll-Bauer keine Zukunftsperspektive mehr sah. Denn in Indien – und nicht nur dort – ist der wirtschaftliche Druck auf lokale Produzenten des »weißen Goldes« riesig. Große Konzerne steuern den Anbau der Baumwolle und bestimmen die Preise sowohl für das Saatgut als auch für die Ernte. Sie steuern und bestimmen so, dass die Bauern nie krank sein, dass auf ihren Feldern bloß keine Unwetter, bloß keine Ungeziefer wüten dürfen – sonst gibt's kein Geld. Und für die Bauern dann keine Möglichkeit zu überleben. 150.000 indische Baumwoll-Bauern haben deshalb im vergangenen Jahrzehnt den Freitod gewählt.

All diese Informationen erfahre ich durch geschriebene Zeilen, die über die Bilder fließen. Über Bilder wie das der Inderin, die ihren Mann verloren hat. Manchmal untermalt getragene Musik diese Sequenzen. Und manchmal kann ich außerdem die Frau hören: Während ich ihr Foto – und später auch Videoaufnahmen, etwa aus ihrem Dorf – sehe, erzählt sie mit schwacher Stimme von ihrem Leben, ihrem Leiden.

Das ist in jedem Fall ein Thema, das berührt, keine Frage. Doch ich frage mich, ob es mich ebenso berührt, mich während des Rezipierens ebenso gefesselt und – das sei an dieser Stelle vorweggenommen – mich hinterher noch für lange Zeit so nachdenklich gestimmt hätte, wenn ich dazu lediglich eine gedruckte Reportage gelesen hätte, etwa in *Geo*.

In dieser Zeitschrift ist tatsächlich eine Geschichte über die globale Baumwoll-Produktion erschienen. Allerdings bot sie mehr als nur Print: Sie bot – via Internetlinks – das, was ich gerade als plötzlich stockendes Video beschrieben habe. Was aber eigentlich gar kein Video war. Sondern eine Mischung aus Video, Audio und Text, mehr noch als eine Audio-Slideshow also. Eine neuartige Form der Präsentation journalistischer Arbeit.

Jemand, der diese Form nutzt, ist Uwe H. Martin. Mit Ausschnitten seines Projekts »White Gold – Effects of Cotton Production« hat mir der Hamburger Fotograf und Multimediaproduzent in seinem Workshop auf dem Reporter-Forum gezeigt, wie viel stär-

ker Video-Bilder wirken können, wenn sie plötzlich angehalten werden und dabei dank eingblendeter Text- und Toneffekte mehr sind als bloße Fotos. Was mich dabei gleichermaßen fasziniert hat: dass dieses journalistische Produkt halbwegs einfach herzustellen ist. Fotos schießen? Töne aufnehmen, ganze Videos drehen? Und alles dann zusammenschneiden? Das sollte heutzutage praktisch jeder können.

Das stimme schon, sagte Uwe H. Martin, die technischen Hürden jedenfalls seien niedriger denn je. Dennoch solle man nicht versuchen, alles selbst zu machen – dies könnten nur Ausnahmetalente. Daher sei Gruppenarbeit wichtig, im Grunde wie früher: Schreiber und Fotograf sollten wieder gemeinsam losziehen.

Schreiber und Fotograf wären dann jedoch mehr als Schreiber und Fotograf: Sie wären auch Audioreporter und Kameramann – das zumindest ist für mich die Konsequenz des Denkens von Uwe H. Martin. Denn zwar sollten Journalisten nicht versuchen, alles selber zu machen – aber sie sollten schon versuchen, mehr zu machen. Sie sollten zum Beispiel, so sagt Martin, von einem Termin nicht mehr nur Kuli-Notizen, sondern auch O-Tonfähige Interviews mitbringen. Schließlich könne heute mehr dabei herkommen, als ausschließlich einen Text für die Printausgabe zu fabrizieren: etwa ein Teaser oder ein Bonusangebot

zur Druckausgabe eines Printprodukts, jeweils dann natürlich bereitgestellt auf dessen Internetseite.

Das Zusammenspiel verschiedener Aufnahme- und Verbreitungstechniken bietet die wunderbare Möglichkeit, Themen überaus erlebbar aufzubereiten. Viel erlebbarer, als gedruckte Texte das allein können.

Das ist ein Geschenk der Gegenwart, in der technische Geräte oft für wenig Geld zu haben und überdies einfach zu bedienen sind. Journalisten sollten dieses Geschenk annehmen, wo immer es geht. Sie sollten es als Möglichkeit begreifen, mehr aus ihrer Arbeit machen, mehr wirken zu können. Weil sie dadurch beim Rezipienten mehr Sinne als nur die lesenden Augen berühren, ihn somit tiefer in die Geschichte eintauchen lassen.

Was Journalisten darüber hinaus tun sollten: ihren Chefs klarmachen, dass ein solches modernes Arbeiten Investitionen erfordert. In Technik und Personal. Letzteres muss freilich nicht nur in ordentlicher Zahl vorhanden sein, sondern auch regelmäßig durch professionelle Schulungen auf den neuesten Stand der multimedialen Möglichkeiten gebracht werden. Denn an einem kann es keinen Zweifel geben: dass das Mehr-als-nur-Texte-Machen auch mehr Geld kostet. Woran gezweifelt werden darf, worauf aber zunächst einmal unbedingt gehofft werden sollte: dass das Mehr-als-nur-Texte-Machen auch mehr Geld einbringt. Weil es das Publikum begeistert, sodass dieses bereitwillig dafür zahlt.

Begeisterung und Zahlbereitschaft sollten journalistische Arbeiten gleichwohl nicht nur durch die Art ihrer Darbietung hervorrufen. Sie sollten immer auch einen entsprechenden inneren Aufbau besitzen. Was bei Schreibern noch nicht flächendeckend angekommen, ist eine Erkenntnis, die Florian Hanig auf dem Reporter-Forum formulierte: Geschichten müssten eine Sog-

wirkung entfalten – dies könne ihnen aber längst nicht mehr allein durch Sprachschönheit gelingen, befand der *Geo*-Redakteur. Dafür lauerten zu viele Aufmerksamkeitsräuber darauf, einer Geschichte, der keine Dramaturgie innewohne, die gelangweilten Rezipienten wegzunehmen.

---

## Mehr Sinne als nur die lesenden Augen berühren.

---

Um ein breites Publikum bei Laune zu halten, braucht es folglich mehr als Stilperlen. Was es brauche, sagte Florian Hanig, könnten Journalisten von Drehbuchschreibern lernen: Es brauche Helden, die sich durch Handlung definierten, in Konflikte gerieten und auf ein Ziel zusteuerten, und dadurch in einem Rahmen agierten.

Es brauche darüber hinaus eine Anordnung wie die in Spielfilmen häufig umgesetzte – und schon seit Aristoteles bekannte – Dreiaktstruktur aus Exposition, Konfrontation und Auflösung. Was anhand eines solchen Gefüges vermittelt werden sollte: Lebenswissen. Und nicht Faktenwissen. Fragen à la »Wie manage ich eine Beziehung?« oder »Wie erziehe ich meine Kinder so, dass sie keine Axtmörder werden?« seien es nämlich, die Menschen immer wieder und nicht nur mal so zwischendurch wegen irgendeiner aktuellen Schlagzeile bewegten. Ob nun in Bezug auf

technische Möglichkeiten oder auf die Erzählkniffe nichtjournalistischer Medien – Journalisten sollten es in unserer Zeit, in der sich ihr Metier vielfach im Umbruch befindet, wagen, sich überall nach für sie Nützlichem umzuschauen.

**D**ann könnten sie das tun, was die Zeit anscheinend von ihnen verlangt: sich verändern. Dann könnten sie sich trauen, mehr als nur Texte zu produzieren, könnten sie dadurch ihr Publikum stärker beeindrucken. Mit berührenden, weil menschlichen Geschichten, die mehr Sinne als nur die lesenden Augen befleißigen, könnten sie Menschen wirklich fesseln. Und genau das muss für Journalisten ein wichtiger Arbeitsantrieb sein. Multimediales Storytelling, also die Verbindung aus den Anregungen von Uwe H. Martin und Florian Hanig, helfe meiner Ansicht nach sehr dabei, diesen Antrieb umzusetzen.

Ich hoffe daher, dass in Zukunft viele Journalisten die Lust verspüren, multimediales Storytelling auszuprobieren. Dass sie den Mut haben, von ihren Vorgesetzten die dafür nötigen Ressourcen einzufordern. Und dass es ihnen schließlich gelingt, dieses Konzept erfolgreich umzusetzen. Im großen Magazin wie in der kleinen Tageszeitung. Viele, wenn nicht die meisten Themen, lassen sich nicht nur als Text präsentieren, sondern auch in Tönen und bewegten Bildern. Packend erzählen lassen sie sich eh. Ob's nun um indische Baumwollbauern geht oder auch um einen Butterkuchen-Backwettbewerb. ■



**Christopher Beschnitt,** 26, studiert Journalistik im Master an der Uni Hamburg. Er arbeitet frei für den NDR.



Photo: Artyomic

# 8th Global Investigative Journalism Conference

Rio de Janeiro, Brazil • October 12-15, 2013

Every two years, the world's investigative journalism community gathers together, and the results have been extraordinary.

## JOIN US NOW FOR OUR LARGEST EVENT EVER:

- More than 100 panels, seminars, and collaboration workshops, with tracks on corruption and crime, the environment, sports, and data.
- Also: a professors' track, a muckraker's hackfest, and an all-star lineup of prize-winning speakers from 30 countries.

Find out more at [www.gijn.org](http://www.gijn.org)



**GLOBAL  
INVESTIGATIVE  
JOURNALISM  
CONFERENCE**

8ª Conferência Global de Jornalismo Investigativo

5ª Conferencia Latinoamericana de Periodismo de Investigación/Colpin

8º Congresso Internacional da Abraji

Rio de Janeiro, Brazil, 2013, 12-15 October

nr-Fachkonferenz  
22./23. November 2013  
WDR, Köln



## Weitblick



Dokumentarfilm, Fernsehdokumentation,  
Radiofeature und Reportage

Lange Stücke – das sorgfältig aufbereitete Ergebnis aufwendiger Recherchen – sind das Premium-Angebot des Journalismus. Doch Features in TV und Radio, die länger sind als eine halbe Stunde, werden auf Randzeiten verdrängt und Artikel oder Dossiers von mehr als einer Seite leisten sich immer weniger Print-Medien. Multimediale Online-Dossiers können nicht ersetzen, was unter dem Druck von Quote und Auflage verloren geht. Was ist zu tun, damit sich der hintergründige Blick auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den Medien behaupten kann?

Die Frage wird nicht nur den Verantwortlichen in den Sendern und Verlagen gestellt, sondern stellen Autoren und Regisseure auch an ihre eigenen Produkte. Wie lässt sich die Dramaturgie so gestalten, dass der Spannungsbogen der Geschichte Zuschauer und Leser fesselt? Wie

können wir die manchmal etwas behäbig daherkommenden „schweren Themen“ unter Ausnutzung aller medialen Möglichkeiten so präsentieren, dass sie das Publikum „leichter“ erreichen? Wie lassen sich Kräfte bündeln und Projekte finanzieren, damit Dokumentationen, Dokumentarfilm, Features und Reportagen im Nachrichten-Strom Orientierung liefern?

Für die diversen Workshops und Podiumsdiskussionen haben bisher u.a. der ehemalige ZDF-Chefredakteur **Nikolaus Brender**, die DokumentarfilmerInnen **Andres Veiel**, **Heidi Specogna**, **Klaus Stern** und **Stephan Lamby**, die HörfunkautorInnen **Bettina Rühl**, **Marc Thörner**, **Ingrid Müller-Münch** und die PrintkollegInnen **Cordt Schnibben**, **Martina Keller** und **Joachim Huber** zugesagt.

Programm & Anmeldung demnächst unter

[weitblick.netzwerkrecherche.de](http://weitblick.netzwerkrecherche.de)

# Frühe Prägungen

Namhafte Journalisten erzählen in *Message* von ihren Vorbildern. **Uwe Vorkötter**, ehemaliger Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Berliner Zeitung, erinnert sich an den »roten Oskar« Fehrenbach, der ihm - offen für Ungewöhnliches - die erste Chance als Journalist gab.

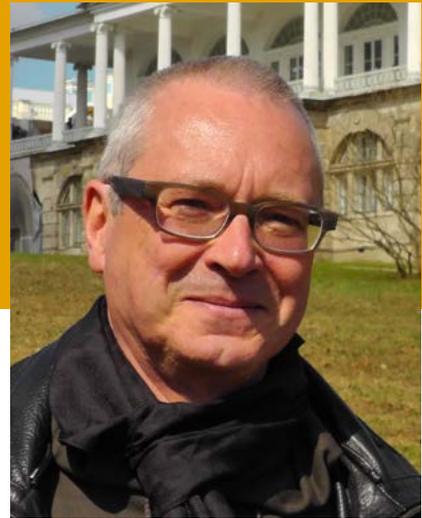


Foto: Lilienthal

**E**s war eine eigenartige Idee, die ich Ende der 1970-er Jahre als Doktorand an der Uni Tübingen hatte: So eine Dissertation ist eine ermüdende Angelegenheit, zur Abwechslung wäre es doch interessant, an zwei bis drei Tagen in der Woche in einer Zeitungsredaktion mitzuarbeiten und Journalist zu werden. Also schrieb ich Briefe an Chefredakteure mit der Bitte um eine Art Teilzeit-Ausbildung. Dass ich noch nie irgendwo eine Zeile veröffentlicht hatte, machte die Sache nicht aussichtsreicher.

Nach und nach trudelten die Absagen ein, aber mittendrin lag ein Brief, der anders war: Na ja, so der Tenor, das ist nicht gerade der übliche Weg, Journalist zu werden, aber kommen Sie doch mal vorbei, dann reden wir darüber. Ich kam vorbei, wurde Praktikant und war irgendwann Redakteur. Dank Oskar Fehrenbach, damals Chefredakteur der *Stuttgarter Zeitung*.

Fehrenbach, 1923 geboren, Badener, Studium der Literaturwissenschaft und Philosophie, Promotion über Aristoteles, Feuilletonredakteur beim *Tübinger Tagblatt*, später Korrespondent der *Stuttgarter Zeitung* in Bonn. Einer aus einer Generation hervorragender Journalisten, die damals an der Spitze der wichtigen Regionalzeitungen des Landes standen

– zum Beispiel Joachim Sobotta bei der *Rheinischen Post*, Siegfried Maruhn bei der *WAZ*, Wolfgang Wagner bei der *Hannoverschen Allgemeinen*. Knorrige Typen, gebildete Autoren, verschiedene Leitartikler, unabhängige Geister. Was in ihren Zeitungen stand, war wichtig; Fernsehen und Radio orientierten sich am gedruckten Wort, Talkshows und Internet gab es nicht.

Oskar Fehrenbach gehört zu den Journalisten, die der Entspannungspoli-

»Der Platz, auf dem er sich wohl fühlte, war der zwischen allen Stühlen.«

tik von Willy Brandt publizistisch den Weg bereiteten. Als »roter Oskar« wurde er in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn titulierte, aber in eine Schablone passte er nie. In der Wirtschaftskrise der Siebziger wandte er sich enttäuscht von Brandt ab. Früher als die meisten anderen Beobachter entdeckte er die politischen Qualitäten von Helmut Kohl. Seine eigene, linksliberal gestrickte Redaktion nahm ihm das übel. Fehrenbach ging dem Streit nicht aus dem Weg.

Der Platz, auf dem er sich wohl fühlte, war der zwischen allen Stühlen.

Oskar Fehrenbach fiel es zu, in der Zeitungsbranche eine technische Revolution durchzusetzen: 1976 stellte sein Blatt von einem auf den anderen Tag als erste deutsche Tageszeitung die gesamte Produktion vom Jahrhunderte alten Bleisatz auf den neuen elektronischen Lichtsatz um. Er ahnte das Risiko. Würde diese Operation schief gehen, stand nicht nur seine Karriere, sondern die Existenz der *Stuttgarter Zeitung* auf dem Spiel.

Offenheit für Ungewöhnliches, Mut zum Unkonventionellen: Beides gehört zu Oskar Fehrenbach, der heute, 90-jährig, in Freiburg lebt. Als sein Nach-Nachfolger bei der *Stuttgarter Zeitung*, später als Chefredakteur in Berlin und Frankfurt habe ich selbst hunderte von Bewerbungsmappen auf dem Schreibtisch gehabt. Manches Mal, wenn eine Anfrage so gar nicht ins traditionelle Praktikanten-Freier-Mitarbeiter-Volontärs-Profil passte, habe ich mich an Oskar Fehrenbach erinnert und trotzdem geantwortet: Klingt eigenartig, aber kommen Sie doch mal vorbei... ■

# Das Geschäft mit

*Welche Rolle spielen Nachrichtenagenturen noch in einer Zeit, in der vieles live per Twitter und Social Media mitverfolgt werden kann? Chefredakteure und Redaktionsleiter antworten in einer Studie.*

VON YASMIN SCHULTEN-JASPERS

**E**in weiteres Medienunternehmen in Deutschland verschwindet vom Markt: Die zahlungsunfähige Nachrichtenagentur dapd hat heute ihren Betrieb eingestellt, verkündet Judith Rakers am 11. April 2013 in der 20-Uhr-Tagesschau. Diese zwei Sätze kennzeichnen nicht nur das offizielle Ende der Nachrichtenagentur dapd, sondern lassen auch Rückschlüsse auf eine gesamte Branche zu. Denn schon lange scheint es an der Tagesordnung zu sein, dass Medienunternehmen ihren Dienst einstellen. Nun also auch die erste Nachrichtenagentur. Doch warum eigentlich? Hat sich das ursprüngliche Konzept der Nachrichtenagenturen als reiner Dienstleister hinter den Medien im Zeitalter von Smartphones, Facebook und Twitter etwa überholt?

Fest steht, dass sich in Zeiten von Digitalisierung, Technisierung und Social Media die Rezeptionsgewohnheiten des Publikums verändert haben und mit ihnen nicht nur die Ansprüche des Publikums an die Medien. Bisherige Geschäftsmodelle im Journalismus funktionieren nicht mehr und neue sind noch nicht in Sicht. Die gesamte Medienbranche muss sich mit einem strukturellen Wandel auseinandersetzen, der sich in alle Bereiche auswirkt: auf die Produkte, Formate, Inhalte, Quellen, Finanzierung und auch den Produktionsalltag in den Redaktionen. Dieser Wandel hat nicht nur Auswirkungen auf die klassischen Medien Zeitung, Hörfunk- und TV-Stationen, sondern auch auf deren »Lieferanten«: Die Nachrichtenagenturen. Immerhin stammt nach Schätzungen des International Press Institutes (2005) wenigstens die Hälfte aller Artikel, die in einer Tageszeitung erscheinen, von den Nachrichtenagenturen; für das Nachrichtenmaterial im Fernsehen und Radio gilt dies in noch größerem Maße.

## **Die heutige Rolle der Agenturen**

Aber sind Nachrichtenagenturen vor dem Hintergrund dieses Wandels überhaupt noch überlebensfähig oder haben sie Ihre Bedeutung für das Mediensystem in Deutschland längst verloren?

In einer Delphi-Studie befragte die Autorin Mitglieder der Geschäftsführung, Chefredaktionen und Redaktionsleitungen von Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Hörfunk- und TV-Stationen, Onlineredaktion sowie Wissenschaftler, wie sich die Nachrichtenagenturen in Deutschland vor dem Hintergrund des Wandels im Journalismus in den kommenden zehn Jahren entwickeln werden (siehe Kasten »Wissenschaftliche Methode«) und skizzierte auf Basis der Ergebnisse ein Szenario für die Zukunft.

## **Nachrichtenagenturen als »Gatekeeper«**

Insgesamt zeigte sich, dass die Nachrichtenagenturen auch weiterhin ein zentraler Anker im Journalismus in Deutschland sind. Rund Dreiviertel der Teilnehmer erwartet, dass die Agenturen für ihre Arbeit in den Redaktionen auch künftig von gleichbleibender Bedeutung sein werden. Als Grund für diese Prognose nennen die Teilnehmer die Rolle der Nachrichtenagenturen als »Gatekeeper« oder »Vorsortierer«. Zugleich schätzen sie, dass es sich bei dem Material der Nachrichtenagenturen um verlässliche Nachrichten handelt. Ein Mitglied der Geschäftsführung einer Zeitung fasst das so zusammen:

»Die Sammlung, Strukturierung und zeitnahe Zurverfügungstellung geprüfter und von Medien mehr oder weniger direkt übernehmbarer Texte sowie von multimedialen Elementen kann ausschließlich durch Organisationen wie Nachrichtenagenturen bewältigt werden. Die Arbeitsverdichtung in den abnehmenden Redaktionen macht eine ande-

# Nachrichten

re Arbeitsweise unmöglich. Weitere Informationsquellen wie Webseiten, deren Wahrheitsgehalt dann aber immer erst überprüft werden muss, können allenfalls Ergänzungen darstellen.«

Ein anderer Zeitungschefredakteur betont, für ihn sei »nicht abzusehen, dass künftig über einen anderen Kanal als über die Nachrichtenagenturen Informationen in dieser Qualität, Seriosität und Schnelligkeit geliefert werden.«

## Das Rückgrat der Berichterstattung

Die Teilnehmer der Gruppe Online prognostizieren eine schwindende Bedeutung. Ihre Argumente: Verlagerung des Berichterstattungsschwerpunktes auf regionale und lokale Themen, verbunden mit dem Trend weg vom austauschbaren Agenturmaterial und hin zu mehr exklusiven eigenen Inhalten eine schwindende Bedeutung der Agenturen. Zugleich schätzen sie die Agenturen als »Rückgrat der aktuellen Berichterstattung«, »Sicherheitsnetz zur Verge- wissung« und »seriöse Quelle«.

Für die Fachleute von Radio und Fernsehen sind die Nachrichtenagenturen vor allem als »Korrektiv und Ideengeber« für eigene Geschichten wichtig. Nach Ansicht eines Leiters einer Fernsehnachrichtensendung werden »Social Media und andere Quellen aus dem Netz eine starke Ergänzung und Konkurrenz zu Nachrichtenagenturen. Sie vermitteln unmittelbare Eindrücke, teilweise mit Augenzeugenqualität. Die schnelle Zugriffsmöglichkeit auf Bewegtbild ist für ein TV-Nachrichtenmagazin besonders attraktiv, was die Konkurrenz im Netz betrifft. Nachrichtenagenturen werden aber immer die Leitplanke der Gründlichkeit bleiben.«

## dpa als Liebling der Redaktionen

Trotz dieser Zufriedenheit und der mehrheitlich positiven Einschätzung für die Zukunft zeigt die Studie deutliche Unterschiede bei der Prognose für die einzelnen Nachrichtenagenturen auf dem deutschen Markt, der mit seinen zum Zeitpunkt der Erhebung der Studie zwei Vollagenturen und zwei Komplementäragenturen als der weltweit am härtesten umkämpfte Markt der Nachrichtenagenturen

galt. Zum Vergleich: In anderen Ländern bietet meist nur eine Nachrichtenagentur ihre Dienste an.

Die Vollagentur dpa wird auch in Zukunft der Liebling der Redaktionen bleiben. Die Mehrheit der Befragten – und dabei vor allem Experten aus den Bereichen Zeitung, Radio und Online – prognostiziert, dass dpa auch in zehn Jahren nicht verzichtbar sein wird. Immerhin jeder Vierte meint aber, dass dpa dann zumindest eher verzichtbar sein wird.

Die zweite Vollagentur dpaD hätte das Potential gehabt, ihre Beliebtheit noch weiter zu steigern und war – zumindest bis zur ersten Insolvenz – auf einem guten Weg, sich zum unverzichtbaren Partner für die Medienkunden zu entwickeln. Denn die Mehrheit der Befragten prognostizierte, die Agentur werde mindestens »eher nicht verzichtbar« sein. Dabei gaben die Experten von TV und Radio eine deutlich positivere Einschätzung ab als die Experten von Zeitung und Online.

*»Social Media und andere Quellen aus dem Netz werden eine starke Ergänzung und Konkurrenz zu den Nachrichtenagenturen werden.«*

## WISSENSCHAFTLICHE METHODE

In einer Delphi-Studie im Rahmen einer Dissertation bei Prof. Klaus Meier am Institut für Journalistik an der TU Dortmund wurden Experten aus Nachrichtenagentur-, Zeitungs-, Hörfunk-, TV- und Onlineredaktionen sowie aus der Wissenschaft anonym befragt, wie sie die Zukunft der Nachrichtenagenturen in Deutschland einschätzen. Teilgenommen haben in der ersten Befragungsrunde im Sommer 2011 insgesamt 111 und in der zweiten Runde im Spätherbst des gleichen Jahres 74 Mitglieder von Chefredaktionen, Redaktionsleitungen sowie Geschäftsführungen. In der Befragung thematisierte Gebiete waren unter anderem die künftige Rolle und Bedeutung der Nachrichtenagenturen auf dem Medienmarkt, redaktionelle Veränderungen, Themen-, Inhalts- und Angebotsspektrum, Geschäftsmodelle und Kundenkreise sowie Publikums-/Kundenorientierung der Nachrichtenagenturen.

Die beiden Komplementäragenturen AFP und Reuters schneiden insgesamt weniger gut ab; die Mehrheit der Befragten halten diese Agenturen künftig für tendenziell eher verzichtbar. Rund 63 Prozent der Experten schätzen AFP als mindestens eher verzichtbar ein; bei Reuters sind es mit 55 Prozent etwas mehr als die Hälfte.

**Vom Wettbewerb zum »Agenturkrieg«**

Erst 2010 kam es auf dem Nachrichtenagenturmarkt in Deutschland zu einem einschneidenden Umbruch, als die kleine Agentur Deutscher Depeschendienst ddp mit der deutschen Tochter der amerikanischen Weltagentur Associated Press AP zur Vollagentur dapd fusionierte und somit statt vier Komplementäragenturen und einer Vollagentur plötzlich jeweils zwei Voll- und Komplementäragenturen auf dem Markt waren. Der Agenturkampf war eröffnet. Zahlreiche rechtliche Auseinandersetzungen, Klagen und Personaldebatten unter den Agenturen folgten und zeigten, wie erbittert der vom damaligen AFP-Geschäftsführer Wortmann als »Agenturkrieg« bezeichnete Kampf der Agenturen bis zur Insolvenzanmeldung des dapd im Oktober 2012 geführt wurde.

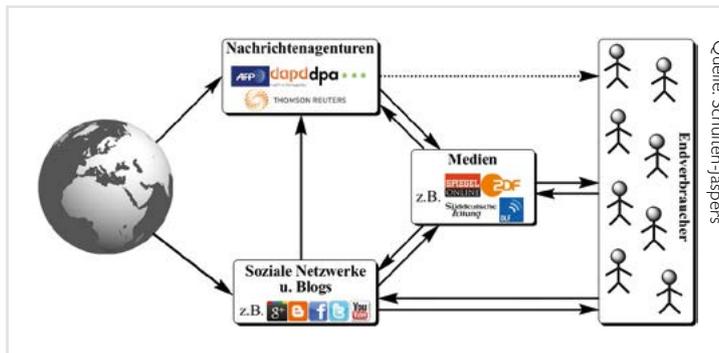
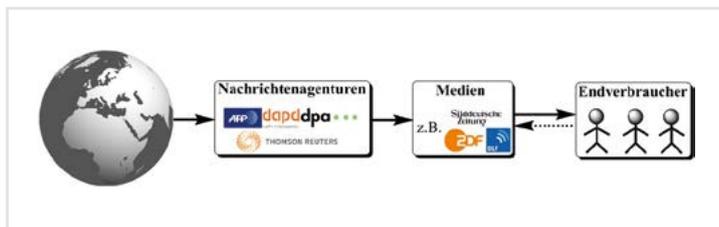
Die Delphi-Experten prognostizierten in diesem Zusammenhang, dass es zu mindestens einer weiteren Reduzierung auf dem Markt innerhalb der nächsten zehn Jahre kommen werde. Rund 65 Prozent der Experten gingen von einer Reduzierung auf drei

Agenturen innerhalb der nächsten zehn Jahre aus; sogar jeder Fünfte prognostizierte, dass es zu diesem Zeitpunkt nur noch zwei Agenturen geben wird. Die Kompletteneinstellung des dapd zeigt, dass sich die Prognose der Delphi-Experten bereits bewahrheitet hat.

Doch nicht nur durch die Konkurrenz untereinander werden die Nachrichtenagenturen weiterhin auf den Prüfstand gestellt. Auch die Konkurrenz aus dem Internet setzt sie unter Druck. Nicht überraschend, dass fast 85 Prozent der Befragten in den Onlinenachrichtenportalen tendenziell eine Konkurrenz sehen; für mehr als die Hälfte der Experten ist sogar klar, dass es sich dabei um eine (starke) Konkurrenz handelt.

**Kundenportale und journalistische Qualität**

Nicht zuletzt aufgrund der beschriebenen Entwicklungen und einer zu beobachtenden stärkeren Publikumsorientierung der Medien werden sich die Nachrichtenagenturen in Zukunft noch stärker an den Wünschen und Ansprüchen der Kunden orientieren, etwa über ein Kundenportal oder andere Tools. Fast 90 Prozent der Experten gehen von einem positiven Einfluss eines Kundenportals auf die Qualität der Produkte der Nachrichtenagenturen aus – ein Ergebnis, das die beiden Agenturen Reuters und AFP, die bislang kein solches Portal betreiben, nachdenklich stimmen sollte. Vor allem Zeitungsexperten erwarten eine große Qualitätssteigerung der Produkte nach Einführung solcher Portale. Die Kunden können durch gezielte Fragen und Wünsche an die Redaktion (via Kundenportale) nun noch leichter und schneller Einfluss auf die Angebote der Nachrichtenagenturen nehmen. Trotzdem werden die Agenturen ihre Produkte auch künftig hauptsächlich aus Eigeninitiative produzieren. Laut der Prognose werden in Zukunft jedoch rund 20 Prozent des Angebots auf durch spezielle Anregungen und Wünsche entstandene Auftragsarbeiten beruhen. Das wird die Nachrichtenagenturen zumindest ein Stück weit deutlicher als jetzt zu einem »work-on-demand«-Anbieter machen.



Die sozialen Netzwerke und Blogs haben die Beziehungen zwischen Nachrichtenagenturen, Medien und Endverbrauchern verändert.

Quelle: Schulten-Jaspers

### Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten

Angesichts der Umbrüche auf dem Markt wurde in der Befragung auch nach den künftigen ökonomischen Entwicklungen der Agenturen gefragt. Unverändert zeichnet sich für die Zukunft jedoch nicht ein perfektes Geschäftsmodell für die Nachrichtenagenturen ab. Stattdessen werden weiterhin mehrere Modelle nebeneinander existieren. Die Mehrheit der Befragten hält die Modelle »genossenschaftlicher Zusammenschluss« sowie die des »privaterwerbswirtschaftlichen Unternehmens« für am besten geeignet. Eine Aktiengesellschaft wurde dagegen als eher ungeeignet empfunden, während das Modell einer Förderung durch eine Stiftung zumindest als eine mögliche neue Variante angesehen wird. Ausgeschlossen wird dagegen eine Subvention der Nachrichtenagenturen durch den Staat; lediglich etwa jeder Zehnte befindet diese Art der Finanzierung als künftig geeignet oder zumindest eher geeignet.

Rund 52 Prozent gehen davon aus, dass die Agenturen ihren Umsatz künftig hauptsächlich abseits ihres Kerngeschäfts, nämlich durch Tochterunternehmen und Beteiligungen, machen werden. Dass die Nachrichtenagenturen sich vor diesem Hintergrund auch dem Endverbraucher als Kunden zuwenden werden, erscheint zumindest als möglich, wenn gleich laut Prognose der Mehrheit der Experten die Agenturen aber nicht vermehrt den Endverbraucher in den Fokus nehmen werden.

### Redaktionelle Umstellung auf Newsrooms

Ähnlich wie in den Redaktionen ihrer Kunden haben auch in den Redaktionen der Agenturen bereits Umbrüche stattgefunden. Damit einhergehend ist häufig eine Umstrukturierung auf das Konzept eines Newsrooms, was sich nach Ansicht von mehr als 80 Prozent der Experten positiv auf die Qualität der Produkte der Nachrichtenagenturen auswirkt. In solchen Newsrooms werden die Agenturjournalisten künftig nicht mehr dauerhaft in strikt festgelegten Ressorts, sondern nur temporär in festen thematischen Gruppen arbeiten. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass es zu einer deutlichen Aufweichung der Strukturen kommen wird. Als die beiden künftig zentralen Qualitätskriterien bei der Arbeit der Agenturen werden Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit empfunden. Das lange Zeit wichtigste Merkmal für Nachrichtenagenturen, die

Schnelligkeit, wird dagegen künftig weniger wichtig. Dabei bleibt eine eher nachrichtlich geprägte Sprache auch in Zukunft der Standard.

### Agenturen als multimediale Dienstleister

Auch im Bereich der Produkte und des Angebotes der Nachrichtenagenturen lassen sich einige Trends ablesen. So ist deutlich zu erkennen, dass sich die Agenturen künftig noch mehr zu einem multimedialen Dienstleister entwickeln werden, der Inhalte in zahlreichen Formaten und für unterschiedliche Betriebskanäle – auch mobile Endgeräte – produziert und anbietet.

Inhaltlich wird der Schwerpunkt der Berichterstattung weiterhin auf dem aktuellen Geschehen liegen. Die Studienteilnehmer prognostizieren, dass der aktuelle Dienst künftig mehr als 70 Prozent des Gesamtangebots ausmachen wird.

Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass nahezu 30 Prozent des Angebots aus dem Bereich des Nicht-Aktuellen stammen wird, nämlich aus Ratgeber- und Servicestücken.

### Mehr bunte und vermischte Themen

Thematisch wird sich der Schwerpunkt der Berichterstattung insgesamt mehr zu den vermischten und bunten Themen unter anderem über Prominente und Lifestyle verschieben, was auf eine zunehmende Boulevardisierung der Agenturen hindeutet. Rund 90 Prozent der Befragten prognostiziert eine Steigerung im Bereich Kurioses, Kriminalität und Bunt; im Bereich Promis und Lifestyle sind es rund 80 Prozent. Die Bereiche Politik, Wirtschaft und Sport behalten weitgehend ihre Bedeutung in der Berichterstattung. Klarer Verlierer ist der Themenbereich Kultur: Mehr als die Hälfte aller Befragten rechnet mit einem Bedeutungsverlust, rund 32 Prozent erwarten keine Veränderung im Vergleich zum jetzigen Stand. Für die Berichterstattung in allen Themenbereichen werden Soziale Netzwerke und Blogs zusätzlich zu den klassischen Quellen an Bedeutung gewinnen, sagen neun von zehn Befragten. ■

*Die zentralen Qualitätskriterien von Nachrichtenagenturen werden zukünftig Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit sein.*

*Yasmin Schulten-Jaspers hat an der TU Dortmund im Bereich Journalistik promoviert. Sie arbeitet als Wissenschaftlerin, Dozentin und freie Journalistin. Ihr Buch »Zukunft der Nachrichtenagenturen. Situation, Entwicklungen, Prognose« erscheint im August im Nomos Verlag.*



# Witwenschütteln

*Persönlichkeitsrechte gegen öffentliches Interesse. Damit beschäftigt sich die Ziffer 8 des Pressekodex. Eine Neuerung soll für mehr Klarheit sorgen. Doch Soziale Netzwerke erschweren dies.*

VON ILKA DESGRANGES

**A**xt-Killer zieht aus dem Mord-Haus ins Schloss«. Diese Überschrift bei *Bild.de* sitzt. Was hat ein Mörder in einem Schloss zu suchen? Das wird wohl die Frage der meisten Leser gewesen sein. Emotion wirkt – Boulevard-Macher wissen das. Hinter der reißerischen Überschrift verbirgt sich das tragische Schicksal eines Rentners und seiner Frau. Die beiden waren 48 Jahre lang verheiratet, dann griff der 76-Jährige zur Axt und tötete sie. In der Printausgabe von *Bild* waren Fotos des Ehepaares zu sehen. Online war auch vom Umzug des Täters in ein Schloss zu lesen; er war statt ins Gefängnis in eine Seniorenresidenz mit dem Namen »Schloss Gleusdorf« eingewiesen worden.

Der Deutsche Presserat sprach gegen die Printausgabe und gegen die Online-Ausgabe eine öffentliche Rüge aus. Der Hintergrund: Der alte Mann litt unter Demenz und unter einer wahnhaften Psychose; das wurde im

Gerichtsverfahren festgestellt. Folglich gilt er als schuldunfähig. In der Veröffentlichung der Fotos von Täter und Opfer

sah der Presserat einen schweren Verstoß gegen Richtlinie 8.1 des Pressekodex. Insbesondere, so das Gremium in der Begründung, spreche die Schuldunfähigkeit des Täters gegen die Veröffentlichung. Die Entscheidung erging im März dieses Jahres.

## Die Novellierung der Ziffer 8

Ebenfalls im März 2013 hat das Gremium die veränderte Version von Ziffer 8 des Pressekodex verabschiedet, die dem Schutz der Persönlichkeit gilt.

Neu an der Ziffer zu Persönlichkeitsrechten ist unter anderem: Sie enthält einen eigenen Passus zur Kriminalberichterstattung, in dem auch beschrieben wird, wann es ein berechtigtes öffentliches Interesse an der Veröffentlichung von Angaben gibt, die Täter und Verdächtige identifizierbar machen. Darin heißt es: »Liegen konkrete Anhaltspunkte für eine Schuldunfähigkeit des Verdächtigen oder des Täters vor, soll auf eine identifizierende Berichterstattung verzichtet werden.«

## Eine Tat von starkem öffentlichem Interesse

Die Rechtsabteilung von *Bild* und *Bild.online* – beide hatten zwischen 2012 und 2013 in insgesamt fünf Artikeln über das Ermittlungsverfahren und den Prozess gegen den 76-Jährigen berichtet – sahen keinen Verstoß gegen Ziffer 8 des Pressekodex. Ihre Begründung: Der »grausame Mordfall« habe deutschlandweit Entsetzen ausgelöst. Die Tat habe sich nicht im Haus, sondern im einsehbaren Garten abgespielt; das steigere das öffentliche Interesse. Ein Großaufgebot von Polizei habe zudem für große Aufmerksamkeit gesorgt.

Ein weiteres Argument: Der Täter sei erst ohne Unkenntlichmachung abgebildet worden, als der Prozess bereits für großes Aufsehen gesorgt habe. Aufgrund der Grausamkeit der Tat habe ein großes öffentliches Interesse daran bestanden, das Ausmaß der strafrechtlichen Konsequenzen zu erfahren. Zudem, argumentierte die Rechtsabteilung weiter, sei vom ersten Verhandlungstag an in der Berichterstattung immer von der Schuldunfähigkeit die Rede gewesen.

Der Deutsche Presserat wiederum führte zur Begründung seiner Rüge unter anderem an: Insbesondere durch die Fotos seien die Betroffenen für einen großen Personenkreis erkennbar geworden.

*Liegen konkrete Anhaltspunkte für eine Schuldunfähigkeit vor, soll auf eine identifizierende Berichterstattung verzichtet werden.*

# & Social Media

Gemäß Richtlinie 8.1. Absatz des Pressekodex veröffentlichen die Presse in der Regel keine Informationen, die eine Identifizierung von Opfern und Tätern ermöglichen würde. Die Veröffentlichung des Opferfotos sei presseethisch nicht zulässig, weil das Opfer keine Person von zeitgeschichtlicher Bedeutung war. Auch an der Veröffentlichung des Täterfotos bestehe kein überwiegendes öffentliches Interesse, weil zum Zeitpunkt der Berichterstattung bekannt gewesen sei, dass der Täter möglicherweise nicht schuldfähig sei.

## Die Rolle der Sozialen Netzwerke

Beschwerden zu Ziffer 8 sind sehr häufig Beschwerden über die Veröffentlichung von Fotos. Soziale Netzwerke spielen dabei eine immer größere Rolle, denn hier lassen sich häufig Fotos von Tätern und Opfern finden. Stellt sich die Frage, wann Zeitungen oder Zeitschriften sie veröffentlichen dürfen. Dazu zwei Fälle aus dem Jahr 2012.

»Philipp hatte keine Chance, als sich ein Lkw in seinen Opel schob«. Auf dem Foto zum Artikel der B.Z. über eine Massenkarambolage auf der Autobahn sieht man Philipp, einen 32-jährigen Zahntechniker aus Berlin, in T-Shirt, kurzer Hose und mit Sonnenbrille – quicklebendig. Daneben ist ein Foto von der Unfallstelle zu sehen.

Nun kennt man den Begriff und den Sachverhalt des »Witwenschüttelns«. Journalisten suchen Angehörige direkt nach Unfällen auf und überreden sie, ihnen Fotos der Verunglückten auszuhändigen. Das ist in Zeiten der Sozialen Netzwerke oft gar nicht mehr nötig. Opferfotos finden sich auf Facebook. So auch das Foto des Zahntechnikers. Der Deutsche Presserat hat für diesen Fall, in dem eine nicht-öffentliche Rüge ausgesprochen wurde, folgende Argumente zusammengetragen: Für Unfälle gilt aus presseethischer Sicht das Gebot der zurückhaltenden Berichterstattung. Dieses Gebot

wurde verletzt. Und: Es gibt kein öffentliches Interesse an einer identifizierenden Berichterstattung. Der Presserat sah Ziffer 8 – Schutz der Persönlichkeit – verletzt. Hier sei insbesondere Richtlinie 8.1 (2) genannt: »Opfer von Unglücksfällen oder von Straftaten haben Anspruch auf besonderen Schutz ihres Namens. Für das Verständnis des Unfallgeschehens bzw. des Tathergangs ist das Wissen um die Identität des Opfers in der Regel unerheblich. Ausnahmen können bei Personen der Zeitgeschichte oder bei besonderen Begleitumständen gerechtfertigt sein«.

Im Fall des verunglückten 32-Jährigen hatten die Eltern einen Rechtsanwalt eingeschaltet, der sich mit einer Beschwerde an den Presserat wandte. Die Hinterbliebenen seien geschockt gewesen, als sie den Unfallbericht als Aufmacher der Zeitung gesehen hätten. Das Bild des Opfers sei dessen Facebook-Seite entnommen worden und stehe in keinem Zusammenhang mit dem Unfallgeschehen. Eine Einwilligung hierzu sei nicht eingeholt worden. Das Foto habe den Mann unbeschwert im Urlaub gezeigt. Der Anwalt beanstandet das Verhalten der Zeitung, deren Vertreter im Umfeld der Wohnung des Opfers recherchiert habe. Nachbarn und auch der Arbeitgeber seien befragt worden. Auch das sei presseethisch nicht vertretbar.

## Ein Thema mit zeitgeschichtlicher Relevanz

Der Geschäftsführende Redakteur der Zeitung argumentiert damit, es sei der schwerste und folgen-



Die Schuldunfähigkeit des Täters hielt Bild nicht davon ab, ein Foto des Rentners zu veröffentlichen. Hier zu sehen ein Screenshot mit einem unkenntlichen Foto des Täters..

reichste Massenunfall auf dem im Verbreitungsgebiet liegenden Abschnitt der Autobahn gewesen. Witterung (Nebel), Jahreszeit, Fahrbahn und Verkehrsverhältnisse hätten dem Thema zeitgeschichtliche Relevanz und ein großes öffentliches Interesse verliehen. Den Vorwurf reißerischer Berichterstattung weist die Redaktion zurück. Sie habe reine Fakten aus öffent-

*Das Foto des Unfallopfers stammt von Facebook. Man habe vergeblich versucht, die Hinterbliebenen zur Einwilligung zu erreichen*

lich zugänglichen Quellen – etwa Polizei- und Agentur-Berichte – verwendet. Sie räumt jedoch ein, dass sie das

Foto des Unfallopfers von dessen Facebook-Account habe. Sie habe vergeblich versucht, die Hinterbliebenen wegen der Einwilligung zur Bildveröffentlichung zu erreichen. Daraufhin habe man eine erlaubnisfreie Nutzung nach Paragraph 23, Absatz 2, Ziffer 1, des Kunst-Urheberrechts-Gesetzes (KUG) angenommen. Grund: Bei der Massenkarambolage handele es sich um ein Ereignis der Zeitgeschichte und das Foto verunglimpfe nicht das Andenken des Opfers.

Gleichwohl habe sich die Redaktion gegenüber den Beschwerdeführern verpflichtet, das Foto nicht mehr zu veröffentlichen. Bedauerlicherweise sei die entsprechende Anweisung zunächst nicht umgesetzt worden. Dafür bitte die Zeitung um Entschuldigung.

Der Beschwerdeausschuss des Presserates ist der Meinung, die Zeitung habe gegen Ziffer 8 des Pressekodex (Persönlichkeitsrechte) verstoßen. Der Beschwerdeausschuss spricht eine nicht-öffentliche Rüge aus. Das Foto des Unfallopfers durfte nicht gezeigt werden. Die Hinterbliebenen hätten keine

Einwilligung erteilt, das Bild aus Facebook zu entnehmen und zu veröffentlichen. Aus Rücksichtnahme auf deren Gefühle sei bei identifizierender Berichterstattung über Unfallopfer größtmögliche Zurückhaltung geboten. Im Sinne von Richtlinie 8.1, Absatz 2, haben diese besonderen Anspruch auf den Schutz ihres Namens. Gleiches gilt für ihre Abbildung, denn für das Verständnis des Unfallgeschehens ist das Wissen um die Identität der Opfer in der Regel unerheblich. Auch wenn es sich bei dem Unfall um ein spektakuläres Ereignis gehandelt hat, überwiegen bei der Abwägung die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen das öffentliche Interesse.

### Der Fall Costa Concordia und Facebook

Recherche in Sozialen Netzwerken ist nicht in jedem Fall zu beanstanden. *Bild.de* hat einen Artikel auf einen Eintrag bei Facebook gestützt. Eine Beschwerde darüber erachtete der Presserat für unbegründet. In diesem Fall ging es um das Kentern des Kreuzfahrtschiffes Costa Concordia, das den Tod vieler Menschen verursachte und die Presse über Wochen nachhaltig beschäftigte, nicht zuletzt wegen der Frage, wie stark das Verhalten des Kapitäns zum Unglück beigetragen hat. Bei der Recherche in Facebook wurden die *Bild*-Journalisten fündig. Die Schwester eines Mitarbeiters der Gastronomie auf dem Kreuzfahrtschiff hatte gepostet: »In Kürze wird die Costa Concordia mit meinem Bruder sehr, sehr nahe an uns vorbeifahren. Ein Riesengruß an meinen Bruder, der in Savona von Bord gehen wird, um ein bisschen Urlaub zu genießen.« *Bild.de* schrieb von einem »unfassbaren Eintrag.«

Die Beschwerde, die den Deutschen Presserat wegen des Artikels und der Verwendung des Facebook-Eintrages darin erreichte, hielt das Gremium für »unbegründet«. Die Überschrift lautet:

»Mein Bruder fährt gleich ganz dicht an uns vorbei«. Der Autor des Beitrages konzentriert sich darauf, wie es zu dem Unglück kommen konnte. Er wirft die Frage auf, ob der Kapitän mit dem später verhängnisvollen Manöver einem Oberkellner und dessen Familie eine Freude bereiten wollte. Der Autor berichtet, er habe bei Facebook den unfass-



Ein Facebook-Eintrag könnte Aufschluss geben über Ursache des Concordia-Unglücks.

baren Eintrag einer »Patrizia« – Schwester des Oberkellners – gefunden. Dieser besagte im vollen Wortlaut: »In Kürze wird die Concordia mit meinem Bruder sehr, sehr nah an uns vorbeifahren. Ein Riesengruß an meinen Bruder, der in Savona von Bord gehen wird, um ein bisschen Urlaub zu genießen«. Im Beitrag werden der Name des Oberkellners, sowie der Facebook-Name seiner Schwester (»Patrizia«) und der Wohnort der Familie (Giglio) genannt. Ein Leser der Zeitung sieht die Ziffer 8, Richtlinie 8.1, des Pressekodex verletzt. Die Nennung der Namen und des Wohnortes der Familie des Oberkellners verletze massiv deren Persönlichkeitsrechte.

### Ungeschützte Einträge auf Facebook

Die Rechtsvertretung des Verlages teilt mit, die genannten Einzelheiten gingen im Wesentlichen auf Facebook-Eintragungen zurück. Außerdem seien diese Details bereits von italienischen Online-Redaktionen auf verschiedenen Internetseiten veröffentlicht worden. Der Verlag vertritt die Auffassung, dass das öffentliche Interesse an dem Schiffsunglück höher einzustufen sei als die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Wer seine Informationen auf Facebook ungeschützt einstelle, sei mit der Wiedergabe der dort von ihm selbst veröffentlichten Informationen einverstanden.

Angesichts des Verdachtes, dass der Kapitän möglicherweise das Schiff absichtlich gefährlich nah an die Küste steuerte, um einem führenden Mitarbeiter einen Gefallen zu tun, hält der Beschwerdeausschuss die identifizierende Berichterstattung vom öffentlichen Interesse gedeckt. Der private Facebook-Eintrag der Schwester des Oberkellners durfte veröffentlicht werden, da ein großes öffentliches Interesse an der Aufklärung des Unglücks bestand. Generell bekräftigt der Presserat, dass persönliche Nachrichten auf einem zugänglichen Netzwerk-Profil nicht ohne weiteres veröffentlicht werden dürfen.

Die Redaktion sei immer in der Pflicht, zwischen der schützenswerten Privatheit Betroffener und dem öffentlichen Interesse abzuwägen. Der nicht ausreichende Schutz eines Netzwerk-Inhalts sei nicht gleichbedeutend mit einer unbeschränkten Erlaubnis oder einer allgemeinen Einwilligung Betroffener in die Presseveröffentlichung.

Ausschlaggebend sei, dass ein konkreter Sachbezug zwischen dem Unglück bzw. seiner möglichen Ursache und der Nachricht bei Facebook bestehe.

Das öffentliche Interesse überwiege hier gegenüber dem Schutz der Privatsphäre der Betroffenen.

### Ethische Leitplanken für die Redaktionen

Hier – wie auch in vielen anderen Fällen – stellt sich die Frage: Was ist öffentliches Interesse? Ziffer 8 des Pressekodex soll Redaktionen bei der Einschätzung Hilfestellung geben. Die Novellierung der Ziffer soll

»klarere ethische Leitplanken für die Redaktionen liefern.« Wurden bisher Täter und Opfer sozusagen »in einem Atemzug« genannt, werden sie jetzt getrennt voneinander behandelt.

Es gibt neuerdings eine eigene Richtlinie zur Kriminalberichterstattung. Ebenfalls eine eigene Richtlinie zielt auf Kinder und Jugendliche und deren besonderen Schutz. Insbesondere in der Berichterstattung über Straftaten und Unglücksfälle sollen sie in der Regel nicht identifizierbar sein. Mögen die Leitplanken für die Redaktionen nun auch klarer sein, Formulierungen wie »in der Regel« machen die Richtlinien dann doch wieder zur Auslegungssache.

### Die Beschwerdestatistik

Durch die Neufassung von Ziffer 8 des Pressekodex hat sich einiges verbessert. Diejenigen allerdings, die sich bisher schon nicht scheuten, Fotos von Verunglückten, Sterbenden und Toten zu zeigen, wird sie auch zukünftig nicht davon abhalten.

Schaut man sich die inhaltlichen Schwerpunkte der ersten Sitzung des Presserates von 2013 am 13. März an, ist festzustellen, dass von sieben Rügen sechs Rügen Ziffer 8 betreffen. Doch können solche Zahlen am Anfang eines Beschwerdejahres noch keinen Aufschluss geben über eine Tendenz. Die Beschwerdestatistik aus dem Jahr 2012 sieht Ziffer 8 auf »Rang 4«. Von den insgesamt 1.137 Beschwerden, die anhand des Kodex zu prüfen waren, bezogen sich 143 auf Ziffer 8. Die meisten zu prüfenden Beschwerden (386) gab es zu Ziffer 9: Schutz der Ehre – eine recht hohe Zahl, die auf Massenbeschwerden wegen einer satirischen Darstellung des Papstes zurückzuführen ist. ■

*Der Verlag meint, wer seine Informationen ungeschützt auf Facebook einstelle, sei mit der Wiedergabe einverstanden.*

*Dr. Ilka Desgranges war von 2004 bis 2006 Sprecherin des Deutschen Presserats. Sie ist Ressortleiterin bei der Saarbrücker Zeitung und Lehrbeauftragte an der Universität des Saarlandes.*



# Wahlporträt

*Ein Presseverlag ist so dreist und publiziert Porträts von Wahl-Kandidaten nur dann, wenn diese Anzeigen schalten oder cash bezahlen. Krass, denken Sie? Krass fand dies auch der Schweizer Presserat.*

VON MAX TROSSMANN

**D**arf eine kostenlos verbreitete Zeitung von Parlaments-Kandidaten Geld dafür verlangen, dass sie deren Wahlprogramm als redaktionellen Artikel wiedergibt? Selbstverständlich nicht, denkt der regelkonforme Journalist. Gute Idee, dachte indessen ein sogenannter »Verkaufsfachmann« vom Verlag Effingerhof in Brugg im Kanton Aargau.

## Ein Juso stellt sich quer

Im Oktober 2012 stand wie alle vier Jahre die Wahl der Volksvertreter des Aargauer Parlaments bevor (vergleichbar einem deutschen Landtag). Ende August fabrizierte der Verlagsverkäufer ein Schreiben an die Kandidaten: Die Gratis-Zeitungen *Rundschau Nord* und *Rundschau Süd* würden an alle Haushalte des nordöstlichen Aargau verteilt. Im Oktober seien Sonderseiten über die anstehenden Wahlen geplant. »Eine ideale Plattform also, sich den Wählerinnen und Wählern mit einem Kandidatenporträt zu präsentieren.« Dem Antwortvordruck entnahmen die Kandidaten, dass der Abdruck ihres Porträts und ihrer Thesen gratis seien – vorausgesetzt, sie würden Anzeigen in den Blättern schalten oder 550 Franken (rund 440 Euro) überweisen. Diesen Brief erhielt

auch Florian Vock, Präsident der Aargauer Jungsozialisten. Statt ein Inserat zu schalten, schaltete der Juso-Chef den Schweizer Presserat ein.

Das Vorgehen des Verlages hat Methode. Bereits 2011 hatte Effingerhof im Vorfeld der Wahlen zum Schweizer Parlament den Kandidaten ein solches Angebot gemacht – damals noch zum Preis von 350 Franken. Die Porträts wurden publiziert, ohne die Leserschaft darüber zu informieren, dass es sich um bezahlte Beiträge handelte. Die Zeitung *Sonntag* berichtete im September 2011 darüber und zitierte die Chefredakteurin des Gratisblatts; sie fand die Publikation bezahlter Beiträge im redaktionellen Teil völlig »unproblematisch«.

## Frei von Schuldbewusstsein

Florian Vock fürchtete nun, bei den Porträttexten für die Kantonswahl 2012 werde der Verlag die bezahlte PR wieder nicht kenntlich machen. Er sah in seiner Beschwerde vor allem Ziffer 10 des Schweizer Pressekodex verletzt: die Trennung von Werbung und Information. Die Richtlinie 10.1 erklärt die deutliche Trennung als unabdingbar für die Glaubwürdigkeit der Medien: »Inserate und Werbesendungen sind gestalterisch von redaktionellen Beiträgen klar abzu-

heben. Sofern sie nicht optisch/akustisch eindeutig als solche erkennbar sind, müssen sie explizit als »Anzeigen«, »Werbung«, »Werbereportagen«, »Werbespots« oder durch andere dem Publikum geläufige

### Die Kosten sind kostenlos, wenn Sie:

- 0 Bereits für mind. Fr. 550.- Inserate im General-Anzeiger disponiert haben. Bitte stellen Sie mir die Porträtfragen per Mail an folgende Adresse zu:
- 0 Bereits sind Fr. 550.- für Inserate im General-Anzeiger zu disponieren. Bitte stellen Sie mir die Porträtfragen per Mail an folgende Adresse zu:
- 0 Werde kein Inserat schalten, bezahle aber Fr. 550.- für mein Porträt. Bitte teilen Sie mir die Porträtfragen per Mail an folgende Adresse zu:

In seinem Schreiben listet der Verlag genau auf, zu welchen Konditionen ein Kandidatenporträt zu haben ist.

# gegen Vorkasse

vergleichbare Begriffe deklariert werden. Journalisten dürfen diese Abgrenzung nicht durch Einfügen von Schleichwerbung in der redaktionellen Berichterstattung unterlaufen.« Die Richtlinie 10.2 untersagt zudem die Koppelung des redaktionellen Inhalts mit der Werbung.

Der Verlag zeigte sich in seiner Antwort auf die Beschwerde an den Presserat uneinsichtig. Verlags-Geschäftsleiter und Chefredakteurin wiesen die Beschwerde als unbegründet zurück. »Alle Kandidaten konnten zu den gleichen vier Fragen Stellung nehmen. (...) Kandidatinnen oder Kandidaten, deren Partei oder sie persönlich im Umfang von CHF 550 (...) während der Wahlkampfphase inserierten, wurde die Publikation zugesichert.« Kandidaten, die nicht inserierten, hätten hingegen keinen Anspruch auf Publikation. »Mit einem kurzen Einführungstext ist es für die Leserschaft nachvollziehbar, dass es sich nicht um eine vollständige Übersicht über alle Kandidaten handelt.«

## Die Einleitung täuscht die Leser

Tatsächlich porträtierten die beiden Zeitungen am 4. Oktober 2012 unter dem Titel »Grossratswahlen 2012. Countdown läuft« 23 Kandidaten. Ein Porträt des Beschwerdeführers Vock war natürlich nicht darunter. Der Einleitungstext lautet: »In der Rundschau äussern sich Kandidierende verschiedener Parteien zu wichtigen Fragen. Machen Sie sich selber ein Bild über die Kandidierenden und lesen Sie, was diesen politisch momentan am wichtigsten ist.«

Der Presserat entschied rasch und sprach eine scharfe Rüge aus (*presserat.ch*, 78/2012): Die Aktion des Verlags widerspreche dem Gebot der strikten Trennung zwischen redaktionellem Inhalt und Anzeigen. Und sie pervertiere den demokratischen Auftrag der Presse. Das berufsethische Gremium fand deutliche Worte: »Das Vorgehen des Verlags Effingerhof, die Vorstellung von Kandidierenden an eine wirtschaftliche Gegenleistung zu knüpfen, ist nicht nur demokratiepolitisch höchst bedenklich, sondern verstößt auch in stoßender, krasser Weise gegen das Prinzip der Trennung von redaktionellen und kommerziellen Inhalten.«

Der Rat forderte Verlag und *Rundschau*-Redaktionen dringend auf, ihre Praxis zu ändern. Und präzisiert: »Wird die Publikation eines Kandidatenporträts an die Schaltung eines Inserats geknüpft, ist dieses Porträt zwingend als »Werbung«, »Inserat« etc. zu kennzeichnen.« Wenn eine Redaktion nur eine Auswahl der Kandidaten porträtieren wolle, dürften keine wirtschaftlichen Gründe maßgebend sein, sondern allein journalistische, etwa die Relevanz einer Kandidatur.

## Glaubwürdigkeit in Gefahr

Bereits 2007 hatte der Schweizer Presserat deutlich gemacht, dass die strikte Trennung zwischen Anzeigenteil und redaktionellem Teil nicht nur für den Journalismus, sondern ebenso für die Verlage essentiell sei. Denn Werbung wirkt am besten in einem glaubwürdigen redaktionellen Umfeld (Entscheid 1/2007).

Damals hatten sich profilierte Journalisten der französischsprachigen Schweiz als Gruppe »Info en danger« (Info in Gefahr) organisiert und sich an das Selbstkontrollorgan gewandt. Die Journalisten beschwerten sich wegen der zunehmenden Vermischung redaktioneller und werblicher Aussagen. Die französischsprachige Kammer des Rats lud darauf Chefredakteure, Verlags- und Marketingkader zu Hearings. Deren Fazit: Der verschärfte Wettbewerb der Medien, der Auftritt von Gratis-Zeitungen und die Evolution des Internets hätten die wirtschaftliche Lage verändert. Inserenten verlangten neue Formen, um ihre Inhalte möglichst ähnlich wie die redaktionellen Texte erscheinen zu lassen: Unterschiede in Schrift und Gestaltung für sogenannte Publireportagen würden eingegeben, Koppelungsgeschäfte angeregt, sogar »Herstellungsbeiträge« für firmenbezogene Artikel offeriert.

Diese Tendenz veranlasste 2007 die Konferenz der Chefredakteure, einen »Code of Conduct« auszuarbeiten, mit dem erklärten Ziel, gegenüber der Leserschaft Transparenz zu schaffen. Diesen Kodex haben seither zahlreiche Verlags- und Werbehäuser unterzeichnet. Nur nicht der Verlag Effingerhof. Dort signiert man lieber regelwidrige Werbebriefe. ■

*Max Trossmann  
ist Historiker  
und Publizist  
sowie Vizepräsident  
des Schweizer  
Presserats.*



# Immer mit der

*Schon die vage Idee des Landes NRW über eine Stiftung zur Förderung des Journalismus sorgt für Streit. Politik und Verleger stehen sich dabei unversöhnlich gegenüber. Ein Plädoyer für eine offen geführte Debatte.*

VON STEFFEN GRIMBERG

Für die einen ist es ein »Tabubruch« und schleichendes Gift für die freie Presse, für die anderen ein konstruktives Angebot im Zeichen der Zeitungskrise. Die in Nordrhein-Westfalen geplante »Stiftung Vielfalt und Partizipation« erhitzt schon lange vor ihrer Geburt die Gemüter. Und dass beide Seiten auch noch laut »Wehret den Anfängen!« rufen, macht die Lage nicht wirklich klarer. Die einen, das sind die vielen Verlagsgeschäftsführer und Chefredakteure, die sich so

*Verlagsgeschäftsführer und Chefredakteure befürchten eine politische Einflussnahme auf die redaktionelle Arbeit.*

deziert wie wortmächtig vor nach ihrer Lesart drohenden staat- und parteilichem Einfluss auf die redaktionelle Arbeit fürchten. Die anderen arbeiten in der NRW-Landesregierung und wollen mit ihrer Stiftung Angebote machen, um »Meinungsvielfalt vor Ort auch künftig zu sichern«, so NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) Anfang Juni beim Kölner Medienforum: »Es ist allemal besser, ein solches innovatives Projekt zu starten, als schlicht und einfach dabei zuzusehen, wie journalistische Vielfalt wegschmilzt.«

Das noch ungeborene Kind der NRW-Medienpolitik soll dabei Ausbildung und Kompetenzen, aber auch Journalismus und Recherche fördern, vor allem im Lokalen. Noch ist die von NRW-Medienstaatssekretär Marc Jan Eumann (SPD) erdachte Stiftung gar nicht auf der Welt, sondern nur im Entwurf des neuen Landesmediengesetzes grob umrissen. Der prompt entbrannte Streit ist dennoch schon beachtlich. Und setzte sich auch Mitte Juni bei der Netzwerk-

Recherche Jahreskonferenz fort, wo sich Eumann der Kritik aus dem WAZ-Konzern, aber auch von »Ruhrbaron«-Blogger Stefan Laurin stellte. Falls das neue NRW-Landesmediengesetz wie geplant kommt, wird sich die »Stiftung Vielfalt und Partizipation« – zunächst finanziert mit eher mageren 1,6 Millionen Euro – ab 2014 um Weiterbildung von Journalisten und Recherchestipendien kümmern. Gleichmaßen für neue wie alte Medien – also auch für Zeitungen. All dies gibt es natürlich längst auch anderswo. Aber nicht in dieser Trägerschaft, was erbitterte Kritik auf den Plan ruft: Staatsknete für die Presse, jetzt auch in Deutschland.

## **Beitragsfelder für Zeitungen?**

Dabei hatte die rot-grüne Landesregierung schon bei der ersten, noch reichlich wolkigen Vorstellung ihrer Pläne im vergangenen November von einer direkten Finanzierung der Stiftung durch das Land Abstand genommen. Doch auch das neue Konstrukt vermag die Kritiker nicht zu besänftigen – und machte zudem noch ein ganz neues Fass auf. Laut dem Entwurf des neuen NRW-Mediengesetzes soll nun die Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen den öffentlichen Finanzierungsanteil von 1,4 Millionen Euro übernehmen. Die ist – wie alle Landesmedienanstalten – in erster Linie für die Zulassung und Aufsicht beim privaten Rundfunk zuständig. Und wird aus der zu Jahresanfang von der Rundfunkgebühr zum Rundfunkbeitrag mutierten Abgabe finanziert. Anstatt direkter »Staatsknete« nun also »Beitragsknete« für Zeitungen?

Die Stiftungsidee wird auch im Vorstand von Netzwerk Recherche kontrovers diskutiert, zumal rechtlich umstritten bleibt, ob eine solche Mittelverwendung nach dem Rundfunkstaatsvertrag über-

# Ruhe

hauptsächlich möglich ist. Das weiß auch Eumann, weshalb die Landesregierung mehrfach Anlauf nahm, den entsprechenden Gesetzesparagrafen zu ändern. Doch damit beißt er bislang sogar in der eigenen Partei auf Granit. Auch der mächtige WDR pocht darauf, Mittel aus dem Rundfunkbeitrag dürften nur »in einem funktionalen Zusammenhang mit der Gesamtveranstaltung Rundfunk« verwendet werden – Umweg über die Landesmedienanstalt hin oder her.

## Immer neue Sparrunden

Sollte man die Stiftungsidee also besser heute als morgen abschreiben, zumal die Verlegerseite nicht müde wird zu beteuern, das bislang bestenfalls schemenhaft erkennbare »Leistungsspektrum« in Sachen Vielfalt und Transparenz löse keines ihrer Probleme?

Egal was man von der Sache an sich hält: Diese Variante springt zu kurz. Denn es geht ja gerade nicht um das Geschäftsmodell der Verleger, die Zeitung. Selbst wenn die avisierte Summe von 1,6 Millionen Euro pro Jahr noch durch Zuwendungen von Dritten und Spenden steigt: Es ist nicht viel mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Eine »Rettung« in Schiefelage geratener Titel ist mit solchen Beträgen nicht möglich und war auch nie vorgesehen. Es geht vielmehr um den Journalismus. Das ist ein großer Unterschied.

Und hier ist eine Debatte überfällig, auch und gerade weil auf Verlegerseite im regionalen bzw. lokalen Bereich kaum journalistische Ansätze zur Bewältigung des digitalen Wandels zu sehen sind. Sondern lediglich kaufmännisch auf die Veränderungen im Markt reagiert wird: durch immer neue Sparrunden, das Zusammenlegen, Verkaufen oder Aufgeben von Lokalausgaben. Diesen Kurs hat Wilhelm Klümper, stellvertretender Chefredakteur der WAZ, bei der Jahreskonferenz noch einmal eindrucksvoll unterstrichen. Doch gerade beim jetzt zur Funke-Gruppe umbenannten WAZ-Konzern kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das früher einer Lizenz zum Gelddrucken gleichkommende Geschäft mit der lokalen Zeitung derzeit auf Verschleiß gefahren wird, um die Renditen in bewährten Höhen zu halten.

Die Warnung vor zu viel Staat – genauer: zu viel politischem Einfluss – im Journalismus gilt es dabei ernst zu nehmen, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten: Eumann hat mittlerweile mehrfach erklärt, dass in den operativen Gremien der Stiftung – also beispielsweise in denen, die über die Vergabe von Stipendien, etc. entscheiden – definitiv keine Politiker sitzen werden. Und wer in der Aufhängung über die Landesmedienanstalt per se mangelnde Staatsferne sieht, entzieht so dem kompletten privaten wie öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen journalistischen Leistungen das Vertrauen.

## Nicht immer gleich »Tabubruch« schreien!

Dies ist dabei kein uneingeschränktes Plädoyer für eine »Stiftung Vielfalt und Partizipation«, dazu ist das ganze Gebilde noch einfach viel zu unkonkret. Ganz abgesehen davon, dass die Frage, ob Stiftungen, gleich welcher Art, im Lokalen überhaupt einen wirksamen Beitrag zum Erhalt publizistischer Vielfalt leisten können, ebenfalls noch unbeantwortet ist. Was spricht aber beispielsweise dagegen, Ideen wie eine von lokalen Initiativen oder Vereinen getragene journalistische Plattform mit einem möglichen Stiftungsangebot zu kombinieren? Eine Diskussion hierüber wäre jedenfalls hilfreicher als der aktuell zelebrierte »Tabubruch«-Streit. Wobei dies die persönliche Meinung des Autors ist, nicht die Position des Netzwerk Recherche.

Hannelore Kraft hatte die Stiftungsidee übrigens schon auf dem Medienforum 2012 präsentiert – natürlich noch ein bisschen unkonkreter als heute. Doch dass hier öffentliches Geld im Spiel sein würde, war auch seinerzeit schon klar. Damals wurde der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, NRW-Verleger Helmut Heinen (*Kölnische Rundschau*), mit den Worten zitiert, er würde sich nicht von jedem helfen lassen – von Frau Kraft aber schon. ■

*Debatte ist überfällig, weil Verlage im Regionalen kaum journalistische Ansätze zur Bewältigung des digitalen Wandels präsentieren.*

*Steffen Grimberg ist Mitglied bei Netzwerk Recherche, war von 2000-2012 Medienredakteur der taz und arbeitet seitdem für das Medienmagazin ZAPP im NDR-Fernsehen.*



# Die Top-Ten des

In jedem Quartal stellt Message die besten Bücher aus der Feder von Journalisten vor – ein Projekt des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.



**1. Thomas de Maizière im Gespräch mit Stefan Braun: Damit der Staat den Menschen dient. Über Macht und Regieren. München: Siedler Verlag 2013, 384 Seiten, 22,99 Euro**

Das Interview gehört seit Jahrzehnten zu den gebräuchlichsten journalistischen Vermittlungsformen. Dies wird man, auch wenn es längst zur Routine geworden ist, lebhaft als essentiellen Traditionsbestand des Journalismus begrüßen dürfen – wenn denn der Interviewer das Fragen versteht und der Befragte wirklich etwas zu sagen hat.

Die Gespräche, zu denen sich der Parlamentsredakteur der *Süddeutschen Zeitung* mit dem langjährigen Berufspolitiker und deutschen Verteidigungsminister im Sommer und Herbst 2012 traf, dürfen durchaus als Sternstunde einer solchen Konstellation gelten. Die inhaltliche Substanz dieses Buches gebietet seinen beachtlichen Umfang: In Thomas de Maizière sitzt Stefan Braun ein Politiker gegenüber, der ein erfahrungsgesättigtes, komplexes Wissen von verblüffender thematischer Breite hat, sich keiner Frage entzieht und um souveräne, offene, kompetente Urteile nicht verlegen ist. Nicht einmal das lei-

dige Problem der Autorisierung stellte sich: Er stand, als er die Gespräche in geschriebener Form noch einmal las, zu seinem Wort. Und auch der Interviewer verhielt sich vorbildlich: durch die Kürze seiner meisten Fragen und die Dichte der einleitenden und verbindenden Texte. So gelang spektakulär, was das Vorwort ankündigt: »Erzählte Geschichte«.

**2. Michael Götschenberg: Der böse Wulff? Die Geschichte hinter der Geschichte und die Rolle der Medien. Kulmbach: Plassen Verlag 2013, 286 Seiten, 19,90 Euro**

Pflichtlektüre! Das Buch handelt von Christian Wulffs Karriere als Bundespräsident, von fatalen Fehlern, katastrophalem Krisenmanagement, von Kumpanei mit dem Boulevard und einer medialen Treibjagd bis zur öffentlichen Vernichtung. Michael Götschenberg, seit 2010 politischer Korrespondent und Leiter des gemeinsamen Hauptstadtstudios von RBB, MDR, Radio Bremen und Saarländischem Rundfunk, untersucht kritisch das Verhalten Wulffs und seiner Berater, von Politik und Justiz, vor allem aber die Rolle der Medien. Er sprach mit rund 60 Personen, die meisten wollten nicht namentlich zitiert werden. Vermintes Gelände!

Da besteht Aufklärungsbedarf. Wer Transparenz bei anderen einfordert, muss auch selbst zur Wahrheitsfindung beitragen. Zu hinterfragen ist nicht nur die Rolle der üblichen Verdächtigen, sondern auch die Haltung von Qualitätsblättern, die zu Komplizen geworden waren. Es geht um Maßlosigkeit, Allmachtsgefühle und Herdentrieb des Journalismus und um Vorverurteilung, Ruf- und Existenzzerstörung. Im kollektiven Shitstorm kam es zum Stromausfall in den publizistischen Leuchttürmen. Bei Lichte besehen verlieren die heroischen Jagdszenen von gestern an Glanz. Es bleiben viele offene Fragen über Verantwortung und Glaubwürdigkeit.



»Für *Bild* zählt am Ende, was sich verkauft – und nur das. Der »gute Wulff« hat sich in Niedersachsen jahrelang gut verkauft, im Bellevue entwickelt sich das »Geschäftsmodell« jedoch unvorteilhaft für die *Bild*-Zeitung. Wulff erfüllt die Erwartungen von *Bild* nicht, was zu einer Phase der wachsenden Entfremdung führt. Als *Bild* sich aufgrund der Recherchen auch anderer Medien zur Hausfinanzierung der Wulffs regelrecht gezwungen sieht, ihn fallen zu lassen, fällt ihr der Abschied von Wulff nach Monaten der Enttäuschungen leicht. Sie entwickelt die Geschäftsbeziehung einfach neu: Die »Cashcow« Wulff wird neu erfunden – aus dem guten Wulff wird einfach der böse Wulff gemacht, der sich am Ende sogar besser verkauft als je zuvor.«

Michael Götschenberg: *Der böse Wulff? Die Geschichte hinter der Geschichte und die Rolle der Medien*. Kulmbach: Plassen Verlag 2013, S.245

# Buchjournalismus

## 3. Manfred Schmidt: Reisereportagen. Mit einem Beitrag von Lorient. Oldenburg: Lappan Verlag 2013, 348 Seiten, 19,95 Euro

Manfred Schmidt, 1999 gestorben, wäre 2013 hundert Jahre alt geworden. Ist er nicht längst vergessen? Zumindest dürfte Nick Knatterton, der berühmte Meisterdieb, im Gedächtnis geblieben sein, dessen aufregende Abenteuer eben dieser Manfred Schmidt aufzeichnete. Er wurde mit dieser James-Bond-Parodie zu einem der originellsten Comic-Zeichner. Jetzt legt sein Verlag anlässlich dieses Jahrestages eine Neuedition von Reportagen vor. Das bedarf der doppelten Rechtfertigung: 1913 geboren, gehörte Schmidt einer Generation an, die sich dem Nationalsozialismus nicht entziehen konnte. Zum anderen: Können diese in den 60er und 70er Jahren zu Bestsellern gewordenen satirischen Reisereportagen als Nachdrucke aus der 1948 gegründeten Illustrierten *Quick* noch mit Vergnügen gelesen werden?

Manfred Schmidt musste mitmachen in der Propagandawelt des Joseph Goebbels. Nach 1945 hat er das nie verleugnet, sondern versuchte, mit seinen journalistischen Talenten dem demokratischen Lernprozess im Nachkriegsdeutschland zu dienen. Politisch positionierte er sich ganz links. Bleibt die Haltbarkeitsprobe: Manche z. B. topografische Angaben sind natürlich veraltet, aber der Stil dieses Comicjournalisten ist unnachahmlich und amüsiert auch heute noch, von den genialischen Zeichnungen ganz abgesehen. Dazu sind diese Reportagen, gerade ob ihres Alters, eine verblüffende Quelle zur Kulturgeschichte der reisewütigen deutschen Nation.

### Unser Spezialtipp: Fremdsprachiger Journalismus in der Übersetzung.

**John D'Agata / Jim Fingal: Das kurze Leben der Fakten. Aus dem Englischen von Andreas Wirthensohn. Mit einem Nachwort von Harald Staun. München: Carl Hanser Verlag 2013, 175 Seiten, 19,90 Euro**

Nur wenige Rezensenten haben es bemerkt: Für dieses Buch wurde eine Metastory inszeniert und die geht so: John reicht bei der Literaturzeitschrift »The Believer« eine Reportage über einen Selbstmord

in Las Vegas ein, für deren Stimmigkeit er Fakten »anpasst«. Der als Fact-Checker volontierende Praktikant Jim macht sich dogmatisch an die Arbeit. Sieben Jahre lang bekriegen sich die beiden via E-Mail und kämpfen um jede Zahl, um jedes Wort. Das Layout des Buchs findet dafür eine adäquate Darstellung: Auf der Seite stehen wenige Zeilen aus dem Reportagetext und rundherum der vollkommen ausgeuferte Kampf zwischen Fakten und Erzählung.

Entstanden ist eines der eindrucksvollsten Lehrbücher über journalistische Wirklichkeit, Manipulation, Fakten und deren Überprüfung. Der Band macht Schreiber kritischer und Leser klüger. Ein lehrreicher Schwundel mit Mehrwert. Tatsächlich stimmt der Ausgangskonflikt, er dauerte 6 bis 12 Monate, so genau können D'Agata und Fingal – Fakten? – das nicht sagen.

## PLATZ 4 BIS 10

4. Udo Reiter: Gestatten, dass ich sitzen bleibe. Mein Leben. Berlin: Aufbau Verlag 2013, 248 Seiten, 19,99 Euro
5. Navid Kermani: Ausnahmezustand. Reisen in eine beunruhigte Welt. München: Verlag C. H. Beck 2013, 253 Seiten, 19,95 Euro
6. Werner Sonne: Staatsräson? Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet. Berlin: Propyläen 2013, 250 Seiten, 19,99 Euro
7. Sandro Benini: Drogen, Krieg, Mexiko. Der gefährlichste Ort der Welt. Basel: Echtzeit Verlag 2013, 252 Seiten, 24,00 Euro
8. Katharina Stegelmann: Bleib immer ein Mensch. Heinz Drossel. Ein stiller Held 1916-2008. Berlin: Aufbau Verlag 2013; 256 Seiten, 19,99 Euro
9. Hans-Ulrich Grimm: Garantiert gesundheitsgefährdend. Wie uns die Zucker-Mafia krank macht. München: Droemer 2013, 304 Seiten, 18,00 Euro
10. Joel Berger: Der Mann mit dem Hut. Geschichten meines Lebens. Aufgezeichnet von Heidi-Barbara Kloos. Tübingen: Klöpfer & Meyer 2013, 384 Seiten, 25,00 Euro



Zusammengestellt von Prof. Dr. Hannes Haas und Prof. emer. Dr. Wolfgang R. Langenbacher.

Hannes Haas ist Beiratsmitglied von *Message*.



## Nachrichten

### Skepsis und Vorsicht

**Markus Beiler: Nachrichtensuche im Internet: Inhaltsanalyse zur journalistischen Qualität von Nachrichtensuchmaschinen. Konstanz; München: UVK 2013, 490 Seiten, 59 Euro.**

VON ALBRECHT UDE

**N**achrichtensuchmaschinen arbeiten anders als die bekannten Universalsuchmaschinen: Sie durchsuchen nur bestimmte Websites (eben die mit Nachrichten), die aber sehr häufig. Sie wollen gerade die neuesten Texte im Web präsentieren.

Wegen ihrer großen Nutzung ist die Frage nach ihrer Qualität gut und wichtig. Markus Beiler untersucht sie in seiner Dissertation »Nachrichtensuche im Internet«. Nach umfassenden Erörterungen zur Qualitätsforschung identifiziert er sechs deutschsprachige Suchmaschinen, die kostenfrei, ohne Zusatzsoftware und ohne Login mit einem normalen Browser benutzt werden können. Es sind die heutigen Bing News, Google News, Netzeitung Newssuche, Paperball, Yahoo Nachrichten und Web.de Nachrichten. Keine davon publiziert ihre Quellenliste.

Beiler fragt nach den Kriterien Transparenz, Vielfalt, Aktualität und Relevanz, die breit erläutert werden. Dazu hat er (im Jahr 2005) zu fünf Themengebieten je 1-2 unverknüpfte Suchworte über 12 Tage täglich abgefragt und die jeweils ersten 20 Ergebnisse untersucht – zusammen mit mindestens 46 studentischen Hilfskräften. Insgesamt 6.960 Suchtreffer bilden die Testmenge, eine bemerkenswert hohe Zahl. Demgegenüber auffallend gering die Zahl von nur 323 Quellen (einem »Bruchteil« der indizierten Medien).

Klugerweise stellt Beiler kein Ranking der News-Search-Engines (NewsSE) auf – die Ergebnisse fallen je nach Kriterium unterschiedlich aus – sondern beschreibt die Problematik der NewsSE insgesamt (Fazit, S. 369 ff): Sie bieten keine echte Transparenz, nur eingeschränkte Vielfalt und geringe Quellenvielfalt (oft »Meinungsführer«). Zudem enthalten sie auch PR-Material, und die Beiträge sind durchschnittlich anderthalb (!) Tage alt. Dass Algorithmen keine inhaltliche Relevanz simulieren können, ist klar. NewsSE ändern jedoch die Wahrnehmung

von Journalisten und verstärken selbstreferentielle Tendenzen bis hin zur Beeinflussung des journalistischen Handwerks: Wenn Medien beginnen, so zu schreiben, dass das »Ranking« gut ausfällt. Viele Gründe für Skepsis und Vorsicht.

Es wäre wünschenswert, wenn Beiler seine fundierten Erkenntnisse in einem konzisen Aufsatz für Praktiker zusammenfasste. Denn eine Bemerkung muss sein: Dissertationen, vulgo Doktorarbeiten, deren Sinn nicht darin liegt, einen Titel zu bekommen, um dann die Karriere zu befördern, sondern die Wissenschaft und deren Streben nach Wahrheit und Erkenntnis voranzubringen, sind ja per se begrüßenswert.

Wären sie doch nur leichter lesbar! Auch in einer Dissertation ist es kein Problem, statt von »reliablen Kriterien« von »verlässlichen« zu schreiben. Verständlichkeit tut der Wissenschaftlichkeit keinen Abbruch! Und auch das nachvollziehbare Streben des Promoventen zu beweisen, wie sehr er die Literatur seines Fachgebietes (hier der Kommunikationswissenschaft) durchdrungen hat, kann beim Leser eine gewisse Sättigung hervorrufen.

*Albrecht Ude ist freier Journalist, Researcher, Recherche-Trainer und Blogger.*

## Ratgeber

### Wie recherchiert man?

**Catherine Boss; Dominique Strebel (Hrsg.): Recherche in der Praxis. Zürich: Saldo-Ratgeber 2013. 244 Seiten, 39 Franken.**

VON MICHAEL HALLER

**D**er Schweizer Buchverlag Saldo hat mit seinen Autoren ein sehr gutes Händchen, wenn es um Ratgeberbücher geht. Seit mehreren Jahren ist das von Peter Studer und Rudolf Mayr von Baldegg verfasste »Medienrecht für die Praxis« auf dem Markt, inzwischen in der 4. Auflage, und für Schweizer Journalisten ein Standardwerk – auch deshalb, weil es ein ungewöhnlich übersichtliches, klug strukturiertes, didaktisch gemachtes Buch ist, das mit einer (bei Büchern fast unbekannt) Griff-Registrierung ausgestattet ist. Natürlich erfüllt auch der Inhalt alle Anforderungen an einen Ratgeber: gut verständliche, kohärente und fachlich kompetente



Stichwort-Beiträge gaben dem Buch hohen Praxiswert. Nun hat Saldo einen zweiten Band vorgelegt: Catherine Boss und Dominique Strebel haben das Kompendium »Recherche in der Praxis« zusammengestellt. Auch dieses Buch weist gestalterisch dieselben Vorzüge auf wie das oben genannte (statt der Griff-Registrierung gibt es eine vom Telefonbuch bekannte Kapitelmarkierung in der Marginalien-Spalte). Der Untertitel nennt das fürs Recherchieren treffende Lernprogramm: »Informanten zum Reden bringen, Fakten hart machen und Missstände aufdecken.« So weit, so gut.

Die Herausgeber nutzen etwa die Hälfte des Buches für Einführungen in die verschiedenen Recherchierverfahren (wie: Internetrecherche, Umgang mit amtlichen Dokumenten, Auswerten öffentlicher Register, Archive und Literatur). Der zweite Teil behandelt Fachrecherchen: Politik, Wirtschaft, Justiz, Lokales, Ausland, merkwürdigerweise auch »Konsumentenjournalismus« und »Fernsehrecherche«. Erfahrene KollegInnen – unter anderen Monica Fahmy, Anna Gossenreiter, Peter Johannes Meier, Leo Müller – schreiben hier über ihre Arbeitsweise, geben spezielle Hinweise und Tipps sowie je ein Recherchebeispiel aus der Praxis. Dies macht das Buch sehr vielfältig.

Die vielen Autoren erzeugen zugleich eine der beiden Hauptschwächen des Buches: Fast jeder der Fremdautoren hat in seinem Berufsleben eigene Faustregeln entwickelt, die er nun – meist ohne nähere Begründung – als allgemeingültig präsentiert. Dadurch wirkt das Buch in methodischer Hinsicht heterogen, mitunter trivial und oft auch redundant. Bei einer wissenschaftlichen Anthologie ist das nicht schlimm, doch bei Hand- und Lehrbüchern ist sowas kontraproduktiv.

Der zweite Schwachpunkt ist gravierender und betrifft das Grundverständnis des Recherchierens, das im ersten Kapitel »Recherchemethode« zur Einführung ausgebreitet wird. Allen Ernstes wird hier einzig die »Recherchentese« als basale, zentrale Methode vorgestellt. Damit werde verhindert, »dass man vor lauter Fakten die Story nicht mehr sieht – ein Fehler bei vielen Recherchen«, schreibt Dominique Strebel (S.8). Das Gegenteil ist richtig: Vor lauter Story-Geilheit werden allzu oft die Fakten übersehen, ausgeklammert, falsch gedeutet, verdreht und verbogen. Es gibt zahllose Beispiele für Thesenrecherchen, die zu Lügengeschichten geführt haben. Die derzeit

bekannteste in Deutschland ist jene von den »Döner-Morden«: Die Recherchentese der Polizei und der Journalisten lautete: Rechtsradikale bekennen sich zu ihren Taten, nutzen sie als Propaganda; da es zu den Morden, die alle mit derselben Schusswaffe erfolgten, keine Bekennerbriefe oder Websites gibt, waren es keine Terroristen, sondern vermutlich Mitglieder einer geheimnisvollen türkischen Mafia. Es dauerte zehn Jahre, ehe diese These nicht nur als falsch, sondern als Irreführung erkannt wurde. Und auch dies nur, weil die Terroristen des NSU Zwickau als Bankräuber aufflogen. Es muss nicht so spektakulär sein: Woche für Woche lesen wir in Zeitungen und Magazinen hübsch geschriebene Geschichten, deren Thesen auf wackligen O-Beinen stehen.

Im Zeitalter des Internet und der Informationsüberflutung sollte jede gute Recherchearbeit – mehr denn je – mit der Überprüfung der Ausgangsinformationen beginnen und den Sachverhalt und die Quellen sichern. Bis zur fundierten These ist es ein weiter Rechercheweg – Und es ist nur einer neben anderen, die oftmals zielführender sind.

Fazit: Es ist bedauerlich, dass eine so gut gemeinte, so schön gelayoutete und beispielreiche Sammlung in ihrer bezweckten Funktion als Lehrbuch den journalistischen Nachwuchs mit diesem falschen Einmaleins in die Irre führt.

*Michael Haller ist  
Mitherausgeber von Message.*

## Grundlagen

### Forschung und Praxis

**Neuberger, Christoph; Kapern, Peter:  
Grundlagen des Journalismus. Reihe  
Kompaktwissen Journalismus. Wiesbaden:  
Springer VS 2013, 229 Seiten, 19,99 Euro.**

VON BEATRICE DERNBACH

**W**enn Praxis und Wissenschaft des Journalismus aufeinander treffen, dann sollte dies schon lange nicht mehr auf einem Konflikt basieren oder im Streit enden. Leider ist das noch immer nicht selbstverständlich. Der Journalistik-Professor Christoph Neuberger und der Praktiker Peter Kapern zeigen, dass es gut funktionieren kann, die unterschiedlichen Herangehensweisen und Per-





spektiven zu verknüpfen. Ihr in der Reihe Kompaktwissen Journalismus erschienenes Lehrbuch zu den Grundlagen des Journalismus basiert auf der »Programmatur (...) Praxis und Wissenschaft nicht gegeneinander auszuspielen, sondern zusammenzuführen, denn beide Seiten haben Wichtiges zu sagen« (14).

Ob das Buch als gut oder schlecht bewertet werden kann, hängt von den Erwartungen daran ab. Als Praktikerin erwarte ich eine an der Berufspraxis ausgerichtete Darstellung des journalistischen Alltags, der Standards und Routinen und der besonderen Ereignisse, die den Beruf so spannend machen.

Als Journalistikwissenschaftlerin erwarte ich eine an dem Berufsfeld orientierte Selektion wichtiger und einschlägiger Forschungsergebnisse, die erklären, warum etwas in der Praxis so ist wie es ist. Als dual interessierte und vorgebildete Leserin akzeptiere ich, dass dies nicht immer gelingt.

Am naheliegendsten und einfachsten ist noch, ein aus Sicht der Forschung und der Praxis buntes und zugleich differenziertes, aber gemeinsames Verständnis des Berufsbildes Journalist oder der journalistischen Darstellungsformen zu entwickeln. Herausfordernder hingegen ist die Verknüpfung des praktischen und wissenschaftlichen Verständnisses von Macht, Unabhängigkeit, Qualität, Objektivität und vom Publikum.

Die Erwartungen der Praktiker sind erfüllbar: Peter Kapern erzählt die Geschichten aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern in einem lockeren Stil, sie sind gut zu lesen, vor allem die eigens geführten Interviews geben ihnen ihren Mehrwert im Vergleich zur reichhaltigen anderweitigen Praktikerliteratur.

Christoph Neuberger gelingt es, die wesentlichen Erkenntnisse aus der Journalismusforschung bezüglich der ausgewählten Schlüsselbegriffe informativ zusammenzufassen. Aus wissenschaftlicher Sicht bietet das Buch keinen Mehrwert. Aber Wissenschaftler sind ja schließlich auch nicht die wesentliche Zielgruppe, sondern der Band richtet sich »an Berufsvertreter und all jene, die den Beruf ergreifen wollen«. Die zentrale Botschaft jedoch gilt für alle, und sie kann nicht oft genug wiederholt werden: Praktiker und Forscher sollten künftig häufiger in Teams zusammenarbeiten.

*Beatrice Dernbach ist  
Zeitungsredakteurin und Journalistik-  
Professorin an der Hochschule Bremen.*

## **Multimedia**

### **Der Wert des Rundfunks**

**Nicole Gonser (Hrsg.): Die multimediale Zukunft des Qualitätsjournalismus. Public Value und die Aufgaben von Medien. Wiesbaden: Springer VS 2013, 179 Seiten, 29,99 Euro.**

VON MARGRETH LÜENENBORG

Der Haupttitel führt ein wenig in die Irre – der Untertitel trifft es genauer: Welche Leistungen erbringt öffentlich-rechtlicher Rundfunk? Welchen spezifischen Mehrwert darf/muss das Publikum von ihm erwarten? Public Value, dieses normative Konstrukt eines spezifischen Mehrwerts des öffentlichen Rundfunks, bildet den strukturierenden Rahmen für die versammelten Beiträge aus der Kommunikationsforschung und der (österreichischen) Medienpraxis. Sie gehen auf eine Tagung an der FH Wien zurück, die zugleich ein Forschungsprojekt der Herausgeberin Nicole Gonser abschließt. Verbunden finden sich hier recht unterschiedlich angelegte Beiträge, in denen auf zwei Ebenen diskutiert wird: Einerseits – so leitet auch Wolfgang Langenbacher ein – steht die medienpolitische Frage nach der Legitimation des öffentlichen Rundfunks und seiner Zukunft in Zeiten der Medienkonvergenz im Mittelpunkt. Andererseits wird kommunikationswissenschaftlich gefragt nach den Voraussetzungen zur Weiterentwicklung von Public Value bei zunehmend segmentierten Publika und konvergenten Medienangeboten.

Im Vergleich von BBC, ARD/ZDF und ORF arbeiten Marlies Neumüller und Nicole Gonser die jeweiligen »Markenkerne« heraus: Unterscheidbarkeit und Vielfalt – externe wie interne – werden dabei als markante Charakteristika deutlich. Mit der Forderung nach Unterscheidbarkeit werden spezifische Anforderungen formuliert, vor allem an die Informationsprogramme des öffentlichen Rundfunks.

Die Autorinnen zeigen, dass auf Seiten der Rezipienten insbesondere die Erwartungshaltung gegenüber dem entsprechenden Sender die Wahrnehmung und Bewertung prägt. Noch also, so lässt sich schlussfolgern, verursacht ein öffentlich-rechtliches Branding positivere Bewertungen mit Blick auf Glaubwürdigkeit oder Seriosität. Noch, so muss betont werden, denn ein Blick von Regula Troxler auf jugendliche Nutzer macht deutlich, dass diese nicht nur seltener

erreicht werden, sondern auch spezifische, interessen- gebundene Anforderungen an öffentlichen Rundfunk adressieren. Erfrischend unorthodox diskutiert Katharina Kleinen-von Königslöw die Notwendigkeit, unterhaltende Medienangebote mit Blick auf ihren Beitrag zur öffentlichen Kommunikation des Politischen zu untersuchen. Was in den USA mit der Daily Show zum Alltag geworden ist – jüngere Nutzer beziehen aus diesem Comedy-Format wesentliche politische Informationen –, wird in der deutschsprachigen Forschung noch arg randständig betrachtet.

Thomas Steinmaurer und Christoph Neuberger befassen sich mit der Herausforderung, Public Value im Internet zu bestimmen. Jenen komplexen Prozess also, den der Drei-Stufen-Test in Deutschland zu operationalisieren versucht. Mit dem Vorschlag, Network Value als spezifische Leistung der Netzkommunikation einzuführen, macht Steinmaurer deutlich, dass es insbesondere technische und kommunikative Infrastrukturen sind, die über den (möglichen) Wert von Netzkommunikation entscheiden. Neuberger liefert konkrete Ansätze, um die spezifischen (journalistischen) Leistungen, die im Netz zur Verfügung stehen, messbar zu machen. Doch der Band versammelt keineswegs allein Befürworter einer wertorientierten Debatte. Stephan Ruß-Mohl plädiert rigide für eine Beschränkung der künftigen Optionen des öffentlichen Rundfunks im Netz und hält Public Value für schlicht nicht messbar.

*Margreth Lünenborg ist Professorin für Journalistik an der FU Berlin und Direktorin des Internationalen Journalisten-Kollegs.*

## **Medienlandschaft**

### **Ultrastabile Zeitungen!?**

**Katharina Heimeier: Eigentümerstrukturen deutscher Zeitungsverlage. Berlin; Boston: de Gruyter 2013, 421 Seiten, 99,95 Euro.**

VON HARALD RAU

**D**er deutsche Zeitungsmarkt ist – ganz unbehelligt von den verschiedenen Konzentrationsbewegungen der vergangenen 60 Jahre – undurchsichtig geblieben, und er beweist nach wie vor beeindruckende Vielfalt. Das zeigt nun einmal mehr Katharina Heimeier mit den »Eigentümerstrukturen Deutscher Zeitungsverlage«. Streckenweise liest sich

die Dissertation aus dem Jahr 2011 wie eine Reminiszenz, wie die historisch motivierte Bestandsaufnahme einer Welt, die längst eine andere zu sein scheint; eine Welt, in der die kommunikationswissenschaftliche Forschung nahezu ausschließlich eine Blickrichtung kennt – diejenige in die Zukunft. Die Autorin dagegen führt ihre Leser zu noch immer gültigen – und funktionsfähigen – Realitäten; sie zeigt, wie sich Verlage als ultrastabile Systeme präsentieren, die allen Unkenrufen zum Trotz weiter Überlebensfähigkeit beweisen. Dabei nimmt sie selbstbewusst den Konstruktivismus in die Hand, um auf theoretischer Grundlage zu zeigen, wo und wie Zeitungen sich neu erfinden dürfen.

Dies geschieht auf einem Weg, der diese Arbeit zu einer Perle macht: Sie argumentiert konsequent aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive. Das ist gut, das ist gerade mit der großen Zahl von Fallstudien und Vergleichen von deutschen und ausländischen Konzepten und Modellen ein wertvoller Beitrag zur Zeitungsforschung. Das in Hannover angesiedelte und von der DFG geförderte Projekt zur »Publizistischen Struktur der deutschen Tagespresse und ihrer Eigentümerstrukturen« wird sich daran messen müssen.

Man kann Katharina Heimeier die beiden Vorwürfe allzu sehr ausgelebter Zentrifugalkräfte und einer gewissen themenbezogenen Sprunghaftigkeit machen. Sie berührt vieles nur an der Oberfläche. Aber eines muss man ihr lassen: Einmal »angelesen« konnte der Rezensent das Buch so schnell nicht aus den Händen legen. Die Autorin versteht es, viele der Seitenaspekte sinnvoll zu integrieren, Fallbeispiele kurz und knapp auf strategische Konzepte zu beziehen. Besonders wertvoll ist dabei eine vergleichsweise einfache Studie: Katharina Heimeier hat sich sehr aufmerksam in die nordrhein-westfälischen Handelsregister hineingelesen – und sie zeigt damit, welche spannende Informationen aus einem vergleichsweise sperrig und langweilig anklingenden Medium zu ziehen sind. Es ist und bleibt bei einer rückwärts gerichteten Sichtweise – aber auch gegen diese Kritik würde sich die Autorin wehren und auf das siebte Kapitel »Strategien im Umbruch« verweisen. In der Tat: Dieses Kapitel liefert dem Zeitungspraktiker einen weiteren Grund hineinzulesen.

*Harald Rau ist Professor für Kommunikationsmanagement und leitet das Studienggebiet für Medienmanagement an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften.*



# Die Stimme der

*Karl Philipp Moritz sinnierte im 18. Jahrhundert über das »Ideal einer vollkommenen Zeitung«. Zwar konnte sich der Vordenker damit nicht durchsetzen. Die zeitgenössische Presse nahm seine Ideen dennoch auf.*

VON HOLGER BÖNING

Auf dieser Seite berichten Journalistik-Fachleute über Umbrüche und Sternstunden, die den Journalismus nachhaltig verändert und zum Berufsbild des Journalisten beigetragen haben.

Es ist im 18. Jahrhundert keine Besonderheit, dass auch die großen Dichter sich journalistisch betätigen und selbst als Zeitungsredakteure arbeiten, um ihr Brot zu verdienen. Namen wie Matthias Claudius mit seinem *Wandsbecker Bothen*, Gotthold Ephraim Lessing als Rezensent und Redakteur des »Gelehrten Artikels« der *Vossischen Zeitung* oder Friedrich Schiller, den Johann Friedrich Cotta als Chefredakteur einer von ihm projektierten neuen Zeitung zu gewinnen versuchte, sind berühmte Beispiele.

Als Zeitschriftenherausgeber und Zeitungsredakteur war auch Karl Philipp Moritz (1756-1793) tätig, berühmt ist sein *Magazin zur Erfahrungsseelenkunde* als ein Lesebuch für Gelehrte und Ungelehrte, in seinen Roman »Anton Reiser« ist manches aus seinem außergewöhnlichen Leben eingeflossen, die ärmliche Jugend des in Hameln Geborenen, die Lehre als Hutmacher, der mühsamhungerreiche Weg zu Bildung und akademischen Studien, auch die Versuche, sich als Schauspieler durchzuschlagen.

Auch einen epochemachenden Beitrag zur Geschichte der Zeitung und des Journalismus leistete er. Als Redakteur der *Königlich privilegierten Berlinischen Zeitung von Staats und gelehrten Sachen*, die nach ihrem Verleger allgemein nur die *Vossische Zeitung* genannt wurde, nahm er die zeitgenössischen Debatten über Volksaufklärung auf und dachte darüber nach, wie dazu die Zeitung zu nutzen wäre. Wenige Jahre vor der Französischen Revolution wurde die Frage, auf welche Weise eine aufgeklärte

Haltung auch an breite Bevölkerungsschichten vermittelt werden könne, unter Gelehrten viel diskutiert. Man kann von einem regelrechten Aufbruch in diesen Jahren sprechen, in denen sich hunderte Autoren in zahlreichen Volksschriften um die populäre Aufklärung mühten. 1784 erschien unter dem Titel »Ideal einer vollkommenen Zeitung« in Berlin eine kleine Schrift von 16 Seiten im Oktav, in der Moritz seine Vorstellungen zur Reform von Zeitung und Journalismus öffentlich machte. So sei »vielleicht unter allem, was gedruckt wird, eine öffentliche Zeitung oder Volksblatt, aus dem rechten Gesichtspunkte betrachtet, bey weitem das wichtigste.«

## »Unpartheyisch geprüft«

Moritz hat die originelle Idee, »daß eine einmal eingeführte und gelesene Zeitung vielleicht das beste Vehikel sey, wodurch nützliche Wahrheiten unter das Volk gebracht werden könnten.« Da er selbst aus dürftigsten Verhältnissen kam, wusste er, dass die Zeitung sich längst neben dem Kalender zum wichtigsten weltlichen Lesestoff auch einfacher Leser entwickelte hatte.

Moritz breitet aus, was das »Ideal einer vollkommenen Zeitung« erreichen könne: »Sie ist der Mund, wodurch zu dem Volke gepredigt, und die Stimme der Wahrheit, so wohl in die Palläste der Großen, als in die Hütten der Niedrigen dringen kann. Sie könnte das unbestechliche Tribunal seyn, wo Tugend und Laster unpartheyisch geprüft, edle Handlungen der Mäßigkeit, Gerechtigkeit, und Uneigennützigkeit gepriesen, und Unterdrückung, Bosheit, Ungerechtigkeit, Weichlichkeit und Ueppigkeit mit Verachtung und Schande gebrandmarkt würden.«

Dem Verständnis der meisten Zeitgenossen von den Aufgaben einer Zeitung entsprachen die Vorschlä-

Karl Philipp Moritz prägte mit seiner Idee die zeitgenössischen Presse.



Quelle: Gleimhaus/Halberstadt

# Wahrheit

ge des Berliner Journalisten allerdings nicht. »Freilich aber«, so schreibt Moritz deshalb auch, »müßte nun eine Zeitung, wodurch dieser Zweck erreicht werden soll, ganz anders beschaffen seyn, als irgend eine, die jemals noch bis jetzt ist geschrieben worden.« Bloße Bekanntmachungen will Moritz aufgegeben wissen, stattdessen soll aus dem »ungeheuren Umfange der Wissenschaften« dasjenige herausgehoben werden, was die »ganze Menschheit« interessiert.

In alle Lebensbereiche der unteren Stände will der Journalist Moritz hineinleuchten. »Die feierlichen und festlichen Zusammenkünfte des Volks, ja sogar seine Ausschweifungen in öffentlichen Häusern müßten nicht unbemerkt bleiben (...). Aber auch Elend und die Armuth in den verborgensten Winkeln muß aufgedeckt, und nicht aus einer falschen Empfindsamkeit vor unserm Blick in Dunkel eingehüllt werden. Das Elend, wenns einmal da ist, muß unter uns zur Sprache kommen, und auf Mittel gedacht werden, wie man demselben abhelfen kann!«

Neu und geradezu revolutionär waren die Vorschläge von Karl Philipp Moritz zur Gestaltung der eigentlichen Zeitungsnachrichten. Er verlangt eine Abwendung von den großen Staatsbegebenheiten und stattdessen eine stärkere Hinwendung zum »einzelnen Menschen«.

## Zeitungen greifen seine Idee auf

Wie weit es Karl Philipp Moritz auch um die politische Aufklärung der Leser ging, ist schwer zu sagen. In erster Linie dürften es pädagogische Gründe gewesen sein, die Moritz zu seinen Vorschlägen bewegten, doch sind die politischen Konnotationen und Folgen ebenso unübersehbar wie das notwendige Scheitern eines solchen Projektes in Preußen erahnbar.

Moritz bietet aufschlussreiche psychologische Beobachtungen, wenn er beispielsweise fragt, ob es nicht wichtiger sei, »einzelne Fakta von einzelnen Menschen zu sammeln, woraus einmal künftig große Begebenheiten entstehen können, als eine Menge von großen Begebenheiten zu erzählen, ohne zu wissen, wie sie entstanden sind?«

Brisant war eine weitere Überlegung, die Moritz zur Öffentlichkeit des Rechtswesens anstellt, die

durch Publizität zu gewährleisten sei: »Die öffentliche Handhabung der Gerechtigkeit, wobey uns erlaubt ist, Zuschauer zu seyn, müßte einen reichen Stoff zu wichtigen Beobachtungen hergeben. Und würde gewiß, gehörig bearbeitet, einen sehr interessanten Artikel in einer Zeitung für das Volk ausmachen.«

Dass Moritz seine innovativen Vorstellungen bei der *Vossischen Zeitung* nicht realisieren konnte, muss erwähnt werden, denn an Pressefreiheit oder gar öffentliche Kritik an Justiz und Gesetzgebung war unter Friedrich II. nicht zu denken. Seine Ideen bleiben aber für einen qualitätsvollen Journalismus bis heute erwägenswert, und sie hatten immerhin auch in der zeitgenössischen Presse praktische Folgen. In den eineinhalb Jahrzehnten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erschien ein halbes Hundert neugegründeter Zeitungen, die sich die Aufklärung der einfachen Leser zum Ziel stellten.

Viele dieser Zeitungen machten sich die Forderung von Moritz zu eigen, eine Zeitung müsse vorzüglich aus der »wirklichen Welt, die man täglich vor Augen sieht, herausgeschrieben werden«, vor allem sei die Berichterstattung so zu gestalten, dass Subjekt und Objekt von Handlungen erkennbar würden, denn »was heißt es nun, wenn man sagt: Frankreich hat dieses oder jenes beschlossen, u.s.w. als ob Frankreich ein selbstständiges handelndes Wesen wäre, daß so wie ein einzelner Mensch, wirklich etwas beschließen könnte. Giebt mir dies nun wohl mehr Stoff zum Nachdenken, als wenn es heißt: in Paris ist ein starker Hagel gefallen, oder in Metz hat das Gewitter eingeschlagen?«

Karl Philipp Moritz setzte sein bis 1793 dauerndes bewegtes Leben zunächst mit einer Reise nach Rom fort, um sodann mit einer Professur für die Theorie der Schönen Künste Lehrer von Ludwig Tieck, Wilhelm Heinrich Wackenroder und Alexander von Humboldt zu werden. ■

»Das Elend (...) muß unter uns zur Sprache kommen, und auf Mittel gedacht werden, wie man demselben abhelfen kann!«

*Holger Böning ist Professor für Neuere Deutsche Literatur und Geschichte der deutschen Presse an der Universität Bremen. In seinem Buch »300 Jahre Friedrich II.« widmet er Moritz ein eigenes Kapitel.*





**Christopher Weyant** studierte zunächst Politik und wollte eigentlich Anwalt werden. Nach fünf Jahren beim New Yorker Think Tank »Council on Foreign Relations« entschloss er sich zu einem Neuanfang und zur Selbstständigkeit als Cartoonist. Weyant lebt mit Frau und Tochter in Los Angeles und zeichnet unter anderem für den *New Yorker* und die Tageszeitung *The Hill*.

Weyants Cartoon thematisiert die systematische Überwachung von Journalisten in den USA. So überprüften Geheimdienste im letzten Jahr die Telefondaten der Nachrichtenagentur *Associated Press*. Bereits 2010 geriet Fox News-Reporter James Rosen ins Fadenkreuz der Ermittler. US-Justizminister Eric Holder rechtfertigte beide Spionagefälle mit der Suche nach Informanten, die Journalisten mit geheimen Daten versorgt hatten. Erst die aktuellen Berichte des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden über das PRISM-Programm lassen das ganze Ausmaß der Überwachung erahnen.

*Holger Isermann ist freier Journalist, Fotograf und Medienwissenschaftler an der TU Braunschweig.*

## message IMPRESSUM

ISSN: 1438-499X

### Herausgeber:

Prof. Dr. Michael Haller  
Prof. Dr. Volker Lilienthal  
Dr. Lutz Mükke

### Redaktion:

Eva Boller, Filiz Erkal, Maria Kirady,  
Malte Werner

»Message« ist ein Projekt der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg

### Internationaler Beirat:

Dr. Carolin Emcke (Berlin)  
Prof. Dr. Hannes Haas (Wien)  
Dr. Mark Hunter (Paris)  
Henrik Kaufholz (Kopenhagen)

### Layout:

Ute Lederer

### Verantw. i. S. d. P.:

Lutz Mükke

### Korrektorat:

Rebecca Pohle, Claudia Nickels

Hans Werner Kitz (München und Hamburg)  
Prof. Dr. Miriam Meckel (St. Gallen)  
Prof. Dr. Michael Meyen (München)  
Sonia-Seymour Mikich (Köln)  
Prof. Dr. Bernhard Pörksen (Tübingen)  
Prof. Dr. Stephan Ruß-Mohl (Lugano)  
Dr. Dieter Wild (Hamburg)  
Prof. Dr. Vinzenz Wyss (Zürich und Winterthur)

In Zusammenarbeit mit *BRITISH JOURNALISM REVIEW*, London und *PROBLEMI DELL'INFORMAZIONE*, Bologna

### Anschrift der Redaktion:

Universität Hamburg  
Redaktion Message  
Sedanstraße 19 (Raum 311)  
20146 Hamburg  
Telefon 040 428 389 331  
Telefax 040 428 389 333  
E-Mail: [redaktion@message-online.com](mailto:redaktion@message-online.com)  
Internet: [www.message-online.com](http://www.message-online.com)

### Verlag:

Gesellschaft für Medienkultur und Qualitätsjournalismus gem. UG  
c/o Universität Hamburg/IJK  
Allende-Platz 1 - 20146 Hamburg

### Herstellung:

Holzmann Druck, 86825 Bad Wörishofen

### Aboservice:

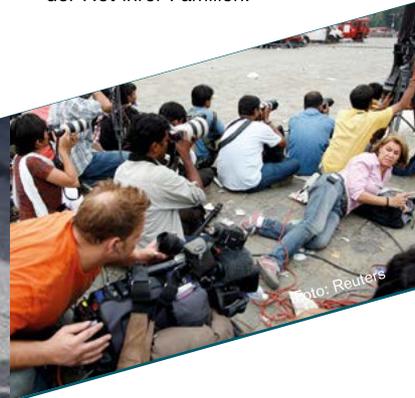
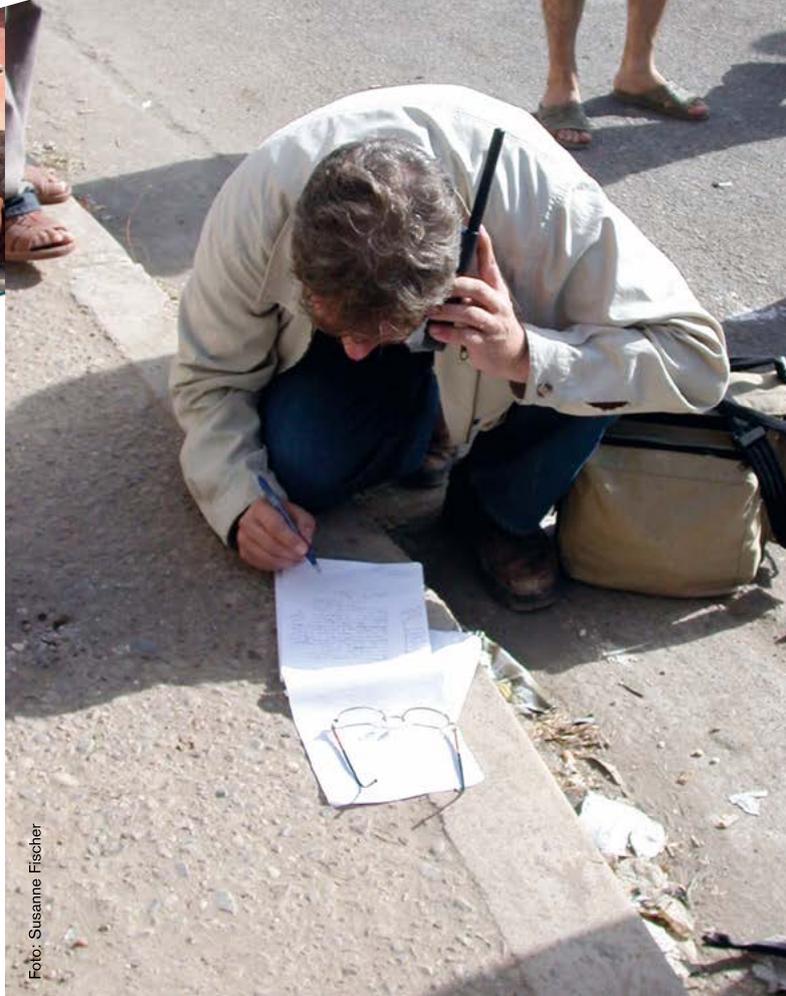
Verlag der Evangelischen Gesellschaft  
Postfach 103852, 70033 Stuttgart  
Telefon 0711 60100 40  
Telefax: 0711 60100 76  
E-Mail: [message@evangemeindeblatt.de](mailto:message@evangemeindeblatt.de)

message erscheint viermal jährlich.  
Jahresabonnement: Euro 48 (Lieferung in Deutschland frei Haus, Ausland: zzgl. Porto)  
Abonnement für Studenten und Volontäre (gegen Nachweis): Euro 33,60  
Kündigungsfrist: 4 Wochen zum Jahresende



## JOURNALISTEN HELFEN JOURNALISTEN

Jedes Jahr werden unzählige Journalistinnen und Journalisten bei ihrer Arbeit getötet. Mehrere hundert Journalisten werden weltweit jährlich inhaftiert und gefoltert. Nur in spektakulären Einzelfällen erfährt die Öffentlichkeit vom Schicksal der verfolgten, verletzten, vertriebenen oder getöteten Journalisten. Noch seltener erfährt sie von der Not ihrer Familien.



**Journalisten helfen Journalisten e.V. (JhJ)** wurde 1993 gegründet, als der Krieg in Ex-Jugoslawien auch unter Journalisten die ersten Opfer gefordert hatte. JhJ ist ein unabhängiger und überparteilicher Verein. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen und deren Familien solidarisch zu helfen.

Der Verein in den letzten Jahren u.a. Journalistinnen und Journalisten aus **Tunesien, Ägypten, Mexiko, Bolivien, Somalia, Kenia, Uganda, Kasachstan, Irak, Belarus, Pakistan, Iran und Syrien** mit Hilfen zum Lebensunterhalt, Unterstützung bei medizinischer Behandlung, Wiederbeschaffung zerstörter Arbeitsmittel.

»Journalisten helfen Journalisten«  
Lothringer Straße 11  
D-81667 München

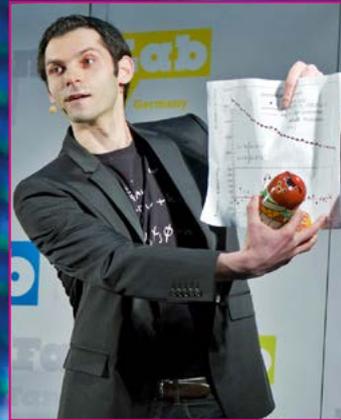
Tel (0049)-0 89-44 70 404  
jhjgermany@t-online.de  
www.journalistenhelfen.org

Spenden:  
**Journalisten helfen Journalisten e.V.**  
Stadtsparkasse München  
Kontonummer: 1002757274  
BLZ: 701 500 00

# International FameLab

TALKINGSCIENCE

FameLab,  
DER ROLLS ROYCE  
DER WISSEN-  
SCHAFTS-  
KOMMUNIKATION.  
WISSENSCHAFT IN  
3 MINUTEN.  
OHNE POWER-  
POINT ABER  
MIT FANTASIE.



Anmeldung & Videos  
[famelab-germany.de](http://famelab-germany.de)

Regionale Vorentscheide jedes Frühjahr in Bielefeld, Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Leipzig, Lübeck, München und Potsdam. Internationales Finale beim Cheltenham Science Festival in Cheltenham, England.

FameLab Germany  
wird präsentiert von



Nationaler  
Medienpartner



Partner  
FameLab Hamburg



Partner  
FameLab Germany



Stifterverband  
für die Deutsche Wissenschaft

Partner  
FameLab International

